



FASCHISTEN  
IN ITALIEN

5

KAMPF DER HOW  
JUGENDVERTRETER

16

BERUFSCHULKAMPF  
AN DER G1

17

C21734 E

# Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 39/6. Feb. 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

## Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

### Zur Öl-Kampagne der Bourgeoisie

Die Bourgeoisie der BRD ist – nach zwei militärischen Niederlagen des deutschen Imperialismus – wieder dabei, sich mit großmachtpolitischen Ansprüchen in den imperialistischen Umverteilungskampf einzuschalten. Entsprechend der Einschätzung, daß die BRD allein keine ausreichende Basis ist, um mit den Großmächten USA und Sowjetunion ernsthaft in Konkurrenz zu treten, strebt der deutsche Imperialismus nach einem „Vereinigten Europa“ unter deutscher Vorherrschaft.

Die „Öl-Krise“ nahm die deutsche Bourgeoisie in diesem Zusammenhang zum Anlaß, um ihre Ziele – Hetze gegen die Völker der Dritten Welt, verstärkte Aufrüstung, „europäischen Zusammenschluß“ und faschistische „Volksgemeinschaft“ – in einer breit angelegten Kampagne zu propagieren.

Diese Kampagne ist keine verzweifelte Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie auf unmittelbare ökonomische Schwierigkeiten, sondern eine „vorbeugende“ Kampagne mit einer „Krise auf Probe“ als Hintergrund. Der „arabische Ölboykott“, ausgesprochen von den arabischen Agenten des Imperialismus in Saudi-Arabien, Kuwait u.a., konnte die imperialistischen Interessen gar nicht ernsthaft beeinträchtigen, aber umso wertvoller war er als Hintergrund für eine in den letzten Jahren beispiellose Kampagne der Bourgeoisie. Mit begleitenden Eingriffen in die „persönliche Freiheit des Bürgers“ (vor allem das Sonntagsfahrverbot, aber auch eine Reihe weiterer Maßnahmen) wurde gleichzeitig versucht, die „Krise“ glaubwürdig zu machen und die Bevölkerung an solche Eingriffe in die „persönliche Freiheit“ zu gewöhnen, ebenso wie in den letzten Jahren bereits daran gewöhnt wurde, daß Polizisten gelegentlich Menschen „in Notwehr“ erschießen dürfen und daß Streikende von der Polizei zusammengeschlagen werden.

In diesem Artikel sollen, wie in AK 38 bereits angekündigt, einige Aspekte der „Krisen-Kampagne“ der westdeutschen Bourgeoisie, speziell in der bürgerlichen Presse, untersucht werden.

### Rassistische Hetze – Die Araber als „Untermenschen“

Die Bourgeoisie erklärt „die Araber“ nicht nur zu Schülern der „Krise“, sondern diffamiert sie gleichzeitig als „von Natur aus minderwertig“.

Die bürgerliche Presse spricht vorzugsweise von den „Launen“ der Araber (z.B. „Bild“, 31.12.73), oder erklärt sie schlicht für „verrückt“.

(„Hamburger Morgenpost“, 18.10.73: „Jetzt spielen die Scheichs ganz verrückt“). „Was wissen wir, was in arabischen Köpfen vorgeht? Wir werden uns in der nächsten Zeit wohl noch über manches wundern“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“ mit ihrer wie stets unbeschreiblich vornehmen Anroganz (FAZ, 26.11.73). Die „Welt“ phantasierte, es gehe beim „Öl-Boykott“ um „alte islamische Machtträume“. Das sei „ein psychologisches, kein politi-

sches Problem“, nämlich die „orientalische Entfaltung des Irrationalen“ („Welt“, 28.11.73).

Dies zielt letzten Endes darauf, „die Araber“ als „geistig minderwertig“ hinzustellen. Herbert Kreppe erweiterte dies dann noch in der „Welt“ vom 24.12.73, indem er den Völkern der Dritten Welt „die Fähigkeit zum rationalen Denken“ absprach. Weiter schreibt Kreppe: „Ob die Länder der Dritten Welt rechtzeitig begreifen, welchen Schaden sie sich selbst zufügen (wenn sie sich gegen die imperialistische Ausplünderung wehren – Anm. AK) erscheint bei der oft sternenhaft anderen Mentalität ungewiß... Die Zeit des Kolonialismus war pädagogisch nicht sehr erfolgreich.“

Da drängt sich doch der Gedanke auf, die Völker der Dritten Welt nochmals in die Schule des Kolonialismus zu nehmen, damit sie endlich ihre Lektion begreifen, daß sie „zivilisierte Nationen“ nicht „erpressen“ dürfen.

Und die Reaktionen haben ja im Übrigen schon immer behauptet, die Völker der Kolonien seien „zu früh in die Unabhängigkeit entlassen“ worden und würden jetzt „mit ihrer Freiheit nicht fertig“.

In dem ganzen Gerede über die „andere Mentalität“ der Völker der Dritten Welt, über die „Entfaltung des Irrationalen“ usw. wird die alte faschistische Rassenlehre erkennbar: Die „farbigen“ Völker sind den

Forts. Seite 4

England:

## Verelendung der Arbeiterklasse und Faschisierung der Gesellschaft



Im Dezember 73 führte die Tory-Regierung ab Januar die Drei-Tage-Woche für die gesamte englische Industrie (bis auf einige Ausnahmen wie Lebensmittelindustrie usw.) ein. Die „demagogische „Begründung“: Wegen der „Ölkrise“ und der Streiks der Bergleute müsse Energie gespart werden.

Mit dieser Maßnahme, die für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten ein Absinken ihres Lebensstandards unter das Existenzminimum (a.u.) bedeutet, soll der Arbeiterklasse brutal gezeigt werden, wer der Herr im Haus ist, daß es gar

keinen Zweck hat, gegen die erdrückende Übermacht von Kapitalistenklasse, ihrem Staatsapparat, ihrer Regierung und ihren Unterdrückungsinstitutionen wie Polizei, Militär usw. anzugehen.

Durch weitere erpresserische Notstandsmaßnahmen (a.u.), die jeden Arbeiter, Angestellten – auch kleinbürgerliche Schichten – hart treffen, soll jede Klassen солидарität, sogar die kleinste Sympathie mit den Kämpfern der Bergarbeiter und Eisenbahner zerstört werden.

Forts. nächste Seite

## Beleidigt und gefeuert

– wieder politische „fristlose Kündigungen“ bei HSW

## Beleidigt und gefeuert

– wieder politische „fristlose Kündigungen“ bei HSW

Bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) startete die IGM-Führung einen doppelten Coup, der im Rahmen des derzeit laufenden und kommunistischen Streiks im Betrieb und Gewerkschaft zur Zeit noch einmal einmündig sein dürfte. Innerhalb weniger Tage wurde der gewerkschaftliche Vertrauenskörper zerlegt, von einer mehrheitlich linken Kanton der Kollegen zum Tummelplatz für Gefolgskulte der Geschäftsleitung, der linke VLK-Vorstand abgeschoben und durch einen neuen – unter Vorsitz eines CDU-Mannes – ersetzt und die Mitglieder des „alten“ (linken) VLK-Vorstandes auf Antrag des Betriebsrates (SPD) von der Geschäftsleitung als „betriebsstörende“ Elemente aus dem Betrieb geschmissen. Die IG Metall hat „noch nicht entschieden“ ob sie den gefeuerten Kollegen Rechtsschutz gewährt.

Um im Vertrauenskörper (VLK) Mehrheitsverhältnisse in ihrem Sinn durchzusetzen, benannte die Hamburger IGM-Führung – bei Umgehung der HSW-Kollegen und des

bestehenden Vertrauenskörpers – eine größere Zahl ihr genehmer Kollegen in den VLK nach.

Forts. Seite 11

IG-Chemie:

## Gewerkschaftsführer bestätigen offiziell Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz

18 Vertrauensleute des Westberliner Chemie-Betriebes Schering AG (Werk Müllerstraße) stellten am 5.12.73 beim Hauptvorstand der IG Chemie einen Ausschlußantrag gegen den Westberliner Verwaltungsstellen-Vorstandenden Eduard Kolitsch. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte der Hauptvorstand den Ausschluß ab.

Eduard Kolitsch gehört, ähnlich wie der Hamburger IG Chemie-Sekretär Ph. von Kodolitsch, ohne Zweifel zur schlimmsten Sorte von Gewerkschaftsführern, jenen skrupellosen Arbeiterfeinden, die mit brutalem bürokratischen Terror und wider anti-kommunistischer Demagogie schon

die geringsten fortschrittlichen Regungen bei den Arbeitern und Angestellten abwürgen, hemmungslos und offen mit den Kapitalisten zusammenarbeiten usw.

Auf das Konto von Kolitsch gehen die geringsten fortschrittlichen Regungen bei den Arbeitern und Angestellten abwürgen, hemmungslos und offen mit den Kapitalisten zusammenarbeiten usw.

Forts. Seite 23

## Unverschämte faschistische Provokation

SPRINGER-PRESSE VERÖFFENTLICHT GEFÄLSCHTES „DOKUMENT“

Die „Welt“ vom 17. Januar veröffentlichte ein „erregendes Dokument“, das ihr angeblich „aus Kreisen der von den kommunistischen Aktionen der letzten Woche am stärksten betroffenen Universität Frankfurt zugeleitet“ worden war. Hierbei handelt es sich um eine von Faschisten angefertigte Fälschung.

Das „Dokument“ enthält angebliche „Funktionärseinschätzungen, herausgegeben vom ZK aller (!) kommunistischen Hochschulguppungen“. Es soll der Eindruck einer „großen Verschwörung“ erweckt werden: alle kommunistischen Gruppen und Organisationen stecken in Wahrheit unter einer Decke und tun nur so, als ob sie untereinander uneins wären. Die „Auseinandersetzungen zwischen MSB Spartakus und den anderen Gruppen wie KSV, KfH etc.“ würden nur aus taktischen Gründen „vorgeläuscht“.

Der faschistische „Bund Freiheit der Wissenschaft“ erklärte dazu, das „Dokument“ habe „unzweifelhaft bewiesen“, daß die „Kämpfe unter Kommunisten“ nur „fingiert“ seien, daß es „eine zentrale Kommandostelle“ gebe, die „den äußerlich unterschiedlichen Kampf von „Chaoten“ und „Ordnungskräften“ koordiniere“, daß die „KPD“ in Wahrheit von Ostberlin finanziert werde (laut „Welt“ vom 17. Januar). Diese prompte Reaktion des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ läßt Schlüsse darauf zu, in welcher Ecke das gefälschte „Dokument“ produziert worden ist.

Einiges zum Inhalt des „Dokument“:



Wieder eine „Enthüllung“ der Springer-Presse

ments“. Es heißt da, die Kommunisten würden „der empirischen Forschung und ihren Methoden“ den Kampf ansagen, sie seien gegen „Leistungskriterien“, wollten „vor allem intensive Auseinandersetzungen mit dem Stoff der bürgerlichen Wissenschaft unterbinden“ (!).

Es wird gefordert, systematisch

„Stoßtrupps in den einzelnen Fachbereichen“ aufzubauen, wozu vor allem „emotionalen Labile“ und „sogenannte drop-outs“ (d. h. kaputte, ausgeflippte) herangezogen seien.

Im weiteren werden Ratschläge ge-



geben wie etwa „Angriffe zunächst auf den wissenschaftlichen Nachwuchs richten“, „Meidet Auseinandersetzungen mit Hochschullehrern, die unausgeglichen entschieden auftreten“ (!) und im letzten Ratschlag, daß die „Funktionäre“ „bitter als bisher soweit wie möglich im Hintergrund“ zu bleiben.

Forts. Seite 22



## Fortsetzung England

Gleichzeitig versucht die englische Kapitalistenklasse mit Hilfe ihrer Propagandamasschinerie den Nährboden für faschistischen Gedanken vom einer „Volksgemeinschaft“ zwischen Arbeiterklasse und den Kapitalisten vorzubereiten, die jetzt – „wegen der Krise“ – eng zusammenstehen müsse.

Bei den gegenwärtigen Kämpfen geht es um mehr als um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bzw. deren Verhinderung. Die englische Kapitalistenklasse will auf Ganze gehen und der Arbeiterbewegung in diesem Jahr das Rückgrat brechen. Sie treibt die Fachisierung der englischen Gesellschaft in bisher nicht gekanntem Ausmaß voran, trifft direkte Vorbereitung für die militärische Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zerstört für Millionen von Arbeiterfamilien die materielle Existenzgrundlage.

Die Drei-Tage-Woche hat die Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse teilweise um 50 % zur Folge.

● Zwar bekommt ein größerer Teil der Arbeiter und Angestellten einen „Garantielohn“, der vertraglich abgesichert ist. Aber erstens sind gegenwärtig Überstunden verboten, so daß die nicht abgesicherten Überstundenarbeiter wegfallen, die in der Regel 20 - 25 % des Lohns ausmachen.

Zweitens haben die Kapitalisten bereits gedroht, diesen Garantielohn nicht mehr zu zahlen, und z.T. diese Sozialfürsorge für die Familien streikender Arbeiter soll abgeschafft werden!

Bislang hatte jede Arbeiterfamilie das Recht, im Falle eines Streiks beim Sozialamt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung zu stellen. In England werden nämlich nur in Ausnahmefällen – anders als bei uns in der BRD – Streikgelder durch die Gewerkschaften gezahlt. Die Mitgliedsbeiträge betragen in England nur Pfennige.

D.h. die englische Arbeiterklasse hat sich lange Zeit das Recht erhalten, für die Finanzierung ihrer Kämpfe gegen die Kapitalisten einen Teil der von ihr eingezahlten Steuergelder in Anspruch zu nehmen.

Dieses Recht ist natürlich den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Seit einigen Wochen wird die Möglichkeit, dieses Recht per Gesetz abzuschaffen, von den Tories offen gefordert. „Mr. Heath wies darauf hin, daß sich die Regierung nicht gegen die Möglichkeit, die Sozialfürsorge für die Familien von Streikenden abzuschaffen, verschließt.“ („Daily Telegraph“ 29.1.74)

Drohung auch bereits praktiziert. Nur ein Beispiel: Die Chemiefabrik „Courtauld“ kündigte sämtlichen Angestellten mit dem Hinweis, sie könnten wieder eingestellt werden, wenn sie mit der Bezahlung von nur drei Tagen einverstanden wären.

● Für über ein Drittel der englischen Arbeiter und Angestellten, die keinen Garantielohn erhalten, reduzierte sich der Lohn von Anfang Januar an um über 50 %.

● Auf die durch die Drei-Tage-Woche produzierten Arbeitslosen kommt eine Verelendung zu, die man mit der Lage der Arbeiterklasse im frühkapitalistischen England des vorigen Jahrhunderts vergleichen kann: Ledige Arbeitslose erhalten umgerechnet DM 46,50, Verheiratete DM 75,- in der Woche!!! (Zahlen aus dem „Spiegel“ 1/2, 74).

Diese Verelendung trifft nicht nur eine kleine Zahl: Bereits nach der ersten Januarwoche waren es weit über 1 Million, nach der zweiten Woche über 2 Millionen Menschen. In Regierungskreisen spricht man davon, daß es bald rund 7 Millionen sein könnten! Die liberale bürgerliche Zeitung „Guardian“ schreibt sogar von 10 Millionen Arbeitslosen. Das wären bei einer Zahl von etwa 25 Millionen arbeitenden Menschen 40% der arbeitenden Bevölkerung!

**Erpresserische Notstandsmaßnahmen**

● Täglich werden seit zwei Monaten Stromsperrungen in den privaten Haushalten durchgeführt.

● Es darf nur noch ein Raum pro

Wohnung beheizt werden. Inzwischen wird „abgewogen“, ob die Einhaltung dieser Anordnung nicht durch regelmäßige „Stichproben“ der Polizei überprüft werden sollte.

● Kaum noch Ausgabe von Benzin.

● Die ständige Androhung von Benzinrationierung, obwohl längst – wie auch in der BRD – bewiesen ist, daß es keine Ölkrise gegeben hat (vgl. AK 38).

● Schwarzmarktpreise für Kohle, Holz, Heizöl, aber auch alle anderen Lebensmittel, die bis zu 100 %, z.T. sogar noch höher gestiegen sind.

● Knappheit von Brot, nachdem Premier Heath angeordnet hat, daß die Bäcker die Produktion um 5 % senken sollen.

● Knappheit an Milch, weil angeblich Flaschen fehlen sollen.

## Strategie der Bomben und antikommunistische Hexenjagd

In England wurde die jetzt verstärkte einsetzende Antikommunistenhetze in ähnlicher Weise vorbereitet wie in der BRD. Auch hier schaltete man die Phase der „Strategie der Bomben“ und der Verketzerung der palästinensischen Befreiungsbewegung vor, bevor man zur Hetze auf die IRA (Irish Republican Army) in Irland, dann schließlich auch der IRA und mit ihr sympathisierenden Organisationen in England selbst kam. Gegenwärtig ist die Kampagne bereits bei den biedereren „Kommunisten“ der revisionistischen CP (Communist Party) angelangt.

Das Schema ist immer das gleiche: erst nimmt man sich eine der Bevölkerung relativ entfernte, z.B. ausländische, politisch links stehende Gruppierung vor, macht diese nach allen Regeln der bürgerlichen Demagogie „fertig“, geht dann zu einer Gruppierung über, die dem Volk schon näher steht, und überträgt die erreichte Verhetzung auf diese Gruppierung usw.

(In Westdeutschland begann die Neuauflage der antikommunistischen Hexenjagd mit der Verketzerung der linken und sozialistischen Studenten und – eine Stufe höher – mit der Baader-Meinhof-Kampagne. Die Verbindung zu den palästinensischen „Bombenterroristen“ wurde hergestellt. In der Vorbereitung des ersten Antikommunismus-Beschlusses in der IGDR brachte der Vorsitzende Mahlein die in den Betrieben und Gewerkschaften arbeitenden kommunistischen Gruppen in direkte Verbindung mit der Baader-Meinhof-Gruppe.)

Die im letzten Jahr in England und Irland ungeheuer verstärkte „Strategie der Bomben“ konnte in Einzelfällen aufgedeckt werden (s. AK Nr. 33). Seit dem Überstundenboykott der Bergarbeiter (!) geht ein regelrechter Bombenregen auf London nieder.

Bombenregnen auf London nieder. Die IRA hat bisher eindeutig festgestellt, daß sie mit diesen Bomben nichts zu tun hat. Gleichwohl werden sie ihr mit Selbstverständlichkeit untergeschoben.

Woher die Bomben kommen, lassen Aussagen von englischen Infanteriesoldaten vor Gericht vermuten: Sie sind an der Infanterieschule in Warminster, Südwestengland, von General Frank Kitson ausgebildet.



Armeegeneral und Faschist Kitson (Bürgerkriegspezialist der englischen Kapitalistenklasse)

worden. Dieser General ist bekannt geworden durch sein 1971 erschienenes Buch über die „Bekämpfung von Unruhen“ („Stern“, 17.1.74). Kitson vertritt in seinem Buch die Auffassung, die Armee müsse sog. „Pseudo-Gangs“ ausbilden, die als „Streikführer oder aktive Terroristen tätig werden, um die Armee mit Inside-Informationen zu versorgen.“ („Stern“)

Daß das keine bloßen theoretischen Ausführungen sind, beweisen

die Aussagen der von Kitson ausgebildeten Soldaten, ihnen seien „Terrorismethoden“, das Anfertigen von Bomben usw. beigebracht worden, damit sie sich leichter in „Terroristenkreise“ einschleichen können und wo solche „Kreise“ nicht vorhanden sind – was der Regelfall ist – gleich selbst welche aufmachen!

Bereits im Herbst 73 wurde nach der ersten Bombenserie von Konservativen der Ruf laut nach der Wiedereinführung der Todesstrafe für „Bombenterroristen“, dem Verbot der IRA in England und nach Personalausweisungen für Iren in England (in England



Bergarbeiter in Wales: Ihre Erbitterung ist verständlich, während die Lebensmittel um 18 % (in den letzten Wochen sogar um noch mehr) und die Gewinne der Kapitalisten um fast 40 % stiegen, erlaubt die Heath-Regierung für die Arbeiter nur Lohnserhöhungen von 7 %.

gibt es bislang keine Ausweisungspflicht).

Unter dem Vorwand der „Gefährdung der Öffentlichkeit durch Bombenleger“ werden seit längerem verstärkt linke und kommunistische Menschen und Organisationen beobachtet, bespitzelt, kontrolliert, Hausdurchsuchungen und Razzien mit „Kontrollverhaftungen“ durchgeführt. Dieser verstärkte Zugriff des kapitalistischen Staatsapparates nach linken Organisationen hat klar vorbeugenden Charakter. Die konservative Regierung konnte voraussehen, daß ihre Lohnsenkungspolitik seit anderthalb Jahren irgendwann auf spontanen, breiten Protest in der Arbeiterklasse stoßen würde. Mit der Verkündung der dritten Phase der „Antifunktionspolitik“, die Lohnsenkungen über 7 % verboten, war es dann soweit: Die Feuerwehreinheiten, Bergarbeiter und Eisenbahner meldeten höhere Forderungen an, die Feuerwehreinheiten setzten ihre Forderungen durch, die Berg-

arbeiter und Eisenbahner kämpften seit über zwei Monaten.

Auf diese Situation breiterer Kämpfe in der Arbeiterklasse hat sich die Kapitalistenklasse konkret im letzten Jahr gut vorbereitet:

● Es wurde in London ein „Nationales Koordinierungskomitee für industrielle Unruhen“ gebildet. „Chef ist Detektiv Haberman, bis dahin Chef einer Spezialabteilung von



Kitson (Bürgerkriegspezialist der englischen Kapitalistenklasse)

Scotland Yard die Sprengstoffschliche verhindern sollte. Seine Leute haben in den letzten Monaten alle als linksradikal Verdächtige durchleuchtet: In serienweisen Hausdurchsuchungen wurden vor allem Notzettel beschlagnahmt.“ („Stern“, 17.1.74)

● Zunehmend griff die Polizei im letzten Jahr auch bei Streikaktionen zu und verhaftete Streikposten. Ziv. Arbeiter und Angestellte warteten auf ihren Prozeß. Auf einen gegenwärtig

laufenden Massenprozeß gegen 17 Bauarbeiter, denen „illegales Streikverbot“, „Aufruhr“ und „Einschleuchtung von Kollegen“ vorgeworfen wird, gehen wir im nächsten AK ein.

● In einem offenerzigen Artikel im „Daily Telegraph“ wird am 29.1. über die Vorbereitung der Polizei auf „Unruhe unter großen Gruppen streikender Bergarbeiter“ und „Zivile Unruhen und Demonstrationen“ berichtet: Jede Einheit habe eine bestimmte Menge von CS-Kampfgas vorrätig, außerdem habe man „gute Erfahrungen“ mit berittener Polizei und gedüllten Hunden ge-



Bergarbeiter in Wales: Ihre Erbitterung ist verständlich, während die Lebensmittel um 18 % (in den letzten Wochen sogar um noch mehr) und die Gewinne der Kapitalisten um fast 40 % stiegen, erlaubt die Heath-Regierung für die Arbeiter nur Lohnserhöhungen von 7 %.

macht.

Verbrecherisch allerdings wäre es, zu meinen, daß damit die Mittel der Bourgeoisie im Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse erschöpft seien.

## Vorbereitung auf den Militärputsch

Die englischen Imperialisten bereiten sich auf die militärische Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten des Faschismus vor. Militärs wie General Kitson bieten sich ihnen dabei heute schon als Bürgerkriegstheoretiker und -praktiker an. In seinem bereits erwähnten Buch über die „Bekämpfung von Unruhen“ stellt Kitson den Kapitalisten seine Vorstellungen über die neuen Aufgabengebiete der britischen Armee vor: Die „neuen Kampfgebiete“ liegen, nach dem Verlust des Kolonial-

reiches, „auf einem Schlachtfeld, das mit inneren Unruhen bezeichnet werden könnte. Der Einsatz werde fällig, wenn ein Teil der Bevölkerung die Regierung des Landes stürzen will, oder zu Dingen zwingen, die sie nicht tun wollen, und zwar „durch politischen Druck, Streiks, Protestmärsche und Gewalttätigkeiten in kleinem Umfang.“ („Stern“).

Diese von Kitson beschriebene „Situation“ tritt im Grunde bei jedem größeren Streik ein. Und genau dieser Vorwand wird gegenwärtig – wahrscheinlich „probiert“, um zu sehen, ob man auf Widerstand stoßt – aufgebaut: Heath erklärte am 28.1.74 im Fernsehen, der Vizepräsident der Bergarbeitergewerkschaft McGahay, Mitglied der CP, wolle die Lohnpolitik des frei gewählten Parlaments zerstören und durch den Streik der Bergarbeiter „die Regierung stürzen“. Der ganze Streik sei das Werk einer „kommunistischen Verschwörung“.

Tatsache ist allerdings leider, daß die CP „Kommunisten“ sogar in ihren „stärksten“ Gebieten (Schottland, Bergbaugelände) in den letzten Wahlen nicht über 0,4 % der Stimmen hinausbrachten! Gerade die Bergarbeiter sind traditionelle Labour-Wähler.

Kitson schlägt weiter vor, die Aufgabe der Soldaten müsse es sein, Informationen über die Lebensweise, Einkommensverhältnisse und Verhaltensweisen „verdächtigter Bevölkerungskreise“ zu sammeln. „So können nicht nur die Rädelsführer, sondern eine gesamte Gruppe ausgeschaltet werden.“ („Stern“)

Wenn man bedenkt, daß die Faschisten in Chile sich auch nicht auf

die Verfolgung und Ermordung einzelner Menschen beschränkten, sondern die Ausrottung ganzer Arbeiterviertel und Fabriken betrieben haben, ist klar, wo Kitson hin will.

Daß es hierbei nicht nur um „Vorschläge“ eines rechtsradikalen „Spinners“ handelt, wird an der praktischen Vorbereitung der Armee auf den Einsatz im Innern in den letzten Wochen deutlich: Unter dem Vorwand, Palästinenser hätten eine Boden-Luft-Rakete geklaut und gedroht, damit ein Flugzeug zu beschließen, wurde Anfang Januar das ganze Gebiet um den Londoner Flug-



Bergarbeiter in Wales: Ihre Erbitterung ist verständlich, während die Lebensmittel um 18 % (in den letzten Wochen sogar um noch mehr) und die Gewinne der Kapitalisten um fast 40 % stiegen, erlaubt die Heath-Regierung für die Arbeiter nur Lohnserhöhungen von 7 %.

hafen Heathrow militärisch abgeriegelt. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war: Mit Maschinenpistolen ausgerüstete Ranger patrouillierten durch die Straßen und Panzer fuhren in London umher. Sehr schnell erwies sich die „Begründung“ der Aktion als unhaltbar. Militärfachleute sagten aus, die Aktion sei militärisch sinnlos, da man eine Rakete auch mitten in London abschießen könnte und insofern eine Abriegelung mit Flughafen völlig idiotisch sei.

Letzte Meldung: Ende Januar hat eine Abstimmung der englischen Bergleute über Annahme oder Ablehnung des Angebots der staatlichen Kohlenbehörde stattgefunden, das weit unter den Forderungen der Arbeiter liegt. Die bürgerliche Presse rechnet nach Auszählung mit einer Ablehnung des Angebots.

Zustimmung für Streik bei 75 % der Stimmen.

Damit wäre eine neue Stufe der Kämpfe erreicht. Bisher – seit 10 Wochen – haben die Bergarbeiter nur die Überstunden boykottiert. Jetzt wird möglicherweise voll gestreikt werden. Im nächsten AK berichten wir ausführlich darüber.

Zustimmung für Streik bei 75 % der Stimmen.

Damit wäre eine neue Stufe der Kämpfe erreicht. Bisher – seit 10 Wochen – haben die Bergarbeiter nur die Überstunden boykottiert. Jetzt wird möglicherweise voll gestreikt werden. Im nächsten AK berichten wir ausführlich darüber.

## Nachtrag zum letzten Teil der Artikelserie „Zur Außenpolitik der VR-China“

Im Schlußteil des Artikels zur chinesischen Außenpolitik fehlten im AK 38 durch ein technisches Versähen die Erklärungen für die letzten Anmerkungen. Hier sind sie:

139.) Die „Wehrhaft“ des ehemaligen KBR (jetzt im KBW) brachte die Beziehung der KP China und der Pda Albanien auf die Formel: „Bei diesen Parteien in die Lehre zu geben und ihre Einschätzung der globalen (!) Widersprüche anzunehmen (!), ist darum die erste (!) Aufgabe der westdeutschen Kommunisten.“ („Wehrhaft“, Juni/Juli 72).

140.) „Alle Gegenstände sind miteinander verbunden und kooperieren nicht nur unter bestimmten Bedingungen in einer Einheit, sondern gehen unter anderen bestimmten Bedingungen ineinander über; das ist eben die volle Bedeutung des Begriffs Identität der Gegensätze.“ (Mao Tse-tung, Über den Widerspruch) (141.) Vgl. vor allem den Artikel, den chinesische Kommunisten nach Chien Nan-kuo (Hauptredakteur d. „Kommunistischen Front“ in „Frankfurter Rundschau“ vom 4.8.73)



# Der Schah und Feisal - die 'Gendarmen' des Mittleren Ostens

Anläßlich der „Ölkrise“ entfaltete die westdeutsche Bourgeoisie eine rassistische Hetzkampagne gegen alle Länder der „Dritten Welt“, deren Rohstoffe ungehindert den imperialistischen Staaten zur Ausbeutung offenstehen sollten. Sie stellte die Theorie auf, daß die Reichtümer dieser Länder nicht den Völkern, sondern „der ganzen Welt“ gehörten. Zudem wurden als „Feinde der industrialisierten Welt“ Leute hingestellt, die in Wirklichkeit Parasiten und Helfershelfer des Imperialismus wie z.B. die „Ölscheiche“, die keinesfalls den Willen der Völker repräsentieren.

Dadurch soll der wahre Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der „Dritten Welt“ durch einen konstruierten Gegensatz zwischen den „gebenden“ (imperialistischen Ländern) und den „nehmenden“ (Entwicklungsländern) Nationen verdeckt und so die Solidarität der werktätigen Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen mit den Völkern der „Dritten Welt“ verhindert werden. Wenn außerdem ein selbst „bettelarmes“ Volk wie das Südjemens oder Dhofars die Lüge vom „Armen“ und „Nehmenden“ nicht glaubt, sondern seine wahren Feinde bekämpft, dann setzt der Imperialismus seine Stützhalter in Iran und Saudiarabien ein, um jede fortschrittliche Entwicklung zu stoppen und zu vernichten. Denn ihr ant imperialistischer Kampf macht Schule und könnte auf „reichere“ Gebiete übergreifen.

In einer neuen Offensive von bisher nicht dagewesener Ausmaß gegen die befreiten Gebiete von Dhofar und die DRV Jemen erproben der Schah von Iran und König Feisal von Saudi-Arabien ihre „Gendarmenrolle“ im Persischen Golf, um jeden rechtmäßigen Anspruch der Völker auf ihren Reichtum zu unterdrücken.

s scheint, als ob das Gebiet zwischen der Meerenge Bab el Mandeb und der Straße von Hormuz keine große Bedeutung für die Weltpresse hat. Nur sehr aufmerksame Zeitungsleser werden ab und zu kleine Meldungen über die Staaten an der Südküste der arabischen Halbinsel entdecken.

Doch man erinnere sich!

## ADEN - vom britischen Protektorat zum revolutionären Zentrum

Erst nach mehr als einem Jahrzehnt Guerillakrieg haben die Briten ihre 129jährige Kolonialherrschaft im Protektorat Aden beendet, nachdem den ausländischen Besatzungstruppen von den Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront (FNL) die Stadt zur Hölle gemacht worden war. Seit der Aden nicht mehr der „publizierende“ Transithafen für Frachter auf dem Weg in den Fernen Osten, Aden ist heute Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DRV Jemen) und ein Paradebeispiel für eine von den Imperialisten ausgebeutete zurückgelassene Stadt.

Die britischen Machthaber hatten das ganze wirtschaftliche Leben auf ihre Bedürfnisse abgestellt: 90% des Dienstleistungssektors waren in ihrer Hand, es gab keinerlei Industrie außer einer BP-Raffinerie; soziale Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser waren kaum vorhanden. (200 Volksschulen, 9 Oberschulen, insgesamt 717 Betten für 1,5 Millionen Einwohner). Von Hundert Jemeniten waren 95 Analphabeten. Nach der

mokratischen Revolution. Mit Hilfe der VR China und der UdSSR bauen sie Straßen, Schulen, Krankenhäuser, verwirklichen die Agrarreform und arbeiten am Aufbau einer Leichtindustrie.

## Acht Jahre bewaffneter Kampf in Dhofar

Die DRV Jemen ist für die arabischen Völker die Alternative zu imperialistischer Knechtschaft geworden. Seit ihrem Bestehen ist sie eine feste Basis für den revolutionären Kampf der Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfes (PFLÖAG).

In der südlichen Provinz von Oman, dem der DRV Jemen benachbarten Dhofar, haben die Nomaden, die Bauern und die von Feudalen ausgebeuteten Sklaven schon 1965 den bewaffneten Kampf gegen den britischen Imperialismus und seine Stützhalter aufgenommen. 90% des Gebietes sind befreit. Die britischen Truppen und ihre Marionetten können sich nur noch in den befestigten Stützpunkten halten wie in Salala, der größten Stadt Dhofars, die – mit Stacheldraht umgeben und der Verordnung, daß nur 64 Personen pro Tag von außerhalb die Stadt betreten und dort zu einem festgesetzten Preis genau festgesetzte Waren kaufen dürfen – von den Freiheitskämpfern vollständig isoliert gehalten werden soll.

## „Die Arabisierung des Konflikts“

## „Die Arabisierung des Konflikts“

Da trotz ständiger Bombardements auf die Viehherden, Wasserstellen und Felder und trotz grausamster Unterdrückung der Bevölkerung die britischen Soldaten und die Söldnertruppen des Sultans von Oman immer wie-



Die Frauen sollen ihre Schleier wegwerfen!

versuchte er an die tiefen Bedürfnisse der Bevölkerung nach landwirtschaftlicher, industrieller und sozialer Entwicklung anzuknüpfen und mit Versprechungen die PFLÖAG zu spalten. Doch drei Jahre nach seiner Machtübernahme gibt es in Oman weder ein Parlament noch eine Verfassung. „Ich sehe nicht ein, warum wir so etwas haben sollten, da das Volk für die Demokratie nach westlichem Muster noch nicht reif ist.“ (Qabus in „Le Monde“ vom 22.5.73) Wahrscheinlich, für die Verankerung des Opportunismus, wovon der Parlamentarismus nur ein Teil ist, sind die Massen in Oman und Dhofar nach acht Jahren Befreiungskampf „noch nicht reif“. Sie wissen, das Ziel von Qabus ist die Liquidierung jeglichen Widerstandes; dafür werden 60% des Staatshaushaltes ausgegeben, dafür die führenden Stellen in seiner Söldnertruppe mit Briten und im Kampf gegen den palästinensischen Widerstand geschulten Jordanern besetzt.

Durch die dauernden militärischen Niederlagen hat sich der Sultan von Oman gezwungen, weitere Hilfe vom Ausland zu fordern. Ganz im Sinne der „Nixondoktrin“, die die verstärkte „Arabisierung“ des Konflikts fordert, (siehe auch dazu: „Der US-Militärapparat“ in die INTERNATIONALE) sandte König Feisal von Saudi-Arabien im Sommer 1972 3 000 Mann, der Schah von Persien im Frühjahr 73 2 900 Soldaten und eine Staffel Hubschrauber. In der UNO beschuldigt Ende November 73 das arabische Sultanat Oman die DRV Jemen „der Aggression zu Lande und in der Luft“, was der Vorwand für eine neue, noch größere Offensive der verbündeten Stützhalter des Imperialismus ist.

Laut Meldungen vom Anfang dieses Jahres sind weitere Truppenkontingente aus mehreren tausend Mann sowie Einheiten der iranischen Kriegsmarine und Luftstreitkräfte am Kampf gegen die Befreiungsbewegung in Oman und Südjemens beteiligt.

## Waffen für die „Gendarmen“

Die Völker Südjemens und Dhofars haben schon viele Offensiven der militärisch übermächtigen Reaktionen zurückgeschlagen, aber das bedeutet für die Imperialisten noch lange nicht, ihr Ziel – die Vernichtung des Widerstandes und die Liquidierung der DRV Jemen – aufzugeben. Denn sie haben in Vietnam gelernt, daß ein Volkskrieg sie militärisch besiegen kann und ihnen die Ausbeutung und Unterdrückung erheblich erschwert.

Mögen die Imperialisten untereinander in den verstärkten Konkurrenz- und Abzugsmärkte getreten sein, im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen sind ihre Interessen gleich.

Die US-Regierung beliefert den Schah mit Waffen im Wert von 2,5 Milliarden Dollar und verhilft ihm so zur stärksten Kriegsmacht im Mittleren Osten, „... um die Lebensadern der Weltindustrie zu schützen“. (Schah in „Newsweek“ Mai 73)

Vor allem aber die europäischen Imperialisten tun sich mit den Regimes zusammen, die ihr Vordringen bei der Ausbeutung der arabischen Völker politisch und militärisch absichern sollen. Dabei beteiligen sich die BRD-Imperialisten direkt an den Versuchen, die arabischen Befreiungsbewegungen zu liquidieren. Die BRD will an Iran neben einem Direktproduktionswerk für die iranische Stahlindustrie 400 „Leopard“-Panzer mit den dazugehörigen „Militärberatern“ liefern.

Auch die zweite Stütze des Imperialismus am anderen Ufer des Persischen Golfes, König Feisal von Saudiarabien, wird von der US-Administration mit modernstem Kriegsgüter beliefert; jedoch wollen die britische und auch die französische Regierung mit dem „Herrscher über Mekka und Medina“ wieder verstärkt ins Geschäft kommen. Schon im letzten Jahr wurde für 250 Mill. Sterling ein Fünfjahresvertrag zwischen

London und Riad abgeschlossen, der Regierung mit dem „Herrscher über Mekka und Medina“ wieder verstärkt ins Geschäft kommen. Schon im letzten Jahr wurde für 250 Mill. Sterling ein Fünfjahresvertrag zwischen

den Ausbau des saudiarabischen Luftverteidigungssystems mit britischem Material durch britische „Militär- und Elektronik-Experten“ vorzieht.

## ... im Dienste der Imperialisten

Den ersten, spektakulären Beweis, daß er die Lektionen der Imperialisten gut gelernt hat, erbrachte Reza Pahlawi am 29. November 1971, als er kurzerhand drei strategisch überaus wichtige Inseln in der Straße von Hormuz überfiel. Von da an war völlig klar, daß er fortan den „Gendarmen“ im Mittleren Osten spielen will („Ich kann keine subversive Tätigkeit dulden...“ Schah in „Newsweek“, Mai 73). Was der Schah und Feisal unter „subversiver Tätigkeit“ verstehen, geht schon aus der brutalen Unterdrückung der Bevölkerung und Tausender politischer Gefangener in beiden Ländern hervor.

Beide Regimes wollen die Regierung in Aden stürzen und den Befreiungskampf in Dhofar zur totalen Niederlage zwingen, genauso wie die Herrschenden Israels, Jordanien (Septembereinsatz 1970) und Libanons (Mai 73) einen Ausrottungsfeldzug nach dem andern gegen die palästinensischen Pöddjain starten.

Die Herrschenden Israels, Jordanien (Septembereinsatz 1970) und Libanons (Mai 73) einen Ausrottungsfeldzug nach dem andern gegen die palästinensischen Pöddjain starten.



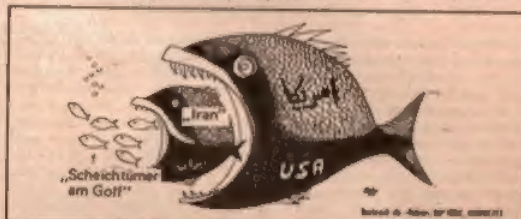
Kein Wunder, wenn die wenigen Besitzenden der einheimischen Bevölkerung den totalen Bankrott der jungen Volksrepublik fürchten und schnellstens sich und ihre Habe außer Landes bringen.

Doch der wirtschaftliche und von den Imperialisten erhoffte Zusammenbruch fand nicht statt.

Unter ungeheuren Anstrengungen errichten die jemenitischen Bauern und Viehzüchter unter der Anleitung der FNL ihren Staat der nationalde-

der Niederlagen erlitten, der Widerstand nicht ausgerottet wurde, sondern im Gegenteil aus jeder Offensive gestärkt hervorging, versuchte es der britische Imperialismus im Juli 1970 mit einer anderen Methode.

Der „despotische“ Sultan Said Bin Taimur wurde gestürzt und durch seinen Sohn Qabus ersetzt. Dieser war in Oxford zum „Gentleman“ und in Sandhurst zur imperialistischen Marionette ausgebildet worden. Mit reformerischem Geschwätz



**Palästina**  
Der Kampf geht weiter bis zum Sieg  
Die Massen sind die Triebkraft der Revolution  
Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP-Allgemeine Führung  
Durch Interviews und Gespräche mit Kämpfern verschiedener palästinensischer Widerstandsorganisationen in Libanon haben wir versucht, ein Bild der Praxis des revolutionären Kampfes zu erhalten, den das palästinensische Volk für seine Befreiung führt. Von größter Wichtigkeit sind dabei die Ausführungen der palästinensischen Genossen über die aktuelle Lage des palästinensischen Volkes, über die Massenarbeit, die Einschätzung von Aktionen im Ausland und die Schaffung einer vereinigten Front der Widerstandsorganisationen. Wir hatten insbesondere die Möglichkeit, eine Initiativaktion der PFLP in einem Flüchtlingslager zu beobachten und die Praxis und Theorie der Massenarbeit kennenzulernen.  
von 100 Seiten



Fortsetzung „Dritte Welt“

„Weissen“ „von Natur aus unterlegen“, weil ihnen die Fähigkeit zum „rationalen Denken“ fehlt, die ein Privileg der „weißen Rasse“ ist. „Farbige“ Völker handeln aus Laune; aus religiöser Verborgenheit, vielleicht sogar aus „politischem Fanatismus“, aber niemals „rational“. Frühere Ideologen des Rassismus formulierten das z.B. so: „Nach allen vorliegenden Erfahrungen ist der Neger gegenüber dem Weißen rassenhaft inferior, darum gehört er unter die gerechte und humane Vormundchaft des Weißen... Erst dadurch, daß der Eingeborene im Dienste der höheren Rasse, d.h. im Dienste ihres zivilisierten Fortschritts, Werte schaffen lernt, gewinnt er ein sittliches Anrecht auf sein Dasein.“ (Paul Rohrbach, Deutschlands koloniale Forderung, Hamburg 1935)

Oberhetzer Peter Boenisch bringt die anti-arabische Kampagne in der „Bild“ auf die einprägsame Formel: „Früher haben die arabischen Wüstenräuber Karawanen ausgeplündert. Heute erpressen sie die Industriellern.“ („Bild“, 22.11.73).

Die Beschimpfung der Araber als „Wüstenräuber“ bringt den von der Bourgeoisie propagierten rassistischen Hochmut ebenso „treffend“ zum Ausdruck wie die frühere Beschimpfung der Juden als „Krimis, Tröller und Betrüger.“

An anderer Stelle hetzt der gelehrige Goebbels-Schüler Boenisch: „Den Söhnen der Wüste weht ganz schnell Sand ins Gesicht, wenn wir gemeinsam ein bißchen pusten.“ („Bild“, 25.11.73) – Mit arroganten Parolen dieses Stils wurden Deutschlands Werkkräfte in diesem Jahrhundert schon in zwei imperialistische Kriege getrieben!

Der neue Antisemitismus

Abenteuerliche stories vor allem in der Massenpresse über das luxuriöse Leben der „Scheichs“ sollen mit sozialer Demagogie den „gerechten Volksworn“ gegen die „Ölscheichs“ lenken.



Arabisches Spielzeug  
Rassistische Hetze aus der „Bild“ (8.11.73)

Auch dabei vergibt die Bourgeoisie nicht, neben dem ungeheuren Reichtum der „Scheichs“ auch die angebliche „anders geartete Mentalität“ und „geistige Minderwertigkeit“ der Araber mit ins Spiel zu bringen.

Da horcht dann so ein „Scheich“ Diamanten in Cola-Flaschen, der zweite stapelt Banknoten unterm Bett (wo sie prompt von Mäusen angeknabbert werden) und der dritte ist so blöd, daß er sich zu seiner Beirater Bank fliegen läßt und sich stundenlang sein Geld vorzählen läßt, um sich zu verkneipen, daß noch alles da ist. Scheich Abdullah von Abu Dhabi wurde als Kind in Kameelpelle gewaschen, während er jetzt oft und gern in parfumiertem Badeschwamm schwimmt. ... Und mit besonders penetranter Eindringlichkeit wird immer wieder hervorgehoben, daß die „Ölscheichs“ auf „blonde“, „große“, „blauäugige“ Mädchen ganz besonders scharf sind. Wer Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hat, weiß, daß die „arabischen Unternehmungen“ es auf „nordische“ Mädchen schon immer abgesehen hatten.

„So verjuben die Ölscheichs unser (!) Geld“, hetzte die „Quick“ vom 19.11.73. Indem die arabischen Völker mit den „Ölscheichs“ gleichgesetzt werden (die natürlich genauso widerlich sind wie andere Kapitalisten auch), sollen die werktätigen Massen mit sozialer Demagogie irreführt werden: der kleine Mann soll auf sein Auto verzichten, damit „ein Scheich“ sich dafür einen

neuen Palast bauen lassen kann, in Parfüm baden kann usw. –

Das Wesen der Sache, nämlich die Ausplünderung der Rohstoffe der Dritten Welt durch die Imperialisten und die sich daraus ergebende Interesseneinheit zwischen den unterdrückten Völkern der Dritten Welt und den Werktätigen der imperialistischen Ländern, soll so verdeckt werden.

Die Lüge von der „Erpressung“

Auf der einen Seite will die Bourgeoisie den Eindruck erwecken, daß „die Araber“ doch in jeder Hinsicht weit unter den „zivilisierten Nationen“ stehen. Auf der anderen Seite wird dann demagogisch gejammert, daß „wir“ von oben diesen angeblich „rückständigen“ und „unberechenbaren“ Arabern total abhängig seien. Die rassistische Stöberichtung dabei ist offensichtlich!

Auf den klarsten Begriff brachte wohl die „Quick“ die Lüge von der „Erpressung“ mit folgenden Sätzen: „Sechs ehemalige Beduinen-Scheichs (!) sitzen an der Ölquelle der Welt... Die sechs Scheichs können bestimmen, ob der Ölbahn auf- oder zugeht. In ihrer Macht steht es, ob in Europa die Lichter ausgehen, ob Millionen arbeitslos werden (!) ... Geld brauchen sie nicht. Wir haben ihnen soviel bezahlt, daß sie schon nicht mehr wissen, wohin damit.“ („Quick“, 47/73, 19.11.73)

Während der „Krisen“-Kampagne der westdeutschen Bourgeoisie wurde kontinuierlich gejammert über die „Erpressung“, der „wir“ ausgesetzt seien, über den „Würgegriff der Ölpotentaten“ („Welt“, 4.12.73), daß „wir“ abhängig seien „von den Launen der arabischen Machthaber“ („Bild“, 31.12.73), daß „wir“ ein „Spielball der Scheichs“ seien (Boenisch in der „Bild“ vom 11.11.73). „Man hat langsam das Gefühl, daß die Herren mit Deutschland (!!) umspringen, wie sie wollen. Die Araber die Polen, die Tschechen...“ („Bild“, 7.12.73). „Araber erpressen die Bundesregierung“ („Hamburger Morgenpost“, 6.11.73). „Unsere Politik gestaltet jedem, auf uns herumzutrammen, auf uns herum...“

... stattdessen, auf uns herum...“

„Auch der Handel zwischen Ost und West ist ein Gefechtsfeld des Kalten Krieges“ und fordert, „die partielle Abhängigkeit einzelner Wirtschaftsbereiche des kommunistischen Lagers von westlichen Lieferungen politisch auszunutzen.“ (S 114/115) – Daß dies angeblich nicht genug geschieht, war immer ein wesentlicher Punkt der Kritik der CDU/CSU an der „neuen Ostpolitik“. Ganz auf dieser Linie schrieben die Hetzer der Bourgeoisie auch anlässlich der „Öl-Krise“ nach einem „Gegenboykott“ gegen die arabischen Staaten: „Boykott und Erpressung beantworten wir nicht mit Gegenboykott und Gegenerrpressung... Ohne Nahrungsmittel und ohne Maschinenteile aus dem Westen tun sich die Araber schneller als unsere Autofahrer.“ (Boenisch in der „Bild“ vom 25.11.73)



Aussperrung 73  
Die westdeutschen Arbeiter sollen gegen die „Ölscheichs“ aufgezett werden (aus „Handelsblatt-Industriekurier“)

Die Bourgeoisie stellt die tatsächliche Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt vom Imperialismus auf den Kopf, um so zu verdecken, wie auch hinter der „Öl-Krise“ die imperialistische Profitwirtschaft steckt, und um Teile der werktätigen Massen gegen die Länder

Zuerst bringt er die bekannte rassistische Hetze: „Abendländern und Japanern, den großen Industriationen, die drei Viertel der Güter dieser Welt herstellen, wird mit dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft gedroht, wenn sie nicht auf dem Bauch kriechen – vor Leuten, die, gäbe es die Abendländer nicht, kaum wüssten, was Öl ist...“

„Die Tendenz kann nur umgekehrt werden, wenn wir denen die Stirn bieten, die uns so unerhört herausfordern, wenn wir zeigen, daß wir kämpfen können, wenn wir müssen.“ ... die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind.“ Ja, von den Imperialisten und Faschisten, zu deren übelsten Kriegshetzern dieser Cycon gehört!

Cycon schreibt, daß die Araber sich ihr Vorgehen nur deshalb „erlauben“ können, ohne gleich von den Imperialisten überfallen zu werden, weil die Macht der Sowjetunion hinter ihnen stehe: „Sie würden uns diese wirtschaftliche Kriegserklärung nicht überreicht haben, wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden – durch die Sowjetunion.“

Schlußfolgerung: „Gäbe es heute westliche militärische Stärke statt westlicher Schwäche, dann würde der Sowjetunion eine militärische Rücken- deckung des Ölboykotts viel zu riskant erscheinen, und dann würden die Araber sich hüten, uns mit der Ölkrise zu bedrohen.“

werktätigen Massen gegen die Länder der Dritten Welt aufzuheizen.

Offene Kriegshetze

In dem Artikel „Die Verteilung der Erdenergie“, („Welt“, 24.12.73) schreibt Herbert Kremp, daß der gegenwärtige „Verteilungskampf um die Rohstoffe“ möglicherweise der „Vorläufer eines generellen Verteilungskampfes zwischen den industrialisierten Staaten der nördlichen Hemisphäre und den wesentlich weniger entwickelten Ländern der südlichen Zonen“ sei. Dieser „Verteilungskampf“ trage „Züge eines Vernichtungskampfes“.

Damit hat er aus imperialistischer Sicht den Nagel genau auf den Kopf getroffen: nicht „arabische Erpressung“, sondern imperialistische Verteilungskampf ist der Hintergrund der „Öl-Krise“. Und dieser relativ boykottierte Verteilungskampf an einer bestimmten Front (arabische Erdöl-Länder) ist der Vorläufer eines globalen Vernichtungskampfes der Imperialisten, sich der Rohstoffe der Dritten Welt auch weiterhin zu bemächtigen, im Kampf gegen die immer stärker werdenden nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten und ausgeplünderten Völker.

Die „Machtfrage“ (!), so schreibt Kremp weiter, müsse „im Sinne der industrialisierten Systeme“ gelöst werden. Er beklagt dann das „dramatische Auseinanderfallen von politischer und wirtschaftlicher Macht“ des westdeutschen Imperialismus, d.h. die politische Macht des westdeutschen Imperialismus bleibt hinter seinem wirtschaftlichen (aber auch politischen) Expansions-Hunger zurück.

„Die Machtlosigkeit Westeuropas in der Nahost-Krise muß also seine Bürger konzentrieren“, schreibt Dieter Cycon in der „Welt“ vom 16.11.73. Als Lösung empfiehlt er, die Imperialisten sollten endlich „die Milliarden erhalten, mit denen lange Kolonnen neuer deutscher Panzer und Flugzeuge und viele neue französische und britische Kreuzer und Atomraketen bezahlt werden.“

Wozu diese Milliarden-Ausrüstung dienen soll, schreibt Cycon in der „Welt“ vom 29.11.73 unter der Überschrift „Die Europäer waren auf Taten“.

„Nahost-Krise führt selbst in deutschen Kneipen zu Zwischenfällen. Gestern Abend in einem Lokal am Hamburger Hauptbahnhof: Drei junge Araber nahmen an der Bar Platz, bestellten ein Bier. Der Barkeeper weigerte sich: „Wenn ihr kein Öl holt, dann geht auch zu, wo ihr euer Bier bekommt.“ Die drei Araber verzichteten: „Wir sind Arbeiter wie du, keine Politiker.“ Als der Mann hinter dem Tresen immer noch kein Bier ausreichte, spuckte ihm der eine Araber mitten ins Gesicht. Worauf der Barkeeper wutentbrannt zu einem langen Fleischmesser griff und versuchte, auf die drei loszugehen. Die Wirtin und ein Kellner konnten ihn zurückhalten. Die drei Araber verließen eilig das Lokal.“

... nicht überreicht haben, wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden – durch die Sowjetunion.“

Schlußfolgerung: „Gäbe es heute westliche militärische Stärke statt westlicher Schwäche, dann würde der Sowjetunion eine militärische Rücken- deckung des Ölboykotts viel zu riskant erscheinen, und dann würden die Araber sich hüten, uns mit der Ölkrise zu bedrohen.“

win. Hamburg, 8.11.



Die rassistische Hetze zeigt erste Erfolge („Bild“ vom 8.11.73)

In der für die werktätigen Massen bestimmten Presse („Bild“, faschistoide illustrierte wie „Quick“ u.a.) werden die Kriegsdrohungen nicht in dieser Ausführlichkeit und Deutlichkeit dargestellt, sondern wird das Hauptgewicht darauf gelegt, auf niedrigstem demagogischen Niveau rassistische und nationalistische Emotionen zu schüren, in dem Sinn, daß „alle auf uns rumtrampeln können und mit uns machen, was sie wollen“, weil „wir“ zu schwach seien, um „uns zu wehren“, daß „wir“ also politisch-militä-

risch stärker werden müssen, und daß „alle“ dafür „Opfer bringen“ müssen.

Nein zur faschistischen „Volksgemeinschaft“ – Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

„Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte“, sagte SPD-Kanalar Brandt (zitiert nach „Welt“ vom 28.11.73).

Nicht zufällig ziehen bürgerliche Politiker und Publizisten die Parallele zur Nachkriegszeit, denn so wie damals soll auch jetzt das werktätige Volk dafür gewonnen werden, durch „eisernes Maßhalten“ und „gesteigerte Anstrengungen“ den Imperialisten die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Nicht zufällig „nostalgieren“ die bürgerlichen Publizisten mit scheinheiliger Rührung die Zeit, „als sich die Hamburger noch über ein Ei freuten.“ („Bild“, 21.12.73). Und Bundespräsident Heinemann rät den werktätigen Massen, sie sollten „auf übertriebene Lebensbedürfnisse“ verzichten (zitiert nach „Bild“, 24.12.73).

In der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 26.11.73 war zu lesen, es müsse doch endlich Schluß sein „mit den maßlosen materiellen Forderungen aller Gruppen bei sinkender Leistung, mit dem um sich greifenden Größenwahn aller Schattierungen, mit dem Verlust jeden Sinns für Augenmaß, Proportion und Vernunft.“

In der „Bild“ vom 2.12.73 schrieb Boenisch: „Es genügt, wenn wir alle von utopischen Ansprüchen zurückkommen zu maßvollen Wünschen. Außerdem: Es genügt, Leistungswille und Leistungsfreude zu beleben. Zu modern sind Leistungsverweigerung und Leistungsunlust geworden...“

„Maßhalten“ und ranklotzen, das fordert die Bourgeoisie von den werktätigen Massen. Und im selben Artikel schreibt Boenisch, die Deutschen sollten zu einem Volk von „Kriensoldaten“ werden.

Der Appell an die „Volksgemeinschaft“ ist wieder groß in Mode. „Ge-

sellschaft“ ist wieder groß in Mode. „Gemeinsam schaffen wir es“ („Bild“, 30.11.73). „Wenn wir alle zusammen stehen, werden wir die Lage meistern“ („Bild“, 19.11.73). „Wer die Preise in den Griff bekommen will, darf nun einmal nicht davor zurückschrecken, auch der breiten Masse der Konkurrenten gewisse Opfer zuzumuten. Wir alle haben zu hohe Ansprüche gestellt.“ („Hamburger Abendblatt“, 29.12.73). Bundespräsident Heinemann verteidigt gegen „Einzelinteressen, die einer solidarischen Ordnung im Wege stehen“ (nach „Welt“, 24.11.73). Und er meint zweifellos nicht die Einzelinteressen der Kapitalisten, sondern seine Äußerung ist eher im Sinne der faschistischen Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zu verstehen. Anders gesagt: die Arbeiter sollen auf ihre „Einzelinteressen“ verzichten zugunsten der „Soldatenteil“ mit ihren Ausbeutern.

Boenisch bringt die Sache sehr klar auf den Punkt: „... während man innenpolitisch um sich schlägt gegen Autos, Chefs, Soldaten, Politiken, Christen und Bayern, beugt man sich außenpolitisch vor jedem – auch vor jedem Ölscheich.“ („Bild“, 11.11.73). Umgekehrt wäre es der Bourgeoisie viel lieber: vor Chefs, Politiken, Militärs, Bayern etc. sollen wir uns beugen, und gegen „Ölscheichs“ (gemeint ist: gegen die Völker der Dritten Welt) sollen wir uns mobilisieren lassen. – Das könnten ihnen so passen!

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“, für den proletarischen Leser nicht bestimmt, formuliert schließlich den politischen Zweck: „Nur unter Opfern wird es (Westeuropa – Anm. AK) Stärke für den Schutz seiner eigenen Interessen zurückgewinnen können.“ Frieren wir uns zusammen und erfrieren wir uns Einfluß.“ („FAZ“, 7.11.73) –

Die Arbeiter können aber kein Interesse daran haben, zu frieren, zu verschizen, Opfer zu bringen, damit die Imperialisten ihren Land „Einfluß“ gewinnen. Nicht „Volksgemeinschaft“ mit den Kapitalisten, sondern gemeinsame Front mit den unterdrückten und ausgeplünderten Völkern der Dritten Welt, die im Interesse und Aufgabe der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder.



# Vom Blutbad des Staates zum Staat des Blutbads

## FASCHISTISCHE PUTSCHVORBEREITUNGEN IN ITALIEN

Im ARBEITERKAMPF Nr. 36 (November 73) berichteten wir darüber, daß in einem Faschistenversteck in der Nähe der norditalienischen Hafenstadt La Spezia eine Namensliste von 1617 Personen entdeckt wurde, die am „Tag X“ von den Faschisten ermordet werden sollen. Fünf Leute wurden in diesem Zusammenhang unmittelbar nach dem Fund von der Polizei verhaftet: die Faschisten Porta-Casucci, De Marchi, Rompore, Sedona und Rizzato. Daß die Polizei ungewöhnlicherweise überhaupt so schnell „zugriff“ (was man von der Polizei sonst nur gegenüber den Linken, nicht aber gegenüber den Faschisten gewohnt ist), deutete von vornherein darauf hin, daß man hier ein paar „fanatische Einzeltäter“ als „Alleinschuldige“ präsentieren wollte, um größeren Enthüllungen zuvorzukommen. Im übrigen erhoffte man sich wohl, den Staatsapparat durch diese Aktion mal wieder als „unparteilich“ und „über den Klassen stehend“ zu profilieren, um der breiten antifaschistischen Bewegung in Italien ein bißchen Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber bereits kurz nach der Verhaftung der fünf Faschisten wurden Tatsachen aufgedeckt, die die Behauptung von den „unschuldig gemachten Einzeltätern“ schnell als Lüge entlarvten. Ein ganzes Geflecht von unter verschiedenen Namen zusammenarbeitenden faschistischen Gruppen, die einen Staatsstreich in Italien vorbereiten, wurde erneut sichtbar. Einiges davon berichteten wir bereits im AK 36 – und wir schreiben in unserem Artikel: „Man kann sicher sein, daß noch viele Hintergründe über die in Ortonovo gefandenen Attentats-, Mord- und Putschpläne am Licht befördert werden ...“

Mittlerweile sind weitere Enthüllungen bekanntgeworden – und es ist alles andere als wenig und unbedeutend, was sich dort auftut: die Verbindungen der Verhafteten zu den Verantwortlichen des Mailänder Blutbads von 1969 (Bombenanschlag auf eine Bank; „strage di stato“), zu den Verantwortlichen des Mailänder Blutbads von Mai 1973 (als ein faschistischer Provokateur eine Handgranate in eine Menschenmenge warf), zu westdeutschen Faschisten in Bayern, die Deckung der faschistischen Aktivitäten durch den Polizeistapparat, ihre Finanzierung durch italienische Kapitalisten und durch kriminelle Corps, usw. Das alles wird eingemittelt durch ebenfalls kürzlich bekanntgewordene Aktivitäten des US-Konzerns ITT (Chile) und hoher NATO-Stellen in Richtung auf einen militärischen Umsturz in Italien. Das Wort von der „Partei des Faschismus“, die in Italien am Werk ist, fällt sich immer mehr mit explosivem Inhalt. Wir weisen zu diesem ganzen Komplex noch einmal auf die im Juni 1972 von uns herausgegebene Sonderbrochure „Von Fieschi zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien“ hin, die in unserer Zeitschriftenreihe UNSER WEG erschienen ist und beim AK-Verlag bestellt werden kann.

Die fünfköpfige Gruppe, die im Oktober letzten Jahres nach dem Fund der Mordlisten festgenommen wurde, nennt sich „18. italienische Legion“. Ihre Verbindungen zu den anderen faschistischen Organisationen in Italien sind so vielfältig, daß sie im einzelnen hier gar nicht aufgezählt werden können. Insgesamt ergibt sich das Bild eines krebbsartigen faschistischen Geflechtes, das an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten nur unter verschiedenen Namen firmiert: sei es die neofaschistische MSI, die auch mit Abgeordneten im Parlament vertreten ist, oder außerparlamentarische Terrorgruppen wie „Avanguardia Nazionale“, „Ordine Nuovo“, „Rossi dei Venti“, „Giustizieri d'Italia“ usw. Teilweise sind es direkt Doppel- und Dreifachmitgliedschaften, wie etwa der zur „18. italienischen Legion“ gehörige Rechtsanwalt De Marchi, der gleichzeitig einer der MSI-Führer in der Provinz Liguria ist.

Einige der Faschistenführer haben noch Blut aus der Zeit der Mussolini-Herrschaft an ihren Händen kleben. Dazu gehören z.B. De Marchi, ein Verbrecher aus der Zeit der sogenannten „Salò-Republik“ (Salò ist ein kleiner Ort in Norditalien, am Gardasee, wo das Mussolini-Regime in seiner zweiten Ära von 1943 bis 1945 seine Terrorherrschaft fortsetzte) und auch der ebenfalls zu den fünf Verhafteten zählende Rizzato, ein alter Partisanenmörder. Auch der MSI-Chef Almirante und der zur Zeit in Spanien sich aufhaltende Junio Valerio Borghese gehören noch zur Garde der Alt-Faschisten und Partisanenmörder. Borghese darf übrigens nunmehr völlig unbeobachtet nach Italien zurückkehren: der Haftbefehl gegen ihn wegen eines von ihm geleiteten Putschversuch im Dezember 1970, wovon wir noch in unserem letzten Artikel im AK 36 schrieben, wurde vor kurzem wieder aufgehoben – in einer Zeit, wo die Faschisten ihre terroristischen Umtriebe gerade verstärken!

Die in solchen Personen verkörperte Kontinuität zwischen der Mussolini-Herrschaft und der heutigen faschistischen Bewegung in Italien ist keineswegs zufällig, sondern gezielt entwickelt worden. Der Beweis dafür wurde am 2. Dezember letzten Jahres von der demokratischen Wochenzeitung „L'Espresso“ vorgelegt. „L'Espresso“ veröffentlichte ein Dokument des musolinischen Geheimdienstes vom 21. März 1945 (also aus einer Zeit, wo das Ende des faschistischen Staates unmittelbar bevorstand) über die Bildung von Spionage- und Provokationszentren, die im nachfaschistischen Italien tätig

werden sollten. In diesem Dokument heißt es unter anderem:

„Um diese Zentren aufzubauen, hat der politische Dienst der republikanischen Nationalgarde in seinem Bereich ein Sonderorgan gebildet, das schon funktionierender und noch verstärkt werden soll ... Um die Organisation vollkommen zu machen, ist man dabei, die Möglichkeit zu überprüfen, ein für die Herstellung von falschen Dokumenten eingerichtetes Büro und ein Handelsstudium in Padua zu gründen, dessen Bedienstete als Handelsvertreter auftreten.“

Padua, das ist die Stadt, in der die „Roma dei Venti“ tätig ist, wo die Gruppe von Freda und Ventura, zwei der Hauptverantwortlichen des Mailänder Blutbads vom 12. Dezember 1969 und anderer faschistischer Bombenanschläge, „zu Hause“ ist – und Padua hatte auch in den bei Porta-Casucci gefundenen Putschplänen eine besondere Bedeutung: in Padua sollte der „Tag X“ – das vorbereitete faschistische Staatsstreich durch eine militärische Machteroberung ausgelöst werden, der dann die „Entfesselung eines Chaos“ auf nationaler Ebene folgen sollte. Padua war schon vom musolinischen Geheimdienst als Heimstätte eines Zentrums der faschistischen Bewegung vorgeplant worden – und dies ist es heute auch. Dies macht noch einmal, wie langfristige die Bourgeoisie durch ihre schlimmsten Machttäter die terroristische Niederwerfung der Arbeiterbewegung plant und dabei vorgeht: der alte faschistische Staat ist noch nicht ganz zerstört, die Bourgeoisie beginnt ihre Herrschaft gerade dadurch zu retten, daß sie die gegen den Faschismus aufstehende Arbeiterbewegung auf parlamentarische Abstellgleise zerrt – und noch im gleichen Augenblick werden schon die Vorbereitungen für einen gegebenenfalls wiederzuerstehenden faschistischen Staat geschaffen. Natürlich ist dies nicht auf den Aufbau neuer faschistischer Terrorgruppen durch die „alte Garde“ bezogen, sondern vor allem geht es hierbei auch um eine planmäßige Rechtsentwicklung im „demokratischen“ Staat selbst, dessen Instrumente (vor allem Polizei, Militär und Justiz) zu immer größerer Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Linken greifen – und gleichzeitig die Aktivitäten der offenen faschistischen Terrorgruppen weitgehend decken. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Padua liegt in der Region Veneto, und diese ganze Region ist eines der stärksten Aktionsgebiete der Faschisten in Italien. In der Zeit der Agonie und des Zusammenbruchs der „Salò-

Republik“ strömte ein ganzer Offiziersstab der Faschisten nach Veneto ein: Ministerialfunktionäre, Militärs und Verbrecher der „Schwarzen Brigaden“. Schon in den ersten Stunden nach der Befreiung Italiens von der faschistischen Herrschaft soll hier die Organisation für das Überleben des Faschismus tätig geworden sein.

Ein anderes Zentrum der Faschisten ist in Veris in der Provinz Toscana. Hier begann seit 1972 eine neue Phase des faschistischen Programms: Schlägerbanden gingen hauseigenweise zu direkten Angriffen auf die „roten Gebiete“ über, d.h. Gebiete, in denen die Arbeiterbewegung und die Linken stärker entfaltet sind (vor allem die Region Toscana selbst und die angrenzende Emilia-Romagna). Die Provokationen und Verletzungen von Genossen, Arbeitern und Antifaschisten sind nicht zu zählen. Das in der Nähe von Veris gelegene Lido di Camaiore (wo am 18. Oktober letzten Jahres die zur „18. italienischen Legion“ gehörenden Rampezzo und Sedona verhaftet wurden) wird dabei zu einem weiteren operativen Zentrum dieser Provokationen.

Am 27. August 1973 wurden in Lido di Camaiore fünf Genossen der PCI, die am Strand die „Unità“ verkauften, von zahlreichen Faschisten angegriffen. Einer der Genossen, Pirelli, wird von vier Messerstrichen schwer verletzt, in den folgenden Ta-

glichen Staates und seine direkte Mitwirkung dabei.

### Die Deckung und Förderung der faschistischen Umtriebe durch den Staatsapparat

Die linke italienische Tageszeitung „Lotta Continua“ berichtete am 17. November letzten Jahres, daß im Frühjahr 1972 im Hotel Baglioni in Florenz ein Treffen zwischen mehreren Faschistenführern und einem Vertreter des Innenministeriums stattfand. Dort wurde demzufolge der Plan diskutiert, Aggressionen in den „roten Gebieten“ zu entfesseln. Vor allem die Schlägertruppe von „Avanguardia Nazionale“ sollten dazu eingesetzt werden. Als Belohnung sollten die Faschisten die großzügige Geldsumme von 60 Millionen Lire erhalten (nach heutigem Kurs etwa 260 000 DM, damals noch reichlich über 300 000 DM). In dieser ganzen Zeit finden noch zahlreiche weitere Treffen auf „hoher Ebene“ in Lido di Camaiore und dem nahegelegenen Torre del Lago statt, woran u.a. der MSI-Chef Almirante, der MSI-Abgeordnete Nicolai und der „umgediente“ (?) Admiral Birindelli teilnehmen. Koordinator für die faschistischen Aktionen in diesem Gebiet ist dabei Nicolai, der nebenbei bemerkt ein enger Freund

in Italien mehrere eigene militärische Ausbildungslager unterhalten, dessen Material (Waffen, Lastwagen, Zeile usw.) aus Beständen der italienischen Armee kommt.

Einige aufschlußreiche Verbindungen der Faschisten konnten kürzlich enthüllt werden. Mitte November vergangenen Jahres fand jemand in Padua das Notizbuch eines aus Rovigo stammenden und in Padua wohnenden Faschistenführers und gab es im Büro der PCI ab. In diesem Buch fanden sich u.a. die Namen und Adres-

sen von:

- dem Generalkommandanten der Carabinieri (also Art Berietsschafspolizei);
- einem Obersten des NATO-Kommandos in Neapel;
- vom ehemaligen SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, der 1943 den abgesetzten Mussolini aus seiner Überwachung auf dem Gran Sasso befreite, damit dieser wieder an die Spitze des faschistischen Regimes treten und die Fortführung des Krieges an der Seite des Nazi-Reichs befehlen konnte (Italien hatte vier Tage zuvor, am 8. September 1943, bereits ein separates Waffenstillstandsabkommen mit den Westmächten geschlossen); Skorzeny wohnt heute in Spanien in Madrid;
- von mehreren Agenten des griechischen Geheimdienstes KYP, u.a. von Constantinos Plevris (Organisator von Faschistenreisen nach Griechenland zur militärischen Ausbildung,

verantwortlicher Verbindungsmann zur Organisation „regimetreuer“ griechischer Studenten in Italien, ESEFI, Kontaktreisender zu verschiedenen faschistischen Organisationen in anderen westeuropäischen Ländern, wie „Ordre Nouveau“, „Occident“ und „Jeuneuse de la nuit“ in Frankreich, „Jeune Europe“ in Belgien und „Nation Europa“ in Westdeutschland) und dem Botschafter Pompaus;
- von den christdemokratischen Abgeordneten Bartolo Ciccardine und Maria Pia del Canton und von anderen Funktionären der italienischen Christdemokratie;
- von einem Offizier des italienischen Geheimdienstes SID.

Das Notizbuch enthält desweiteren genaue Angaben über eine Dokumentation des italienischen Geheimdienstes. Ein Beispiel dafür, wie die Staatsorgane die Tätigkeiten der Faschisten decken, ist der „Fall“ Molino. Severio Molino war von 1968 bis 1969 Chef der Politischen Abteilung der Polizei von Padua. Seit dem April 68 führte er die Untersuchungen über eine Reihe von Attentaten, die zwölf Monate lang in Padua wüteten. Angeblich weiß er „nichts entdeckt“ hat, wird die Untersuchung ab April 1969 von Pasquale Iuliano, dem Chef Squadra Mobile weitergeführt und Molino wechselte an die gleiche Stelle nach Trento über. Tatsache ist, daß Molino eine ganze Reihe von Hinweisen „entdeckt“ hat, die die Faschisten belasten, und die entweder von ihm selbst oder teilweise auch „höheren Orten“ in den Safe zur Nichtverfolgung gelegt wurden:

1. Während einer Hausdurchsuchung bei dem nun verhafteten Partisanenmörder Eugenio Rizzato fand Molino 1969 einen Plan für einen faschistischen Putsch, der ungefähr derselbe ist wie der jetzt bei Porta-Casucci gefundene.
2. Molino ließ die Telefongespräche des Rechtsanwalt Freda abhören, der einer der Hauptschuldigen des späteren (12. Dez. 69) Mailänder Blutbads an der Piazza Fontana ist, bei dem 16 Menschen getötet und 90 zum Teil schwer verletzt wurden. Molino behauptete jedoch, daß es sich nicht lohnen würde, die auf Tonband aufgezeichneten Telefongespräche zur Auswertung abzuschriften. Als sie dann aber endlich an den Richter Sisti übergeben werden mußten, stellte sich heraus, daß sie die Gespräche von Freda über die Zeitzeugen der Faschisten-Bomben enthüllten und die Gespräche über die am 18. April 1969 von den Faschisten abgehaltene Versammlung



aus Alfredo Chiappori: Vado l'arresto e torno

gen kommt es daraufhin zu einer breiten antifaschistischen Mobilisierung, vor allem in Pisa, das ca. 50 km von Lido di Camaiore entfernt ebenfalls in der Toscana liegt. In Pisa wird in dieser Situation eine noch größere Provokation verübt: und zwar von den Fallschirmjägern der „Folgore“ („Blitz“), einer der radikalsten Sonderabteilungen der italienischen Armee. Zahlreiche Offiziere und Soldaten strömten aus der Kaserne, um Pisa „von den Roten zu säubern“. Sie begaben sich gezielt zum Garibaldi-Platz, der ein bekannter Treffpunkt von Genossen ist, und entfalteten eine regelrechte Treibjagd, die von den italienischen Genossen als kleines „gratunamente“ (Putsch) bezeichnet wurde: die auf dem Garibaldi-Platz versammelten Genossen wurden brutal zusammen geschlagen, das Café eines Genossen nahezu in Trümmern zerhackt. Alles geschieht unter den Augen der Polizei, die nicht eingreift. Damit sind wir bei einem der Kernpunkte der Deckung und Abschwärzung der faschistischen Umtriebe durch die Machtorgane des bürger-

von Porta-Casucci ist. Am 23. August, vier Tage vor dem Angriff auf die PCI-Genossen, findet unter Anwesenheit von Almirante ein „Arbeitsabenden“ in der dortigen Pension Libia statt. Nach der Provokation vom 27. August werden diese Zusammenkünfte häufiger.

Ähnliche Treffen finden auch andernorts statt. Beispielsweise im August 73 ein Treffen zwischen Faschistenführern und Armeefunktionären (die eigens mit einem Flugzeug gekommen waren) in einem Lokal in Veris. Beispielsweise ein Treffen zwischen Faschistenführern, Angehörigen der Fallschirmjägerkorps, der „baschi neri“ (eine andere Sonderinheit der Armee) und Offizieren anderer Abteilungen im Hotel S. Giorgio in La Spezia (Region Liguria, wo in der Nähe in Ortonovo die Mordpläne in der Arztvilla von Porta-Casucci gefunden wurden). Bei diesem Treffen soll darüber verhandelt worden sein, Einrichtungen der Armee für militärische Ausbildungen der Faschisten zur Verfügung zu stellen. Es ist seit längerem bekannt und wurde mehrfach enthüllt, daß die Faschisten



## Forts. Blutbad des Staates

in Padua, wo über die Anfertigung des Bombenplans gesprochen wurde. Richter Stiz, der „allzuweh“ in Richtung der Faschisten ermittelt hatte, wurde übrigens später vom Strafgericht ans Zivilgericht versetzt, wo er sich jetzt nur noch mit Ehe- und Grundstückstreitigkeiten usw. herumschlagen darf.

3. Molino ließ die Anzeige der Verkäuferin eines Ledergeschäfts in Padua einfach „unbeachtet“. Die Verkäuferin sagte aus, daß in ihrem Geschäft die Taschen gekauft wurden, in denen die Bomben von der Piazza Fontana explodierten.

Molino hat jetzt, am vergangenen 19. November einen Brief an die Staatsanwaltschaft von Padua geschickt, in dem er sich von der öffentlich erhobenen Beschuldigung der Vertuschung der „schwarzen Spur“ reinzuwaschen versucht. In diesem

Blutbad vom 12. Dezember – und man hätte die faschistischen Untriebe also stoppen können – wenn der Staatsapparat die faschistischen Bombenanschläge nicht gewollt (mitgeplant) und gebraucht (ausgenutzt) hätte, um sie den „Anarchisten“ anlasten zu können und darauf seine ganze „Strategie der Spannung“, die Verfolgungsjagd gegen die Linken und die Repression gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse, zu kochen. Gestoppt wurde etwas anderes, nämlich der Polizeichef Juliano, der offensichtlich seine Funktion „nicht richtig verstanden“ und „zu eifrig“ nach rechts anstatt nach links ermittelt hatte: er wurde von vorgesetzter Stelle des „Mißbrauchs von Untersuchungsmitteln“ angeklagt, seines Amtes enthoben und ein Prozeß gegen ihn eingeleitet.

Molino hat sich dagegen in Trento offensichtlich besser bewährt im Sinne seiner kapitalistischen Bröchen-

lung dieser Stoßkraft zu hindern und sie zurückzuwerfen. Deshalb läßt sie in beschränktem Umfang „Untersuchungen und Maßnahmen“ gegen die Faschisten zu – und dabei „passiert“ es, daß im Polizei- und Justizapparat unterschiedliche Auffassungen darüber auftauchen, wie weit man gehen muß, damit die Arbeiterklasse auch an die „antifaschistische Haltung“ der Kapitalisten und ihres Staates glaubt – und wie weit man nur gehen darf, damit die „Untersuchungen und Maßnahmen“ gegen die Faschisten nicht in ihr von der Regierung ungewolltes Gegenteil umschlagen und der Arbeiterklasse größere Klarheit über die faschistische Gefahr verschaffen und zu einem verstärkenden Faktor der Mobilisierung werden. Das ist der tatsächliche und hauptsächlich „Widerspruch“, der sich in dieser Frage im Staatsapparat zeigt – und der teilweise dahin führt, daß die

ein ganzes Stück „voraus“ sind. Aber nach der Darstellung des „Espresso“ erscheint es geradehin so, als ob die westdeutschen Faschisten in gewisser Weise einen führenden ideologischen und theoretischen Einfluß auf die italienischen Rechtsstürmer ausüben. Da fragt sich natürlich, bis wohin, bis zu welchen „politischen Höhen“ die Verbindungen zwischen den italienischen und westdeutschen Faschisten auf westdeutscher Seite reichen...

Wir wollen in diesem Zusammenhang an einen Artikel des CSU-Ideologen Emil Franzel im „Bayernkurier“ vom 3.6.72 erinnern. Franzel zeichnete dort zunächst in grellen Farben die „zunehmende Macht der Linken“ und gar die Gefahr einer „Sozialistischen Europäischen Gemeinschaft“ im Gefolge der Politik der Sozialdemokratie und der Revisionisten auf, um dann die Frage zu stellen: „Und was steht diesem

Ideologie und Theoretiker des Faschismus mit europäischen Ambitionen!

Desweiteren wollen wir in diesem Zusammenhang an den CSU-Chef F.J. Strauß selbst erinnern – und wer wollte bestreiten, daß dieser über ganz erhebliche „ideologische und theoretische Qualitäten“ zur Herrschaftsförderung der Bourgeoisie verfügt? „Besondere Verdienste“ hat Strauß sich dabei gerade mit seinen „Europa-Konzeptionen“ verdient, an denen er bereits seit vielen Jahren rumfult, und wüßte er bereits mehrere programmatische Bücher veröffentlicht hat. Wir wollen an dieser Stelle nur kurz einen Abzatz aus seinem 1969 herausgegebenen Buch „Herausforderung und Antwort – Ein Programm für Europa“ zitieren – aus dem trotz der Kürze und des hier nicht möglich wiederzugebenden Gesamtzusammenhangs schon ziemlich deutlich wird, welche ungeheure Bedeutung Strauß einem politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten für die Erringung einer Weltmachtstellung der westeuropäischen Bourgeoisien beimißt:

„Will man – was zweifellos nötig ist – eine Strategie der Kriegskunst im Frieden entwickeln, so kann man das nur, wenn man genügend Macht hat. Wo sie dem einzelnen Staat fehlt, muß er sie im Verein mit anderen zu erlangen trachten, mit Ländern, deren strategische Interessen mit den seinen weitgehend identisch sind. Daraus schon ergibt sich die Forderung nach einer politischen Vereinigung Europas, da man von Amerika nur bedingt erwarten darf, daß es seine Konzeption völlig an den europäischen Bedürfnissen ausrichtet, die mit den amerikanischen gar zum Teil identisch sein können.“ (S. 72)

Es stellt sich demnach die Frage, unter welcher Flagge ein solches „vereinigtes (West-)Europa“ Politik betreiben sollte nach der Meinung von Strauß, und welches entsprechend die Kräfte sind, die die Politik dabei steuern sollten (als Kapitän und Offiziere versteht sich, denn der „Reader“ dieses Schiffes steht ohnehin fest: die Kapitalistenklasse). Allgemein ist vielen Arbeitern klar, daß Strauß ein ausgemachter Reaktionär ist – aber welcher Sorte? Sage mir, mit wem du verkehrst, und ich sage dir, wie du heißt!

bleiben wir beim Thema: bei den italienischen Faschisten, zu denen er offensichtlich gute Verbindungen unterhält. Das mögen zwei Tatsachen belegen (natürlich sind wir – gegenwärtig noch nicht in der Lage, die ganze Konkretheit seiner Verbindungen zu offen faschistischen Organisationen darzulegen). Erstens die Tatsache, daß Strauß Verbindungen zu italienischen faschistischen Zeitschrift „Il Borghese“ hat, der er kürzlich ein längeres Interview „gewährt“. Zweitens die Tatsache, daß Strauß seine „Europa-Konzeption“ auch in italienischer Sprache veröffentlicht hat – und zwar bei Giovanni Volpe in Rom, einem unverfälschten faschistischen Verlag. Volpe selbst ist der Sohn des ehemaligen „Historikers“ von Mussolini und aktives MSI-Mitglied.

In seinem Verlag werden auch vorwiegend Bücher von international namhaften Faschisten herausgegeben: z.B. von de Stefani, dem ehemaligen Finanzminister Mussolinis, von Graziani, dem italienischen Oberbefehlshaber im Abessinien-Krieg und Ex-Stabschef der norditalienischen Armee und Kriegsminister unter Mussolini nach 1943, von Gentile, der wesentlich an der Ausarbeitung der Ideologie des faschistischen Staates in Italien mitbeteiligt und unter Mussolini Unterrichtsminister war, von den Ideologen der französischen Rechten La Rochelle, M. Rocca, Nardache und Saint-Loup usw. Das ist eine Reihe von Persönlichkeiten, in der wir Strauß nicht für fehl am Platz halten.

Eine Information aus neuerer Zeit ist unseres Erachtens auch nicht uninteressant in diesem Zusammenhang. Der schon häufiger erwähnte „Espresso“ berichtete kürzlich von einer „fast gleichzeitigen“ Reine von F.J. Strauß und Andreotti, dem Führer des ganz rechten Flügels der italienischen Christdemokraten, in die USA. „L'Espresso“ schreibt, daß diese beiden Herren dort die Bereit-



Italien sagt NEIN zum Faschismus

Padua sagt NEIN zum Faschismus

Brief schreibt er:

„Sofort nach der Hausdurchsuchung bei Rizzato wurde an das Innenministerium und zur Kenntnis auch der Polizeibehörden von Como und Venezia ein von mir selbst verfaßter Bericht geschickt. Darin wurde die Gestalt von Rizzato beschrieben, Nachricht über den Fund der Pistole gegeben, und es wurden detailliert alle bei Rizzato gefundenen Dokumente beschrieben, deren Fotokopien beigelegt wurden.“

Desweiteren will er auch Berichte über die Anzeige der Taschenverkäuferin geschickt haben, und zwar je einen an die Politische Polizei in Mailand, an die Politische Polizei in Rom und an das Büro für „geheimzuhaltende Angelegenheiten“ („Affari riservati“) des Innenministeriums.

Diese Behauptungen werden wahrscheinlich sogar stimmen – aber sie widerlegen natürlich nicht, daß Molino die Faschistenpur tatsächlich nicht verfolgt und gegen die Faschisten nicht eingeschritten ist. Was aber wichtiger ist: sie zeigen, daß es sich hier nicht nur um einen Komplott „unterer oder mittlerer Dienstgrade“ mit den Faschisten handelt, sondern daß die höchsten Stellen des Staatsapparats letztendlich dahinterstehen und die Anweisungen zur Deckung der Faschisten geben.

Der Nachfolger von Molino an der Spitze der Politischen Polizei von Padua, Pasquale Juliano, ist übrigens wohl nicht mit besonderem Geschick von seinen vorgesetzten Dienststellen ausgewählt worden: Juliano hatte nach einer zügigen Untersuchung festgestellt, daß die faschistischen Terroristen unter Führung von Massimiliano Fiacchi (rechte Hand von Freda) für die Bombenattentate verantwortlich sind, und er berichtete, daß „eine noch gefährlichere Zelle im Veneto existiert, die von gewissen Freda und Ventura geleitet wird“. Das alles noch vor dem Mailänder

gebet: als 1970/71 mehrere Attentate und Attentatsversuche in Trento stattfanden (u.a. Bomben in drei Kinos, zwei Tritoladungen an der Universität und ein Attentat gegen ein Widerstandsdenkmal), „entdeckt“ er „wieder nichts“, obwohl die Attentäter und Bombenleger aus dem faschistischen Lager allgemein bekannt sind und „Lotta Continua“ es sogar gelungen ist, deren Namen zu ermitteln und sie zu veröffentlichen.

Das teilweise „Nicht-Funktionieren“ von Polizeioffizieren (wie z.B. Juliano) hängt nun nicht etwa damit zusammen, daß es im Staatsapparat viele tatsächlich fortschrittliche und antifaschistische Beamte gäbe – schon gar nicht in solch wichtigen Funktionen wie es die eines Chefs der Politischen Polizei ist. Vielmehr hängt dieses „Nicht-Funktionieren“ damit zusammen, daß die Bourgeoisie und ihr Staat besonders bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe in verschiedenen Situationen und unter verschiedenen Bedingungen eine jeweils unterschiedliche Taktik in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse einschlagen. Konkret nicht es zur Zeit so aus: Infolge einer selbständigen und guten politischen Erhellungsarbeit der revolutionären Linken ist das Komplott des Staatsapparats mit den faschistischen Terroristen und deren kapitalistische Geldgeber für größere Teile des Volkes sichtbar geworden und es hat sich eine relativ breite antifaschistische Bewegung entwickelt, die gerade auch von wichtigen Teilen der Arbeiterklasse getragen wird. Die Regierung (gegenwärtig eine sog. „Mitte-Links-Regierung“, d.h. Christdemokraten und „Sozialisten“ mit einigen kleineren Parteien) versucht sich nun den Schein eines Kampfes auch gegen die Faschisten zu verleihen, um dieser Bewegung die Stoßkraft zu nehmen, bzw. sie an der weiteren und klareren Entwick-

Bourgeoisie einige ihrer eigenen Leute aus dem Verkehr ziehen muß (wie es einerseits die Faschisten, von denen mal der eine oder andere zur Abwechslung hinter Gittern wandert – oder sei es ein Polizeioffizier oder Staatsanwalt, der die Grenzen seiner Befugnisse im Vorgehen gegen die Faschisten nicht eingehalten hat).

## Verbindungen zu westdeutschen Faschisten

Keihen wir noch einmal zurück zu den fünf im letzten Oktober verhafteten Faschisten. Über einen von ihnen, den Arzt Porta-Casucci, laufen wichtige Verbindungen zu faschistischen Gruppen in Westdeutschland, vor allem in Bayern.

Porta-Casucci ist nicht nur Mitglied verschiedener faschistischer Gruppen in Italien, sondern darüber hinaus Mitglied westdeutscher Faschistentruppe: der „Deutschen Volkswacht“ (deren Führer der Faschist Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung“, ist) und des „Stahlhelm“, einer Organisation deutscher Kriegsveteranen. Am 8. September vergangenen Jahres erhielt er als ehemaliger Angehöriger der Nazi-Kriegsmarine eine Medaille von seinen Komplizen in München an die Brust geheftet – dort wo er auch noch gerne, im Äußern wie im Innern, das Hakenkreuz trägt. Aus München, wo er entsprechend häufige Reisen hin unternimmt, kam er laut „L'Espresso“ vom 2. Dezember auch mit neuen Anweisungen zurück: Seine westdeutschen Komplizen sollen sich „unzufrieden“ mit den Italienern gezeigt haben, weil sie ihre Untriebe „nicht genügend intensivieren“ würden. Daß die italienischen Faschisten sich von ihren westdeutschen Komplizen derartige „Rüffel“ gefallen lassen würden, mag zunächst etwas merkwürdig anmuten, da sie ihnen gegenüber zur Zeit ja (noch?)

stärker und stärker werdenden linken Flügel gegenüber! Eine zwar da und dort angeschlagene, aber gerade noch repräsentable Mitte (!) – aber ist ein Körper, dem der rechte Arm (!), ein Vogel, dem der rechte Flügel (!) fehlt, nicht doch eine leicht urealistische Konzeption? Franzel plädierte in seinem Artikel dafür, diesen „rechten Flügel“ aufzubauen, und zwar in ganz Westeuropa – und dazu soll z.B. auch der italienische MSI gehören: also die Konzeption einer europäischen faschistischen Bewegung, die hier verfochten wurde. Speziell zu Italien versuchte Franzel dann den MSI noch von seinem faschistischen Charakter „reinzuwaschen“, und zwar in einer Weise, wo er nicht etwa schönfärbende Lügen über den MSI verbreitete (wie dieser das selbst über sich tut), sondern indem er den italienischen Faschismus unter Mussolini selbst schönfärbte:

„Ganz abgesehen davon, daß die Mussolinimasse auf Almirente (den MSI-Chef; AK-Red.) nicht paßt, ist sie heute für viele Italiener kein Popanz mehr. Man hat die historische Bedingtheit des Faschismus erkannt, darf es daher wagen, seine Politik und seine Grundsätze sachlich zu kritisieren, ohne ihn verteidigen zu müssen, und man kann auch ruhig auf den vernünftigen Charakter mancher Reformen Mussolinis hinweisen.“

Und weiter heißt es dann noch summa summarum in Franzels Artikel:

„... es kommt also darauf an, die konservative Ideologie, die einfach die der Erhaltung des Lebens ist, in Politik umzusetzen und der Anomalie ein Ende zu machen, daß es keine politische Rechte, sondern allenfalls (!) eine rechte Mitte gibt.“

Völlig: ein westdeutscher



## Forts. Blutbad des Staates

schaft ihrer Parteien versichert hätten, in ihren Ländern für eine weitere Rechtsentwicklung zu sorgen. Dabei sind laut „Espresso“ auch Pläne diskutiert worden, in der BRD die Brandi-Regierung und in Italien die „Mitte-Links-Regierung“ zu stützen.

Nun, ist es nicht möglich, daß der „Espresso“ mit seiner Andeutung recht haben könnte, daß die italienischen Faschisten bei ihren Umtrieben „führende Ideologen und Theoretiker“ in Westdeutschland finden könnten?

Wir wollen aber noch kurz einen anderen Punkt der Verbindungen zwischen den italienischen und westdeutschen Faschisten erwähnen: und zwar wo dieses Mal umgekehrt die italienischen Faschisten ihren westdeutschen Komplizen etwas über praktische Erfahrungen zu sagen wußten, oder noch besser: sie darin unterrichteten.

Ein solches Treffen fand bereits am 17. August 1969 in Regensburg statt, die Zusammenkunft einer sog. „Europäischen Revolutionären Front“. Hier war auch der Faschistenführer Freda (neben Ventura einer der Hauptschuldigen beim „strage di stato“ am 12. Dezember 69 in Mailand usw.) anwesend, und seine Aufgabe war es, einen Vortrag über Infiltration in linke Gruppen zu halten, und dies den autoritären Teilnehmern vorzuschlagen aufgrund der italienischen Erfahrungen. Desweiteren entwarf er dort einige „nützliche Techniken für die Spannungsstrategie“.

Was die Infiltration in linke Gruppen und den Aufbau von eigenen „linken“ Gruppen anbetrifft, so haben die italienischen Faschisten hier in der Tat reichlich praktische Erfahrungen; allerdings auch nicht nur „positive“, sondern auch einige für sie negative, wo ihre sich einzuschleichen versuchenden Provokateure von den Genossen entlarvt



Faschist Porta Casucci

amerikanischen Imperialismus!“. Die ADS bezeichnet sich als „ein Aktionsbündnis europäischer Nationalrevolutionäre“. Sie will „schwerpunktmäßig regionale Basisarbeit“ leisten. Hier deutet sich eine Entwicklung an, daß die Faschisten verstärkt mit sozialer (ja mit „sozialistischer“) Demagogie auf Rattenfang gehen, vor allem unter Jugendlichen. Nach den Angaben ihres „1. Sekretärs“ Lothar Gottlieb hat die ADS „feste Bündnisse“ mit anderen Gruppierungen in Bayern und Baden-Württemberg dazu geschlossen; mit Gruppierungen im Rheinland und in Niedersachsen seien sie „im Gespräch“. Und weiter Gottlieb: „Im europäischen Rahmen liegt der Schwerpunkt unserer Bemühungen in Italien und Frankreich ...“ — was kein Wunder ist, denn dort sind die faschistischen Organisationen gegenwärtig am stärksten und „aktivsten“ (Siehe zum Aufbau pseudo-„sozialistischer“ Gruppen durch Faschisten auch den in dieser Ausgabe des AK abgedruckten Artikel über den von der NPD-Jugendorganisation aufgetauten RSB in Stade: „Faschisten gehen mit „linker“ Tarnung auf Schülerfang“, S. 26).

## Kapitalisten im Hintergrund

Die Faschisten in Italien verfügen über reichlich Geld, um ihre Aktionen zu finanzieren — und es ist ja auch bekannt, daß der Kapitalist dort nicht knaust, wo es ihm eine Sicherung seiner Herrschaft einbringt.

Bei der Verhaftung der fünfköpfigen Gruppe um Porta-Casucci und De Marchi fiel der Polizei auch eine Spendenliste der „18. italienischen Legion“ in die Hände. Die Namen der Spender (es waren alles Tausender- und höhere Beträge, in DM umgerechnet natürlich) werden aber von der Polizei geheimgehalten. Durchgeleitet ist jedoch, daß auch der Chemie-Konzern Montedison darauf verzeichnet sein soll.

De Marchi war mit der Organisation und Finanzierung der Schläger der „Rosa dei Venti“ von Padua beauftragt. Kurz vor seiner Verhaftung plauderte er gegenüber Journalisten aus, daß diese Gruppe (allein diese) über fünf bis sechs Milliarden Lire verfügt (das sind umgerechnet rund 22 bis 26 Millionen DM!). Die Banken, über die De Marchi die Finanzgeschäfte der Gruppe abwickelte, wa-

ren vorwiegend Institute im schweizerischen Lugano (an der schweizerisch-italienischen Grenze): Banco di Roma, Banca delle Province Lombarde, Istituto Bancario Italiano und Banca Giurati aus Philadelphia.

Durch eine Dokumentation der Zeitschrift „Il mondo“ kam einiges Licht in die Finanzstützen der italienischen Faschisten: daraus geht hervor, daß für die finanzielle Deckung der Putschpläne wesentlich eine Koalition von Reeder-Kapitalisten sorgte, an deren Spitze die Camelli-Gruppe aus Genua steht. Der mit am häufigsten in diesem Zusammenhang auftauchende Name ist der des Reeders Erisio Cao (dessen Bruder Roberto Cao bereits in der Untersuchung der revolutionären Linken über das „strage di stato“ als Agent des Alt-Faschistenführers Borghese angeklagt wurde). Cao ist Generaldirektor der staatseigenen Kreditanstalt IMI (Istituto Mobiliare Italiano), und seine Macht bei der Verwaltung der öffentlichen Gelder ist beinahe unbegrenzt. Mehrere Milliarden Lire hat er davon für andere Reedergruppen und für von ihm selbst geleitete Gesellschaften abgezweigt. Unter anderem gründete Cao in der Vergangenheit durch den Credito Navale (Schiffskreditinstitut, Teil der IMI) eine unter faschistischer Führung stehende gelbe Gewerkschaft, die SNADI. Der rechte Arm dieses großzügigen Verwalters von öffentlichen Geldern ist übrigens der Ingenieur Pedolini, ein Vertrauter des Faschisten Borghese.

Die Kapitalistenbrüder Alberto und Sebastiano Camelli sind offensichtlich selbst Strohmänner von Agnelli. Die beiden Camellis stammen aus einer aristokratischen Familie in Genua und wurden plötzlich Reeder, als Fiat die Aktien der Gruben in Goa aufkaufte. Gemeinsam mit der Agnelli-Gruppe rüstet die Camelli-Gruppe mit dem Schiffbau zusammen. Ebenfalls gemeinsam mit Agnelli bauen sie jetzt in Mailand auf Sizilien eine der größten Affinerien (Werk, wo Metall aus Legierungen ausgetrennt wird) in Italien. Die Finanzierungen der Camelli-Geschäfte laufen über das eben erwähnte Credito Navale der IMI, dessen Präsident Erisio Cao ist. „L'Espresso“ berichtete darüber hinaus in einem Artikel, daß auch der Chemie-Konzern Montedison hinter der Camelli-Gruppe steht.

Weitere Hauptrollen bei der Finanzierung der Faschisten sollen laut „Lotta Continua“ der Zementkapitalist Pessenti und der Erdölkapitalist Monti spielen. Desweiteren werden beispielsweise genannt: Riccardo Garrone (ebenfalls Erdölkapitalist), Giacomo Berrino (Bauunternehmer), Logorio Serra (Großgrundbesitzer), der Industrielle Guido Canale und hohe Regierungsfunktionäre wie Francesco Catanoso.

Eine weitere wichtige Figur ist der Präsident des Rüstungsbetriebes OTOMelara, Gustavo Stefanini, der Mitglied der christdemokratischen Partei ist. In seiner Villa in Lerici in der Nähe von La Spezia fanden nach den Berichten von „Lotta Continua“ häufigere Zusammenkünfte über die Faschisten-Finanzierung statt, an denen auch „ein großer Reeder“ und ein hoher Armeefunktionär, General Munaxhd, teilnahmen. Stefanini selbst soll auch (ebenso wie Camelli) die für die Putschpläne bestimmten Gelder in der Banca Bertolli in Lucca (in der Nähe von Pisa) hinterlegt haben.

Vor seiner (nunmehr beendeten?) Auswanderung nach Spanien wurden von Borghese Finanzierungsreisen unternommen. Über einige der dabei stattgefundenen Zusammenkünfte (und zwar in der Zeit vom April bis Juni 1969 in Genua) soll sogar ein geheimegehaltener Bericht des italienischen Geheimdienstes SID (Servizio Informazioni Difesa) vorliegen. Neben den Camelli-Brüdern nahmen u.a. auch Giacomo Cambiaso, Präsident der „Sicula ligura“ (Schiffsfahrerunion), und Sacha Courir, ein ehemaliger Fallschirmjäger und heutiger Schiffversicherer, der an den größten Reeder Genuas gebunden ist, daran teil.

Über die Kontakte Camellis zu den Faschisten der „18. italienischen Legion“ und der „Rosa dei Venti“ wurde desweiteren bekannt, daß er im Sommer letzten Jahres mit seiner Yacht häufiger nach Finmaretta (Toscana) fuhr, dort neben dem Boot von Porta-Casucci anlegte und mit diesem

zusammen traf.

Aus weiter zurückliegender Zeit ist ein anderer Lichtstrahl in die Faschisten-Finanzierung gefallen: Ventura, der tief in das „strage di stato“ verwickelt ist, erhielt 1970 (kurz nach dem Blutbad, das im Dezember 1969 stattfand) eine Summe von sechs Millionen Lire (nach heutigem Kurs etwa 26.000 DM) über Domenico Gromo aus Genua, Inhaber der GMP, eine „Industrie für Erdölanlagen“. Nach allem Anschein ist die GMP aber nur ein Tarnunternehmen, über das die Faschisten einen Teil ihrer Finanzgeschäfte abwickeln. „Lotta Continua“ spekuliert über eine mögliche Herkunft dieser Abkürzung: Grosso, Massari (ein mit Freda und Ventura verbundener Verleger aus Padua), Porta-Casucci.

## Langfristige Interessen der Bourgeoisie leiten die Putschvorbereitungen

Nach dem Fund der Mord- und Putschlisten im Oktober letzten Jahres in Ortonovo sind Schritte um Schritt eine Fülle von Enthüllungen zu Tage befördert worden, die zusammen mit den bereits bekannten Tatsachen aus der zurückliegenden Zeit aufzeigen, in welchem Maße die Faschisten in Italien, gedeckt und unterstützt durch den Staatsapparat und finanziert durch Kapitalisten, an der Herbeiführung eines Staatsreiches arbeiten. Aber der größte Teil dieses Geflechts liegt weiterhin im Dunkeln und das betrifft vor allem die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat selbst.

Die Rolle der faschistischen Terrorgruppen innerhalb dieser Bestrebungen ist mehrdeutig:

Zum einen soll durch ihre Aktionen ein Zustand der allgemeinen Unsicherheit und der Angst in der Bevölkerung hervorgerufen werden, die eine Stimmung entstehen läßt, daß es „so nicht weitergeht“ und ein „stärkerer Staat“ her muß. Diese „Spannungsstrategie“ wird seit langem betrieben — wie sich aber heute zeigt, war das Mailänder Blutbad vom 12. Dezember 1969 nicht nur (und wohl auch nicht einmal in erster Linie) ein „Höhepunkt“ dieser faschistischen Spannungsstrategie, sondern es war gleichzeitig der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung. Es sollte nicht dabei bleiben, die zu der

Zeit laufenden großen Tarifkämpfe der Arbeiterklasse durch Verbreitung von Angst und Schrecken vor den Linken (denen dieses Blutbad und andere Bombenattentate der Faschisten ja angelastet wurden) abzuwehren und zu brechen, sondern die Kapitalisten und ihre Terrorgehilfen hatten schon damals weit mehr auf dem Ziel. Gegenwärtig haben die Faschisten ihre „Spannungsstrategie“ noch um vieles intensiviert. Seit Oktober/November letzten Jahres haben sie eine rege kriminelle Tätigkeit vor allem im Norden Italiens entfaltet, um Unsicherheit und Sehnsucht der Bevölkerung nach „Ruhe und Ordnung“ zu verbreiten. In der Lombardei finden mittlerweile mindestens zwei Raubüberfälle pro Tag statt und in der Toscana einer. In Piemont und im Veneto haben solche kriminellen Überfälle ebenfalls ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Dazu zählen auch enorm angestiegene Zahl der Entführungen und der damit verbundenen Erpressungen. Die Täter sind in den meisten dieser Fälle Faschisten — junge Männer „aus guten Familien“ (vor allem aus den bürgerlichen Vierteln Mailands), die sich dann als Mitglieder der „Avanguardia Nazionale“ und anderer rechtsextremistischer Organisationen erweisen (mit den Raubüberfällen und Erpressungen versuchen die Faschisten darüber hinaus, neben ihrer Finanzierung durch Kapitalisten, an Geld heranzukommen). Zu einem hauptsächlich „Tätigkeitsfeld“ der Faschisten sind inzwischen die Schulen geworden. Besonders in Liguria, in der Toscana und im Veneto treten seit einiger Zeit die „camice verdi“ („Grünhemden“) wieder verstärkt auf.

Zum zweiten übernehmen die faschistischen Organisationen neben der Repression durch den Staatsapparat den direkten terroristischen Kampf gegen die Linken, und dabei vor allem gegen die revolutionäre Linke. So werden in der letzten Zeit immer häufiger Genossen von Faschistentruppen überfallen, zusammengeschlagen, niedergeschossen und teilweise

getötet.

KAMPF Nr. 36 (November 73) haben wir dazu exemplarisch von mehreren derartigen Fällen der letzten Zeit berichtet.

Zum dritten tragen die faschistischen Organisationen einen Teil der Vorbereitungen für einen Putsch innerhalb von Polizei, Militär und Justiz. Sie durchsetzen den Staatsapparat schrittweise mit einer offen faschistischen Ideologie und werden von hohen Offizieren, Polizeifunktionären, Geheimdienstleuten usw. zur Ausarbeitung der Pläne für eine offene brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse mit herangezogen. Es sind in diesem Zusammenhang auch Hinweise darüber aufgetaucht, daß die Namen, die auf den Ortonovo gefundenen Mordlisten der „18. italienischen Legion“ standen, aus den Listen des Geheimdienstes Sifar stammen. Derartige Listen werden vom italienischen Geheimdienst seit Kriegsende zusammengeschrieben und ständig auf den „neuesten Stand“ gebracht.

Die Rolle der faschistischen Organisationen bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse ist also bedeutend. Darüber, wie weit ihre Aktivitäten und Verbindungen bereits in die Armee hineinreichen, um wesentlich an der Ausrichtung des Militärs auf die Durchführung eines möglichen Staatsstreichs mitzuwirken, wurde in den letzten Wochen ebenfalls weiteres bekannt.

Im Rahmen der Untersuchungen über die „Rosa dei Venti“ wurden Mitte Januar der Oberleutnant Amos Spiazzi und kurz darauf (am 20. Januar) der Oberst Angelo Dominioni verhaftet. Staatsanwalt Fais, der die Untersuchung darüber führt, versucht die Verbindungen der Faschisten in der Armee natürlich auf „vier oder fünf schwarze Schafe“ zu begrenzen. Hingegen ist es aber so, daß man Spiazzi und Dominioni nur als exemplarisch für einen heute schon nicht mehr zahlenmäßig auszumachenden Teil des italienischen Offiziers- und Unteroffizierskörpers nehmen muß.

Spiazzi hat mit faschistischen Organisationen (vor allem „Ordine Nuovo“) gemeinsam Anti-Guerrilla-Übungen und Ausbildungen in paramilitärischen Lagern organisiert und auch die entsprechenden Waffen dafür besorgt. In seiner Artillerieabteilung in der Kaserno „Duca“ in Vercelli



## Forts. Blutbad des Staates

na (Region Veneto) ist er „Offizier I“, d.h. er ist dort für den „Informationsdienst“ zuständig. Das „Ufficio Informazioni“ („Informationsbüro“) einer Armeeabteilung arbeitet natürlich auf engste mit dem Geheimdienst SID und den Carabinieri (eine Art Bereitschaftspolizei) zusammen. Daß Späzi diese Funktion als „Offizier I“ ausübt, ist zunächst von den Ermittlungsbehörden geheimgehalten worden, wurde dann aber von „Lotta Continua“ enthüllt und später auch von der bürgerlichen Presse bestätigt.

Über den anderen verhafteten Offizier, Dominioni, wurde bekannt, daß er vor ca. drei Monaten an einem geheimen Treffen in Biadene (Region Emilia, bei Modena) teilgenommen hat. Dort wurde über die Bildung faschistischer Zellen innerhalb der Armee gesprochen, die eine blutige militärische Terrorwelle (wie in Chile) organisieren sollen, falls es einen antiputschistischen Widerstand in der „Stunde X“ geben wird.

An diesem Treffen hat auch der Brigadegeneral Francesco Nardella teilgenommen, gegen den auch ein Haftbefehl ausgehört wurde – nachdem er sich vorher „an einen unbekannten Ort“ abgesetzt hat. Nardella hat lange Zeit dem „Circolo Ufficiali“ in Verona als Präsident vorgestanden, wozu vor allem hohe Nato-Offiziere aus verschiedenen Ländern die Hand reichen. Verona ist ein wichtiger Nato-Stützpunkt in Italien, und es ist bestimmt nicht zufällig, daß die Faschisten u.a. gerade hier ihre Verbindungen zur Armee aufbauten. Nardella selbst hat auch längere Zeit den „Militärdistrikt Verona“ als Kommandant befehligt – und er war Vorsitzender des Büros „Psychologische Kriegsführung“, bevor der Vorsitz dann von dem erwähnten Dominioni übernommen wurde.

Die „Rosa dei Venti“ arbeitet bereits seit mehreren Jahren in der Armee, wahrscheinlich seit 1965/66. Zu jener Zeit benützte sich gerade der Fallschirmjäger-Oberst Elio Massagrande, unter den Offizieren der italienischen Armee das Buch „Le mani rosse sulle Forze armate“ („Die roten Hände über der Wehrmacht“) in Umlauf zu bringen. Autor

dieses Buches ist Pino Rauti, MSI-Abgeordneter und neben Froda und Ventura der dritte Hauptbelastete des Mailänder Blutbades.

Die „Rosa dei Venti“ ist natürlich nicht die einzige Faschisten-Gruppe, die in der Armee arbeitet: es zeigt sich immer mehr, daß bereits ein breites und weit verzweigtes Netz der Faschisten in den Streitkräften existiert – Polizei, Carabinieri und SID mit einbezogen. Und ebenso Justiz und Staatsbürokratie.

Daß diese Entwicklung im Auftrag und mit Finanzierung der Kapitalisten erfolgt, dafür sind vorhin bereits Beispiele aufgeführt worden. Doch nicht nur die italienische Bourgeoisie steht hier im Hintergrund.

Der US-Putschkonzern ITT, der schon die Errichtung der faschistischen Herrschaft in Chile mitorganisiert hat, hat in Italien, wie Anfang

Januar bekannt wurde, ein neues Spionagezentrum ausgebaut, im Auftrag der Nato. Dieses Zentrum ist in der Lage, in Rom Tausende von telefonierenden Personen abzuhören. Ebenfalls von der ITT wurden auch die kürzlich entdeckten Abhörzentralen der Carabinieri und der Polizei aufgebaut. Und dies sicher nicht in erster Linie aus dem Grund, weil ITT u.a. durch derartige Aufträge Geld verdient – sondern weil dies nicht nur im Interesse des italienischen Staates und der italienischen Bourgeoisie liegt, sondern auch im Interesse des US-Kapitals. „Lotta Continua“ schreibt dazu am 8. Januar: „Aus dieser täglich gewordenen Fülle an massenhaften Spionagetätigkeiten, die von den verschiedenen Zentralen der politischen und militärischen Macht geführt werden, wird die Tatsache bestätigt, daß eine

allgemeine rege Tätigkeit zur Vorbereitung (oder besser: zur Verwirklichung) von Infrastrukturen im Gange ist, die die technischen Voraussetzungen für einen autoritären Staatstreich in Italien herbeiführen sollen. In dieser Perspektive muß die progressive Eroberung des Telefons durch die ITT gesehen werden, und daraus auch lassen sich alle geheimen oder offenen polizeilichen Sondermaßnahmen der letzten Zeit erklären.“

Welches Interesse kann die Bourgeoisie an einem faschistischen Putsch in Italien haben?

Die italienische Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren gezeigt, welche enorme Kraft in ihr vorhanden ist – eine Kraft, die die Bourgeoisie zu recht immer mehr fürchtet, die sie vor allem deswegen fürchtet, weil sie ihr bei wachsender politischer

Bewußtwerdung und bei revolutionärer Organisation den Garaus machen wird. Das ist heute noch nicht der Fall, aber die Bourgeoisie handelt auch nicht „aus dem Augenblick heraus“, sondern läßt sich von ihrem langfristigen politischen und ökonomischen Interesse leiten – das genau hat die Arbeiterbewegung gegenwärtig noch vor sich. Und um hier das Rad der Geschichte aufzuhalten, d.h. eine Veränderung dieses entscheidenden Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse zu verhindern, entwickelt die Bourgeoisie schon heute die Voraussetzungen einer „faschistischen Lösung“.

Die Tatsache, daß auch das US-Kapital und die Nato ihre Hände im Spiel haben (und ebenso z.B. der US-Geheimdienst CIA, der ebenfalls schon seit langem Listen mit Namen von Kommunisten, linken Gewerkschaften usw. aus allen westeuropäischen Ländern führt), deutet zudem eine noch größere Dimension an.

Der Nahe Osten ist ein wichtiges Einflußgebiet des US-Imperialismus, wozu auch die imperialistischen Staaten der „West“-Europäischen Gemeinschaft „immer mehr einschalten“. Hier geht es vor allem um Erdöl, in Griechenland und in der Türkei, die dem Nahen Osten gegenüberliegenden Mittelmeerländer, hat der US-Imperialismus bereits faschistische Staatstreiche organisiert (1967 und 1971). Ebenso bereits 1953 im Iran, der ebenfalls ein wichtiger „strategischer Stützpunkt“ des Imperialismus ist (sowohl wegen des Erdöls als auch gegen die Sowjetunion).

Italien ist in der Kette der europäischen Mittelmeerländer (wozu ja auch noch Spanien zählt, wo seit 35 Jahren schon der Faschismus herrscht) gewissermaßen noch ein „unsicherer Faktor“ für den Imperialismus, bzw. kann bei einer weiteren und bewußteren Entwicklung der Arbeiterbewegung dazu werden.

Für die wendenden kommunistischen Organisationen besteht hier die dringende Aufgabe, in der westdeutschen Arbeiterklasse eine Solidarität zu organisieren, um den antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiterklasse und der italienischen Linken zu unterstützen.

## Letzte Meldung:

## Polizeitruppen proben Besetzung von Rom – Armee im Alarmzustand

Die Anzeichen der Putschvorbereitungen in Italien haben nach Fertigstellung unseres in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikels weiter zugenommen. Am 30. Januar berichtete auch die bürgerliche Presse in unserem Land darüber.

Seit einigen Tagen finden „außergewöhnliche Überwachungsmaßnahmen“ durch die italienischen Streitkräfte statt, wie es in diesen Berichten heißt. Die „Unità“ der revisionistischen „KP“ Italiens meldete, daß in mehreren Kasernen in Nord- und Süditalien ein „Alarmzustand“ bzw. ein „Voralarmzustand“ angeordnet wurde. Und die „Welt“ schrieb von „hartnäckigen Gerüchten“ (?) über angebliche Offiziersappelle und Ausgangssperren in einigen Kasernen Piemonts, der Lombardei, Venetiens, Latiums und Apuliens.

In Rom zogen in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar starke Polizeieinheiten, mit automatischen Waffen ausgerüstet, vor alle öffentlichen Gebäude, vor den Sitz der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI/TV und vor die Privatwohnungen zahlreicher Politiker. Offensichtlich blieben die Polizeitruppen dort auch

weiterhin postiert. Auf die Fragen der Bevölkerung wurde von den Polizeiposten geantwortet, das diene der „besseren Verkehrskontrolle“. Der sozialdemokratische Militärminister Tanassi erklärte dagegen am 28. Januar, daß die „getroffenen Überwachungsmaßnahmen bei den Streitkräften – ebenso wie bei der Polizei und bei den Carabinieri – die Verteidigung militärischer Einrichtungen gegen drohende Terrorakte“ zum Ziel hätten.

Das ist das Standardargument, das die sozialdemokratischen Politiker bei der Erprobung und Durchführung von polizeilicher und militärischer Repression gegen die Arbeiterklasse von sich geben – und gleichfalls die Rechtfertigungsformel der Faschisten für einen Staatstreich. Man denke an Chile, wo die faschistische Militärschule ihren Putsch vom vergangenen Jahr damit begründete, daß angeblich ein „Putsch der Linken“ geplant war, dem sie „zuvorkommen mußte“. Man denke daran, wie Hitler seinerzeit den Überfall auf Polen durch einen zuvor von den Nazis selbst inszenierten Angriff auf den Sender Gleiwitz „begründete“. Das ist die Sprache der Faschisten,

die hier auch vom „Sozialdemokraten“ Tanassi benutzt wird, und die nur ein Grund mehr ist, die gegenwärtige Entwicklung in Italien sehr ernst zu nehmen.

Ende vergangenen Jahres fanden bereits im norditalienischen Bergamo große Nachtübungen der Armee statt. Dabei wurden ebenfalls öffentliche Gebäude und die Wohnungen von Gewerkschaften und einigen Politikern umstellt und abgeriegelt. Mit einer Stopphur wurde die dafür erforderliche Zeit gemessen.

Das alles deutet darauf hin, daß die italienische Bourgeoisie mit der Generalprobe des geplanten faschistischen Putsches beginnt. Die Bourgeoisie rüstet zum Krieg gegen die Arbeiterklasse – und das einzige Mittel dagegen ist der unbarmherzige und bedingungslose Krieg der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Dafür braucht die italienische Arbeiterklasse schon heute die größtmögliche Unterstützung ihrer Klassenbrüder in allen anderen Ländern.

30.1.74

## Gefängnisrevolte in Italien

Im letzten Jahr hat es in Italien wieder Gefängnisrevolten größeren Ausmaßes gegeben. Mit ihren Protesten wollten die Häftlinge die Öffentlichkeit auf ihre katastrophalen Lebensbedingungen aufmerksam machen.

Wenn sich die Gefängnisse hinter dem Straßengitter schließen, verliert er nicht nur seine staatsbürgerlichen Rechte, sondern auch das Recht auf Menschenwürde und Gesundheit. Zur Veranschaulichung seien einige Beispiele genannt:

– G. Grignolo: nach 72 Stunden auf dem „letto di contenzione“ auf Lebenszeit gelähmt. Bei dieser Strafbüßung wird der „aufsässige“ Häftling („aufsässig“ ist jeder, der sich nicht zu 100% anpassen kann) nackt auf eine Zementplatte, die in der Mitte ein Loch zur Erledigung dringender Bedürfnisse hat, gebunden und zwar so fest, daß er nicht einmal den Kopf heben kann und gefüttert werden muß. Er darf sich auch nicht waschen, sondern wird einmal am Tag mit dem Gartenschlauch abgespritzt. Diese Routine kann je nachdem, wie „hartnäckig“ der Fall ist, ein, zwei oder auch drei Monate dauern und hat zur Wirkung, daß der Gefangene drei oder vier Monate braucht (immer vorausgesetzt, daß er sich keine schwere Krankheit geholt hat), um sich physisch und psychisch wieder zu erholen.

– Zanlungo: er starb an Gehirntumor, „behandelt“ wurde er mit Insulin wegen „Krankheitsmilderung“.

– G. Bertaso: obwohl sein Arzt erklärte, daß er an einem Lungenemphysem leidet, wurden ihm die Medikamente, die ihm seine Angehörigen schickten, nicht ausgereicht. Er starb in Untersuchungshaft; im Untersuchungsfängnis war er gelandet, weil er eine Krawatte gestohlen hatte.

Das sind nur einige Beispiele (keinesfalls Einzelfälle!), wo das un-menschliche Gefängnisystem zum Tod eines Insassen geführt hat. Fast

unüberschaubar sind die Fälle von schweren Gesundheitsschäden, die sich Häftlinge während der Haftzeit zugezogen haben. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Anarchist Pietro Valpreda, der beschuldigt wurde, für das Blutbad vom 12. Dezember 1969 in Mailand verantwortlich gewesen zu sein und deshalb drei Jahre (!) lang unerschuldigt in U-Haft saß (siehe UNISER WEG, „Von Pinelli zu Petrucci – Politischer Mord in Italien“).

Dazu kommen noch jedes Jahr die Dutzende von Selbstmordfällen in den Gefängnissen – die meisten werden von U-Häftlingen verübt. Die U-Häftlinge machen in Italien 55 bis 60% aller Strafgefangenen aus; 65% von ihnen müssen schließlich freigesprochen werden. Aber bis zu einem Prozeß werden sie meist ininnig lang im Ungewissen gelassen (manchmal Jahre). Auch ein Freispruch nutzt ihnen dann nicht mehr viel, weil sie vorher schon kaputt gemacht worden sind. Ihre Gefängnisvergangenheit hat ihnen, ob schuldig (meistens handelt es sich um Kleinigkeiten) oder unschuldig, einen Stempel aufgedrückt. Das Gefängnis bedeutet für sie einen Markstein, wo sie früher oder später wieder hinkommen.

Die Repression innerhalb der Haftanstalten, die die völlige Gefügigkeit, Ausschaltung der Individualität, Denunziantentum etc. beim Häftling bewirken soll, wird nicht nur vom Staat (Gefängnisleitung, Wärter) ausgeübt. Einen Teil des Geschäfts läßt er lieber durch die organisierte Verbrechertum („Mafia“) besorgen. Diese Leute haben auch im Knast eine privilegierte Stellung inne, sie bekommen – „still-schweigend“ natürlich – Geld, Alkohol, Drogen und sogar Waffen. Es ist klar, daß sie aufgrund dieser ihnen zur Verfügung stehenden

Mittel das Kommando führen und für massive Einschüchterung anderer Häftlinge sorgen. Auch der Kirche ist ein gebührender Platz im Gefängniswesen eingeräumt; die Kapläne sorgen nicht nur für die regelmäßige Abhaltung von Gottesdiensten, sondern sind auch bei der Ausarbeitung der Gefängnisordnung oder bei der Beurteilung der „guten Führung“ eines Gefangenen beteiligt.

## Die Forderungen der Häftlinge...

Bei den Protestaktionen der Häftlinge stellte der Hungerstreik das Hauptkampfmittel dar. Teilweise gingen die Gefangenen aber auch so vor, daß sie sich weigerten, in ihre Zellen zurückzukehren, oder sich in ihnen verbarrikadierten. In einigen Fällen organisierten die Angehörigen der Häftlinge stellvertretend für die Demonstrationen. Das Straßengängerkontaktnetzwerk zur Außenwelt haben, war bei den Kämpfen der zentrale und zugleich schwierigste Punkt der, wie man die Öffentlichkeit und andere Strafanstalten erreichen konnte. Der Hungerstreik in der Annulli Regina Coeli in Rom, wo die Häftlinge besonders ausdauernd und geschlossen kämpften, wurde z.B. folgendermaßen initiiert: Weil der Gefängnisdirektor nicht rechtzeitig vorgewarnt worden war, konnten die Häftlinge im Fernsehen Auschnitt von einer Gefängnisrevolte in Venedig sehen. Die Folge war, daß sie sich spontan mit dem Kampf ihrer Leidensgenossen solidarisierten und ebenfalls den Hungerstreik beschloßen.

Die Gefängnisinsassen wählten sich Kommissionen, die die Aktionen anleiten und den Verantwortlichen des Justizministeriums in Anwesenheit von Presseleuten die Forderungen ihrer Mitgefangenen überreichten. Die Hauptforderung, die aus allen Gefängnissen kam, war die Re-

Von Ende September bis Anfang November letzten Jahres lief der erste „Revolutionenprozeß“ über die Bühne. Gegenstand der Gerichtsverhandlungen war die Gefängnisrevolte von Pescara, die Ende Juli ausgebrochen war. Die Häftlinge von Pescara hatten schon zweimal zuvor, nämlich im April und Mai 1973, versucht, die Öffentlichkeit mit friedlichen Mitteln (Hungerstreik etc.) auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Als sie aber merkten, daß sie nur mit leeren Versprechungen abgespielt wurden, brach eine regelrechte Revolte aus, in deren Verlauf ein Flügel des Gefängnisses in Flammen aufging. Das Urteil für die 50 Angeklagten fiel wider Erwarten ziemlich milde aus: die meisten wurden freigesprochen und vorläufig auf freien Fuß gesetzt, der Rest wurde als „Rädelsführer“ für die Sachbeschädigungen verantwortlich gemacht und durchschnittlich zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt (beantwortet hatte die Staatsanwaltschaft fünf Jahre). Dieses Urteil kann allerdings kein Grund sein, in euphorische Stimmung zu verfallen, indem es etwa als Ergebnis einer grundlegenden Kräfteverschiebung gewertet wird („Lotta

continua“: „bittere und peinliche Niederlage der DC und der Faschisten“, aus dieser Schlacht ist der Klassenfeind mit seinen Verbündeten geschlagen hervorgegangen“), wir hatten den Klassenfeind überbewertet, der Felsblock, den er auf das Proletariat geworfen hat, ist auf ihn selbst zurückgefallen“. Das relativ milde Urteil entspricht vielmehr einer bestimmten Taktik der Herrschenden: in Anbetracht dessen, daß zur Zeit des Prozesses bereits neue Gefängnisrevolten entbrannt waren, war es sicherlich klüger, die Stimmung nicht noch durch ein scharfes Urteil anzuheizen. Die Häftlinge haben damit ja nicht ihre Forderungen erfüllt bekommen, sondern sie haben nur erreicht, daß der Kampf für ihre Forderungen – jedenfalls für die meisten von ihnen – nicht zu noch längeren Strafen führt. Andererseits muß aber auch gesehen werden, daß dieses Urteil für die Gefangenen eine gewisse Ermutigung, den Kampf weiterzuführen, darstellte, zumal der Prozeß eine Art Präzedenzfall war, der eine ganze Reihe von Prozessen über die Geschehnisse in anderen Gefängnissen eingeleitet hat.

der Häftlinge zusammengefaßt und dem Justizminister vorgelegt wurden, waren:

– sofortige Nominierung einer Kommission, die die wirklichen Zustände in den italienischen Gefängnissen untersuchen soll, wobei der Kommission fünf Mitglieder des Anwaltskollektivs und zwei Vertreter der nicht-revisionistischen linken Presse angehören sollen





## Forts. Gefängnisrevolte

- mehr Aufenthalt im Freien, besserer Essen
- Verbot von Strafmaßnahmen, wie das vorher erwähnte „letto di contenzione“ oder Transporte in andere Gefängnisse (s. zu später noch)
- Abschaffung der Briefzensur
- Möglichkeit regelmäßiger Gespräche mit Journalisten
- umfassendes Informationsrecht, d.h. freier Zugang zu allen Zeitungen, Büchern und Fernsehsendungen
- Versammlungsrecht in allen Gefängnissen
- Einrichtung von inneren Kommissionen, die von den Häftlingen gewählt werden und deren Interessen zu vertreten haben
- Wahlrecht
- sofortige Lohnerhöhung, Angleichung an die Löhne der Arbeiter außerhalb des Gefängnisses (die Gefangenen erhalten nur 14% des üblichen Lohndurchschnitts), Ermöglichung von Arbeit in allen Gefängnissen, Wahl von gewerkschaftlichen Vertretern in die Ausschüsse, die für die Einhaltung der Arbeitsbestimmungen zuständig sind.

Dieser Katalog von Forderungen läßt auf einen fortgeschrittenen politischen Bewußtseinsstand der Gefängnisinsassen schließen. Es ist anzunehmen, daß die politischen Häftlinge (in Haft befindliche Genossen) bei der Aufstellung der Forderungen und insgesamt bei der Diskussion unter den Häftlingen eine wesentliche Rolle gespielt haben.

## ... und die Antwort des Staates

Die Antwort des Staates auf die berechtigten Proteste der Häftlinge stellt eine bunte Palette wechselnder Taktik dar: sie ging von Provokationen über Reformversprechen bis zur Planung von Militäreinsätzen bei Gefängnisunruhen.

Provokationen erfolgten z.B., indem bestimmte Strafanstalten durch starkes Polizeiaufgebot umstellt wurden, um die ohnehin verbliebenen



Häftlinge demonstrieren auf dem Dach des Gefängnisses Ucciardone in Palermo (Sizilien)

Häftlinge, die jahrelang mit der unterdrückten Wut leben mußten, zu unüberlegten Handlungen herauszufordern. Das hätte den besten Anlaß gegeben, den Kampf der Gefangenen zu diffamieren, bzw. die Vorurteile ihnen gegenüber zu bestärken und sie dazu noch vor die Gerichte schleppen zu können. In den meisten Fällen gelang dies jedoch nicht.

Eine wesentlich feinere Methode war der Versuch, die Häftlinge in ihrer Kampfkraft und Geschlossenheit zu spalten, wobei der Hauptkeil zwischen die Insassen mit langen Haftstrafen und denjenigen, die nur ein paar Monate abzusitzen hatten, getrieben werden sollte. Geschickt appellierte die Gefängnisleitung bei

den letzteren an die Vernunft, sie sollten doch nicht so dumm sein und wegen der anderen ein Risiko eingehen; die wollten sie ja nur für ihre Interessen ausnutzen. Als ob bessere Haftbedingungen nicht im Interesse aller wären! Wie aus den obigen Beispielen hervorgeht, reichen auch ein paar Monate, um sich im Gefängnis den Tod zu holen. Zwar war es tatsächlich oft so, daß diejenigen Insassen mit den längsten Strafen die engagiertesten und bewußtesten waren. Das rührt aber von ihrer langen Gefängnisserfahrung her.

Das gängigste Mittel, solche Gefangene zu isolieren, die in der Lage waren, die Kämpfe anzuleiten und ihnen eine politische Stoßrichtung zu

geben, waren massenhafte Transporte in andere Gefängnisse, meistens in die Provinz. So wurde ein Häftling, der sich im Gefängnis San Vittore in Verona sehr um seine Mitgefangenen bemüht hatte, indem er z.B. mit ihnen über den Sinn der Strafe im bürgerlichen Staat diskutierte, fortlaufend von einer Strafanstalt in die andere gebracht, bis er schließlich in 40 italienischen Gefängnissen zur „persona non grata“ erklärt wurde.

## Einsatz von Militär geplant

Daß der Staat sich auch auf eine blutige Niederschlagung zukünftiger Häftlingsrevolten vorbereitet (wie et-

wa im September 1971 in Attica in den USA, wo Polizisten und Nationalgardisten bei einer Häftlingsrevolte 42 Menschen ermordeten und über 100 verletzten), wurde erst kürzlich enthüllt. Die linke Tageszeitung „Il manifesto“ veröffentlichte am 4. September letzten Jahres einen Brief des christdemokratischen Innenministers Taviani an den Chef des Befehlshabers des Heeres, Henke. Taviani bezog sich darin auf einen Beschluß des „höchsten Rats der Verteidigung“, wonach geeignete Einheiten der Streitkräfte bei „gewaltsamen Protestaktionen“ in den Gefängnissen eingreifen sollten, „um die Wiederherstellung der Ordnung zu sichern“. Taviani übersandte Henke eine Liste von Städten, in denen Gefängnissen größere Protestaktionen stattgefunden haben. Umgekehrt wollte Taviani in seinem Brief von Henke wissen, welche Heeresabteilungen denn nun über die „geeigneten“ Einheiten zum Einsatz gegen Gefängnisrevolten verfügen.

Der Justizminister Zagari (ein „Sozialist“) versuchte nach Bekanntwerden dieses Briefs in der Öffentlichkeit sogleich alles abzustreiten (ein geschicktes Spiel mit verteilten Rollen) und seine „Reformpläne“ anzupreisen, die allerdings keine wesentliche Änderung der bisherigen Lage in den Gefängnissen beinhalten.

Zur Zeit gehen die GefängnisKämpfe noch weiter. So wird in einer Meldung vom 29. Dezember von Protesten der Gefangenen während der Weihnachtsfeiertage berichtet. In vier Städten (Cagliari, Florenz, Imperia und Pistoia) kehrten die Häftlinge nicht in ihre Zellen zurück, sondern kletterten auf die Dächer, um von dort aus ihre Forderungen zu bekräftigen. In Cagliari gab es dabei einen regelrechten Zusammenstoß zwischen den Gefangenen und der Polizei mit Verletzten auf beiden Seiten. In Florenz sahen sich die Häftlinge gezwungen, vom Dach herunterzusteigen, als sie von der Polizei mit Maschinenpistolen bedroht wurden.

## „Schwedischer Sozialismus“- Deckmantel für Spionage und Provokation

### FORTSCHRITTLICHE JOURNALISTEN VERURTEILT

Im Januar wurden die schwedischen Journalisten Bratt und Gouillou sowie der ehemalige Geheimdienstler Isacson wegen „Spionage“ zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Mit einer Artikel-Reihe in der fortschrittlichen Zeitschrift „Folket i Bild/Kulturfront“ hatten die beiden Journalisten hinter die Kulissen des „schwedischen Sozialismus“ geleuchtet: Sie deckten Aktivitäten eines schwedischen Geheimdienstes namens „Informationsbüro“ (IB) auf. Das IB war 1964 in Zusammenarbeit von Regierung und Militär entstanden, es arbeitet vor allem mit dem US-Geheimdienst CIA und mit dem israelisch-zionistischen „Schein Beth“ eng zusammen. „Folket i Bild/Kulturfront“ deckte u.a. folgende Aktivitäten des IB auf:

- Spionage für Israel in arabischen Häfen, u.a. in Alexandria;
- Einbruch in die ägyptische Botschaft in Stockholm, um Dokumente zu stehlen u.a.;
- Einbruch in Büros verschiedener schwedischer anti-imperialistischer Organisationen;
- Einschleusung von Spitzeln und Provokateuren vor allem in Solidaritätsorganisationen für Vietnam und Palästina und in marxistisch-leninistischen Organisationen, aber auch Beispitzelung von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften;
- Zusammenarbeit mit dem CIA bei einer „Übung“, die als Thema einen Überfall auf Finnland hatte.

Die schwedische Bourgeoisie und ihre sozialdemokratische Regierung waren durch diese Enthüllung völlig blödgestellt und versuchten, sich wenigstens an den Journalisten und einem ihrer Informanten, dem früheren

Geheimdienstler Isacson, zu rächen. Am 23. Oktober letzten Jahres überfiel die Polizei die Räume von „Folket i Bild/Kulturfront“ und „beschlagnahmte“ u.a. das Bild-Archiv der Zeitschrift. Gleichzeitig fanden Polizei-Überfälle auf eine Foto-Agen-

tät des IB gegen die Demokratische Republik Vietnam aufdecken. Wenn allgemein der Skandal um das IB die Mächtigkeiten der schwedischen Bourgeoisie aufheilt, so gilt das vor allem für die Tätigkeit gegen die DRV.



Das Trojanische Pferd

tur und auf die Privatwohnungen der Journalisten statt. Bratt, Gouillou und Isacson wurden festgenommen und mit ihnen ein Fotograf und ein Student, die beide wieder freigelassen wurden.

In Schweden hat sich sowohl gegen die Spionage- und Provokationstätigkeit wie gegen die Unterdrückung der Aufdeckung dieses Skandals eine breite Bewegung entwickelt.

Besonders peinlich muß es für die sozialdemokratische Regierung gewesen sein, daß „Folket i Bild/Kulturfront“ auch die langjährige „Aktivi-

schwedische Bourgeoisie und sozialdemokratische Regierung hatten in der Vergangenheit durch scheinbar „anti-imperialistische“ Gesten wie die Distanzierung vom US-Bombenterror, „Hilfe“ für die DRV, „Hilfe“ für afrikanische Befreiungsbewegungen verbilligt. Nun liegt der Grund für den „anti-imperialistischen“ Eifer offen: Spionage und Provokation, auf eigene Rechnung ebenso wie im Auftrag von US-Imperialismus und Zionismus!

## ITALIEN:

## KLASSENJUSTIZ GEGEN PRESSEFREIHEIT

Die italienische Klassenjustiz hat den ehemaligen Verantwortlichen der kommunistischen Zeitung „Lotta Continua“, Genossen Fulvio Grimaldi, zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt.

Dieses Urteil gründet sich auf verschiedene Artikel, die in der Zeitung erschienen. Die Anklage lautete auf Beleidigung der Streitkräfte, der Behörden und der „Ordnungskräfte“.

„Lotta Continua“ hatte z.B. geschrieben: „In den Kasernen lassen sie uns wie Tiere leben.“ Allein diesen Satz wollte das Gericht mit ei-

nem Jahr und acht Monaten bestrafen wissen.

Andere Anklagepunkte gründen sich darauf, daß „Lotta Continua“ zu wiederholten Malen die Komplizenschaft zwischen faschistischen Provokateuren und dem bürgerlichen Staat aufdeckte und anprangerte.

Dieses Urteil ist ein weiteres Zeichen der in Italien ebenso wie in der BRD und anderen imperialistischen Staaten vor sich gehenden Faschisierung und Militarisierung, der fortschreitenden Einschränkung bestehender bürgerlich-demokratischer Rechte.

## Anzeige

# die Internationale

№ 1/Dez.73 Zeitung des kommunistischen Kampfes für das proletarische Internationalismus 0,80 DM

hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben. Nur aus einer solchen Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen kann dauerhafte und wirkungsvolle internationale Solidarität erwachsen.

die INTERNATIONALE erscheint zwechwöchentlich

Chile  
Interview mit René Cornejo  
Frankreich  
Lip: Neun Monate Kampf  
Diskussion auf der Vollversammlung  
Annahme des Regierungsvorschlags  
Festsicherung in Frankreich  
Polen  
Die Bourgeoisie hat aus dem 1. Mai gelernt  
Interview mit einem afrikanischen Kollegen  
Italien  
Verführung bei Montedison  
Internationale Demonstration  
Griechenland  
Politik der KPG (Inland)

erschd. im:  
ARBEITERBUCH  
2 Hamburg 13  
Gründhof 45

zu bestellen über:  
J. Rosent  
2 Hamburg 13  
Rusthof 35



# Nieder mit den japanischen Imperialismus

Zehn Tage lang bereitete der japanische Premier Tanaka die südostasiatischen Länder Philippinen, Thailand, Singapur, Malaysia und Indonesien. Diese Rundreise, im Auftrag des japanischen Monopolkapitals, wurde zu einem vorher nicht geplanten „Spießrutenlauf“. In Bangkok, Kuala Lumpur und Jakarta protestierten Zehntausende von Anti-Imperialisten gegen die Ausplünderung ihrer Völker durch das japanische Großkapital und gegen die Zusammenarbeit der reaktionären-faschistischen Claque des eigenen Landes mit dem Imperialismus. Aus den anti-imperialistischen Protestaktionen entwickelten sich regelrechte Straßenschlachten. In Jakarta, der Hauptstadt Indonesiens, gingen Polizei und Militär des faschistischen Regimes mit brutaler Waffengewalt gegen die Demonstranten vor (offizielle Berichte sprechen von mindestens zehn Toten und zig Schwerverletzten). Die Demonstranten setzten sich gegen diese Überfälle mutig zur Wehr und steckten eine Reihe von Gebäuden (japanische Firmen), sowie Polizei-Stationen und Militär-Fahrzeuge in Brand. Ähnliches ereignete sich in Bangkok, der Hauptstadt Thailands. Tanaka versuchte nach seiner Rückkehr auf einer Pressekonferenz in Tokio die gegen den japanischen Imperialismus gerichteten Massenkämpfe mit der zynischen Bemerkung herunterzuspielen: „Auch bei uns gefaßen sich die akademischen (!) Kinder darin, mit dem Feuer zu spielen.“ Auf der anderen Seite versuchte dieser Imperialisten-Knecht, die blutigen Zusammenstöße, die seine „Good-Will“-Reise ausgelöst hatte, dem „Unvermögen“ seiner Gastgeber anzulasten. Namentlich die (faschistische) Regierung Indonesiens habe es versäumt, „Ihr eigenes Volk vom wahren Charakter der japanisch-indonesischen Wirtschafts-Zusammenarbeit zu unterrichten“. Diese Kooperation sei „für Indonesien (!) eine Notwendigkeit und durchaus gewinnbringend (!)“ (Jt. FAZ, 19.1.74).

Diese unverkennbaren Propagandalügen Tanakas können den wahren Charakter des japanischen Imperialismus nicht verschleiern. Im besonderen die Völker Südostasiens erleben gegenwärtig den zweiten Versuch des japanischen Großkapitals (im erbitterten Wettstreit mit dem US-Imperialismus!), die wirtschaftliche und politisch-militärische Vormachtstellung in dieser Region zu erringen. Was das konkret heißt, werden wir im Folgenden zeigen.



Japanische Genossen — „Nieder mit dem Imperialismus“

## Japanischer Imperialismus auf dem Vormarsch

Vergleichbar der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus, konnten auch die japanischen Kapitalisten mit massiver, allseitiger Unterstützung des US-Imperialismus nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wieder ihre wirtschaftliche und politische Ordnung über die Arbeiterklasse errichten.

Es dauerte nicht einmal zehn Jahre (seit der Kapitulation), da wurde mit massiver Förderung der sich neu formierenden Großindustrie mit Nobusuke Kishi ein maßgeblicher Vertreter des alten, faschistischen Regimes zum Ministerpräsidenten gewählt.

Diese Entwicklung, die von den Nachbarländern Japans sehr begründet als bedrohlich empfunden wurde, brachte vor allem auch zum Ausdruck, daß die berechtigten „Zäuber“ (die im imperialistischen Japan vor 1945 einflussreichsten Großkräfte) sich nach ihrer (von den Yankee) erzwungenen Entflechtung im „Zaikai“ (Wirtschaftsclub) neu und auf höherer Stufe organisiert hatten.

Zum 25. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression veröffentlichte die chinesische Presse eine längere Einschätzung dieses Formierungsprozesses — wir zitieren daraus die wesentlichsten Passagen:



Jakarta: Zehntausende demonstrierten gegen den japanischen Imperialismus

aus „Kung Tsungshun“ 8.9.70

Wollen wir uns folgende wichtige Tatsachen vor Augen:

1. Einige Finanzmagazine, vom Dreizehnten des „imperialistischen Hauptquartiers“ der japanischen Faschisten, haben ihre verlorene Position bereits wiedergewonnen. In Reaktion auf den USA-Imperialismus haben sie den Lebensstil der Wirtschaft und des Staatsapparats Japans, auf eine neue Basis gestellt. Sie haben eine tiefere reaktionäre Bürokratur mit großem Potential aufgebaut, die System der Militärdiktatur wiederhergestellt und die Militarisierung der Volkswirtschaft wiederholentlich intensiviert, um so eine materielle Grundlage für unangenehme Aufregung und Erregungsbereitschaft zu schaffen.

2. Der japanische Militarismus ist wieder aufsteigend geworden. Die Mitglieder der sogenannten „Selbstverteidigungsgesellschaft“, die sich von Herr, Marine und Luftwaffe zusammensetzen und deren Hauptziel als faschistische Militärs bilden, zählen mehr als 200.000, was fast den Höchststand der Streitkräfte zu gewöhnlicher Zeiten vor dem Krieg erreicht. Überdies gibt es noch Zehntausende „Arbeitskräfte der Selbstverteidigung“. In diesem sogenannten „Selbstverteidigungsgesellschaft“ machen Offiziere und Unteroffiziere mehr als 50 Prozent aus, so daß ihre Streitkräfte in kurzer Zeit erweitert werden können, wenn der Krieg es erfordert. Inzwischen wird von der reaktionären Regierung Japans ein neues, nach unangenehmerer Plan zur Aufrüstung ausgebaut, die Militärbudget in großen Ausmaß vergrößert, die Schweregewichte auf die Erweiterung der Marine und Luftwaffe zum Einsatz im Ausland gelegt, werden mit fünf Kilotonnen Waffens entwickelt und unter dem Ausmaß der „friedlichen Nutzung“ erzwungene Verlagerungen für Kernkraftanlagen betrieben, in dem Versuch, Japan eine „strategische Ortsumwandlung“ zu verschaffen.

3. Die internationalen Kräfte haben die wirtschaftliche und politische Macht in Japan wieder in die Hand genommen. Militärische Diktaturen, vertreten von Fumiko Ito, Nobusuke Kishi, Genzo Kato und Shiroguchi, finden sich überall in militärischen und politischen Organen und in den herrschenden Partei Japans. Mehr als 60 Prozent des Kabinettmitglieder sind alte faschistische Bürokraten, und fast alle Offiziere bleiben

Die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen des „Zaikai“ hat ein derartiges Ausmaß angenommen, daß 17 seiner größten Konzerne zusammen produzieren und vertreiben — und bereits mehr als 50 (!) Prozent

Ragen der reaktionären Armee Japans und früherer imperialistischen Militärs. — Militärische Organismen aller Schattierungen sind im ganzen Land gegründet worden.

4. Die herrschende Clique Japans beschneidet die Festsicherung des politischen Systems. Allseitig ist der Gesellschaft des Staates vorwärts werden, faschistische Gewerkschaften sind nach dem anderen zusammengebrochen und die Bewegung der japanischen Arbeiter und Studenten brutal unterdrückt worden. Die Polizeiarmee Japans hat die vor dem Krieg bei weitem übertraffen. Im Jahre 1969 betrug die Gesamtzahl der aktiven Soldaten fast 200.000 rekrutierte Personen zur Verhinderung und Unterdrückung des revolutionären Volksmassen aufsteigens. Japan ist im weiteren Sinne das Wort in einem Superprofiten geworden.

5. Das japanische Monopolkapital hat fast überall Expansion und Aggression im Ausland betrieben. Es hat seine Klassen von Nordostasien bis nach Südostasien und anderen Gebieten ausgedehnt, gründet sich selbst in Rohstoffe und Ressourcen unter dem Ausmaß der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ und nutzt und beutet die Völker verschiedener Länder auf. Der Kapitalismus Japans hat sich in den letzten zehn Jahren auf mehr als Dreifache erhöht und im Jahre 1969 die Summe von 120 Millionen US-Dollar erreicht. Der Warenexport Japans hat ebenfalls deutlich zugenommen. Im Jahre 1969 betrug der Gesamtwert der Exporte für Südostasien 400 Millionen US-Dollar. In dem europäischen Bereich, die Rohstoffquellen erneut zu errichten, positioniert die japanischen Monopolkapitalgruppen sich, „die Zeit für Neuentdeckung internationaler Ressourcen“ zu bekommen, und führen laut nach „Überwindung von Staatsgrenzen“ ihrer Entwicklung und freien Wettbewerbs im Ausland.

6. Der japanische Militarismus hat offen die in unheimlicher Dimensionen gewachsenen Protesten Taten und Zorn in seine Bevölkerung eingeblasen. Seit und gleichzeitig setzen wiederholentlich einander, Korea, die die Freiheit Japans „unverwundbar“, man „hat“ baldmöglichst jenseits des Ozeans dem Feuer nachzu, Taiwan ist „das wichtigste Faktor für die Sicherung

des gesamten japanischen Außenhandels kontrollieren.

## Kapitalexport

Wie weit der japanische Imperialismus heute bereits in die südostasi-

atische Region vorgedrungen ist, läßt sich sehr deutlich an zwei Beispielen zeigen:

Formosa (Taiwan): Die „Zaikai“-Unternehmen bauten hier im wesentlichen Konsumgüter- und Montagebetriebe auf (oder beteiligten sich an bereits bestehenden), die aus Japan eingeführte Teilprodukte einfach zusammensetzten. Dadurch kamen sie in den Genuß von Superprofiten (1. durch enorme Investitionsprämien, 2. durch das „Umgehen“ von Schutz-zöllen und 3. vor allen Dingen durch die unglaublich billigen Arbeitskräfte). Auf diese Weise kontrollieren die japanischen Großkonzerne heute nicht nur den gesamten Handel zwischen Japan und Taiwan, sondern darüberhinaus noch 60 (!) Prozent des übrigen Außenhandels von Taiwan.

Südkorea: Die Positionen der japanischen Großindustrie in Südkorea sind nicht weniger fest etabliert. Der „Zaikai“ investierte hier über eine Milliarden Dollar, kontrolliert mehr als 50 Prozent (!) des Imports und 40 Prozent des Exports (!!). Berechnungen ist, daß von Anträgen für Neuinvestitionen für das Jahr 1973 nicht weniger als 99 Prozent (!) vom japanischen Großkapital stammen.

Die Japaner geben mit der Rechten, aber mit der Linken nehmen sie das Doppelte wieder zurück: Ungleichheit Handel

Fraglos ist der Export von Kapital (zumeist in Form von Direktinvesti-

tionen) für das japanische Großkapital der entscheidende Hebel zur wirtschaftlichen Expansion und Kontrolle der Länder Südostasiens. Diese Länder sind unverkennbar die Haupt-lagegebiete des „Zaikai“ (wobei faschistische Regimes und Militär-diktaturen bevorzugt werden!). 75 Prozent des als „Wirtschaftshilfe“

deklarierten Kapitalexports legen die „Gelben Yanks“ in dieser Region an (nur zwei Prozent gehen nach Afrika und etwa sechs Prozent in den Mittleren Osten).

Neben den zunehmenden Anstrengungen der japanischen Imperialisten, die Völker dieser Region durch direkte Investitionen auszupressen und die Länder in ihre Abhängigkeit zu zwingen, ist das ständige und zunehmende Ungleichgewicht im gegenseitigen Handel für die Beziehungen Japans zu den südostasiatischen Ländern charakteristisch.

Die handelspolitische Abhängigkeit der Region von Japan wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

Indonesien 78,7 %  
Thailand 28,2 %  
Philippinen 50,2 % und  
Malaysia 24,9 %

all seiner Exporte mit Japan abwickeln muß.

Die Importe dieser Länder sind in ähnlicher Weise mit dem aufstrebenden japanischen Imperialismus verbunden:

Indonesien 25,8 %  
Philippinen 41,6 %  
Thailand 34,7 % und  
Malaysia 20,1 %

Daß angesichts dieser klaren, unbestreitbaren Tatsachen der japanische Ministerpräsident Tanaka (der seinen Wahlkampf direkt von „Zaikai“ finanziert bekam) die amerikanische Werbefirma Burson Marsteller Ltd. in Hongkong beauftragte, eine Kampagne zur „Hebung des japanischen Ansehens“ in der südostasiatischen Region zu starten — wundert uns nicht.

Die anti-imperialistischen Kräfte in den Ländern Südostasiens haben mit ihren Protestaktionen in Anlehnung der Tanaka-Rundreise demonstriert, daß die aggressive Pläne der japanischen Imperialisten durchschaut haben und bereit sind, einer weiteren Ausplünderung und Unterdrückung seitens des Imperialismus kämpferisch entgegenzutreten. Ihnen gilt unsere Solidarität!

Metal-Komitee  
KB-Gruppe Hamburg

Anmerkung: Soweit nicht ausdrücklich angegeben, sind statistisches Material und Zitate dem „Kölnischer Stadt Anzeiger“, vom 23. Januar 1974 entnommen.



# Spalterisches Abkommen nach 9 Monaten Kampf der LIP Arbeiter

Am 14. Januar haben die Vertreter des französischen Industrieministeriums und die Führer der Metallföderation der CGT und CFDT ein Abkommen zur Beendigung des „Lip-Konflikts“ getroffen. Die Uhrenfabrik Lip im südfranzösischen Besançon war im Juni letzten Jahres von den Arbeitern besetzt und die Produktion in die eigene Hand genommen worden, nachdem Pläne zur „Entflechtung“ des Betriebes bekannt geworden waren, die Massenentlassungen und Lohnkürzungen bedeutet hätten.

Zwei Monate nach der Produktionsübernahme durch die Arbeiter wurde der Betrieb durch einen massiven Polizeieinsatz von 3.000 Mann der CRS-Spezialgarde geräumt und seitdem von der CGT bewacht. Die Lip-Arbeiter hatten in Erwartung einer solchen Räumung größere Mengen bereits produzierter Uhren und Teile der Produktionsanlagen in geheimen Lagern außerhalb des Betriebes aufgestellt. Nach der Polizeibesetzung führten sie die Produktion noch für einige Zeit symbolisch in einer Sporthalle von Besançon weiter.

Unterstützt besonders durch kommunistische Gruppen wurde in ganz Frankreich eine breite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Lip-Arbeiter organisiert. Höhepunkt dieser Solidaritätsbewegung war ein Sternmarsch nach Besançon Ende September vergangenen Jahres, an dem rund 140.000 Menschen teilnahmen. Die Regierung hatte bereits verschiedene Pläne zur „Lösung des Lip-Konflikts“ vorgelegt, die allerdings alle von den Lip-Arbeitern (und teilweise entgegen dem Einverständnis der Gewerkschaftsführungen) abgelehnt worden waren. Die Regierung hatte sich vor allem geweigert, die Forderung der Lip-Arbeiter anzunehmen, daß kein Arbeiter entlassen werden darf.

Das jetzt zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführungen getroffene Abkommen sieht folgendes vor:

► das Gesamtunternehmen soll in Form einer Holding-Gesellschaft erhalten bleiben, wovon der eine Teil aus dem Uhrenbetrieb und der andere Teil aus der schon vorher angegliederten Werkzeugmaschinen- und Rüstungsabteilung bestehen soll,

► der Uhrenbetrieb soll ab Ende März die Produktion schrittweise wieder aufnehmen (die außerhalb von Besançon liegende Werkzeugmaschinenabteilung produziert bereits seit einiger Zeit wieder, nachdem die Lip-Arbeiter dem zugestimmt hatten),

► die Wiedereinstellung soll ebenfalls entsprechend schrittweise erfolgen. In der Rüstungsabteilung sollen sofort 120 Kollegen wieder eingestellt werden (anstatt 210 vor Beginn des Lip-Kampfes).

In der Uhrenproduktion sollen zunächst ca. 100 Kollegen wieder eingestellt werden, dann bis Ende Juni insgesamt 300 bis 400, um schließlich bis Ende Januar 1975 die Belegschaftsstärke auf 900 aufzustocken (vor Beginn des Kampfes waren knapp 1.000 in der Uhrenproduktion beschäftigt, ungefähr 200 der frühe-

bedeutet ihr „prinzipielles Einverständnis“ mit diesem Abkommen, daß sie den aktiven Kampf einstellen werden, ohne daß sie genügend Sicherheit in der Hand behalten. Die angekündigte Steigerung der Produktion wird zudem eine Steige-

gung eindeutig beantwortet müssen, um daraus die richtigen Perspektiven für den weiteren Weg der französischen Arbeiterbewegung zu entwickeln. Langfristig konnte Lip als ein von den Arbeitern geführter Betrieb im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft und eines kapitalistischen Staates ohnehin nicht bestehen und die polizeiliche Räumung Mitte August letzten Jahres hatte dies auch sehr schnell klar gemacht. Was damit aus dem Schiffbruch erlitten hat, ist das trotzkistische Konzept der „Arbeiterkontrolle“ und das revisionistische Konzept der „Demokratie-

schen Arbeiterklasse das Niveau der westdeutschen Arbeiterbewegung noch weit übersteigt, sondern Lip hat auch die gegenwärtigen Grenzen der französischen Arbeiterbewegung verdeutlicht. Und dies ist für das Erkennen der Aufgaben, vor denen die Kommunisten auch in Frankreich stehen, heute mindestens ebenso wichtig. Es ist eben eine Tatsache, daß die Arbeiterbewegung auch in Frankreich noch unter dem herrschenden Einfluß des Reformismus steht (der seine Heimatstadt nicht nur bei den Sozialisten hat, sondern auch bei den Revisionisten der „KPF“), was gleich Lip ein Markstein dafür sein mag, daß es den revolutionären Gruppen in einzelnen Kämpfen heute gelingt, ein größeres Vertrauen bei den Arbeitern zu erlangen. Das kann man weder abstreiten, noch darf man sich davon blenden lassen.

Der Staat verfügt heute über noch ausreichende Mittel, Kämpfe wie bei Lip zu seinen Gunsten zu lösen. Das ist keine Schicksalsfrage, sondern eine Frage des gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisses, aus dem die Revolutionäre die Frage nach dem richtigen Weg seiner Veränderung stellen müssen. Das Ziel dieses Weges muß der Sturz der kapitalistischen Herrschaft sein (und nicht die tropischen weissen „Demokratisierung“ der Gesellschaft, wie es die Revisionisten propagieren), und der Weg wird nur dann gefunden werden, wenn in der Arbeiterklasse ein klares Bild über Freund und Feind besteht (was die Aufgabe der kommunistischen Presse ist, dies herauszubilden), und wenn sich eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse formiert, die ihre Fähigkeit zur erfolgreichen Führung des Kampfes praktisch unter Beweis stellt.

Ein etwas ausführlicher Artikel zum Verlauf des neunmonatigen Kampfes bei Lip findet sich in der gerade erschienenen Nr. 2 der INTERNATIONALE, Zeitung des KB für den proletarischen Internationalismus (dieser Artikel wurde noch vor Zustandekommen des von den Lip-Arbeitern



Auf einer Vollversammlung der LIP-Arbeiter u.a. CFDT-Sekretär Piguet (3.v.links) und CGT-Delegierter Mercet (2.v.rechts)

► die Uhrenproduktion soll in drei Jahren von 520.000 Uhren (Stand vor Beginn des Kampfes) auf eine Million gesteigert werden.

Die Gewerkschaftsführungen von CGT und CFDT haben dieses Abkommen als großen Sieg gefeiert. Die Vollversammlung der Lip-Arbeiter hat sich mit dem Abkommen „prinzipiell einverstanden“ erklärt. Die Berichte der bürgerlichen Presse über diese Vollversammlung lassen eine Atmosphäre von Resignation unter den Lip-Arbeitern fühlen, viele haben sich skeptisch über das Abkommen geäußert und die Möglichkeit einer neuen Falle“ angedeutet, dennoch war keine einheitliche Bereitschaft zur Fortführung des Kampfes gegen dieses Abkommen mehr vorhanden. Es ist spürbar, daß die neunmonatige Dauer des Kampfes und die Taktik der Regierung (einerseits heftige Repressionen, andererseits Hin- und Herbewegung) an den Kräften der Lip-

zung der Arbeitshetze, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen.

Der neunmonatige Kampf bei Lip hat eine große Bedeutung für die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung in revolutionärer Richtung. Dazu zählt nicht nur seine lange Dauer von insgesamt neun Monaten (die seinerzeitige Produktionsübernahme durch die Arbeiter war natürlich nicht der Ausgangspunkt des Kampfes, sondern ihm gingen wichtige Diskussionen, Versammlungen, Streiks, Demonstrationen, Festsetzung leitender Angestellter usw. voraus), sondern auch die unter Beweis gestellte Tatsache, daß die Arbeiter zur eigenständigen Produktionsführung fähig sind, und die im Verlauf des Kampfes entfaltenen zahlreichen Aktivitäten wie die Herausgabe eines eigenen wöchentlichen Informationsblattes, die Rundreise von Vertretern der Lip-

rung der Betriebe“ im Rahmen der von ihnen proklamierten „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ (beide, Trotzkisten und Revisionisten, sehen sich aber nicht gehindert, ihre ungleiche Medizin weiterhin zu verschreiben).

Lip ist kein sozialistischer Betrieb gewesen und konnte es auch nicht sein. Es ist demzufolge auch einseitig,



Demonstration nach Besançon nach der Polizeibesetzung des LIP-Betriebes am 14. August 1973

LIP-Betriebes am 14. August 1973

den Arbeitern in den anderen Betrieben lediglich als Lehre zu präsentieren, sie sollten es „genauso machen, wie bei Lip“. Lip hat umso mehr Erachtens nicht nur gezeigt, welche Kraft heute bereits in der französischen Arbeiterbewegung vorhanden ist (eine Kraft, die ebenso wie die der italieni-

angenommenen Abkommens geschrieben). Desweiteren enthält diese Ausgabe der INTERNATIONALE noch zwei Artikel über die Ausrichtung der französischen Militärs und der Polizei auf ihren Einsatz gegen die Arbeiterbewegung, die von der Zeitung „Révolution“ der gleichnamigen französischen kommunistischen Organisation entnommen haben.

## AN DIE LEBENSHAFTUNGSKÖSTEN

DER WIDERSTAND DES VOLKS GEGEN DIE GORILLA DIKTATUR WIRD SIEGEN

Nationalsekretariat des MIR 20. Dezember 1973

DIE IN PARIS VERTRETTENEN POLITISCHEN PARTeien CHILES RICHTEN EINEN DRINGENDEN APPEL

● an die politischen Parteien in Frankreich

● an die Arbeiter

● an das französische Volk

damit sie auf die internationale Meinung Druck ausüben, um die fatalistische Junta zur Beendigung aller moralischen und physischen Folterungen an BAUTISTA VAN SHOUVEN VAREY zu zwingen, der Mitglied der Politischen Kommission des MIR (Bewegung der revolutionären Linken) ist, Kämpfer im Dienste der Revolution, revolutionärer Führer, der am 14.12 verhaftet wurde, während er in der Illegalität gegen die brutale faschistische Repression kämpfte

● um seine Erziehung zu verhindern

● um seine Befreiung zu fordern

FRANKREICH FÜR BAUTISTA VAN SHOUVEN UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN

PC PS MAPU MOC IC

## Freiheit für Bautista van Shouven!

Von der PCBR (Revolutionäre Brasilianische Kommunistische Partei) erhalten wir einen Aufruf des chilenischen MIR und einen Aufruf der in Paris vertretenen Parteien der chilenischen Linken zugesandt, mit der Bitte um breite Veröffentlichung in unserem Land.

### An die Arbeiterklasse und das Volk

1. Wir erfüllen die Pflicht, die Arbeiter von Chile und die Welt darüber zu informieren, daß BAUTISTA VAN SHOUVEN VAREY, Mitglied der Comisión Política, Befreiungsrevolutionäre, Agitator und Propagandist im Dienste des Volkes, 30-jähriger Arzt, am Donnerstag, den 14. Dezember in der Kirche Capuchinos in der Straße Central in Santiago durch die Gorilla-Diktatur verhaftet wurde.

2. Unser Genosse und Freund wurde verhaftet bei Erfüllung seiner Aufgaben, die Verhaftung war ein Zufall. Der MIR geht nicht ins Asyl. Der Rest der Führung des MIR bleibt auf seinem Posten, zur Erfüllung seiner Aufgaben.

3. Jetzt wird BAUTISTA VAN SHOUVEN schon seit mehreren Tagen und Nächten grausamen

Folterungen unterworfen. Er wird physisch fertig gemacht und seine Erschießung und Ermordung durch die Gorilla-Diktatur steht unmittelbar bevor.

4. Die Folterer und Mörder, sie und ihre Chefs, konnten historisch gesehen niemals ihrer Strafe entkommen, sei es in Chile oder in Nürnberg, sei es in Spanien oder in Argentinien.

5. Wir rufen die Arbeiterklasse und das chilenische Volk, die Arbeiter und die revolutionären und wahrhaftigen Demokraten der Welt auf die Beendigung der Folterungen an BAUTISTA VAN SHOUVEN zu fordern, seine Erziehung zu verhindern und seine und die Freiheit von allen Gefangenen der Gorilla-Diktatur zu fordern.

FÜR DEN KAMPF UM DIE FREIHEIT IN CHILE

FÜR DIE DURCHSETZUNG EINER 100% IGEN LOHNANGLEICHUNG



Es ist möglich, wir produzieren wir verkaufen, wir entziehen uns selbst! (Parole an der Sporthalle in Besançon, die von den LIP-Arbeitern als Informations- und Organisationszentrum benutzt wurde)

en Belegschaft, vor allem höhere Angestellte, Techniker, Sekretärinnen usw., haben sich bereits im Verlauf des Kampfes eine andere Arbeitsweise gesucht.)

► für diejenigen, die nicht sofort wieder eingestellt werden, sollen Überbrückungsgelder (teilweise verbunden mit beruflichen Fortbildungen) gezahlt werden (dieser Punkt der Vereinbarung ist relativ schwammig in den französischen Presseberichten).

daß die nicht sofort eingestellten Kollegen für diese Zeit dennoch ihren Lebensunterhalt bekommen sollen ist erstens ohnehin sehr verwaschen gehalten und zweitens bedeutet es zunächst absolut nichts weiter als ein hohes und trügerisches Versprechen mit der Kapitalisten und der Regierung, noch die gezeigt haben. Die Vollversammlung der Lip-Arbeiter hat dazu erklärt, daß man über die Einhaltung dieser Versprechen wachsam sein muß. Aber zunächst einmal

auszögerung) an den Kräften der Lip-Arbeiter gezehrt hat.

Nach unserer Einschätzung ist dieses Abkommen auch keineswegs als Sieg zu werten. Besonders die ausgehandelten Bedingungen der Wiedereinstellung (angeblich laut Mitteilung der Regierung „keine Entlassung“) sind ein hinterlistiges Spottmanöver, und sie gehen in keiner Weise über die zuvor noch von den Lip-Arbeitern abgelehnten Regierungsvorschläge hinaus. Die „stufenweise Wiedereinstellung“, die sich über den Zeitraum eines ganzen Jahres (!!) erstrecken soll, wird viele Kollegen vorantreiben, sich woanders eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Der Punkt,



# Militarismus im Vormarsch

In den vergangenen Ausgaben des ARBEITERKAMPF ist schon häufiger auf die forcierte Militarisierung in Westdeutschland eingegangen worden. Als Kennzeichen dieser Militarisierung wurde festgestellt:

- ▷ die zunehmende ideologische und praktische Ausrichtung des Bundeswehr auf den Bürgerkrieg, auf die blutige Unterdrückung der Arbeiterklasse,
- ▷ die immer größer werdenden Ausgaben für die Rüstung,
- ▷ die voranschreitende Ausrüstung des Polzes und des Bundesgrenzschutzes auf einen Bürgerkrieg,
- ▷ und der Ausbau militärischer Organisationen, wie der Reservistenverband, der wohl der wichtigste, aber bei weitem nicht der einzige reaktionäre Soldatenverband ist.

Die Militarisierung wird von der Bourgeoisie offen und systematisch durchgesetzt.

Um die Militarisierung auf ideologischer Ebene planvoll durchführen zu können hat der Bonner Kriegsministerium des „Informations- und Pressestab“ (IP-Stab) gegründet. Dieser hat die Aufgabe, die militärische Propaganda in die Truppe und in die Bevölkerung hinein zu tragen. Unter der Leitung des Stabes erscheinen eine „Truppenzeitschriften“ und Nachrichten für Presse, Funk und Fernsehen.

Der offensiven Militarisierung dienen auch die Bundeswehrhochschulen. Sie sollen einerseits durch das Angebot eines „Studiums“ die Zahl der längerdienenden Offiziere erhöhen, andererseits soll eine Kadereite geschaffen werden, die in der Lage ist, den Militarismus in und außerhalb der Bundeswehr zu verankern.

In diesem Artikel soll die Funktion der Bundeswehrhochschulen und die Aufgaben des „Informations- und Pressestabes“ näher untersucht werden.

## Bundeswehr-Uni: reaktionäre Kadernormen fürs Kapital

Am 1. Oktober 1973 haben die Hochschulen der Bundeswehr in Hamburg und München ihren „Studienbetrieb“ aufgenommen. Die Gründung der Hochschulen wurde

Gründung der Hochschulen wurde erstmals 1971 unter dem sozialdemokratischen Kriegsminister Helmut Schmidt ins Auge gefasst. Im Auftrag des Bonner Kriegsministeriums erarbeitete eine „Bildungskommission“ unter Vorsitz von Prof. Ellwein ein Gutachten zur „Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr“.

„Die Kommission setzte sich bei ihrer Arbeit folgende Ziele:

- ▷ Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr,
- ▷ Verbesserung der Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft,
- ▷ Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr.“

(Zitiert nach „Die Bundeswehr“ 7/71, S. 309, herausgegeben vom Bundeswehrverband)

Zur Erreichung dieser Ziele sollen die Hochschulen der Bundeswehr beitragen.

In der Hanssen-Kaserne in Hamburg-Wandsbek studieren bereits 282 „Offiziersstudenten“. In München sind es etwa ebenso viele Offiziere. Die Zahl der studierenden Offiziere soll bis 1976 in Hamburg auf 2.100 und in München auf 2.500 erhöht werden.

Studieren können die Offiziere folgende Fachrichtungen:

- In Hamburg: Pädagogik, Betriebs- und Organisationswissenschaften, Elektrotechnik, Maschinenbau.
- In München zusätzlich noch: Informatik, Bauingenieurwesen mit Vermessungswesen.

Die Bundeswehrhochschulen stellen offen für Offiziersanwärter, die sich für mindestens zwölf Jahre verpflichten. Nach nur 15monatiger militärischer Ausbildung kann die Elite bei Leutnanten (über 1000 DM) ihr Studium aufnehmen. Wohnungsverhältnisse werden diesen Studenten auch nicht haben, denn sie werden im College leben.“

(Zitiert nach „Solidarität“ Nr. 7, S. 6)

„Das Studium muß in seiner An-

lage die Bedürfnisse der Bundeswehr berücksichtigen, gleichzeitig durch einen anerkannten berufsqualifizierenden Studienschluß (Diplom) einen reibungslosen Übergang in das zivile Berufsleben ermöglichen und den Studiengängen an allgemeinen Hochschulen soweit entsprechen, daß später dort ein Weiterstudium möglich wird.“

(Zitiert nach „Die Bundeswehr“ 7/71)

Es zeigt sich hier, daß Abiturienten, denen der Weg zur Universität durch den „Numerus Clausus“ versperrt ist, durch Bestechung wie Leutnantenstatus freies Wohnen, berufsqualifizierende Studienschlüsse u.a. für die Bundeswehr gewonnen werden sollen. So hat die Zahl der Bewerbungen für die Offizierslaufbahn in der Bundeswehr 1973 stark zugenommen. „Die Zahl der Verpflichtungen für mindestens zwölf Jahre hat sich im ersten Halbjahr 1973 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast verdoppelt.“

(Zitiert nach „WAZ“ vom 30.8.73)

„Schon kann Oberst Berthold Greuter von der Offiziers-Prüfung in Köln eine Erfolgsmeldung abgeben. Die Aussichten auf ein Studium hat große Wirkung.“

Demagogisch wird von den uniformierten Rattenfängern die allgemeine Ausbildungsnot für ihre militärischen Pläne ausgenutzt. Demnach soll eine Werbekampagne anlaufen unter dem Motto: „Bei uns können sie in Ruhe studieren.“

(SOLIDARITÄT 7/73)

Über die Ziele der Ausbildung schreiben die Militäristen in der Zeitung „Die Bundeswehr“ (7/71) folgendes: „Die gesellschaftliche und technische Entwicklung erfordert eine wissenschaftliche Ausbildung für den Offizier.“

▷ In der wissenschaftlichen Arbeit und zum Erkennen von Problemen zu befähigen,

▷ In der komplexen militärischen Tätigkeit vorzubereiten,

▷ In einer zivilberufsbefähigenden Abschlus zu vermitteln.

Nur so wird der Offizier in der Lage sein, sich mit rasch wechselnden Problemen auseinanderzusetzen, Menschen nach modernen Grundrissen zu führen, technische Systeme zu planen, technischen Syntakt zu planen und zu handhaben und die vielfältigen weiteren Führungsaufgaben zu erfüllen.“

(„Die Bundeswehr“, 7/71)

Die „Offiziersstudenten“ sollen besser als bisher auf die hochentwickelte Technik der modernen Versuchungswaffen vorbereitet werden. Entsprechend dem Stand der modernen Kriegsmittel soll die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Bundeswehr vorangetrieben werden.

Darüberhinaus will man auch, wie das „Management“ eines großen Industriebetriebes, der „modernen wissenschaftlichen Führungsmethoden“ bedienen, um die Arbeiter in der Bundeswehr reibungslos unterdrücken zu können.

(SOLIDARITÄT Nr. 7, S. 6)

„Das Studium muß in seiner An-

lage die Bedürfnisse der Bundeswehr berücksichtigen, gleichzeitig durch einen anerkannten berufsqualifizierenden Studienschluß (Diplom) einen reibungslosen Übergang in das zivile Berufsleben ermöglichen und den Studiengängen an allgemeinen Hochschulen soweit entsprechen, daß später dort ein Weiterstudium möglich wird.“

(Zitiert nach „Die Bundeswehr“ 7/71)

Es zeigt sich hier, daß Abiturienten, denen der Weg zur Universität durch den „Numerus Clausus“ versperrt ist, durch Bestechung wie Leutnantenstatus freies Wohnen, berufsqualifizierende Studienschlüsse u.a. für die Bundeswehr gewonnen werden sollen. So hat die Zahl der Bewerbungen für die Offizierslaufbahn in der Bundeswehr 1973 stark zugenommen. „Die Zahl der Verpflichtungen für mindestens zwölf Jahre hat sich im ersten Halbjahr 1973 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast verdoppelt.“

(Zitiert nach „WAZ“ vom 30.8.73)

„Schon kann Oberst Berthold Greuter von der Offiziers-Prüfung in Köln eine Erfolgsmeldung abgeben. Die Aussichten auf ein Studium hat große Wirkung.“

Demagogisch wird von den uniformierten Rattenfängern die allgemeine Ausbildungsnot für ihre militärischen Pläne ausgenutzt. Demnach soll eine Werbekampagne anlaufen unter dem Motto: „Bei uns können sie in Ruhe studieren.“

(SOLIDARITÄT 7/73)

Über die Ziele der Ausbildung schreiben die Militäristen in der Zeitung „Die Bundeswehr“ (7/71) folgendes: „Die gesellschaftliche und technische Entwicklung erfordert eine wissenschaftliche Ausbildung für den Offizier.“

▷ In der wissenschaftlichen Arbeit und zum Erkennen von Problemen zu befähigen,

▷ In der komplexen militärischen Tätigkeit vorzubereiten,

▷ In einer zivilberufsbefähigenden Abschlus zu vermitteln.

Nur so wird der Offizier in der Lage sein, sich mit rasch wechselnden Problemen auseinanderzusetzen, Menschen nach modernen Grundrissen zu führen, technische Systeme zu planen, technischen Syntakt zu planen und zu handhaben und die vielfältigen weiteren Führungsaufgaben zu erfüllen.“

(„Die Bundeswehr“, 7/71)

Die „Offiziersstudenten“ sollen besser als bisher auf die hochentwickelte Technik der modernen Versuchungswaffen vorbereitet werden. Entsprechend dem Stand der modernen Kriegsmittel soll die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Bundeswehr vorangetrieben werden.

Darüberhinaus will man auch, wie das „Management“ eines großen Industriebetriebes, der „modernen wissenschaftlichen Führungsmethoden“ bedienen, um die Arbeiter in der Bundeswehr reibungslos unterdrücken zu können.

(SOLIDARITÄT Nr. 7, S. 6)

„Das Studium muß in seiner An-

Die westdeutsche Bourgeoisie hat die Faschisierung des Staatsapparats seit einiger Zeit auf die Tagesordnung gesetzt. Mit der Gründung der Bundeswehrhochschulen ist ein weiterer Schritt in diese Richtung getan.

## Der „Informations- und Pressestab“ – Propagandazentrale des Militarismus

Mit einem Erlass vom Oktober 1970 wurde im Bonner Kriegsministerium der „Informations- und Pressestab“ gegründet.

Dieser hat die Aufgabe, durch gezielte und kontinuierliche Propaganda die Bundeswehr und darüber hinaus die militärischen Ziele der westdeutschen Kapitalisten in der Bevölkerung zu verankern. Die Bundeswehr, die Generale und Offiziere sollen in der Bevölkerung wieder hohes Ansehen genießen, wie es vor 1945 schon einmal der Fall war und wie es heute auch in den USA zu beobachten ist.

So wird in einem Artikel von „Loyal“ (8/73) auch direkt an die „vorbildliche“ Öffentlichkeitsarbeit von Admiral Alfred von Tirpitz hingewiesen und dieser als der Begründer „moderner Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland“ hingestellt. Tirpitz war maßgeblich am Aufbau der kaiserlichen Marine beteiligt, Hauptschuldiger am ersten Weltkrieg. Er gründete 1917 zusammen mit dem späteren Putschisten Kapp die „Deutsche Vaterlandspartei“ und landete bei der DNVP. Als seine bekanntesten Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit werden genannt: „Im Binnenland wurden Marinevereine gegründet, Kriegsschiffe in Lesebüchern der Schulen an der Marineausbildung Mode. Und ganz nebenbei wurde Abgeordneten und Parteien, Industrie und Arbeitern die Vorstellungen Tirpitzscher Marinepolitik beigebracht.“

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr wird heute jedoch mehr am amerikanischen Muster ausgerichtet. Dort beklagte sich 1948 der amtierende Kriegsminister der USA James Forrestal, über den „gehörigen Argwohn unserer Demokratie und unserer Landes gegenüber Armeen und der

der Presse, Gewinnung strategisch wichtiger Persönlichkeiten, umfangreicher Kauf von Radio und Fernsehzeiten, Seminare und Konferenzen mit ausgewählten Leuten, vor allem Journalisten und Angehörige von einflussreichen Organisationen zu diesen gehören.“

▷ Nach stop associations (stille Organisationen, deren Zweck die Unterstützung der Streitkräfte ist, geschätzte Mitgliederzahl sechs Millionen)

▷ Veteranenorganisationen (ehemalige Soldaten und Kriegsteilnehmer, z.B.)

▷ American Legion (2,6 Mio Mitglieder),

▷ American Legion Auxiliary (eine Mio Mitglieder, „vornehmlich Frauen, Mütter und Töchter von Veteranen“). Ihr Ziel ist es, „die Verfassung zu verteidigen“, „Law and order“ zu sichern und den Amerikanismus zu pflegen.

Zu einem so hohen Grad der Militarisierung soll der „Informations- und Pressestab“ auch in der BRD beitragen.

Der Stab ist demnach in verschiedene Abteilungen gegliedert: Das „Pressereferat“, das Stabes hat die Aufgabe, Presse, Funk und Fernsehen ständig mit militaristischem Gedankengut zu versorgen.

Neben dem „Unterstützung der Nachrichtenträger und der anderen Organe der öffentlichen Meinungsbildung“ hat das „Pressereferat“ die Aufgabe, „Finanzierung von Informations- und Pressearbeiten sowie von Konferenzen für in- und ausländische Journalisten“ vorzunehmen.

(Zitiert nach „Bericht zur Neuordnung der Informations- und Pressearbeit in der Bundeswehr“, S. 447)

Das Referat soll gewährleisten, daß nur Nachrichten in der Presse erscheinen, die dem Bonner Kriegsministerium genehm sind.

So werden die Bürgerkriegsvorbereitungen, der ständige Ausbau der Bundeswehr nach innen wie nach außen, systematisch beschönigt und demagogisch als „Beitrag zur Entspannung“ und „inneren Sicherheit“ dargestellt.

Das Referat „Aktuelle Information für die Bundeswehr“ besteht aus den Redaktionen verschiedener Bundeswehr und Truppenzeitschriften. Einmal werden Zeitschriften für Offiziere und Jugendoffiziere herausgegeben, die sich mit Fragen der

der Bundeswehr mit diesen Offizieren in der Öffentlichkeit und Jugend- und Berufsberatung zu sich dessen Bewußt berechnete Oberst Huhmann die Jugendoffiziere als „den „Atomapergang“ in nationaler Verfügungswahl der Bundeswehr“ (Zitiert nach Wehrkunde, Militär an den Schulen“)

Darüber hinaus werden Truppenzeitschriften herausgegeben, die für die Masse der Soldaten bestimmt sind und entsprechend gestaltet und haben die Aufgabe, militaristisches Gedankengut unter den jungen Kolonnen in der Kaserne zu verbreiten.

Das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ hat die Aufgabe, den Militarismus in der Bevölkerung hinein zu tragen. Dabei richtet man sein besonderes Augenmerk auf den jungen Teil der Arbeiterklasse. Das Referat koordiniert die Arbeit der Jugendoffiziere und Unteroffiziere, die durch die verschiedenen „Wehrkundeclubs“ freien Zutritt zu den Schulen haben.

Der Oberstleutnant Lutz Wolf schreibt in der Zeitschrift „Truppenpraxis“, daß „mit öffentlichen Vortragseinrichtungen wehrpolitischen Charakter, dem Besuchsdienst im Ministerium, wehrpolitischen Seminaren, Lehrgängen und internationalen Informationslagern in Zusammenarbeit mit Kultur- und Schulbehörden, Jugendverbänden, Studenten- und Schülervereinigungen, Jugendpresse und wehrpolitischen Verbänden der aktiver Kontakt gepflegt wird.“

Unter dem Deckmantel der „Sicherheit der nachwachsenden Wehrerschaft“ – so der neue Kriegsminister Georg Lohr – wird die militaristische Propaganda zur Zeit um ein Vielfaches verstärkt. Über das Ziel dabei äußerte sich „Friedenskanzler“ Willy Brandt in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 19.11.70: „Es muß dem jungen Menschen Verständnis geweckt werden über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik.“

Dazu soll auch das Referat „Werbung des Informations- und Pressestabes“ beitragen. Es arbeitet schwerpunktmäßig Werbekonzeptionen aus, erstellt Anzeigen, Broschüren und Filme, die im Wesentlichen die Aufgaben haben, längerdienende Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen,

und es ist das einzige Bundeswehr-Schauspieler mit dem Ziel, die Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung in ihrer vielfältigsten Funktion darzustellen.“ (Nach Oberstleutnant Lutz Wolf in „Truppenpraxis“)

Die forcierte Militarisierung in der BRD spiegelt sich in der Gründung und in den Aufgaben des Informations- und Pressestabes wider. Dieser forcierte Militarisierung ist Teil des verschärften politischen Kampfes der Bourgeoisie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Sie geht einher mit der verstärkten Ausrüstung der Bundeswehr auf einen Bürgerkrieg.

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

der Presse, Gewinnung strategisch wichtiger Persönlichkeiten, umfangreicher Kauf von Radio und Fernsehzeiten, Seminare und Konferenzen mit ausgewählten Leuten, vor allem Journalisten und Angehörige von einflussreichen Organisationen zu diesen gehören.“

▷ Nach stop associations (stille Organisationen, deren Zweck die Unterstützung der Streitkräfte ist, geschätzte Mitgliederzahl sechs Millionen)

▷ Veteranenorganisationen (ehemalige Soldaten und Kriegsteilnehmer, z.B.)

▷ American Legion (2,6 Mio Mitglieder),

▷ American Legion Auxiliary (eine Mio Mitglieder, „vornehmlich Frauen, Mütter und Töchter von Veteranen“). Ihr Ziel ist es, „die Verfassung zu verteidigen“, „Law and order“ zu sichern und den Amerikanismus zu pflegen.

Zu einem so hohen Grad der Militarisierung soll der „Informations- und Pressestab“ auch in der BRD beitragen.

Der Stab ist demnach in verschiedene Abteilungen gegliedert: Das „Pressereferat“, das Stabes hat die Aufgabe, Presse, Funk und Fernsehen ständig mit militaristischem Gedankengut zu versorgen.

Neben dem „Unterstützung der Nachrichtenträger und der anderen Organe der öffentlichen Meinungsbildung“ hat das „Pressereferat“ die Aufgabe, „Finanzierung von Informations- und Pressearbeiten sowie von Konferenzen für in- und ausländische Journalisten“ vorzunehmen.

(Zitiert nach „Bericht zur Neuordnung der Informations- und Pressearbeit in der Bundeswehr“, S. 447)

Das Referat soll gewährleisten, daß nur Nachrichten in der Presse erscheinen, die dem Bonner Kriegsministerium genehm sind.

So werden die Bürgerkriegsvorbereitungen, der ständige Ausbau der Bundeswehr nach innen wie nach außen, systematisch beschönigt und demagogisch als „Beitrag zur Entspannung“ und „inneren Sicherheit“ dargestellt.

Das Referat „Aktuelle Information für die Bundeswehr“ besteht aus den Redaktionen verschiedener Bundeswehr und Truppenzeitschriften. Einmal werden Zeitschriften für Offiziere und Jugendoffiziere herausgegeben, die sich mit Fragen der

der Bundeswehr mit diesen Offizieren in der Öffentlichkeit und Jugend- und Berufsberatung zu sich dessen Bewußt berechnete Oberst Huhmann die Jugendoffiziere als „den „Atomapergang“ in nationaler Verfügungswahl der Bundeswehr“ (Zitiert nach Wehrkunde, Militär an den Schulen“)

Darüber hinaus werden Truppenzeitschriften herausgegeben, die für die Masse der Soldaten bestimmt sind und entsprechend gestaltet und haben die Aufgabe, militaristisches Gedankengut unter den jungen Kolonnen in der Kaserne zu verbreiten.

Das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ hat die Aufgabe, den Militarismus in der Bevölkerung hinein zu tragen. Dabei richtet man sein besonderes Augenmerk auf den jungen Teil der Arbeiterklasse. Das Referat koordiniert die Arbeit der Jugendoffiziere und Unteroffiziere, die durch die verschiedenen „Wehrkundeclubs“ freien Zutritt zu den Schulen haben.

Der Oberstleutnant Lutz Wolf schreibt in der Zeitschrift „Truppenpraxis“, daß „mit öffentlichen Vortragseinrichtungen wehrpolitischen Charakter, dem Besuchsdienst im Ministerium, wehrpolitischen Seminaren, Lehrgängen und internationalen Informationslagern in Zusammenarbeit mit Kultur- und Schulbehörden, Jugendverbänden, Studenten- und Schülervereinigungen, Jugendpresse und wehrpolitischen Verbänden der aktiver Kontakt gepflegt wird.“

Unter dem Deckmantel der „Sicherheit der nachwachsenden Wehrerschaft“ – so der neue Kriegsminister Georg Lohr – wird die militaristische Propaganda zur Zeit um ein Vielfaches verstärkt. Über das Ziel dabei äußerte sich „Friedenskanzler“ Willy Brandt in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 19.11.70: „Es muß dem jungen Menschen Verständnis geweckt werden über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik.“

Dazu soll auch das Referat „Werbung des Informations- und Pressestabes“ beitragen. Es arbeitet schwerpunktmäßig Werbekonzeptionen aus, erstellt Anzeigen, Broschüren und Filme, die im Wesentlichen die Aufgaben haben, längerdienende Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen,

und es ist das einzige Bundeswehr-Schauspieler mit dem Ziel, die Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung in ihrer vielfältigsten Funktion darzustellen.“ (Nach Oberstleutnant Lutz Wolf in „Truppenpraxis“)

Die forcierte Militarisierung in der BRD spiegelt sich in der Gründung und in den Aufgaben des Informations- und Pressestabes wider. Dieser forcierte Militarisierung ist Teil des verschärften politischen Kampfes der Bourgeoisie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Sie geht einher mit der verstärkten Ausrüstung der Bundeswehr auf einen Bürgerkrieg.

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

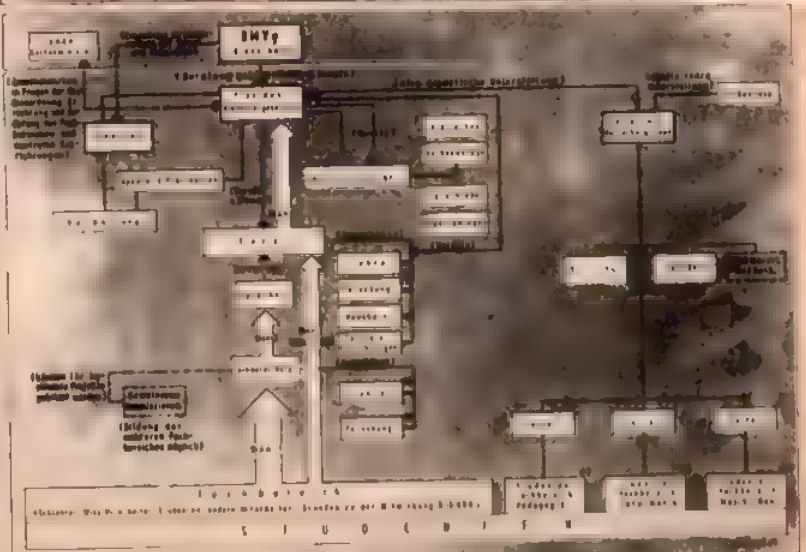
„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verflechtung mit einem Battalion nationaler Organisationen über ein weit verbreitetes Kommunikationsnetz in amerikanischen Volk. Die Methoden sind gezielte Information“

„Militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassten.“

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse“, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit heraus. In dieser Schrift erheben wir ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus in Informationsübertrag „linkswärtliche“ Organisationen wie Jungsozialisten, Gewerkschaften, BDA, Gewerkschaft Jugend u.a. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.





# Folterforschung an der Hamburger Universitätsklinik

Ahnungslose Wehrpflichtige als Versuchskaninchen mißbraucht

Seit Anfang des Jahres 1973 besteht an der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf (UKE) unter strengster Geheimhaltung der Sonderforschungsbereich 115 über die Ziele des Sonderforschungsbereiches wurde der Öffentlichkeit lediglich mitgeteilt, es gehe um „Grundlagen der Aggressionsforschung“, die die Verbesserung des „Arzt-Patienten-Verhältnisses“ zum Ziel haben sollte. Inzwischen liegen genügend Beweise dafür vor, daß diese Forschungsarbeiten auf eine „Verbesserung“ der Unterdrückungsmaschinerie von Justiz und Militär zielen. Durch „wissenschaftliche“ soll hier eine Foltermethode erforscht und erprobt werden, die vor der Arbeiterklasse besser verschleiert werden kann, da die Opfer dieser Foltermethode nicht so sehr körperlich mißhandelt werden. Vielmehr soll durch gezielte Isolationshaft, vor allem bei politischen Gefangenen, das Mittel der Geständnispressung „verbessert“ werden. Die „wissenschaftliche“ Folterforschung am SFB 115 wurde und wird z.T. in der Praxis an Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe“ „arginiert“.

Der „Sonderforschungsbereich 115“ wurde im Rahmen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ eingerichtet und mit bisher 2,8 Mio DM finanziert.

Die DFG ist eine Einrichtung, die zentral auf Bundesweite Forschungsaufträge an Universitäten und wissenschaftliche Institute vergibt und diese Aufträge gleichzeitig finanziert und kontrolliert. Vertreter der großen Monopole, Regierungsmitglieder und Vertreter der Kultusverwaltungen der Länder, die in Kurlorum und Hauptauschluß der DFG sitzen, vergeben ihren Etat (1972 459,7 Mio.) an die Projekte, die am besten in das Konzept des westdeutschen Imperialismus passen.

Der SFB 115 arbeitet ferner eng mit der Bundeswehr zusammen, die natürlich auch davon profitiert. Es existieren zahlreiche Querverbindungen zwischen dem Eppendorfer Forschungsbereich, der Bundeswehr und der NATO.

- Das Verteidigungsministerium gestattet den Mißbrauch von jungen Soldaten als Versuchskaninchen.
- Die Bundeswehr erhält Einsicht in alle sonst so streng geheulten Experimente.
- Professor Meyer, ein weiterer Mitarbeiter am Folterforschungsbereich, führt auf Kosten des SFB 115 zu einer NATO Tagung nach Moskau, wo er mit Aggressionsforschern aus anderen NATO-Staaten seine Erfahrungen austauscht.
- Prof. Gross, der Leiter des SFB 115, wurde in das Bundesverteidigungsministerium zitiert, nachdem die fachliche Zuteilung seiner Forschung bekannt geworden war.

Kontrolle gibt es bei den Experimenten am SFB 115 um die Erforschung der Auswirkungen der totalen Isolation eines Menschen von der Umwelt, um die sog. „sensorische Deprivation“ (Beschränkung sinnlicher Wahrnehmung).

## Folterforschung – Im „wissenschaftlichen“ Gewand

Unter „sensorischer Deprivation“ versteht die Psychiatrie die totale, künstlich herbeigeführte Isolation einer Person. Über längere Zeit ausgeübt, führt sie zum Verlust jeglicher Orientierung, zur Unmöglichkeit der Realität von eigenen Vorstellungen zu unterscheiden und zu Wahlvorstellungen. Im SFB 115 versuchen die Psychiater Professor Gross, der Psychologe Dr. Kempe und der Psychiater Professor Wallis (Bürgerchaftsangeordneter der CDU in Hamburg), Aufschluß über Verhaltensweisen und Reaktionen von Personen in dieser „sensorischen Deprivation“ zu gewinnen. Bemerkenswert ist, daß Prof. Jan Gross seit Anfang des sechziger Jahre auf dem Gebiet der „sensorischen Deprivation“ tätig ist, und zwar vor

1967 in Prag (CSSR) (1) studierte Gross sehr ausführlich vor allem die amerikanische Literatur über „sensorische Deprivation“ und die in diesem Zusammenhang angewandten Unterdrückungsmethoden. Eine grundsätzliche Kritik daran hielt er natürlich nicht für nötig. Er führte sogar selber ähnliche Experimente durch. Es ist daher nicht verwunderlich, daß er davon ausgeht, daß er im Westen sich bei diesem Forschungsbereich noch besser „entfallen“ kann. Für die konkrete Anwendung seiner Forschungsergebnisse sind ihm reichhaltige Betätigungsmöglichkeiten garantiert.

Daß diese Forschungsarbeiten nicht dem Patienten zugute kommen sollten, ist bereits aus der Versuchsanordnung klar ersichtlich. Im Mittelpunkt der Experimente steht die sog. „Camera silens“ (stille Kammer). Das ist ein schwingungsfrei aufgehängter Raum, der lediglich mit einem Sessel für die Versuchsperson ausgestattet ist. In dieser „Camera silens“ herrscht völlige Dunkelheit und völlige Lautlosigkeit. Über zwölf Lautsprecher kann ein gleichmäßiger Ton in die Zelle eingespielt werden, der jedes Wort der Versuchsperson schluckt. Die Versuchsleiter dagegen, können mittels einer Infrarotkamera ihr Opfer während des ganzen Versuches beobachten. Elektroden am Körper der Versuchsperson messen jede Körperreaktion. Der Kontakt zwischen den Versuchsleitern und ihrem „Testmaterial“ kann lediglich durch eine Sprechanlage hergestellt werden. Mehrere Stunden Aufenthalt in dieser unmenschlichen Zelle sind geplant, ein Zeitraum, der genügt, um eine Testperson in eine ungesunde Angst- und Panikstimmung zu versetzen, die dauernde psychische Störungen zur Folge haben können.

Daß diese Experimente sind, die es umgibt, ist für die Versuchspersonen nicht einmal als Abfallprodukt abzuwerfen, liegt auf der Hand. Gross, der Leiter des SFB 115, sieht selber andere Nutzenwendungen. Er schreibt über seine bisherigen Isolationsexperimente: „Dieses Moment (das der Isolation, der Verfall) kann sicher eine positive Rolle in der Psychotherapie (Beratungskunde) spielen, und zwar dort, wo es um die Umerziehung des Einzelnen oder einer Gruppe geht und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger einseitiger Abhängigkeiten und Manipulationen mit solchen Umständen wirksam den Prozess der Umerziehung beeinflussen können.“ (Gross und Stahl: Soziale Isolation und sensorische Deprivation und ihre psychologischen Aspekte, Prag 1967).

## Geständnispressung als SPD

Ähnliche Situationen wie in der „Camera silens“ finden wir zwar in keinem Krankenzimmer, aber dafür im Strafvolzug, speziell bei der Isolierung politischer Gefangener. Die berühmte „Glücke“ im Hamburger Untersuchungsgefängnis, oder die Isolierzelle des Kölner „Klingelpöts“ und von ihrer baulichen Beschaffenheit her nicht ganz überburtige Exemplare einer „Camera silens“. Zahlreiche Todesfälle in diesen „Beruhigungszellen“ beweisen deren brutalen Charakter. Die von der SPD/FDP so hoch gepriesene Reform des Strafvollzuges, auch „Humanisierung“ des Vollzugswesens“ genannt, schließt den Bau von Isolierzellen und sogar Ganzer-Trakten ein.

So hat man z.B. in der „Reform-Haftanstalt“ Köln-Ossendorf gleich einen ganzen Isoliertrakt eingerichtet. Dieser Trakt ist ein einschüchterndes, am Rande des Anstaltsgebäudes gelegenes Gebäude, ein eigener Hof steht zur Verfügung. In dieser Umgebung verbrachten Ulrike Meinhof und Astrid Proll, beide als Mitglieder der sog. Baader-Meinhof-Gruppe angeklagt, fünf und acht Monate Einzelhaft. Kein Kontakt zu Mitgefangenen, kein Blick aus dem Fenster, kaum Beschäftigungsmöglichkeiten und Bücher, das sollte neben den

normalen Belastungen der Haft ein Übermaß sein, die beiden U-Häftlinge körperlich und seelisch zu zerbrechern, um sie endlich „ausgebeutert“ zu machen.

Diese Methode der Geständnispressung durch totale Isolation wird zur Zeit an allen U-Häftlingen der sog. Baader-Meinhof-Gruppe und des Sozialistischen Patienten-Kollektives durchgeführt, man hofft, sie demnächst der Öffentlichkeit in Schauprozessen als „geständige Terroristen“ vorführen zu können. Mit den bisherigen Methoden wird ihnen das aber kaum gelingen, wie die Beispiele von Margit Schiller und Werner Hoppe gezeigt haben. Die Justiz ist doppelt auf die Maßnahmen der Isolationsfolter angewiesen, da es sich gezeigt hat, daß ihre „Kronzeugen“ wie z.B. Ruhland, sich vor Gericht immer mehr in Widersprüche verwickeln und schließlich eher zu einer peinlichen Belastung für die bürgerliche Justiz wurden.

Und der hessische Justizminister Haempfler sagt in einem Fernsehinterview auf die Frage, ob er Isolationsfälle von 6 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren für angemessen hält: „Das ist nicht angemessen, aber das liegt zum Teil ja selbst in der Person der Betroffenen, die durch ihr hartnäckiges Weigern oder die Tendenz, alles zu verschleiern und auf keinen Fall ihre Wahrheit zu sagen oder die Wahrheitsfindung zu erleichtern, sich das selbst zuzuschreiben haben.“ Also entweder Generalbeichte – oder Folter!

Die prinzipiell gleichen Foltermethoden allerdings erheblich grausamer durchgeführt werden von den portugiesischen Faschisten berichtet. In einem Konzentrationslager auf einer Kapverdischen Insel werden Gefangene monatelang völlig isoliert.

bespielen usw. Diese Spezialeinheiten werden ebenfalls isoliert und extremen Bedingungen ausgesetzt, um im Kampf gegen ihren „Feind“ die Arbeiterklasse gerichtet zu sein. Das trifft sowohl für Bomberpiloten zu, die in Vietnam ihre Einsätze fliegen, als auch für die amerikanischen Elitetruppen. Auch die Spezialeinheit gegen den „inneren Feind“ in der BRD, der Bundesgrenzschutz, übt unter solch extremen Bedingungen auf der Übung „Südbayern“ wurde die Gefangennahme von BGS-Soldaten durch amerikanische (!) Offiziere erprobt. Dazu heißt es in einem Bericht:

- „Härtemaßnahmen“
- Ein Tonbandgerät gibt besonders Geräusche ab, die mittels Lautsprecher in die Gefangenenzellen übertragen werden. Es sind dies unangenehm grelle und störende Laute.
- Über längere Zeitschnitte bleiben die Zellen völlig dunkel.
- Einzelhaft kann auferlegt werden.
- Gefangene, die sich weigern, können gefesselt werden und für kurze Zeit in einen Schrank oder einen hölzernen Kasten gestellt werden.“ (Genscher-Bericht vom 14.3.73)

Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Solche Manöver dienen einzig und allein dazu, die gedrückten Kilder psychologisch auf ihren Einsatz gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten.

Daß die Folter zum „Dienstalltag“ der NATO-Armeen gehört, dafür gibt es tausende Beispiele. Die Militärs werden ihr Interesse an der Isolationsfolter nicht auf die Behandlung gefangener Gegner beschränken. Die Gefängnisverwaltung Widerstand leistenden Soldaten, die Verhöre durch den militärischen Abschirmdienst, das Härteertraining von Einzelkämpfern u.ä. sind weitere denkbare Einsatzmöglichkeiten der Isolationsfolter.



Totale Isolation erzeugt Realitätsverlust und Angstzustände „Camera silens“

Sie dürfen weder Briefe noch Bücher erhalten. In den Zellen, die zum Teil unter Meerwasser gesetzt werden können, dringt kein menschlicher Laut. Einzelne Gefangene werden monatelang in Zyklen gefangen gehalten. Gefangene, die nach zweijähriger Untersuchungshaft entlassen wurden, waren aufgrund der schweren psychischen Schäden keiner Form politischen Widerstandes mehr fähig. („Rote Presse“, Sondernummer zum SFB 115, „Foltermethoden im NATO-Staat Portugal“).

Neben der „wissenschaftlichen“ Methode der Einzelhaft gab und gibt es ein breites Spektrum von faschistischen Foltermethoden, die gegen die Unterdrückten eingesetzt werden.

In Südvietnam hat das Thieu-Regime mit Unterstützung amerikanischer Militärs die sog. „Tigerkäfige“ gebaut. Gefangene Genossen der PNL aber auch des Kommunismus verdächtige Zivilisten werden zur „politischen Umerziehung“ und zur Geständnispressung in 2,70 m x 1,30 m große Betongrüben geworfen. Dort bleiben sie, oft fünf Monate in starker Hitze, jahrelang angekettet. Die so Gruben und unterirdisch und derart beengt, daß man sich nur hin hocken nicht aber hinstehen kann. Ein weiteres Anwendungsgebiet der Folter ist das Verhalten von Menschen in der Isolation ist für die Imperialisten die Heranbildung von antipathischen Elitetruppen, Bom-

men, „körperliche Fitneß in großer Verbrennung, geringste Selektion (Vergleich im Unterschied dazu höhere Schule – Studenten), geringe gegenseitige Information, Gleichheit (Verschiedenheiten jeweils aus verschiedenen Kasernen)“.

Warum ein geringer gegenseitiger Informationsaustausch für die Durchführung der Experimente eine entscheidende Bedeutung hat, erfahren wir an anderer Stelle ebenfalls aus internen Papieren des Folterteams: „Das Experiment mit den Versuchspersonen als „Versuch zur experimentellen Selbstbeobachtung unter Ausschaltung störender Umweltreize“. Klar, den Rekruten wird das Blaue vom Himmel heruntergelogen, was mit ihnen passieren soll und damit diejenigen, die Erfahrung haben, was für Schweißereien man mit ihnen vorhat, die Kollegen nicht aufklären können, nimmt man sich Rekruten aus verschiedenen Divisionen Brigaden, Bataillonen und Kompanien. Die Gefahr, daß die Soldaten außerhalb der Kasernen über die wahren Ziele des SFB 115 aufklärt werden, ist vergleichsweise gering, da sie diese nur recht selten verlassen können. Auch das ein Soldat, der bereits in der „Camera silens“ war, die üblichen Praktiken der Uniformer an die Öffentlichkeit trägt, oder gar den Versuch abbricht, weil er merkt, daß er total belogen wurde, ist so gut wie ausgeschlossen, da im Hintergrund seine Vorgesetzten mit einem ganzen Paket militärischer Strafen warten. Versuchspersonen, die wissen, wozu sie getestet werden sollen, können die Folterforscher nicht gebrauchen und schließen sie von der Teilnahme am Versuch aus.

In der Praxis sah das dann so aus: Für die Fragebogen vor dem Test stellte die Bundeswehr Räume in ihren Kasernen zur Verfügung und befahl (!) dem größten Teil ihrer Rekruten, „freiwillig“ daran teilzunehmen. Während des Vorfeldes mußten die Wehrpflichtigen einen umfangreichen Fragebogen (angelegt mit 4 Std.) ausfüllen. Die anwesenden Folterforschungsscienten nannten ihnen als Ziele ihrer Forschungsprojekte die üblichen Lügen, Selbstbeobachtung ohne störende Umweltreize, Erforschung der Mapernibilität, Zusammenhängeforschung von physischen und psychischen Erkrankungen u.ä. In der Universitätsklinik Eppendorf sollten die Soldaten, sofern der Vorfeld positiv verlaufen würde, angeblich einer gezielten Einzelbeurteilung unterzogen werden.

Bei den Forschungen im SFB 115 handelt es sich also um die Unterdrückung von neuem, „wissenschaftlichen“ vor der Arbeiterklasse besser zu verschleiern. Sie zielt darauf ab, die Regeln der politischen Gefangenen in den übrigen Gefangenen zu isolieren und gleichzeitig durch bewußte „Handlung“ („Camera silens“) zu erpressen oder die Zerrung des Gefangenen zu erreichen. Diese Methode richtet sich hauptsächlich gegen die bewußten Teile der Arbeiterklasse die Kommunisten und andere Linke. Andererseits bilden die Kapitalisten die Elitetruppen (BGS, Bundeswehreinheiten usw.) mit Methoden der Isolation aus, um sie vor allem psychologisch gegen die Arbeiterklasse auszurichten. Die z.T. betriebene Folterforschung und die gegenwärtig praktizierte Verschleierung der Einzelhaft gegen Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe“ seitens der SPD-Regierung im Auftrag der Kapitalisten ist ein weiterer Bestandteil der Putschplanung von Staat und Gesellschaft.

Militärische Kommission K.B-Gruppe/Hamburg

**IMPRESSUM**  
Herausgeber: Druck: Verlag: J. Rauts Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Buchhof 11, untere Redaktions- und Verlagsabteilung 200 00 Erscheinungsweg: durch den Verlagsauftrag BO Pto., Verlagshaus Dröcher Bank Rto. Nr. 451 8378 J. Rauts und Postfachkonto Hamburg Nr. 240 506, J. Rauts

**Arbeiterkampf**







# B&V Hamburg

## Sosoll die innergewerkschaftliche Demokratie weiter abgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung gewerkschaftlicher Bereichsvertrauensleute auf der Hamburger Werft Blohm + Voß wurde von einigen Vertrauensleuten bereits im August 73 gefordert, einige sich daraus ergebende Fragen vor Gründung der Bereiche zu klären: die Mindestzahl für Bereiche- und Gesamtsitzungen festzulegen, klarzustellen, daß durch die Bereichsstrukturen nicht die Hauptversammlung liquidiert werden darf, die Rechte der Bereichssprecher und der Vertrauensleute in den einzelnen Bereichen und im Verhältnis zur Hauptversammlung festzulegen. Die Kollegen wollten mit ihrer Forderung nach klaren Festlegungen verhindern, daß nach Einführung der Bereiche wieder die VK-Leitung allein entscheidet, ob eine Haupt- oder eine Bereichsversammlung oder gar keine Vertrauensleute-Versammlung statt findet.

Der entsprechende Antrag der Kollegen wurde mit der Lüge zurückgewiesen, es werde schon ein Geschäftsordnungs-Entwurf von der VK-Leitung erstellt, der die angesprochenen Punkte enthalten würde.

Drei Monate später erst wurde dann der Entwurf zur Geschäftsordnung (GO) an die Vertrauensleute verteilt. Um Kritik am GO-Entwurf abzublocken, hatte die VK-Leitung sich folgendes Verfahren ausgedacht: Änderungsvorschläge sollten innerhalb einer Woche (!!) zur VK-Leitung gebracht werden. Die würde dann „unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge“ einen endgültigen Entwurf zur GO vorlegen. Über diesen sollte dann möglichst schnell abgestimmt werden, „dann wir wollen uns ja nicht ewig mit Geschäftsordnungen beschäftigen“.

Dieses Manöver ist bezeichnend erst wird die Sache monatelang verschleppt, dann aber ist sie plötzlich ganz eilig und muß möglichst schnell durchgepeitscht werden. Die VK-Leitung rechnete darauf, daß bei so einem Vorgehen die inhaltliche Diskussion um den GO-Entwurf und die Änderungsvorschläge abgewürgt werden könnten. Die meisten Vertrauensleute würden die Änderungsvorschläge anderer Kollegen gar nicht erst zu Gesicht bekommen und

vorchläge anderer Kollegen gar nicht erst zu Gesicht bekommen, sondern sich mit dem Hinweis abweisen lassen müssen, „daß die VK-Leitung schon alles geprüft und verarbeitet hat“.

Um dieser krummen Tour entgegenzuwirken stellte eine Vertrauensfrau den Antrag, den GO-Entwurf der VK-Leitung in allen Bereichs-VK's gründlich zu diskutieren, Änderungsvorschläge zu erarbeiten und diese Änderungsvorschläge vor der abschließenden Diskussion des Vertrauensleuten bekannt zu machen, um so überhaupt die Grundlage für eine breite demokratische Diskussion zu schaffen.

Die VK-Leitung konnte diesen Antrag mit demagogischen Einwänden („unterschiedet sich kaum vom dem Verfahren, was wir vorgeschlagen haben“, „jetzt ist es dafür zu spät“) abknurren. Vielen Vertrauensleuten war der Unterschied zwischen dem Antrag und der von der VK-Leitung befürworteten Verfahrensweise anscheinend nicht klar geworden. Ein anderer Grund ist, daß die meisten Kollegen immer noch darauf vertrauen, daß die Gewerkschaftsführung sich schon an die „demokratischen Spielregeln“ halten werden.

Die VK-Leitung hatte allen Grund, eine breite Diskussion über die GO zu verhindern, wie sich auch an ihrem Entwurf zeigt.

Er beinhaltet eine weitgehende Einschränkung der „Rechte“ der Vertrauensleute zugunsten eines weiteren Ausbaus der Rechte der Ortsverwaltung und der Betriebsräte (= VK-Leitung!). Die Rechte, die sich die Betriebsräte für den neuen GO „rechtmäßig“ garantieren lassen wollen, haben sie sich freilich mehr oder weniger auch bisher schon herausgenommen.

Einige Vertrauensleute aus dem Bereich der Angestellten arbeiteten einen Gegenentwurf zum GO-Entwurf der VK-Leitung aus, der allerdings beim jetzigen Kräfteverhältnis im VK kaum Chancen hat, angenommen zu werden, aber dazu beitragen kann, die Diskussion über die anti-demokratischen Machenschaften der Gewerkschaftsführung voranzutreiben.

Wir wollen im Folgenden die beiden Entwürfe gegenüberstellen.

### Das Wichtige fehlt

Als erstes ist festzustellen, daß über die Rechte der Bereichs-VK im

Die „Fürsten“ haben alle nur denkbaren Rechte sie können quasseln, wann und solange sie wollen, sie können die „einfachen Arbeiter“ unterbrechen oder ihnen auch ganz „das Wort entziehen“.

Das sollen die „Rechte“ der Vertrauensleute sein:

„4. Wortmeldungen sind bei der Vertrauensleute schriftlich einzu-reichen.“ – „5. Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldung... Wortteilungen sollen in einer Sache höchstens zweimal an den gleichen Redner erfolgen.“ – „6. die Redeszeit in der Aussprache beträgt in der Regel drei Minuten für jeden Redner.“

Und das sollen die Vorrechte der Betriebsräte und Gewerkschaftsfürsten sein:

„5. Vertreter der Ortsverwaltung ist jederzeit und unbeschränkt das Wort zu erteilen...“ „7. Referenten und Berichterstatter ist auf Verlangen das Schlußwort zu erteilen.“

„8. Der Versammlungsleiter hat nicht zur Sache gehörende Ausführungen zurückzuweisen. Fügt sich ein Redner den Anordnungen des Versammlungsleiters nach zweimaligem Hinweis auf die Geschäftsordnung nicht, so kann ihm das Wort ent-

zogen werden.“ – „9. Dem Versammlungsleiter sind kurze Bemerkungen, die zur Richtigstellung und Förderung der Aussprache dienen, jederzeit gestattet. Zu diesem Zweck darf er den Redner unterbrechen.“

Der Gegenentwurf der Angestellten-Vertrauensleute fordert die prinzipielle Gleichberechtigung aller Teilnehmer einer gewerkschaftlichen Versammlung, ohne Privilegien für einzelne Gewerkschafts- und Betriebsräte. „Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge der Meldung. Dies gilt für alle Anwesen- den ohne Ausnahme.“ Der Versammlungsleiter kann mit Mehrheit jederzeit abgewählt werden.“

### Das Antragsrecht

Auch das Antragsrecht wird im GO-Entwurf der VK-Leitung sehr weitgehend eingeschränkt. Zwar ist es im Vertrauenskörper bei B + V schon jetzt so, daß viele Anträge durch geschicktes Ausmanövrieren und Zeitreden von Knödel & Co. gar nicht erst durchkommen. Jetzt wird das Einbringen von Anträgen noch zusätzlich erschwert.

„1. Änderungsvorschläge zur Tagesordnung sind einen Tag vor der Versammlung der VK-Leitung schriftlich einzureichen. Sie werden dem Vertrauenskörper zur Abstimmung vorgelegt.“ – „12. Anträge und Entschlüsse müssen zur Sache gehören und schriftlich einen Tag vor der Versammlung der VK-Leitung vorliegen. Sie sind der Versammlung bekanntzugeben, werden aber zur Behandlung nur zugelassen, wenn mindestens 25% der Versammlungsteilnehmer sie unterstützen. Anträge, die als besonderer Punkt zur Tagesordnung behandelt werden sollen, bedürfen der Zustimmung der VK-Leitung und sind so rechtzeitig bei dieser einzureichen, daß sie mit der Bekanntmachung der Versammlung veröffentlicht werden können.“

Diese Bekanntmachung muß fünf Tage vor der Versammlung raus sein. Das heißt in der Praxis, daß kurzfristige Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen, wie etwa eine Solidaritäts- erklärung mit dem chilenischen Volk

können. Deshalb heißt es im Gegenentwurf: „Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung sollten einen Tag vorher bei der VK-Leitung eingereicht werden. Sie können auch bei der Öffnung der Sitzung auf Antrag ergänzt oder geändert werden.“ – „Anträge und Entschlüsse sollten der Versammlung schriftlich vorliegen. Unabhängig davon können zu jedem Tagesordnungspunkt Initiativ-Anträge gestellt werden.“

### Gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!

Da von der VK-Leitung nicht zu erwarten war, daß sie den Gegenentwurf verteidigen würde, um eine Diskussion darüber zu ermöglichen, ergrieffen einige Angestellten-Vertrauensleute die Initiative und verteilten den Gegenentwurf soweit ihnen möglich unter einem Teil der Vertrauensleute. Denn es besteht längst nicht zwischen allen Vertrauensleuten ein Kontakt, was ja eigentlich eine VK-Leitung organisieren sollte. So wurde zumindest erreicht, daß ca. einem Viertel der Vertrauensleute auch der Gegenentwurf zur GO bekannt ist. Außerdem fand auf Initiative einiger Angestellten-Vertrauensleute mit Unterstützung der anderen Angestellten-Vertrauensleute für die beiden Angestelltenbereiche eine außerordentliche Bereichsversammlung statt, wo nur über die GO diskutiert wurde.

Wie bekannt wurde, reichten verhältnismäßig viele Kollegen Änderungsvorschläge ein, u.a. gab es noch einen Gegen-Entwurf der Jugendvertretung.

Der Gegen-Entwurf der Angestellten-Vertrauensleute wurde zwar von vielen Vertrauensleuten gutgeheißen, zu einer aktiven Unterstützung konnten sich jedoch nur wenige entschließen. Klarheit, was die neue GO für den VK bedeutet und was die VK-Leitung damit vorhat, ist bei den meisten Kollegen noch nicht vorhanden. Sie hoffen, die VK-Leitung werde einige der undemokratischen Punkte



Die Gewerkschaftsführung bei der Arbeit.

Die Gewerkschaftsführung bei der Arbeit.

GO-Entwurf der VK-Leitung nichts gesagt wird. Dies war aber doch ursprünglich der Ausgangspunkt für die ganze Geschäftsordnungs-Debatte gewesen. In einem „Organisationsplan“, der dem GO-Entwurf der VK-Leitung beigelegt ist, heißt es dazu lediglich: „Die Bereichssprecher werden aus der Gruppe der Vertrauensleute der Bereiche gewählt. Ansonsten gilt die Richtlinie für Vertrauensleute der K. Metall.“ – In den Vertrauensleuten-Rechtlinien gibt es aber weder Bereichssprecher noch Bereich-VK's. Was es nicht gibt, hat keine Rechte, bzw. das Daseinsrecht dieser Gremien hängt einzig und allein von der VK-Leitung und vom Kapitalisten ab. Da die Sitzungen während der Arbeitszeit stattfinden, müssen sie nämlich auch vom Kapitalisten genehmigt werden.

### Das Rederecht

Der dickste Hammer im GO-Entwurf der VK-Leitung ist die Handhabung des Rederechts. Hier geht es um die Gewerkschaftsführung, tatsächlich wie mittelalterliche Potentaten gegenüber ihren Untertanen.

Es liegt natürlich nicht im Interesse der Kollegen, wenn ihre Vertrauensleute nicht einmal aussprechen dürfen und nur „zur Sache“ reden dürfen, wobei die Interpretation dieses Begriffs allein in den Händen der Gewerkschaftsführung liegt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß der Betriebsratsvorsitzende bei B + V, der Rechte Knödel, gleichzeitig (und neben vielen anderen) auch Mitglied der Ortsverwaltung der

IGM in Hamburg ist, also zum Kreis derjenigen gehört, die berechtigt sind „jederzeit und unbeschränkt“ auch auf den Vertrauensleuten Versammlungen zu Wort zu melden.

Der Gegenentwurf der Angestellten-Vertrauensleute fordert die prinzipielle Gleichberechtigung aller Teilnehmer einer gewerkschaftlichen Versammlung, ohne Privilegien für einzelne Gewerkschafts- und Betriebsräte. „Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge der Meldung. Dies gilt für alle Anwesen- den ohne Ausnahme.“ Der Versammlungsleiter kann mit Mehrheit jederzeit abgewählt werden.“

erklärt, wie etwa eine Solidaritäts- erklärung mit dem chilenischen Volk nach dem Putsch, überhaupt nicht mehr eingebracht werden könnten, da „so etwas“ erstens „nicht zur Sache gehört“ und zweitens rechtzeitig eingebracht werden muß und der Zustimmung der VK-Leitung bedarf. Und wie die darüber denkt, hat Willy Höppner, VK-Vorsitzender, mit den Worten ausgedrückt, daß sowieso „nicht mehr soviel politische Dinge auf VK-Sitzungen besprochen werden sollen, da die Geschäftsleitung das nicht gern sieht.“

Auch in der Frage der Anträge muß davon ausgegangen werden, daß es nur im Interesse der Kollegen sein kann, wenn Anträge, die betrieblich oder allgemein-politisch für die Arbeiter von Nutzen sind und jederzeit eingebracht und diskutiert werden

Sie hoffen, die VK-Leitung werde einige der undemokratischen Punkte von sich aus ändern.

Insgesamt ist zu erwarten, daß die Betriebsräte (= VK-Leitung) in einigen zweifelhaften Fragen „Zustandnisse“ machen werden, um ihren anti-demokratischen Entwurf insgeheim zu durchzusetzen. Für die fortschrittlichen Vertrauensleute wird es darauf ankommen, verstärkt die Funktion der neuen GO als Teil des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie aufzuzeigen.

Interessant ist noch zu erwähnen, daß die vorgelegte GO der VK-Leitung bis auf wenige Punkte wortwörtlich mit der „Geschäftsordnung für Gewerkschaftsversammlungen“ der IG Metall übereinstimmt.

Betriebsräte Blohm + Voß, KB/Gruppe Hamburg

### Unser Weg 19

Zur Fachmuscusdiskussion

Anwenderstellung mit Positionen des NRE KBB (jetzt B&V) und SSG Hamburg zu den Fragen „Will“ die B.-Argumente den Fachmuscuszweigen? „Woher kommt die tatsächliche Massenbewegung? Suche nach dem „Wesen des Fachmuscuz““ Wiederlegung der fachistischen Gefahr? Es empfiehlt sich vorher die Fachmuscusartikel aus ARBEITERKAMPF 16 17 und 18 (nachgedruckt im Buch „Gegen die schrittweise Fachmuscuzierung von Staat und Gesellschaft“) zu lesen 22 Seiten

### Anzeige

DM 1

## Redaktionelle Anmerkung

In beiden Bereichen ist der „Tarifkampf“ im „Vollem Gang.“ Während die Kollegen anderer Branchen in ihren Tarifrunden einzelnen Unternehmen, bzw. deren Verbänden formal gegenüberstehen, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Streikrecht!) mit dem Staatsapparat bzw. seinen politischen Vertretern (SPD!, FDP!) konfrontiert. Auf der anderen Seite haben – soweit bis her für uns erkennbar – die Gewerkschaftsführer (soweit SPD!) die Aktivitäten auf Seiten der Kollegen (bzw. in mehreren Städten der BRD hier Frankfurt legten Postler Demonstrationen) stundenlang den Verkehr der Innenstädte lahm



die Gewerkschaftsmitglieder und andere Kollegen erst durch wild radikale Reden der Gewerkschaftsführer auf die Straße gebracht werden.

Neben der zumeist wilden Parteigeheißigkeit von Vertretern beider „Tarifrunden“ muß noch die besonders enge Beziehung der Führer von OTV- und Post-Gewerkschaft zum Staatsapparat gesehen werden.

Trotz einzelner spontaner Aktivitäten bei OTV (z.B. Mülhewitz) und beachtlicher Demonstrationen der Post-Kollegen (in Frankfurt, Darmstadt, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und anderen Städten) lassen diese Bedingungen für die Kollegen nichts Gutes ahnen, hinsichtlich Verlauf und Ergebnis dieser Tarifrunden sowie der „Signale“ (für darauffolgende Metareiten).

Wir werden – wahrscheinlich im nächsten AK – gerne diese Tarifrunden berichten.



HDW-Jugendvertreter bekommen

# „Ein ordentliches Verfahren...“

Unmittelbar vor Weihnachten erhielten vier von fünf HDW-Jugendvertretern ein Schreiben der IG-Metall Ortsverwaltung in Hamburg. Darin wurde ihnen „mitgeteilt“, daß die Mitglieder angeblich „gewerkschaftsfeindliche, gegnerischer Organisation“ seien. Den vier Kollegen wurde mit Ausschluß gedroht.

Die angegriffenen Jugendvertreter beschlossen daraufhin die Herausgabe einer „Offenen Antwort an die Ortsverwaltung der IG-Metall“, die vor dem Betrieb, an Berufsschulen usw. verteilt wurde (Siehe AK 38, wo große Teile der „Erklärung“ und der Dokumente abgedruckt sind.)

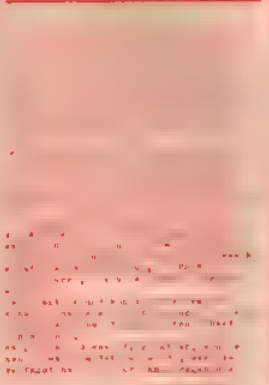
Im folgenden soll über den Verlauf der letzten Vertrauensleuteversammlung auf HDW, wo auch diese Sache zur Sprache kam, berichtet werden. Ferner soll die Politik der DKP/SDAJ und der „KPD/ML“ bzw. „Rote Garde“ eingeschätzt werden. Zum Schluß ein Bericht über die angeliefene Solidarität (Zur Vorbereitung der HDW-Gewerkschaftsausschlüsse siehe AK 36 und 37.)

Am 23. Januar fand auf der HDW die erste Vertrauensleuteversammlung im neuen Jahr statt. Mitglieder der Jugendvertretung verteilten gleich am Anfang der Sitzung einen Entschließungsantrag der JV an die Vertrauensleute, die Kontroverse mit der IGM-Ortsverwaltung betreffend (siehe Faksimile-Abdruck). Obwohl die Kollegen einen schriftlichen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Gewerkschaftsausschlüsse“ gestellt hatten, wurde das vom VK-Leiter O. Kock übergangen, so daß erst eine halbe Stunde vor Ende der Versammlung unter dem Punkt „Verschiedenes“ (!) dieses Thema angesprochen werden konnte. Das Bemühen der VK-Leitung, möglichst viel Zeit herauszuschinden, um die Gewerkschaftsausschlüsse nur kurz diskutieren zu können, war offensichtlich.

„Gewerkschaftsfeindliche Organisation“ zu belegen und in der „praktischen Arbeit“ der Jugendvertreter ihre „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ zu belegen. Dazu kam allerdings in der anschließenden „Diskussion“ kein Wort.

Wir bald am Ende mit unserer demokratischen Organisation. Wir dürfen unsere Gewerkschaft nicht versorgen lassen. 1965 fiel der Unversinkbarkeitsbeschuß gegen die NPD (!!!) und das sagte keiner was. Wenn es heute wie-

## Der lachende Dritte ist der HDW-Vorstand



Arbeitsratspräsident und Oberleitender Hans-Martin Schöler



Arbeitsratspräsident und Oberleitender Hans-Martin Schöler

shen offensichtlich die Stimmung der Kollegen noch nicht ganz klar war – jetzt konnte O. Kock getrost in den VK schreien: „Wollt ihr abstimmen?“ „um sich durch das eindeutige „Nein“ noch einmal den Erfolg der Heiße bestätigen zu lassen.“

Insgesamt hat der Verlauf der Versammlung gezeigt, daß es den jungen Kollegen nicht gelungen ist, einem größeren Teil der Vertrauensleute den Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat, VK-Leitung, Ortsverwaltung, eigenem Betrieb und Jugendvertretung und Lehrlingen andererseits, sowie den Hintergrund der geplanten Ausschüsse deutlich zu machen. Es ist den rechten SPD-Empfängern zweifellos gelungen, durch ihre Hetzreden die Mehrheit der Vertrauensleute von der schlichten Auseinandersetzung und Beschäftigung mit den Standpunkten der angegriffenen Kollegen vorerst abzuhalten. Es wäre allerdings falsch, dies für den ganzen VK zu behaupten. Ein Teil der fortgeschrittenen Kollegen war allein durch die Massivität der Hetze und Drohungen so eingeschüchtert, daß sie es nicht wagten, dagegen Einspruch zu erheben und eine sachliche Diskussion zu fordern.

## DKP/SDAJ: Immer tiefer in den Dreck

Die beiden einzigen „linken“ Organisationen, die bisher zum geplanten Gewerkschaftsausschuß Stellung genommen haben, sind die DKP/SDAJ und die „KPD/ML“ bzw. ihre „Jugendorganisation“, die „Rote Garde“ (auf deren ganz besonders irreführende Betriebsarbeit bei HDW wir im nächsten AK eingehen wollen). Der KBW hat es bislang vorgezogen, sich zu diesem Thema auszuschweigen.

Auf die Rolle der DKP/SDAJ speziell, der üblichen Rolle des DKP-Führers Müller-Goldenstedt bei HDW – sind wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 36 und 37 eingegangen. Dieser Bursche hat sich nicht gescheut, aktiv durch Spitzel und Denunziation, durch antikomunistische Flugblätter und Hetze seinen Teil zur Vorbereitung des Gewerkschaftsausschlusses der Jugendvertreter und der Zerschlagung der HDW-Jugendbetriebs-

Lehrlinge haben bei der Neuwahl der Jugendvertretung von euch erwartet“ aber ihr! Hier wird die Verantwortung für die allerdings nicht überrasgenden Erfolge der neuen Jugendvertretung allein den Kollegen untergejubelt, die nichts anderes zu tun hatten, als „immer häufiger die Vertrauensleuteparteiung, den Betriebsrat und sogar aktive Gewerkschaftsmitglieder (!) zu beschimpfen (!)“.

Kein Wort darüber, wer tatsächlich bisher ständig eine aktive Jugendvertreter- und Gewerkschaftsarbeit unter den Lehrlingen auf der HDW zu hinterziehen versucht hat, wer tatsächlich eine Lehrlingsversammlung für „nicht erforderlich“ hält, wer tatsächlich die widerwärtigste antikomunistische Hetze gegen die JV unter den älteren Kollegen in Umlauf setzt.

Zum Verlauf der letzten Vertrauensleuteversammlung war im „Werft-echo“ zu lesen: „Zu kurz kamen andere betriebliche Belange ... Das lag mit an der Jugendvertretung, die wieder einmal (!) versuchten, ihre große Auseinandersetzung mit der IG Metall (!) in die Versammlung zu tragen. Die Antwort der Vertrauensleute war jedoch einheitlich: Wir wollen keine Auseinandersetzung mit, sondern gemeinsames Handeln, um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen.“

– Triumph über den Erfolg antikomunistischer Hetzreden rechter SPD-Demagogen

Die DKP/SDAJ hat bei HDW hinreichend bewiesen, daß sie mit den rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern durch „dick und dünn“ marschieren, wenn es gegen die Kommunisten und andere klassenbewußte Kollegen geht.

## Praktische Solidarität

Es wäre falsch, die Reaktion des Vertrauenskörpers bei HDW – in dem die SPD-Betriebsgruppe noch großen Einfluß hat – auf die gesamte Belegschaft zu übertragen.

Besonders unter den Lehrlingen, auf der HDW, aber auch in den Berufsschulen und einigen anderen Betrieben in Hamburg läßt dieser Schritt der Ortsverwaltung Empörung aus. Aus einigen Betrieben und Berufsschulen zogen Solidaritätsgesenden (Hinter-

JV-Kollegen am Anfang über die Auseinandersetzung zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat

● Eine von der Jugendvertretung und den Kollegen geforderte Lehrungsveranstaltung zur Diskussion der Ausbildungslage auf der HDW und der Tariffrage wird seit Monaten vom Betriebsrat als „nicht erforderlich“ abgelehnt. Erst eine Unterschriftenammlung räumte diesen „Gewerkschaftlern“ eine mündliche (!) Zusage für (eventuell) Mitte März (!) ab.

● Während (und nach) der Jugendvertreter-Wahl lief eine wahre Hetzkampagne der rechten SPD-Demagogen gegen die Jugendvertretung ab. Gezielt wurden Gerüchte vom „roten Meinungsterror“ in der Lehrwerkstatt, den „roten Gewerkschaftspalmen in der Jugendvertretung“, der angeblichen Mitgliedschaft mehrerer Jugendvertreter in der „KPD/ML“ unter der Belegschaft in Umlauf gesetzt.

● Um die angebliche „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ der Kollegen zu „beweisen“, wird – insbesondere vom VK-Leiter Kock – immer wieder ein ominöses Protokoll einer Jugendversammlung beschworen, in dem „gewerkschaftsfeindliche Äußerungen“ der betroffenen Kollegen festgehalten sein sollen. Aufgrund von Nachforschungen der JV stellte sich heraus, daß dieses „Protokoll“ wohl in den Köpfen dieser Herren existiert, nicht aber in Wirklichkeit.

Allein diese wenigen Fakten legen Zeugnis ab von der ganzen Niedertrachtigkeit und Verlogenheit dieser rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, die offenbar keine Mühe scheuen, um klassenbewußte Kollegen feitzugumachen und aus den Gewerkschaften zu fernern.

Die Kollegen wissen auf die Ausbeutehülle auch in den anderen Gewerkschaften hin, die gerade in Zeiten, in denen das Kapital und sein Staat ihre Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse verstärken, nur zur völligen Auslieferung der Gewerkschaftsbewegung an das gewalttätige Messer des Kapitals führen. Die Kollegen fordern die VK-Leitung auf, in sachlicher Form zu antworten, auf der Voraussetzung ihre Behauptungen über die angebliche Mitgliedschaft in sog. „ge-

– Wie auch!

Stattdessen die altbekannte Taktik Abheben der Diskussion von der konkreten Auseinandersetzung zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat (bzw. VK-Leitung) um die Politik einer Arbeitervertretung im Ausbildungsbereich auf die Ebene der „abstrakten Diskussion“ über die angeblichen Ziele der „Linksextremisten“.

Dazu einige Kostproben. Ein VK-Leiter unter dem starken Beifall der SPD-Betriebsgruppe

„Die politischen Schmierer (!) in unserer Organisation, die nur die Aufgabe haben, die Betriebsräte und die VK-Leitung zu diffamieren, haben bei uns nichts mehr zu suchen, die sollen ihre eigene Gewerkschaft aufmachen!“

● Otto Mohr von der Ortsverwaltung

„Über diese Resolution kann gar nicht abgestimmt werden, das ist kein Antrag, das ist eine Zusammenfassung verschiedener politischer Positionen (war hätte das gedacht? Frage & Verf.) Die ganzen vor dem Betrieb verteilten Flugblätter sind gewerkschaftsfeindlich, das ist ganz klar. Wir sind nicht gegen die Auseinandersetzung (!). Wir sind eine demokratische Organisation. Ihr könnt ja die Gewerkschaftsführer abwählen. Aber wenn unsere Organisation verurteilt wird, dann müssen wir und werden wir uns zu wehren verstehen. Im DGB dürfen sich keine politischen Gruppen ausbilden (!). Jeder, der die IG Metall für seine persönlichen (!) Spielchen (!) in Anspruch nimmt, bekommt von uns keinen Ausschuß!“

Ein starkes Stück leistete sich dieser Demagoge, als er sagte, daß den vier Kollegen „bedauerlicherweise (!) ein Verfahren angehängt wird, weil sie die Einheit unterminieren (!) wollen. Ich bitte die Jugendlichen, nicht länger die Arbeitgeber zu unterstützen (!). Ihr werdet ein feines Verfahren bekommen.“ – Dreizehnmal Zynismus.

Der Betriebsratsvorsitzende W. Peters unter starkem Beifall: „Diese Resolution ist kein Antrag, das ist ein einziges Geschreibsel mit böswilligen Unterstellungen. Die Jugendvertretung hat die Zusammenarbeit abgelehnt (!), mit ihnen ist keine Gewerkschaftsarbeit mehr möglich. Wenn wir das so weiter dulden, sind

der Organisationen groß, die wir in der Statistik, Wortlaut und Zielen gleich sind (damit meint dieser Lump die Kommunisten! Anm. d. Verf.), dann ist deren Mitgliedschaft auch unvereinbar.“

Auch das wieder ein altbekannter Trick der bürgerlichen Ideologie. Die Kommunisten werden mit den Faschisten, den größten Feinden der Arbeiterklasse, auf die selbe Stufe gestellt, während es aber offensichtlich sein rechter Betätigungsfeld gefunden, auf dem er sich weidlich austoben konnte.

Die zweifellos widerwärtigste Hetze kam von Rasmus Söchtig – ein freigesetzter Betriebsrat, der, wenn es um die Interessen der Kollegen geht, nie die Zähne auseinanderknetet. Hier hatte er aber offensichtlich sein rechtes Betätigungsfeld gefunden, auf dem er sich weidlich austoben konnte.

„Solche Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsrat und Jugendvertretung haben im VK nichts zu suchen (!). Aber wenn sie schon einmal reingetragen werden. Wir können ja die Flugblätter, in denen zur Sabotage aufgefordert wird, schmelzen. Sand in die Kugellager, schmelzen die Schweißbäder durch.“ usw. Daß die Jugendvertreter sich davon nicht distanzieren, zeigt, daß sie diese Sachen richtig finden (!). Hier werden Betriebsräte und VK-Leiter als Arbeitervertreter und Kapitalistenknechte beschimpft. Aber wer kennt nicht die Verdienste von Werner Peters, den Weg von Otto Kock (das mag er zu seinen Parteifreunden vom BR gewandt, Anm. d. Red.) Wir müssen hier die VK-Leitung und den Betriebsrat gegen die „Linksextremisten“ verteidigen. Die Jugendvertretung will Euch in die Sache reinziehen. Die „Linksextremisten“ wollen hier den Boden schaffen für ihre Politik und ihre Ziele und wollen die Kollegen von ihren gewählten Vertretern trennen. Arbeiterfeindliche und interne Auseinandersetzungen sollen in den VK getragen werden. Die Jugendvertreter haben sich hier demaskiert“, wies dieser Demagoge mit hysterischer Stimme.

Wollten die VK-Leiter anfangs noch die Abstimmung über den Antrag der Jugendvertretung verhindern, weil

den, daß die DKP-Leute sich in ihrer Betriebszeitung zur Kontroverse IGM-Führung – Jugendvertreter „äußern“ würden.

Besonders an dem im Faksimile abgedruckten „Werft-echo“ (Betriebszeitung der DKP) wird die ganze Niedertrachtigkeit der Politik dieser „Genossen“ deutlich. Hier spielt diese Partei scheinbar die Rolle des „antibürgerlichen“ und „erschrockenen“ Beobachters, der den „jüngelhaften“ Jugendvertretern fünf Minuten vor zwölf noch den „gut gemeinten“ Rat schlicht zuruft: „Ändert den Kurs! Damit der HDW-Vorstand nichts mehr zum Lachen hat.“

Zur selben Zeit, am 11. Januar 74, begrüßt der DKP-Führer Möge ausdrücklich im OJA (Origineleauschuß der IG Metall) den geplanten Gewerkschaftsausschuß der Kollegen und berät dort mit den Jüngern der Hamburger Gewerkschaftsführung, wie man am besten die Stinifang-Gruppe zerschlagen kann. Hier beschwert sich dieser Bursche auch darüber, daß einer der OJA-Mitglieder den HDW-Kollegen „verraten“ hat, daß er unter den Linken für die Gewerkschaftsführung spitzen soll (!).

Mit einer bodenlosen Demagogie werden von der DKP die Tatsachen auf den Kopf gestellt, wenn es im obigen „Werft-echo“ heißt: „Die HDW-

Geldbeträge an die betroffenen Kollegen. Auf einer OJA-Versammlung am 24.1. im Gewerkschaftsraum verabredeten rund 150 Lehrlinge (gegen die Stimmen des OJA, der DKP und SDAJ) die auch dem HDW-VK vorgelegte Entschlossenheit. (Zum Verlauf der Versammlung s. Artikel in dieser Ausgabe.)

Anders die Reaktion der älteren Kollegen bei HDW. Hier läßt das Bekanntwerden der Pläne des Ortsverwaltens keine ähnlichen Reaktionen wie bei den Lehrlingen aus. Nur in einzelnen Gewerken begrüßten die Kollegen ausdrücklich die „Offene Antwort der JV an die Ortsverwaltung“, während in anderen Gewerken eine – von dort arbeitenden Betriebsräten geschürte – Anti-Jugendvertreterstimmung herrscht, die sich in ihren Extremen in solchen Äußerungen wie „Rote Schweine“ zeigt.

Insgesamt zeigt sich hier immer noch eine starke Trennung der jungen Kollegen von ihren älteren Kollegen in den Gewerken. Es wird deshalb wichtig sein, stärker alle Möglichkeiten zu nutzen, um die älteren Kollegen mit den Problemen der Lehrlinge bekannt zu machen und umgekehrt die älteren Kollegen in allen Fragen stärker als bisher zu unterstützen.

Zellen-Leitung Werften

KB-Gruppe Hamburg

## Als die Nacht verging

Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“ dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in den Reihen Tendenzen der Resignation und der Schwankungen geltend, (wobei besonders die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente anfällig sind, die sich in Zeiten der Aufschwung auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Der Kampf gegen die Liquidatoren und Mensheviks, der Wiederaufbau des zerstückelten revolutionären Parteiapparates unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität, das Wiedererlangen der revolutionären Arbeit durch die Bolschewiki.

erschaffen im ARBEITERKAMPF Teil I und Teil 2 von UM  
3. Hamburg 11  
Grundruth 45 100 Seiten



# Berufsschulkampf

DIE ENTWICKLUNG DER LEHRLINGSARBEIT AN DER GEWERBESCHULE  
FÜR MASCHINENBAU (G 1) IN HAMBURG

Die Notwendigkeit, politische Arbeit unter der Arbeiterjugend (vor allem auch unter den Auszubildenden) in den Betrieben zu leisten und die Belange dieser Jugendlichen im gewerkschaftlichen Kampf zu betonen, wird wohl allgemein anerkannt.

Der KB (bzw. eine seiner früheren Vorläuferorganisationen, das SALZ) arbeitet z.T. bereits seit mehreren Jahren in praktisch allen Hamburger Mittel- und Großbetrieben der verschiedensten Branchen, mit mehr oder weniger vielen Genossen.

Alle Lehrlingsgenossen des KB sind Mitglieder in den Gewerkschaften ihrer Industrien, bemühen sich um den Aufbau starker gewerkschaftlicher Betriebsorganisationen der Arbeiterjugend und streben die Verbindung und Einheit mit ihren älteren Kollegen im Kampf um die gemeinsamen Klasseninteressen an (hierüber wurde bereits in einer ganzen Reihe von Artikeln des AK berichtet). Dagegen haben bisher nur sehr wenige Genossen aktiv an der politischen Arbeit in den Berufsschulen teilgenommen. Der Tatsache, daß die Fragen, die einen Lehr-

ling bewegen, nicht nur die des Arbeitsplatzes (der sogenannten „Ausbildungvergütung“ usw.) sind, sondern daß der Lehrling auch Schüler ist – wozu sich eine ganze Reihe von Problemen ergibt – wurde bisher zu wenig Beachtung geschenkt.

Mit diesem Artikel wollen wir am konkreten Beispiel der G 1 demonstrieren, welche Fragen und Probleme im „Berufsschulkampf“ von Bedeutung waren und sind – und wie wir den Kampf um die unmittelbaren Belange in diesem Bereich organisiert haben und inwieweit die Verbindung zum allgemeinen Klassenkampf hergestellt werden konnte.

Hier können selbstverständlich noch keine allgemeinen Schlüsse gezogen oder „Richtlinien“ zur Anwendung empfohlen werden – unsere Erfahrung ist dazu noch viel zu begrenzt. Erreicht werden soll jedoch, daß sich alle Genossen und fortschrittlichen Kollegen mit diesen Fragen befassen und daß die Lehrlingsgenossen des KB aktiv am „Berufsschulkampf“ teilnehmen, damit sich unsere zahlenmäßige Stärke auch in politischem Einfluß umsetzt.

dabei mit großem taktischen Geschick.

Herausragendes Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die SV (Schülervertretung) der Berufsschule im Mai 1972 von der Schulleitung selbst ins Leben gerufen wurde – weit über ein Jahr vor Inkrafttreten des neuen SVG (Schulverfassungsgesetz). (Der erste SPD-Entwurf zum SVG, vom 29.9.71, war eine Zeit nach seiner Veröffentlichung wieder zurückgezogen worden, ein neuer in Arbeit.) Die Absicht war dabei, für diesen Zeitpunkt schon eine funktionierende Schülervertretung (SV) zur Verfügung zu haben, um die Bewegung gleich in die „richtigen“ Bahnen lenken zu können.

Bis zum Sommer '73 war die G 1 eine der wenigen Schulen, die überhaupt über eine einigermaßen funktionstüchtige SV verfügten. Veranlaßt wird die reformistische Ausrichtung der G 1 durch die personelle Verflechtung der Schulleitung mit Parteil (SPD), Gewerkschaft und Kapitalisten (Der Schulleiter und der Abteilungsleiter Höpfer bis Sommer '73 im Schulbeirat (paritätisch Arbeitnehmer/Arbeitgeber), er sitzt in verschiedenen Behördenausschüssen usw.).

Die Politik der Schulleitung an der G 1 unterscheidet sich vom offenen reaktionären Vorgehen an manchen anderen Schulen. An der G 1 herrscht das Konzept, durch „Mitbestimmung“, „Demokratisierung“, „vertrauensvolle Zusammenarbeit“, „sachliche“ Diskussion, Verzicht auf Kampfmaßnahmen und Aufruf zur „Selbsthilfe“ die Kollegen einzufangen.

Die tatsächliche Absicht dieses Verhaltens klar zu machen, stellt an die Kommunisten natürlich besondere Anforderungen. Zum großen Teil verfährt diese Taktik noch bei den Kollegen. Die besondere Gefährlichkeit dieser Politik besteht darin, daß der reaktionäre Kern immer mit einem liberalen, demokratischen Milieu umgeben wird, das viele nicht durchschaut. Die Schulbehörde hat in dieser Hinsicht an der G 1 recht qualifizierte Vertreter.

Das liegt u.a. darin, daß diese in der Lage sind, auch recht kritische, unternehmerfeindliche Strömungen aufzunehmen. Dabei „profilieren“ sich diese Herren als angebliche Interessenvertreter der Schüler und der Schule allgemein gegenüber den Betrieben. Ist aber dann einmal eine Aktion im Anlaufen, die auf den Widerstand der Betriebe stößt, dann heißt es: Wir und ja auch dafür, aber das kriegen wir bei den Betrieben jetzt noch nicht durch. Da müssen wir erst vorher diesen oder jenen Schritt machen“. Damit wird versucht, die Sache abzuwenden.

An der G 1 ist die Schulleitung relativ häufig gezwungen diese Methode anzuwenden. Dabei werden auch künftige Illusionen gefördert, mit Unterstützung des Staates gegen

über den Betrieben Fortschritte zu erreichen (Sozialstaatsillusionen). Die Orientierung auf Reformen, gesetzlich Änderungen und den parlamentarischen Weg nehmen hierbei einen wesentlichen Teil ein.

Bei allen Punkten geht es der Schulleitung darum, selbständige Aktionen der Schüler (und natürlich so weit vorhanden, auch der Lehrer) abzuwehren und in die reformistischen Kanäle zu lenken. Dabei wird versucht, die aktivsten Vertreter von ihren Kollegen abzuspalten und möglichst eng an die Schulleitung zu binden (durch intensive persönliche Gespräche, „volle“ Einbeziehung in die Diskussion bei vielen Kleinigkeiten, Aufbau eines persönlichen Vertrauensverhältnisses).

Eine besonders übliche Methode ist der Aufruf zur „Selbsthilfe“, z.B. bei Forderungen, die finanzielle Belastungen mit sich bringen (Lehrmittelfreiheit), wird bedeutet, daß dafür leider kein Geld mehr vorhanden sei. Aber man könne sich ja an den Schul-

ratsschule als Mitherausgeber bezeichnet worden war. Nach einem Beschluß der SV, den Schulleitern nicht zu unterstützen, wurde der SV prinzipiell jede finanzielle Unterstützung verweigert, nachdem ihr vor dem Beschluß – noch einige vorauslagte Materialkosten erstattet worden waren.

## Geschichte der Schülervertretung (SV)

Wie schon oben erwähnt, wurde die SV der Berufsschule im Mai '72 ins Leben gerufen – auf Initiative der Schulleitung. Entsprechend ihrem reformistischen Konzept sollte eine partnerschaftliche Interessenvertretung aufgebaut werden.

Dafür erteilte man bei den Betrieben auch eine Regelung, nach der Klassensprecher für SV-Sitzungen vom Betrieb freigestellt wurden, wohl wissend, daß es hierfür keinen eindeutig festgelegten Rechtsanspruch gibt. Bemerkenswert, zu welchen Anstrengungen diese Herren fähig sind, wenn es ihren Interessen entspricht!

Die erste Aufgabe, die die Schulleitung der neuen SV zugedacht hatte, bestand in der Mobilisierung der Schüler, um die Spendenfreudigkeit für den Schulverein wieder zu beleben. Aber auch dies erwies sich in der weiteren Entwicklung als Fehlschlag. Auch sonst entpuppte sich im Laufe der Zeit die SV immer mehr als ein Kuckucksei der Schulleitung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde der prinzipielle Charakter der Schulvereins aufgezogen: dadurch soll von den eigentlichen Mängelnden abgelenkt werden und durch das Stopfen der dringendsten Lücken aufkommender Widerstand besänftigt werden. Die Aktivitäten sollen in Richtung „Selbsthilfe“ kanalisiert werden.

Das heißt, nicht nach den Ursachen zu fragen, sondern die Verhältnisse von Staat und Kapitalisten selber wieder wett zu machen. Konkret: von dem eigenen kargen Lohn nach das bezahlen, wozu Staat und Kapitalisten sich weigern. Diese Diskussion fand in einem entsprechen-

sammenkommen, ebenso wenig mit den Kollegen aus dem eigenen Betrieb, die in einem anderen Blockabschnitt sind. Das würde eine weitere Spaltung unter den Kollegen und eine erhebliche Erbreicherung der gewerkschaftlichen Arbeit bedeuten.

Daher wurde gefordert, daß der Block aufgeteilt wird, jeweils immer eine Woche Schule und zwei Wochen Betrieb (1./2.). Der Unterricht wäre dann immer noch zu zusammenhängenden Einheiten zusammengefaßt. Aber in den Zwischenräumen könnte man Versäumtes nachholen und sich auf wichtige Dinge vorbereiten. Wenn man z.B. einige Wochen krank war, könnte man diesen Zeitraum wieder ausgleichen, ohne gleich die Klasse wechseln oder einen Block wiederholen zu müssen.

Es wurde vor allen Dingen die Methode der Schulbehörde verurteilt, solche wichtigen Änderungen von oben durchzusetzen, ohne die direkt Betroffenen vorher zu informieren, geschweige denn mitwirken zu lassen. Es wurde beschlossen, eine Kampagne gegen den vorgesehenen Blockunterricht in Gang zu setzen, um für die Kritik und mögliche Aktionen eine breitere Basis zu schaffen.

Eine Klasse erstellte ein Flugblatt, das vor der Berufsschule verteilt wurde. Daraufhin setzte eine breite Diskussionsbewegung um die Einführung des Blockunterrichtes an der Schule ein, die im wesentlichen von der SV und einigen Klassen getragen wurde.

Um die Kampagne auf die anderen Berufsschulen auszuweiten, wurden alle Hamburger Berufsschulen zu einer Berufsschulkonferenz eingeladen, um die Probleme auf dieser Ebene zu besprechen und Maßnahmen zu diskutieren. Gleichzeitig wurden die Ortsgruppenausschüsse von IG Metall und IG Chemie, der Kreisjugendausschuss usw. informiert.

Nach einer anfangs erfreulichen Teilnahme von über 30 Vertretern der verschiedensten Schulen und Betriebe, überwiegend aus dem Metall- und Chemiebereich, ebnete die Beteiligung allmählich wieder ab. Die dritte und letzte Konferenz dieser Art mußte wegen mangelnder Beteiligung abgebrochen werden.

Immerhin war die Bewegung gegen die Einführung des Blockunterrichtes so stark geworden, daß die Gegenseite sich gezwungen sah, auf die Kritik einzugehen. Die IG Metall-Führung



Gemeinsam kämpfen Lehrlinge für ihre wirtschaftlichen Forderungen (Emden)

vermitteln. Dieser als privater rechtlicher Verein mit Lehrern, Schülern, Eltern und Wirtschaftsvertretern als Mitglieder, der sich aus Mindestbeiträgen und Spenden finanziert – wird als „Feuerwehr“ eingesetzt, um die größten Löcher zu stopfen. Mit allen Mitteln wird versucht, die Schüler und ihre Vertretung dafür zu mobilisieren, Mitglieder zu werden und Gelder einzutreiben.

Die erste Aufgabe, für die die Schulleitung die gerade neu gegründete SV der Berufsschule mißbrauchen wollte, war, dafür zu sorgen, daß der Geldstrom von den Schülern, der immer spärlicher geworden war, wieder dicker werden sollte. Wo die Kollegen nicht davon zu überzeugen waren, daß es sinnvoll wäre, für den Schulverein zu spenden, wurde auch mit härteren Methoden der direkten Erpressung gearbeitet. In manchen Klassen wurden Zettelchen verteilt, auf denen hingen, daß, wenn alles freiwillig war, Schüler wurden von bestimmten Lehrern massiv eingeschikelt, es erschienen Spendenaufrufe am Schwarzen Brett, auf denen Mitschwerze die SV der Be-

den Mehrheitsbeschluß der SV ihren Niederschlag, in dem dem Schulverein nachdrücklich die Unterstützung, die von der SV verlangt worden war, abgelehnt wurde. Die Folge war ein weiteres Sinken der Schülerbeiträge.

## Blockunterricht

Kurz vor den Sommerferien '72 erfuhr eine Berufsschulkasse auf, daß mit Beginn des Schuljahres nach den Ferien der Blockunterricht eingeführt werden sollte.

In einer ausführlichen Diskussion kam die Klasse zu dem Ergebnis, daß der Blockunterricht im Prinzip zwar sinnvoll ist, aber nicht in der vorgesehenen Form 6 Wochen Schule, dann 12 Wochen Betrieb (6./12.). Die praktische Arbeit im Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Schule laufen sowieso schon ohne Verbindung nebeneinander her.

Dies würde durch die vorgesehene Änderung noch mehr verschärft werden. Außerdem hätte das 6./12-System zur Folge, daß die Schüler etwa drei bis vier Monate hintereinander nicht mehr mit ihren Klassenkameraden zu-

führte eine Informationsveranstaltung im Gewerkschaftsraum durch, auf der etwa 100 bis 120 Teilnehmer anwesend waren – Schüler, Lehrer, Ausbilder, Vertreter von KIM und GEW, Ausbildungsausschüssen und Schulbehörde. Auf dieser Veranstaltung wurde der Standpunkt der Lehrlinge recht deutlich vorgetragen und konnte sich auch gut gegenüber den Vorstellern von Schulbehörde etc. und den Abweigeren von Dr. Wunder abgrenzen (Vorsitzender der GEW in Hamburg).

Weiterhin fand im Rathaus eine Versammlung statt, zu der Schulbehörden, Abgeordnete der Hamburger Jugendvertreter eingeladen hatte, um nach seinem Vorschlag in insgesamt zwei Stunden fünf verschiedene Fragen komplex zu diskutieren, darunter auch den Blockunterricht.

Von der Minderheit der kaufmännischen Lehrlinge abgesehen (in diesem Bereich gibt es den Blockunterricht schon seit einigen Jahren) wurde auf dieser mit etwa 200 Jugendvertretern recht gut besuchten Versammlung der Protest der Lehrlinge gegen

## Politik der Schulbürokratie

Die allgemeinen Ziele der Schulbürokratie bestehen darin, die Interessen des kapitalistischen Staates durchzusetzen, d.h. die Ausbildung nach den langfristigen Interessen der Kapitalisten zu formieren, die selbständigen Kämpfe der Schüler zu unterdrücken, die Bewegung auf reformistische Ziele zu orientieren, gleich zeitig vorbeugende Maßnahmen gegen später zu erwartende Verstärkungen der Kämpfe zu treffen.

Die G 1 ist voll in das reformistische Konzept des SPD-Senats eingegliedert und übernimmt dabei offenbar eine gewisse Vorreiterrolle. Die Schulleitung bereitet ihre Maßnahmen sehr langfristig vor und agiert



## Forts. Berufsschulkampf

den Blockunterricht und vor allen Dingen die Art und Weise seiner Einführung in passiver Weise vorgegetragen. Bei fast allen herrschte große Impörung, die sich in scharfen Wortgefechten und Zwischenrufen Luft machte. Ein Ausdruck dafür war die Tatsache, daß entgegen der Planung von Apel und seinen Helfershelfern die Diskussionszeit auf vier Stunden vergrößert werden mußte und die Diskussion fast ausschließlich über den Blockunterricht geführt wurde.

Dies zeigt auch, daß die Behörde auf eine Protestbewegung nicht vorbereitet war, inzwischen hat sie allerdings aus diesen Fehlern gelernt und bereitet ihre Maßnahmen allgemein propagandistisch besser vor. Beim Beginn des Blockunterrichts am 1.2.73 wurden z.B. an alle Lehrer, Eltern und Schüler Informationsblätter verteilt, in denen in leuchtenden Farben die Vorzüge der neuen Unterrichtsform gepriesen wurden. Damit sollte von vornherein dem Vorwurf verspäteter oder unvollständiger Information entgegenwirken werden, um eine Kritikbewegung wie bisher von Anfang an zu verhindern bzw ihr die Spitze abzubrechen.

Die Bewegung um die Einführung des Blockunterrichts führte auch dazu, daß vom Kreisjugendrat des DGB ein Arbeitskreis eingerichtet wurde, der sich mit diesem Problem beschäftigte. In Zusammenarbeit mit diesem Arbeitskreis wurde vom ZDF-Magazin „direkt“ („kritisches“ Jugendmagazin) eine Fernsehsendung darüber gedreht. Dabei wurden Teile der Apel-Vernichtung mitgeschnitten, außerdem Diskussionen in zwei Klassen an der G 1.

Allgemein kann man zu der Bewegung sagen, daß sie spontanen Charakter trug. Im wesentlichen wurde sie durch die verbreitete Empörung über das Verhalten der Schulbehörde hervorgerufen. Die Erkenntnis über den beschränkten, spontanen Charakter setzte sich nur sehr langsam durch. Es gelang nicht, von Anfang an die Empörung mit der Aufklärung über die Hintergründe dieser Maßnahmen, ihrer Einordnung in das allgemeine Vorgehen der Kapitalisten und ihres Staates zu verbinden, dem Kampf eine klare Zielrichtung zu geben und Illusionen

binden, dem Kampf eine klare Zielrichtung zu geben und Illusionen konsequent zu bekämpfen, man könne durch gemeinsame Anstrengung die Einführung des Blockunterrichts vielleicht doch noch verhindern.

Pessimistisch daran ist, daß es gelang, die Bewegung aus einer Klasse in die gesamte Schule und danach aus dieser Schule hinauszuverlagern und Diskussionen auch in anderen Schulen, Betrieben und Gewerkschaften in Gang zu bringen.

Mit der langfristigen Entwicklung einer überbetrieblichen und überbetrieblichen Politik sind diese Erfahrungen jedenfalls von Bedeutung.

## Die Lehrer

Die Einführung des Blockunterrichts wurde an der G 1 von den Lehrern überwiegend unterstützt, wenn auch z.T. mit gewissen Vorbehalten. Dabei ließen sich die meisten voll von dem reformistischen Mantel umwickeln, mit dem die Schulbehörde ihre Absichten umhüllte. Es wurden mit dem neuen Blockunterricht Reformen, Verbesserungen, Projekte etc. die Hülle und Fülle versprochen. Die harte Praxis entlarvte dies recht bald als leere Versprechungen. Was blieb, war für die Lehrer ein enormer Arbeitsaufwand und viel Eigenarbeit. Was der Blockunterricht nicht schaffte – aufgrund der objektiven Bedingungen auch gar nicht schaffen konnte – mußten sie durch Eigeninitiative und zusätzliche Arbeit wieder wettmachen. Das Resultat war bei vielen eine wachsende Unzufriedenheit.

Der Druck wurde so stark, daß eine Sondersitzung der Lehrerkonferenz angeregt werden mußte, zu der auch zwei Oberschulräte erschienen, was sonst völlig unmöglich ist. Dies zeigt, wie brenzlich die Situation eingeschätzt wurde. Erstaufrichter weise (und bei den Lehrern als den fast schon „klassischen“ Kleinbürgern sehr selten) gab es eine geschlossene Front aller Lehrer gegen die Vertreter der Schulbehörde, bei der sich ihr Unmut und ihre Enttäuschung in recht deutlichen Beiträgen bemerkbar machte.

Daß sich daraus nichts Weitergehendes entwickelt hat, lag nicht an den Oberschulräten, die überhaupt kein Land gewinnen konnten, sondern an der Wankelmütigkeit, dem Spontaneismus und der Perspektivlosigkeit der Lehrer.

Auf dieser Konferenz wurden von den anwesenden Schülervertretern die gemeinsamen negativen Auswirkungen der Behördenmaßnahmen auf Schüler und Lehrer und der prinzipielle Hintergrund der Maßnahmen aufgezeigt. Dabei wurden dem Reformgeschwafel der Oberschulräte die schlechten Erfahrungen mit der Wirklichkeit des Blockunterrichtes gegenübergestellt. Hier ergab sich die Möglichkeit für eine Aktionseinheit zwischen Schülern und großen Teilen der Lehrerschaft, da von diesen Maßnahmen der Schulbehörde beide Gruppen betroffen sind. Jedoch muß man sich über die Beschränkungen dieser Aktionseinheit von vorn herein im Klaren sein. Die Lehrer sind – von ihrer klembürgerlichen Klassenlage her – nicht in der Lage, grundlegend die Mittelände und ihre Ursachen zu bekämpfen, sondern tun dies nur insoweit, als auch ihre eigenen Privilegien gefährdet sind, die sie nicht aufgeben wollen.

## Sportunterricht

Ein Bonbon bei der Einführung des Blockunterrichts war die Ankündigung, jetzt sei die Möglichkeit gegeben, Sportunterricht zu erteilen. In der von der Schulbehörde erteilten Stundenliste wurde eine 3/4 Stunde Sportunterricht als „Kannvorschrift“ aufgenommen, sofern die Bedingungen dafür vorhanden seien (Turnhallen, Sportplätze, Sportlehrer usw.). Wie jedoch schon vorher klar vorauszuweisen war, blieb der Sport ein folgebereites Kind. Jedoch die Forderung vieler Schüler danach führte zu vielen Diskussionen in den Klassen und auch in der SV. Dabei ging es einmal darum, den prinzipiellen Charakter solcher reformistischen Versprechungen aufzuzeigen, zum anderen konkrete Aktionen zu organisieren.

Zuerst wurde an Schulsenator Apel ein offener Brief geschrieben, in dem sich die Schüler über die leeren Versprechungen beklagten, entsprechende Sportmöglichkeiten forderten und auf die Benachteiligung vor allem gegenüber den Oberschülern hinwies. Als Antwort kam ein freches Schreiben von untergeordneter Stelle (Baureferat), daß die Schüler auf einen Turnhallenneubau im Frühjahr des nächsten Jahres vorstießen.

Nachdem die Forderungen einer Klasse nach Erteilung von zwei Stunden Sport in der Woche und entsprechender Umgestaltung des Stundenplans nichts fruchteten, organisierte die Klasse, daß sie – vorher angekündigt – während zweier bestimmter

Schulstunden zur Altersschwimmhalle zum Schwimmen ging und danach wieder vollständig und pünktlich zum Unterricht erschien. Bis auf zwei machten alle mit. Die gesamte Klasse handelte sich zwar umgehend einen Verweis vom Schulleiter ein, aber seit diesem „Dammbruch“ ist es üblich, daß die Klassen nach Absprache mit einigen Fachlehrern alle zwei Wochen eine Doppelstunde Sport organisieren können.

Im Laufe der Zeit sind noch zwei weitere Klassen eigenmächtig zum Sport gegangen. Nachdem diese allgemeine Regelung nicht mehr aufzuhalten ist, werden z.T. andere Methoden angewandt, um das Vorgehen der Klassen zu erschweren. In einem Fall verlangte ein Lehrer von den Eltern unterschriebene Erklärungen, daß sie mit dem Schwimmunterricht einverstanden seien. Ein anderer Lehrer meinte in einer anderen Klasse, diese könne erst dann Sport machen, wenn sie im allgemeinen gute Leistungen zeige – was er alleine beurteilen wollte. Die SV hat dafür gesorgt, daß beide Klassen inzwischen allein entscheiden, ob sie zum Sport gehen wollen oder nicht.

Parallel zu diesen Aktionen richtete die SV als Antwort an die Schulbehörde ein Protestschreiben mit der Forderung nach Sportunterricht – das auch einstimmig von der Lehrerkonferenz inhaltlich unterstützt wurde – und einem Ultimatum bis zum Oktober 1973. Zur Unterstützung wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, an der sich fast alle beteiligten (fast 600). Diese wurde von zwei Schülervertretern dann in der Schulbehörde überreicht.

Solche Aktionen wie offene Briefe, Protestresolutionen oder Unterschriftenlisten sind zwar sehr sinnvoll, sofern sie von einer Mehrheit der Schülerschaft unterstützt werden und Ausdruck ihres Kampfwillens sind. Aber es ist wichtig, Klarheit darüber zu verbreiten, daß sich dadurch allein nichts ändern wird. Erst die selbständigen Aktionen der Betroffenen selber – in diesem Fall das geschlossene Handeln der Klasse – bieten die unbedingte Voraussetzung dafür, daß diese ihre Interessen auch durchsetzen können.

## Lehrmittelfreiheit

Schon recht lange wurde unter den Schülern die Frage der Lehrmittelfreiheit diskutiert, schon im Rahmen der ersten Auseinandersetzungen um den Schulverein. Tatsache ist, daß den Schülern ein Teil der Lehrmittel nicht bezahlt wird (Zirkel, Zeichenplatte, Schablonen, Rechenschieber usw.), bzw. ihnen billiger Zeug zur Verfügung gestellt wird, was eine unnötige Arbeit und damit auch die Grundlage für gute Zeugnisse – nicht möglich macht (Im Staate Hamburg gibt es die „Lehrmittelfreiheit“). Damit sind die Schüler gezwungen, das Geld für die Lehrmittel von ihrem eigenen Lohn abzuziehen oder auf diese Sachen ganz zu verzichten, was in der Regel eine Verschlechterung ihrer Leistungen (und ihrer Zeugnisse) zur Folge hat. Bisherige vereinzelte Vorwände, alle Lehrmittel bezahlt zu bekommen, schalteten meist daran, daß der Betrag des Problems auf die dafür zuständige Schule wach, diese

ihre finanzielle Unfähigkeit erklärte und den schweren Peter an den Betrieff zurückgab, der wiederum... usw., usw.

Darüber wurde nach einigen Diskussionen vom SR (Schüllerrat) beschlossen, einen Antrag zu stellen, der an alle Betriebe geschickt werden soll, von denen Lehrlinge an der G 1 Unterricht haben. Darin wird gefordert, den Lehrlingen mit Beginn des Ausbildungsverhältnisses einen Nettolohn von DM 200,- auszusprechen. Diese Pauschale sollte zur Anschaffung von Lehrmitteln dienen.

Mit diesen Anträgen soll auch eine breite Diskussion darum in Gang gesetzt werden. Daher sollen sie auch an die Betriebsräte, Jugendvertretungen und die anderen Berufsschulen verschickt werden und auch in die Diskussion in den Gewerkschaften eingebracht werden.

Wichtigstes Ziel dabei ist, für das Prinzip einzutreten, daß die Ausbildungskosten voll von den Kapitalisten selbst bezahlt werden. Schließlich stellen diese ja Lehrlinge nicht aus reiner Menschlichkeit und der Wohlwollen für deren berufliche Zukunft ein, sondern weil sie für ihre Produktion eine bestimmte Anzahl Facharbeiter brauchen und somit langfristig (z.T. auch schon kurzfristig) von den Lehrlingen profitieren. Mit dem Lehrmittelfeld sollen die Lehrlinge selber bzw. deren Eltern entlastet werden, die einen Teil der Ausbildungskosten selber tragen müssen. Dies trifft besonders die Arbeiterfamilien hart, aus deren Kreisen die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge stammt.

## Lehrerkonferenz

Nachdem im Dezember 1972 die Lehrerkonferenz auf Vorschlag der Schulleitung beschlossen hatte, zukünftig mehrere Vertreter der SV ohne Stimmrecht an ihren Sitzungen teilnehmen zu lassen, soweit es um sie interessierende Fragen gingen, nahmen seitdem an fast allen Lehrerkonferenzen mehrere Vertreter der SV teil.

Als nach Inkrafttreten des Schulverfassungsgesetzes und Konstituierung der Schulkonferenz dieses Recht wegfiel, stellte der Schüllerrat (SR) bei der Lehrerkonferenz den Antrag,

den Lehrerkonferenz den Antrag, auch weiterhin die Teilnahme von Schülervertretern zuzulassen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei spielte auch das Argument eine große Rolle, daß es jetzt ja die Schulkonferenz gäbe, in der die zentralen Entscheidungen fielen und wo der richtige Ort zur Zusammenarbeit der „Gruppen“ sei. Hier dient die Schulkonferenz wieder einmal als Vorwand, um eine sinnvolle Interessenvertretung bzw. in diesem Fall Zusammenarbeit zu verhindern. Denn jeder auch nur einigermaßen informierte weiß genau, daß die wesentlichen Diskussionen und Entscheidungen, die immer noch in der Lehrerkonferenz fallen – bzw. direkt bei Schulbehörde oder Schulleitung – sich in der Schulkonferenz überhaupt nicht oder nur sehr schwach widerspiegeln.

Bei der Teilnahme von Schülervertretern an der Lehrerkonferenz wurden die Möglichkeiten wahrgenommen, bestimmte Initiativen der Schüler auch hier einzubringen, um die Unterstützung bzw. klare Stellungnahme der Lehrer zu erreichen. Bei den Auseinandersetzungen um den Sportunterricht schickte die SV einen Protestbrief mit Unterschriftenliste an die Schulbehörde, der vorher der Lehrerkonferenz mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt wurde. Einstimmig beschloß die Lehrerkonferenz, diese Initiative inhaltlich zu unterstützen und schickte parallel dazu ein entsprechendes eigenes Schreiben an die Behörde.

Als es bei den Wahlen nach dem neuen SVG um die Vorbereitung der Wahl des Elternrates ging, versuchte die Schulbehörde, einen Teil der Eltern aus den Blockklassen auszuwählen. Eine von der SV in der Lehrerkonferenz eingebrachte Protestresolution, in der die Absicht der Schulbehörde als unannehmlich zurückgewiesen wird, fand eine große Mehrheit. Die Initiative der SV zur Wahl des Elternrates fand ebenfalls die Unterstützung der Lehrerkonferenz.

Auf der anderen Seite nahmen die Schülervertreter auch die Möglichkei



Gemeinsam demonstrieren Lehrlinge für ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte im Betrieb (Köln)





# Forti. Berufsschulkampf

ten wahr, fortschrittliche Initiativen der Lehrer zu unterstützen. Herausragendes Beispiel ist hier die Sonderstimmung, auf der der Lehrersprotest gegen den Blockunterricht vorgebracht worden war (siehe weiter unten).

## Kantinenpreise

Aufgrund der Kritik vieler Kollegen an den hohen Kantinenpreisen wird im Schülerrat (SR) diskutiert, was man dagegen unternehmen kann. Neben dem kurzfristigen Ziel, niedrige Preise zu erreichen, muß man auch das Problem einordnen in die allgemein recht schlechten Ausbildungsbedingungen in Schule und Be-

## Politische Information

Kurz nach dem Putsch der Faschisten in Chile im September wurde auf einer Vollversammlung der Berufsschüler zur Wahl des Blockunterrichts eine Initiative von einer Klasse eine Solidaritätsbotschaft an das chilenische Volk eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Nach einer kurzen Diskussion über den Putsch wurde die Erklärung mit knapper Mehrheit beschlossen und an die chilenische Botschaft in Bonn geschickt.

Danach wurde von manchen Kritik geäußert, daß die Mehrheit falsch ausgerechnet seien. Besonders einige Lehrer nahmen dies zum willkommenen Anlaß, dem Schülerrat (SR) Manipulation vorzuwerfen und

stellt und verteidigt. Dies stellt einen richtigen Schritt in die Richtung dar, die Arbeit einer Schülervertretung nicht auf die internen Probleme der Schule einzusparen und sich von den übrigen politischen Vorgängen zu isolieren, sondern auch hier die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Eine fortschrittliche Politik bedeutet, auch bei allgemeinen politischen Vorgängen klar Stellung zu beziehen. Gerade diejenigen, die uns das Recht abspreiben und uns auf die rein schulischen Belange einengen wollen (eine Zielsetzung, die sich durch das ganze neue SVG zieht), wissen selber sehr gut, daß selbstverständlich auch die Politik in der Schule zur Teil der allgemeinen politischen Verhältnisse ist und eine Trennung unmöglich ist. Sie selber sind es auch, (z.B. die Schulbehör-

Meinung und die Beschlüsse seiner Wähler gebunden ist)

- Verbot der jederzeitigen Abwahlbarkeit der gewählten Vertreter
- Nichtöffentlichkeit von Sitzungen
- Schweigepflicht für gewählte Vertreter in bestimmten Fällen
- Verbot politischer Betätigung
- Einengung auf Interessenvertretung „in der Schule“
- Jederzeitige Absetzbarkeit unliebsamer Vertreter „bei vorläufigen Verstößen gegen zwingende schulrechtliche Bestimmungen in Ausübung ihres Mandates“ (§ 53, 2,3)
- Einrichtung einer dreiparteitig zusammengesetzten „Schulkonferenz“ (je 1/3 Lehrer, Eltern, Schüler, ein Vertreter vom übrigen Personal und der Schulleiter als Vorsitzender), deren Rechte allgemein recht gering sind. Dazu gehört z.B. geplanten Entlassungen von Schülern zuzustimmen und Schülergruppen sowie Arbeitsgemeinschaften zuzulassen bzw. zu verbieten.
- Beanstandungsrecht der Schulleitung, mit dem jegliche Beschlüsse aller Gremien erst einmal aufs Eis gelegt werden können und dann mit Hilfe der Schulbehörde ganz vom Tisch gewischt werden können
- Das Recht von Vertretern der Schulbehörde, auf allen Sitzungen aller Gremien zu erscheinen und jederzeit das Wort zu beanspruchen.
- Aufspaltung der Schülervertretung in eine Vielzahl von Posten und Gremien, die eine einheitliche Interessenvertretung behindern
- Beschränkung der Aufgaben der Kammern auf „Beratung“ der Behörde usw.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In mehreren Schülerratsitzungen wurde heftig diskutiert, wie das SVG einzuschätzen sei und wie man damit arbeiten sollte. Nach breiter Diskussion und mehrmaligen Änderungen wurde mit großer Mehrheit eine Geschäftsordnung verabschiedet. Den Bestimmungen des SVGs, die die demokratischen Rechte einschränken, werden darin die Auffassungen des Schülerrates entgegengestellt, z.B.

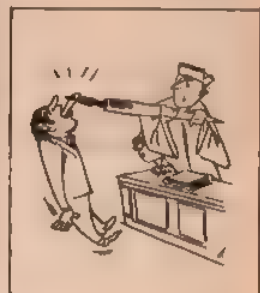
- Alle gewählten Vertreter sind an die Beschlüsse ihrer Wähler gebunden
- Sie können jederzeit ab- bzw. neu gewählt werden
- Alle Sitzungen sind öffentlich
- Es werden einheitliche Gremien gebildet, um eine Zersplitterung zu vermeiden usw.

gebildet, um eine Zersplitterung zu vermeiden usw.

Die Wahl eines geschäftsführenden Schülerrates anstelle eines Schulsprechers – bestehend aus lieben Schülern, die in den verschiedenen Schulzweigen gewählt werden – ist gegen einigen Widerstand der Schulbehörde durchgesetzt worden, deren Rechtsabteilung in einer SVG „Interpretation“ diese Möglichkeit sofort verboten wollte.

Bei der Wahl des Schülerrates wollte die Schulbehörde 2/3 der Eltern von Blockschülern, deren Kinder gerade keinen Blockunterricht hatten, vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschließen. Dies konnte verhindert werden. Dabei half auch die Unterstützung der Lehrerkonferenz, die auf Antrag der SV-Vertreter beschloß, alle Eltern zur Wahl einzuladen.

Durch gute Vorbereitung, die im wesentlichen von den Lehrern getragen wurde, wobei sich einige durch recht aktive Einsatz auszeichneten, gelang es immerhin so gerade eben noch, die Wahl von Klassenelternvertretern und eines Elternrates zustande zu bringen. Die allgemeine Befriedigung der Eltern war noch so gering, daß die Mindestzahlen für die Wahlen nur mit Mühe erreicht werden konnten. Dies allgemeine Desinteresse ist darauf zurückzuführen, daß es bisher an der G 1 überhaupt noch keine Elternvertretung und auch noch



keine Aktivität in dieser Richtung gegeben hat.

Es muß verhindert werden, daß sich der Elternrat zu einem Gremium entwickelt, das immer mehr unter den Einfluß der Schulleitung gerät. Vorzügliches Ziel muß sein zu erreichen, daß die Eltern stärker in die Auseinandersetzungen an der Schule eingreifen und zwar im Interesse und auf Seiten ihrer Kinder, der Schüler.

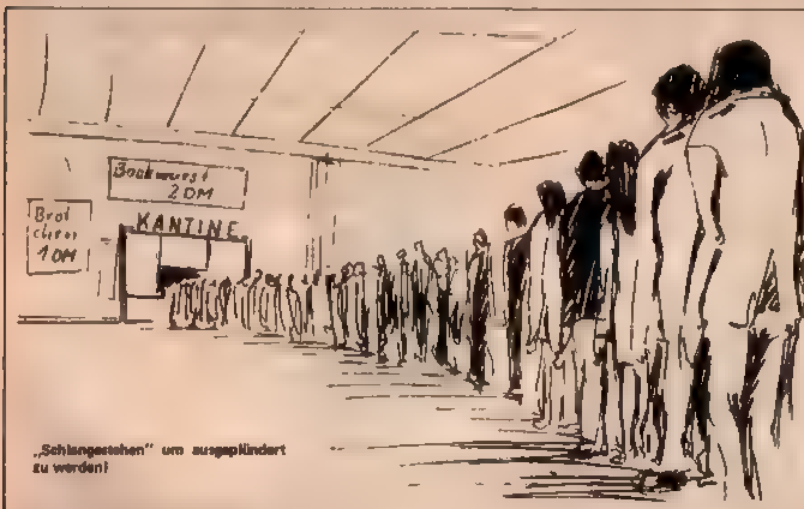
Die Aktivität des Elternrates der Schule Arndtsstraße und von Elternratsmitgliedern aus anderen Schulen des Bezirks Altona ist hier ein positives Beispiel. Sie hatten u.a. zusammen mit dem Schülerrat zu einer Demonstration gegen die Schulmiserie und die Versuche der Schulbehörde, sie in ihrem demokratischen Kampf zu behindern, aufgerufen. Die am 19.11.73 mit etwa 800 Teilnehmern durchgeführte gemeinsame Demonstration von Schülern, Lehrern, Eltern und Studenten kann als Erfolg betrachtet werden, da hier zum ersten Mal in Hamburg eine Demonstration von Elternräten veranstaltet worden war – gegen heftigen Wider-

stand von Elternräten veranstaltet worden war – gegen heftigen Widerstand der Schulbehörde (siehe auch Artikel im AK 36)

Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Ausgabe des AK. Er wird folgende Aspekte behandeln:

- ▼ den Zusammenhang zwischen Schule und Betrieb
- ▼ den Stand des politischen Bewusstseins bei den Schülern
- ▼ die ständig zunehmenden Disziplinierungsversuche durch Schulleitung, Behörde und Betriebe sowie
- ▼ den erreichten Stand der politischen Auseinandersetzung

Jugendkommunikation des Metall-Komitees, KB/Gruppe Hamburg



„Schlangestehen“ um ausgeplündert zu werden!

trieb, für die hohen Kantinenpreise nur eines von vielen Anzeichen sind.

Hauptgegner ist hier nicht der Kantinenpächter, sondern der Staat, der es versäumt, die entsprechenden Voraussetzungen für eine gute Ausbildung und soziale Leistungen zu schaffen, hier konkret: für ein gutes und billiges Essen. Aber die Forderung richtet sich auch an die Betriebe, in denen die Lehrlinge meist für das Kantinenessen relativ wenig oder nichts bezahlen müssen, während sie, in denen die Lehrlinge meist für das Kantinenessen relativ wenig oder nichts bezahlen müssen, während sie in der Berufsschule für ein etwa gleichwertiges Essen (sofern es überhaupt vorhanden) ein Mehrfaches zahlen müssen. Hier haben die Betriebe bisher jegliche Zuschüsse verweigert.

In den Diskussionen erwies sich ein Kantinenboykott als eine mögliche Kampfform. Dabei ist eine Koordination mit den anderen Schulen mehr sinnvoll, da dort die gleichen Probleme bestehen. In der letzten Zeit gab es auch verschiedentlich Versuche, gegen diesen Mißstand vorzugehen und z.B. einen Kantinenboykott durchzuführen. Jedoch blieben diese Versuche bisher immer vereinzelt und kamen über den Bereich einer Schule nie hinaus.

mit diesen Vorwürfen überall haussieren zu gehen. Der SR der Berufsschule brachte daraufhin ein Flugblatt heraus, das selbstkritisch zu den Vorwürfen Stellung nahm und eigene Fehler bei der Stimmentauszahlung nicht ausschloß, jede Verdächtigung der bewußten Manipulation jedoch scharf zurückwies.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie man immer eigene Fehler behandeln sollte: die gemachten Fehler

wie man immer eigene Fehler behandeln sollte: die gemachten Fehler eingestehen, die Ursachen klar benennen, dafür sorgen, daß gleiche Fehler in Zukunft vermieden werden. Mit dieser Zielsetzung kann jede Kritik nur hilfreich sein. Dabei muß man sich allerdings klar von denen abgrenzen, für die solche Fehler nur ein gefundenes Fressen sind, um ihre eigenen Absichten an den Mann zu bringen die Arbeit einer uneingeschränkten Interessenvertretung der Kollegen zu behindern. Das Wichtigste bei allem: offene Diskussion vor allen Kollegen. Nur so kann man aus den Fehlern lernen und die Arbeit verbessern.

Weiterhin wurde zur Vertiefung der Diskussion von Schülerrat der Berufsschule ein mehrseitiges Informationsblatt zu den Vorgängen und Hintergründen des Chile-Putsches er-

de als Vertreter des Staates), die ihr Vorgehen langfristig und aufgrund ihrer allgemeinen politischen Zielsetzungen planen, z.B. ist das nach jahrelanger Vorbereitung eingeführte Schulverfassungsgesetz (SVG) ein klarer politischer Angriff auf die demokratischen Rechte der Schüler, Lehrer und Eltern.

## Schulverfassungsgesetz (SVG)

### Schulverfassungsgesetz (SVG)

Am 1.8.1973 trat in Hamburg das neue SVG in Kraft, das das alte Schulverfassungsgesetz abgelöst hat. Dies von SPD/FDP durchgesetzte Gesetz entspricht im Großen und Ganzen dem Betriebsverfassungsgesetz auf betrieblicher Ebene. Einschränkung der demokratischen Rechte, Behinderung selbständiger Aktivitäten von Schülern, Lehrern und Eltern. (Zur genauen Einschätzung des SVG siehe auch die beiden Sonderbrochüren des SSB Sozialistischer Schülerbund)

Die wesentlichen Punkte des neuen SVG kurz zusammengefaßt:

- Verbot des imperativen Mandates, (imperatives Mandat heißt, daß ein gewählter Vertreter jederzeit an die

# Schulkampf oder "Aktion Kleine Klasse"?

Dieser Titel trägt eine Broschüre der Projektgruppe „Schulaktivitäten/Schulkampf“ (Hamburger Uni) über die Hamburger Elterninitiative „Aktion Kleine Klasse“, die sich demnach in „nationalem Rahmen“ konstituieren will. Anhand der Entstehung, der Forderungen, anhand der Organisationsstruktur und des öffentlichen Auftretens der AKK sowie ihres Verhaltens gegenüber den bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und gegenüber selbständigen Schulkämpfen auf der anderen Seite wird eine konkrete Einschätzung dieser Bürgerinitiative gegeben.

Dabei kommt die Projektgruppe zu folgenden Schlussfolgerungen: Ihrem Klassencharakter nach ist die AKK in erster Linie den einzelnen Aufsteigspersonen verpflichtet, die Eltern aus den Mittelschichten ihren eigenen Kindern zugeordnet haben. Das zeigt sich u. a. an den späteren Veränderungen der AKK, die sich zusammenfassen lassen in die Grundschulen und reiner Teil setzen auf die 1. Klassen bezogen, während die Arbeit

terklasse an der Behebung der Schulmiserie insgesamt (vor allem auch an Haupt- und Berufsschulen) interessiert ist. Vor allem aber zeigt sich das daran, daß die AKK inzwischen soweit auf den Hund gekommen ist, dem Hamburger Senat „Selbsthilfeaktionen“ von Eltern anzubieten. D.h. also eine Politik, die der Arbeiterklasse verpönt ist und die objektiv vom Kampf um die Verbesserung der Schulsituation abdrückt, um wenigstens das eigene Kind „durchzubringen“.

Die AKK orientiert auf die bürgerlich parlamentarischen Spielregeln. Sie lehngest mit dem Sozialdemokratismus und den gewerkschaftlichen Führungen – und bekämpft selbständige Aktivitäten der Eltern an den Schulen. Anstatt systematisch an der Mobilisierung der Basis an den Schulen zu arbeiten, zieht sie die aktiven Eltern von dort ab und „beschäftigt“ sie mit Unterschriften-sammlungen, Flugblattverteilungen und ähnlichen technischen Aufgaben. Politische Diskussionen und Erfahrungsaustausch über die Lage an den einzelnen Schu-

len haben in der AKK nichts zu suchen bzw. sind Privileg der Führungsgruppe. Wer sich der „großen“ AKK nicht unterordnet und stattdessen darum bemüht ist, daß die fortschrittlichen Eltern die Sache ihrer Kinder selbst in die Hand nehmen, wird als „Spaltler“ bekämpft. Zielvorstellung der AKK: Eine „Schul-Lobby“ zu schaffen, die in den parlamentarischen Wandlungen auf die Abgeordneten „Druck“ ausüben (sollen wir das wirklich wörtlich nehmen? Dann wüßten wir jedenfalls, wofür die Spendenbeiträge der AKK-Mitglieder fließen! Wie eine „Lobby“ traditionell, „Druck“ auf Parlamentarier ausübt, ist doch bekannt...). Das kann für die Arbeiterklasse kein Weg sein der Schulmiserie wirksam etwas entgegenzusetzen.

Die Analyse der Projektgruppe bekämpft unsere Auffassung, daß es sich bei der AKK um ein gefährliches Unternehmen handelt, das dazu geeignet ist, die ersten Ansätze von Unzufriedenheit und Protest an den Schulen in Mißständen aufzuheben und



Eltern, Schüler, Lehrer auf einer Demonstration 1972

in der „großen“ AKK im Sande verlaufen zu lassen. Hier bietet der Reformismus und Sozialdemokratismus objektiv fortschrittlichen Eltern eine scheinbare Alternative an, in der sie sich zwar „bemühen“ können, aber dennoch bei der Stange gehalten werden.

In vielen Bürgerinitiativen kann man ähnliche Erscheinungen, Metho-

den und eine grundsätzliche Verwandtschaft zur „Aktion Kleine Klasse“ beobachten. Wir empfehlen diese Broschüre daher auch allgemein. Beitrag zur prinzipiellen Einschätzung dieser Gruppen (erschienen im ARBEITERKAMPF Nr. 1 DM)

Redaktion: ARBEITERKAMPF Nr. 39  
RB Gruppe Hamburg



# Machtkampf in der Kölner IG Metall

SOZIALDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSFÜHRER KÄMPFEN UM EINEN 'PLATZ AN DER SONNE'

Seltener und schwer Durchschaubares spielt sich zur Zeit in der Kölner IG-Metall-Ortsverwaltung ab: SPD-Mitglied Kuckelkorn stellt einen Antrag auf „Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ gegen seinen SPD-Kollegen Tolusch, 1. Bevollmächtigter der Kölner IGM Ortsverwaltung.

Wir wollen versuchen, etwas Licht in das Dickicht aus Korruption, Claqueurwirtschaft, Meinungen, Mäusen usw. auf zu bringen.

## Tolusch ein „Linksextremist“?

Der Jugendvertrauensmann Johannes R., Lehrling im 1. Lehrjahr und gewählter Vertrauensmann, gilt als Mitglied der „KPD“ oder „KPD/ML“ – d.h. einer nach dem IGM-Betriebsrat, „gegnerischen Organisation“. Nach dem Streik der Fordarbeiter im August benutzten die Kapitalisten die Gelegenheit, Johannes R. zu feuern. Wie auch in einigen anderen Fällen von Entlassungen bei Ford, bestrafte Betriebsrat Kuckelkorn diese Entlassung und war für die Ford-Kapitalisten sogar ein wichtiger Zeuge. Er schwor nämlich an Eides statt, daß Johannes R. kein IGM-Vertrauensmann sei. Damit wurde den Kapitalisten der Rauschmitt erleichtert, der für Vertrauensleute geltende bedingte Kündigungsschutz galt nicht mehr.

Es folgte der Auftritt Toluschs. Der 1. Bevollmächtigte stellte eine Liste der gewählten Vertrauensleute zur Verfügung, auf der er als gewählter Vertrauensmann verzeichnet war. Kuckelkorn meinte drohte aufzufliegen und er startete die Flucht nach vorn. Tolusch wird zum „Gewerkschaftsfeind“ wegen Unterstützung von „Linksextremisten“. Kuckelkorn verurteilt seine Position dadurch zu untermauern, daß er nachweist, daß R. zum Zeitpunkt der Wahlen noch nicht ein Mitglied der IGM ist und damit kein Vertrauensmann.

man kann (die mangelnde Dauer der Mitgliedschaft ist bei Lehrlingen im 1. Lehrjahr die Regel, für solche Fälle sieht die Satzung Ausnahmen vor).

## Die rechte Clique hat zunächst abgewirtschaftet

Warum aber muss dieser Bruder zwist?

Es ist an sich nichts Neues, daß innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung Postenjäger und persönliches Karrierestreben ihren Ausdruck in Flügelkämpfen finden.

So auch in Köln, einer Ortsverwaltungsstelle mit 60.000 Mitgliedern, vor allem aus den Großbetrieben Ford, Falten & Gulleaume (F & G) und Klöckner/Humboldt/Doutz (KHD).

Ein einschneidendes Datum für den momentanen Ausgang dieses Flügelkampfes ist der Streik der Ford-Arbeiter vom August letzten Jahres gewesen. Eine besondere Rolle spielte in ihm der rechte sozialdemokratische Flügel.

Betriebsratsvorsitzender und SPD-Stadtrat Lück, Betriebsrat, Vorsitzender des VK, Vorsitzender der Kölner „Aussschuß der VK-Leitungen“ und seit seiner Wahl zum Jugendvertreter nur freigestellt im Betrieb: Wilfried Kuckelkorn, schließlich der 2. Bevollmächtigte der Kölner IGM, Wenig, ehemals BR Vorsitzender bei KHD. Alle drei waren entschiedene Gegner des Streiks der Ford-Arbeiter und halfen bei dessen Zerschlagung.

## Und noch ein Gauner

Zu guter Letzt noch ein Fall. Im Gefolge der Sympathiewelle für Tolusch versucht auch der Betriebsratsvorsitzende von F & G für sich abzuhaken. Benno Fecker vom

„linken“ Flügel. Bis vor kurzem war er, ebenfalls einseitiger Wahlhelfer von Tolusch, mit diesem noch verkrachtet. Er wirft ihm vor, seine Kandidatur für die SPD-Bundestagswahlen verhindert zu haben. Angesichts des in Nordrhein-Westfalen bevorstehenden Landtagswahlen wird der Krach allerdings zurückgestellt. Fecker unterstützt Tolusch und stärkt mit seinem nicht geringen Einfluß dessen Stellung. Er erhofft sich davon eine Kandidatur auf der SPD-Liste. Dazu braucht er die Stimmen der Tolusch-Anhänger, der Jusos, des ASA usw. Schließlich braucht er natürlich auch die Stimmen der Arbeiter.

Zumindest von Lück ist bekannt, daß er beim Schlichter-Einsatz gegen die Arbeiter aktiv mitgeschlagen hat. Wientgen tauchte während des Streiks wiederholt mit Lautsprecherwagen vor dem Betrieb auf und forderte den Streikabbruch.



Günter Tolusch, da dieser von „Chaoten“ inszeniert sei, Kuckelkorn schließlich als entschiedener Gegner des Streiks tut sich besonders bei Entlassungen und dem Versuch, gewerkschaftliche Rechte nicht zu vergeben, hervor. Doch die rechten Gewerkschaftsführer in der Kölner IGM haben durch

ihre Verhalten reichlich an Kredit verloren und stoßen auf große Ablehnung.

Das wird auch in der Reaktion auf Kuckelkorns Vorstoß gegen Tolusch deutlich. In zahlreichen Betrieben sind Solidaritätserklärungen für Tolusch aufgegeben worden, die Jusos und die SPD „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AFA) stehen hinter Tolusch, schließlich mußte Kuckelkorn auch im „Aussschuß für Vertrauenskörperleitungen“ eine Niederlage hinnehmen: der Ausschuß stimmte mit klarer Mehrheit für Tolusch und gegen seinen eigenen Vorsitzenden.

## Wasser auf die Mühlen der „linken“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer

Die berechtigte Empörung über das altsichere Vorgehen der Rech-



ten macht sich der linke Tolusch zunutze. Aus dem Ford-Streik hat sich der ehemalige Ford-Betriebsrat, IGM-Rechtsanwalt Thon, versucht die „Verteidigung“ auf Einzelverstoßen der Werksleitung Mannesmann aufzubauen. Kündigungen können nicht kollektiv ausgesprochen werden.

## IGM Rechtsvertreter hauen entlassene Mannesmann-Arbeiter vor Gericht in die Pfanne

Am 14. Januar begann der erste von drei Prozessen, in denen 22 Mannesmann-Arbeiter gegen ihre fristlose Kündigung nach dem spontanen Streik vom Oktober letzten Jahres klagten (vergleiche zu dem Streik ARBEITERKAMPF 35, 36 und 38).

Ein befreundeter Genosse war am ersten Verhandlungstag anwesend und hat zusammen mit den Genossen des Metall Komitees in Hamburg folgenden Bericht geschrieben.

Seine Absichten mit den Kündigungen hatte der Mannesmann-Vorstand deutlich klar gemacht:

1. Durch die Kündigungen soll „im Interesse der Gesamtbelegschaft“ für die Zukunft sichergestellt sein, daß der Betrieb vor weiteren Streiks bewahrt bleibt.

2. Allein zehn der Entlassenen waren schon wiederholt an Streiks bei Mannesmann beteiligt und „verantwortlich“ worden.

3. Die übrigen hätten sich hartnäckig geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

(Pressekonferenz des Mannesmann-Vorstandes am 6.1.73)

Also, es sollte ein „Exempel statuieren“ werden, die „Radikalführer“ sollten gefeuert werden und darüber hinaus eine Zahl beliebig ausgewählter Kollegen, um vor allen übrigen Kollegen zu dokumentieren, so wie es denn Kollegen heute ergeht, kann es morgen die ergeben, wenn du dich an solchen Streiks beteiligst. Denn die „hartnäckige Arbeitsverweigerung“ ist ja nichts weiter, als die Unterstützung des Streiks, an dem sich 3.000 Kollegen beteiligten.

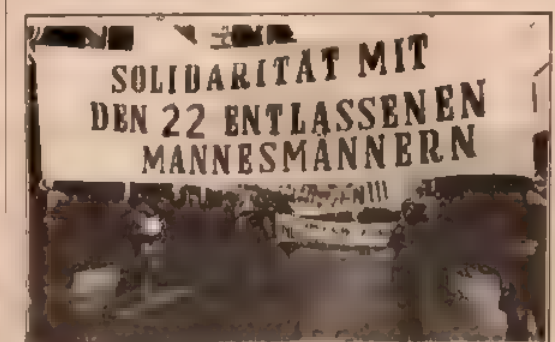
Die gekündigten Kollegen sind nämlich alle alte „Mannesmann-Haare“ und durchschnittlich 10 bis 19 Jahre im Betrieb – einer von ihnen, ein 60-jähriger Arbeiter – bereits 30 Jahre!

Schon vor dem Beginn der Ver-

handlung um die Klage von sechs der 22 Arbeiter hatten sich etwa 100 Angehörige, Freunde und Kollegen an einem Protestzug in Duisburg beteiligt und vor dem Verhandlungssaal versammelt. Erst nach einem Zögern ließ die bürgerliche Justiz etwa 60 von ihnen als Zuschauer an der

wurde er später Betriebsrat, absolvierte dann die Akademie der Arbeit des DGB und ist heute Personaldirektor bei Mannesmann! So ganz nebenbei ist er auch noch amtierender Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe bei Mannesmann.

Jener Schreiner erschien, um die



Versammlung teilnehmen, nachdem sie ursprünglich den Prozeß unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ durchführen wollte. Die Anwesenden standen solidisch hinter den Entlassenen und riefen den Vertretern der Mannesmann-Bosse und ihren Zeugen zu: „Ihr IGM! Was wollt ihr denn noch alles werden?“

Zu den „Zeugen“ es waren neun, darunter vier Diplom-Ingenieure, ein Ing.-Assistent, zwei Erste Assistenten, ein Assistent und ein Leiter der Personal- und Sozialverwaltung. Als Vertreter des Mannesmann-Vorstandes: Personal-Direktor Schreiner, zwei weitere Fälle aus den Reihen der SPD. Die in den Betrieben nicht selten sind. Als geleiteter Schloßer

Interessen der Konzerns gegen 22 entlassene Arbeiter zu vertreten.

Für die Vertreter Mannesmanns und ihren Rechtsanwalt Dr. Grafenhorst war die Absicht eindeutig:

Mit Hilfe des Arbeitsgerichts einen politischen Präzedenzfall zu schaffen. So legten sie auch das Schwergewicht darauf, festzustellen, daß die Unternehmer bei „wilden Streiks“ die „Opfer“ seien und daß Streiks die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Betrieb gefährden.

Die aufgebotenen Zeugen – alles Angestellte in leitender Position – taten das ihre dazu, mit abenteuerlichen Schilderungen diese Position zu untermauern. Der „Vertreter“ der sechs Arbeit-

ten macht sich der linke Tolusch zunutze. Aus dem Ford-Streik hat sich der ehemalige Ford-Betriebs-

rat, IGM-Rechtsanwalt Thon, versucht die „Verteidigung“ auf Einzelverstoßen der Werksleitung Mannes-

mann aufzubauen. Kündigungen können nicht kollektiv ausgesprochen werden.

Die Entlassenen konnten ja gar nicht arbeiten, da die Produktion stillstand.

Die Kollegen sind nicht durch ihre Vorgesetzten zur Arbeit aufgefordert worden usw.

In seinen allgemeinen Ausführungen schloß sich der IGM-Rechtsvertreter der Auffassung und Ablehnung des Streiks durch den IGM-Vorstand an: er distanzierte sich vom Streik selbst. „Die Gewerkschaft habe bei der Arbeitsniederlegung am 29./30. Oktober nie von gewerkschaftlichem Kampf gesprochen. Die IGM ist nicht Träger der Aktion gewesen.“

In einer Erklärung hatte der IGM-Vorstand geschrieben:

„Angesichts der eingeleiteten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie bestand – wie der IGM-Vorstand erklärt – kein Anlaß für die Arbeitsniederlegung.“

Mit diesem Vorgehen gab Thon die Position der Kollegen gemäß der bekannten Einstellung des IGM-Vorstandes zu dem „wilden Streik“ preis und gab der Werksleitung im Prinzip recht, versuchte nur das Vorgehen im Einzelnen unsorgfältig. Nur auf der Grundlage hatte der IGM-Vorstand Rechtsschutz gewährt. In der Vorstandserklärung heißt es dazu:

Die undifferenzierte (!) fristlose Kündigung ist jedoch in keinem Fall geeignet einen betrieblichen Konflikt zu lösen. Darum (!) wird die IG Metall allen Betroffenen Rechtsschutz erteilen“ (c. Metall), 23/73).

Dieser Argumentationsweise schloß sich auch das Gericht an! In vier Fällen wurde die Kündigung für „rechtmäßig“ befunden, da die Kollegen sich „arbeitsunwillig gezeigt“ hätten. Zwei Kollegen erhielten „Recht“, da sie an ihrem Arbeitsplatz erschienen waren, aber „wegen der Arbeitsruhe ihre Tätigkeit nicht aufnehmen konnten“.

Grundlage für das Urteil des Gerichts war ein „Grundurteil“ des Bundesarbeitsgerichts, nach dem außer „gewerkschaftlichen Streiks“ alle anderen Streiks „rechtmäßig“

ratsvorsitzende weitgehend reuegehalten und keine Forderungen gestellt. Seine Stellung als 1. Bevollmächtigter ist gefestigt und wird durch den Anschlag Kuckelkorns wahrcheinlich noch fester. Er scheint einen Konkurrenten, den jüngeren Kuckelkorn, zunächst los zu sein. Noch vor drei Jahren hatte er mit dessen Unterstützung die Wahlen zum 1. Bevollmächtigten knapp gewonnen und vor zwei Jahren half Tolusch seinem Kollegen aus der Patsche. Zusammen hatten sie bei KHD ein linkes Flugblatt zur Provokation gefächelt. Etwas drang davon an die Öffentlichkeit und gegen Kuckelkorn wurde deswegen ein gewerkschaftliches Verfahren eröffnet. Sein damaliger Freund Tolusch witzte sich für ihn ein und half ihm „ungenügend“ aus der Patsche. Das Verfahren wurde eingestellt.

## Ein makabres Schauspiel

Es ist schon makaber anzuschauen, wie diese Sozialdemokraten ihre Machtkämpfe auf Kosten der Arbeiter in den Gewerkschaften austragen – ein kleines Abbild der „Chicago-Methoden“ in den USA-Gewerkschaften (wo bekanntlich die widerpenstigen Gewerkschafter von angeworbenen Schlägern zur Räson gebracht werden – und auch schon ein Gewerkschaftsführer, Jablonski, im Auftrag seines Konkurrenten ermordet wurde.) – und wie sie es dann noch schaffen, die Stimmen der ehrlichen Arbeiter für sich zu gewinnen (Tolusch!).

Bezeichnend auch ist die „nebentlige Verwendbarkeit“ der „Extremisierern“, die ja angeblich zur Abwehr von „Gewerkschaftsfeinden“ dienen sollen. Es zeigt sich, daß sie ein Machtmittel in den Händen der Gewerkschaftsführer sind, das ihrer Willkür Tür und Tor öffnet.

Der Frankfurter Hauptvorstand der IG Metall hat am 14. Februar die Aufgabe, im Kölner Machtkampf zu schlichten.

## KB-Gruppe Hamburg

und Daraus folgt das Recht der Unternehmer, an so einem Streik beteiligte Arbeiter und Angestellte fristlos zu entlassen und zwar nach ihrem eigenen „Gutdünken“. D.h. wenn die

eigenen „Autonomen“ z.B. von entlassen, bleibt ihnen überlassen. Danach haben die Mannesmann-Bosse mit ihrer exemplarischen Entlassungsaktion gehandelt.

Das ist die Rechtsprechung der bürgerlichen Klassenjustiz.

Das Urteil gegen die Mannesmann-Kollegen bedeutet eine weitere Einschränkung des Streikrechts der Arbeiterklasse. Es macht deutlich, daß der Kampf gegen die Einschränkung auch dieser Rechte geführt werden

## Solidarität mit den Entlassenen!

Die 22 entlassenen Kollegen sind entschlossen, wieder auf der Matte zu arbeiten. Einer von ihnen drückte es auf der Solidaritätsdemonstration von über 7000 Mannchen im November in Duisburg so aus:

„Wir bitten nicht um Gnade, wir verlangen unser Recht.“

Seit dem 30. Oktober sind die Kollegen gekündigt. Die meisten von ihnen haben Familien. Trotz der großen Solidarität von vielen Seiten ist ihre finanzielle Situation miserabel. Sie erhalten durchschnittlich eine Unterstützung von 650 DM vom Arbeitsamt.

Obi Solidarität und unterstützt die entlassenen Kollegen.

Solidaritätskonto, Kto-Nr. 210 002 275, Stadtparkhaus Duisburg, Piarre M. Mohr.

maß, aber auch, daß die Gewerkschaftsführer in den spontanen Streiks der vergangenen Monate und Jahre sich nicht nur gegen die Streikaktionen der Arbeiter gestellt haben, sondern ebenfalls darauf verstanden, den Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts zu führen. Stattdessen unterstützen sie die Bestrebungen der Kapitalisten, indem sie daraufhin arbeiten, Aktionen der Arbeiter allein dann als rechtmäßig anzuerkennen, wenn diese ihren Folgen erhalten haben.

Metall Komitee, KB-Gruppe Hamburg.



HANOMAS - HENSCHEL

# 1. Anlauf = Bruchlandung

ORTSVERWALTUNG WILL VERTRAUENSMANN! DIE FUNKTION ENTZIEHEN

Am 22.11.73 entzog die Ortsverwaltung (OV) der IG Metall Hamburg einem Vertrauensmann der Hanomag-Henschel-Werke, Harburg, seine Funktion als Vertrauensmann, am 9.1.74 entpuppte sich dieses Vorhaben als Rohrkrepierer, da das Landgericht Hamburg der OV „unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten“ verboten hat, den Kollegen in „irgendeiner Weise an der Ausübung seiner Funktion als Vertrauensmann“ zu hindern.

Angenommen hat alles damit, daß nach dem Warnstreik im Oktober das Weihnachtsgeld war gekürzt worden. Eine wesentliche Forderung der Kollegen, nämlich sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung durchzuführen, von Betriebsrat und VK Leitung hartnäckig bekämpft wurde. Um dennoch eine Versammlung durchzusetzen, wurde eine Unterschriftensammlung initiiert – auch der betroffene Kollege sammelte mit. (Da der VK mehrheitlich beschlossen hatte, konnte entsprechende Antrag auf Betriebsversammlung an den BR zu stellen, wurde dem Kollegen dies später zur Last gelegt.) Trotz massiver Gegenpropaganda von BR und VK-Leitung unterschrieben 457 Kollegen. Auch hiernach weigerte sich der BR hartnäckig, die Versammlung durchzuführen und anzugeben; ob 457 Unterschriften genügt zu reichen. (Mit ziemlicher Sicherheit ist es so.) Im Gegenteil wurde auf der nächsten VK-Sitzung der Antrag auf Funktionsenthebung des einen Vertrauensmanns zur Abstimmung gebracht. Begründung: er hätte Unterschriften gesammelt, obwohl der VK beschlossen hat, keinen Antrag an den BR zu stellen!

Jeder Ansatz, hierüber zu diskutieren, wurde mit den berechtigten Geschäftsordnungsanträgen zu Fall gebracht – wobei ein rechter Betriebsrat sich dennoch eine „persönliche Erklärung“ nicht verkneifen konnte. Seiner Meinung nach war das dann doch alles viel zu milde, man müßte viel schärfer verfahren. Erwidern durfte darauf niemand etwas – denn es war ja eine persönliche Erklärung. Jedenfalls wurde der Antrag mit 2/3-Mehrheit durchgezogen (Die Vertrauensleute waren allerdings vorher bearbeitet worden – wer für den Antrag stimmt, stimmt für den „freien Westen“, wer dagegen, für die „Rotten“).

Die Ortsverwaltung ihrerseits setzte sich auch für den „freien Westen“ ein und entzog dem Kollegen seine Funktion.

Liebe Kollegen,  
Der Vertrauenskörper der IG-Metall im Werk Harburg der Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke hat auf seiner Sitzung am 6. Nov. 1973 folgenden Antrag mit Mehrheit beschlossen:

„Der Vertrauenskörper stellt an die Ortsverwaltung den Antrag, dem Kollegen die Funktion als Vertrauensmann zu entziehen, da, da der Kollege ... undemokratisch und dadurch gewerkschaftsschädigend verhalten hat.“

Sollte die Ortsverwaltung nicht zuständig sein, bitten wir um Weiterleitung an den Ortsvorstand.  
Das undemokratische Verhalten liegt in folgend geschilderten Teilbestand:  
Am 11.10.73 hatte der Kollege ... auf einer Versammlung des Vertrauenskörpers einen Antrag gestellt, der Betriebsrat möge eine außerordentliche Betriebsversammlung mit dem Tagesordnungspunkt „Zahlung des Weihnachtsgeldes“ einberufen. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Um sein Vorhaben doch noch zum Ziel zu bringen, hat der Kollege ... den im Betrieb eine Unterschriftensammlung eingeleitet mit dem Ziel, nach § 43.3 des BetrVG eine außerordentliche Betriebsversammlung durchführen zu lassen.

Auf der ordentlichen Vertrauenskörpersitzung am 18.10.73 ist dem Kollegen eindeutig erklärt worden, daß sein Verhalten undemokratisch ist, weil nach den Regeln der Demokratie alle, die an Beschlüssen mitgewirkt haben, an diese Beschlüsse gebunden sind und keine eigenen persönlichen Initiativen entwickeln können, die gegen diese Beschlüsse zielen. Es ist auf dieser Sitzung auch eindeutig festgestellt worden, daß im Wiederholungsfall ein VK-Mann mit Funktionsentzug rechnen muß. Trotzdem hat der Kollege ... weitere Unterschriften gesammelt und als Sprecher einer Gruppe von Kollegen und Kollegen diese Unterschriftenlisten dem Betriebsrat vorgelegt. Wir sehen darin einen Wiederholungsfall undemokratischen Verhaltens und bitten den Antrag des Vertrauenskörpers zu folgen.

Begründung der Hanomag VK-Leitung für ihren Antrag auf Funktionsentzug

Beides – Begründung des Antrags der VK-Leitung und der Beschlüsse der OV sind ebenso falsch wie falsch, so daß es wie gesagt zu besagtem Gerichtsbeschluss kam. Abgesehen von den subjektiven, tendenziösen Feststellungen über die wir uns hier nicht auszulassen brauchen, ist die ganze Begründung in sich ein einziger Hohl-Schlicht und ergreifend gelogen ist beispielsweise die Aussage, daß auf der VK-Sitzung festgestellt wurde, daß derartige Verhalten mit Funktionsentzug geahndet wird. Ein entsprechender Antrag ist vielmehr mehrheitlich abgelehnt worden. Auch ist es bereits formal falsch, daß der Kollege gegen den Beschluss des VK's verstoßen habe. In dem Beschluss ging es darum, daß der VK keinen Antrag stellt, bei der Sammlung ging es aber darum, daß die Belegschaft nach § 43.3 des BetrVG den Betriebsrat dazu zwingt, eine durchzuführen. Inhaltlich ist es kennzeichnend für die Auffassungen der Verfasser, wenn sie den VK dazu mißbrauchen wollen, Kollegen die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte zu untersagen. Auf Deutsch gesagt, bricht die gesamte Beweisführung zusammen wie ein Kartenhaus.

Trotzdem – vielleicht um der VK-Leitung in nichts nachzustehen – verfaßte die Ortsverwaltung einen Brief an den Kollegen, in dem mit unverblümter Offenheit die Vorstellungen der Gewerkschaftsführung zur Demokratie dargelegt werden.

Nach Punkt 1 ist es nicht, wie man durchaus annehmen könnte, von den Kollegen abhängig, wer Vertrauensmann wird, sondern einzig und allein von der Entscheidung der Ortsverwaltung! Damit wird von der Ortsverwaltung eine grundsätzliche Position der Arbeiter – nämlich die freie Wahl der Vertrauensleute im Betrieb – abgeschafft!

Die in Punkt 2 dargelegte Methode der „Rechtsprechung“ ist ebenfalls bezeichnend. Nicht um eine offene Auseinandersetzung geht es, oder mindestens um eine Beweisführung, um den Nachweis von gewerkschaftsschädigendem Verhalten, sondern prinzipiell hat die VK-Leitung recht, weil sie die legitimierte Vertretung des Vertrauenskörpers ist. Das

allerdings hat mehr mit der katholischen Kirche und dem „Verfügungsrecht“ des Papstes zu tun, als mit den ursprünglichen Aufgaben und Zielen der Gewerkschaften.

Die Ortsverwaltung hat die im Brief dargelegten Grundsätze wohl gemerkt. Konsequenz: zu Ende geführt, indem sie es bis heute unterlassen hat, auch nur die Sachverhalte eines Beweises zu zeigen oder den betroffenen Kollegen auch nur anzuhören.

Betr. Funktionsantrag  
Bausg. Antrag der VK-Leitung

Lieber Kollege ...  
Die Leitung des Vertrauenskörpers der IG Metall in der Firma Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH hat mit Schreiben vom 8.11.1973 bei der Ortsverwaltung beantragt, die die Funktion als Vertrauensmann der IG Metall zu entziehen. Die Ortsverwaltung hat sich in ihrer Sitzung am 22.11.1973 eingehend mit diesem Antrag befaßt, nachdem sie der VK-Abteilung beim Vorstand der IG Metall den Sachverhalt (Anlage) zur Stellungnahme zugewiesen hatte.

Sie fällt den Beschluss, die die Funktion als Vertrauensmann zu entziehen.

Dieser Beschluss hat sich an folgenden Grundsätzen orientiert:  
1.) Die Ortsverwaltung hat die gewählten oder vorgeschlagenen Vertrauensleute zu bestätigen.

Von ihrer Entscheidung ist somit abhängig, ob die Funktion des Vertrauensmannes vergeben wird.  
2.) Der Vertrauenskörper ist ein Gremium der IG Metall und unterliegt somit den Bestimmungen der Satzung und den Richtlinien für die Vertrauenskörper-Arbeit.

Die Hamburger Ortsverwaltung der IG-Metall erhält ihre „demokratischen“ Grundsätze: Begründung für den Funktionsentzug eines Vertrauensmannes: die höheren Funktionsorgane haben immer recht!

Konsequenz ist es ebenfalls, wenn die letzte VK-Sitzung kurzerhand abgesetzt wurde – u.a. deshalb, weil der betreffende Kollege dabei gewesen wäre und es sicherlich zur Diskussion hierüber gekommen wäre.

Durch den Gerichtsbeschluss führt dieser erste Anlauf zu einer Bruchlandung und solange dieser Beschluss besteht, kann die OV den Kollegen auch nicht ausschließen. (Damit würde sie ihn an der Ausübung seiner

Funktion behindern.) Es liegt allerdings auf der Hand, daß die OV Mittel und Wege finden wird, um diesen Beschluss außer Kraft zu setzen, mit Sicherheit wird es zu einem zweiten Anlauf kommen.

Entscheidend für den weiteren Verlauf wird es sein, ob es gelingt, die über Weihnachten und dann durch die Kurzarbeit abgebbte Diskussion wieder zu beleben und über betriebliche Aktionen die volle Rücknahme

Die gewählte VK-Leitung ist gegenüber der Ortsverwaltung die legitime Vertretung des gesamten VK's. Den von ihr dargestellten Sachverhalt über Dein Verhalten muß die Ortsverwaltung daher geprüft und wahrheitsgetreu ansetzen, zumal in der VK-Sitzung am 18.10.1973 Dein Verhalten einstimmig mitbilligt worden ist.

2.) Nach den demokratischen Grundsätzen unserer Organisation hat ein Mitglied eines Beschlusses der IG Metall, wie in diesem Fall der VK, die Mehrheitentscheidungen in seinem gewerkschaftlichen Wirkungsbereich zu vertreten. Du hast dich entgegensetzt verhalten und kannst somit nicht mehr die Funktion eines Vertrauensmannes der IG Metall in Deinem jetzigen Wirkungsbereich ausüben.

Wir bitten Dich, Deinen Funktionsausweis im Betriebsbüro abzugeben bzw. uns

Mit freundlichen Grüßen  
INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL  
f.d. Bundesrepublik Deutschland  
– Verwaltungssitz Hamburg –

H. Schreiber J. Müller

des Beschlusses und der Beschuldigungen durch die OV zu fordern. In der Diskussion muß vor allem klargestellt werden, daß es hier um grundsätzliche Positionen geht – um die Wahl der Vertrauensleute im Betrieb, darum, daß in solchen Fällen nur die Kollegen entscheiden können, ob jemand abgesetzt wird oder nicht.

Betriebszelle Hanomag / Henschel  
KB/ Gruppe Hamburg

## Forts. HSW Politische Entlassungen

Gleichzeitig wurden mit Brief vom 14. Jan. der linke VLK-Vorstand aufgefordert, diesen Mandat zu bestätigen, was jedoch nicht geschah, da der VLK-Vorstand auf Nachwahl durch die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb bestand. So sollte gewährleistet werden, daß im VLK tatsächlich Kollegen sitzen, die das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten besitzen (was eine selbstverständliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im Betrieb ist – sollte man meinen? !)

Doch so kam, wie es kommen mußte. Auf der VLK-Sitzung am 18. Jan. erschienen gleich vier IGM-Sekretäre (das ist bei HSW schon fast üblich, um die Linken in Schach zu halten), dazu die rechte Betriebsrat(BR)-Jarde (was weniger üblich ist, da diese Herrschaften sich vor Auseinandersetzungen gern drücken). Der größte Teil der vom Vorstand nachbenannten „Vertrauensleute“ erschien ebenfalls, die meisten von ihnen bereits mit einem negativen Funktionsausweis der IGM in der Tasche. Dann begann das große Schauspiel.

In wilden „Anklage“-Reden wurde der linke VLK-Vorstand beschimpft und beleidigt, zum „freiwilligen“ Rücktritt aufgefordert, und schließlich auf Grundlage der „neuen Stimmverhältnisse“ abgewählt. Minuten später gab es einen neuen Vorstand (diesmal nach Geschmack der IGM-Sekretäre) aus dem Kreis der Nachnennungen. Dem neuen Vorstand hat ein (DU Mann, anononisch) rumhocken jetzt Meiner und an der Vorgeschichte im VLK, im großen und ganzen also Vertrauensleute der Gewerkschaft.

Die Meise gegen den – nunmehr allein VLK Vorstand wurde weiter angeheizt. Er würde mit dem MI-

TALLARBEITER (Branchenzeitung des KB) zusammenarbeiten, die Zeitung im Betrieb verteilen, gegen die Betriebsräte und die IGM-Führer arbeiten usw. Das ganze Theater kam zum Höhepunkt als Betriebsrat Perlach (SPD) seinen vorbereiteten Antrag zur Abstimmung brachte, in dem der Betriebsrat aufgefordert wird, bei der Geschäftsleitung Antrag auf Rauswurf des Kollegen des „alten“ VLK-Vorstandes zu stellen.

Am Dienstag, dem 22. Jan., folgte eine Sondersitzung des BR, auf der wolgengemäß dieser Antrag an die Geschäftsleitung durchging, die die Kündigung nur wenige Stunden später aussprach. Die Kollegen die zuvor noch etwas beim BR und der Geschäftsleitung ins „Kreuzverhör“ genommen wurden, um sich von ihrer früheren Politik öffentlich zu distanzieren, mußten auf der Stelle den Betrieb verlassen und erhielten zudem Zutrittsverbot erteilt.

## Kommunistenjagd hat Tradition bei HSW

Vor noch etwa zwei Jahren war HSW im gewisser Hinsicht „Reichsbürger“ der Linken, d.h. sie hatten Mehrheiten im BR und VLK, stellten deren Vorsitz usw. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet als Ergebnis eines unglaublich brutalen Vorgehens der Geschäftsleitung, Gewerkschaftsführung und SPD Betriebsgruppe (als deren gemeinsamer und verlängelter Arm im Betrieb).

Auf der Basis von drei (!) Betriebsratswahlen innerhalb von zwei (!) Jahren hatten es diese Herrschaften geschafft mit Hilfe von Manipulation, Erpressung, Einschüchterung fristloser Kündigung, Androhung von Gewerkschafts-Ausschluss,

Reverse-Politik usw. mit einem Betriebsrat nach ihrem Geschmack zusammenzuschustern. Innerhalb dieser Zeit wurden acht (!) engagierte und aktive Linke aller Betriebsräte (ein Vorsitzender des BR), Vertrauensleute und Mitglieder des VLK-Vorstandes (früher (!) gefeuert, wofür die HSW-Bosse im Rahmen von Arbeitsrechts-Prozessen offenbar gern bereit waren, anständig zu bleichen (zwischen 2.000 und 17.000 Mark pro Kündigung). Den meisten wurde in der einen oder anderen Weise Zusammenarbeit mit dem KB vorgeworfen. Die Zahl fristloser Kündigungen von aktiven Gewerkschaftsfunktionären hat sich jetzt auf drei erhöht (im Fall der letzten drei handelt es sich zwar um fristgemäße Kündigungen, die aber mit sofortiger Beurlaubung gekoppelt waren). Dabei ist HSW kein großer Betrieb, in dem hunderte von Funktionären aktiv sind, sondern bloß ein Mittelbetrieb. Nach dem Betriebsrat ist jetzt auch der Vertrauenskörper als Bastion fortschrittlicher Arbeiterpolitik für die HSW-Kollegen verloren. Die Heize gegen Kommunisten und andere linke Kollegen im Betrieb hat dagegen keineswegs aufgehört, sondern nimmt ständig schärfere Formen an.

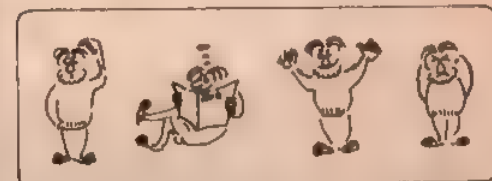
Aus Platzgründen können wir hier nicht die ursprüngliche gegen eine fälschliche Darstellung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen darzulegen und vor allem nicht den Hintergrund dazu ausleuchten, der bei HSW und anderen industriellen Unternehmen im Süddeutschen ein spezielles Problem ist. Wir werden dies wahrscheinlich in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF nachholen.

Betriebszelle HSW,  
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

3. OM 74 Seiten

## ZUR POLITIK DES KBW(NRF)



In dieser Broschüre haben wir die wichtigsten politischen Differenzen zwischen uns und dem KBW in der Form von Nachdrucken aus dem ARBEITERKAMPF und aus UNSER WEG zusammengestellt. Die Broschüre ist demzufolge recht umfangreich. Wir können die Lektüre dieser Art Zusammenstellung nur empfehlen, da hier, mit Ausnahme der Differenzen in der Einschätzung zur Politik der VR China – alle heute in der kommunistischen Bewegung stehenden Probleme behandelt werden. Die Fragen zum Programm, Zirkularen, Faschismus, Sozialdemokratie, Gewerkschaftspolitik und Ökonomismus im Zusammenhang betrachtet geben einen guten Überblick, zum einen

über das System der politischen Widersprüche des KBW und zum anderen über die Diskussionen und Probleme der kommunistischen Bewegung. Wir versuchen mit der Broschüre einen Schritt zur tatsächlichen Überwindung des Zirkularen über die ideologische Auseinandersetzung zu leisten und gleichzeitig die Form der Auseinandersetzung mit Platitude und oberflächlichen Einschätzungen (tatsächlich eine Vertiefung des Zirkularen) zu bekämpfen.

zu bestellen bei  
Verlag ARBEITERKAMPF  
J. Roents  
2 Hamburg 13  
Rutschbahn 36







## Fortsetzung

**IG-Chemie – Verfassungsschutz**  
 hen aus Gewerkschaftsausschüssen  
 von fünf einschlägigen Kollaborateuren  
 Funktionsentzug für sechs Jahre  
 Nicht-Beteiligung gewählter Mitglieder  
 der Tarifkommission, des Jugend-  
 ausschusses, Rauschmittels aus dem  
 Jugendverbot „unkörperlich“, offene Drohung  
 mit der in Verfassungsschutz ge-  
 genüber linken Vertrauensleuten,  
 eigenmächtigen Vorstandsbeschlüssen  
 Forderungen des Vertrauens-  
 körpers usw. auf Die Liste ließe sich  
 beliebig verlängern.

Der Ausschluß-Antrag der 18  
 Schering-Vertrauensleute deckte einen  
 Teil der arbeiterfeindlichen und un-  
 demokratischen Schwerenöten dieses  
 Mannes im Laufe der letzten Jahre  
 allein im Schering-Werk Mülheim  
 auf und begründete den Antrag recht  
 sorgfältig. In einer neunseitigen An-  
 waltur verurteilt sich Kollitsch von zehn  
 der „schwersten Vorwürfe“ zeinzu-  
 waschen.

Dazu eine Kostprobe: Zum Vor-  
 wurf des Gewerkschaftsausschlusses  
 gegen aktive linke Vertrauensleute  
 „Hierzu ist lediglich zu sagen, daß  
 die Verwaltungsteile viel zu tolerant  
 war, daß sie nicht schon bei früheren  
 Gelegenheiten von diesen Möglichkeiten  
 Gebrauch gemacht hat. Alles an-  
 dere ist dem Hauptvorstand (1) be-  
 kannt.“ (H. Kollitsch an den Haupt-  
 vorstand im Brief vom 4.1.74)

Und nun der Hammer Kollitsch  
 bestätigt die Zusammenarbeit mit dem  
 Verfassungsschutz (der Spitzel-  
 und Spionage-Organisation der Kapi-  
 talisten!) gegen linke Kollegen und  
 der IG-Chemie-Hauptvorstand findet  
 nichts dabei. Im Gegenteil! Er „folgt“  
 der „Argumentation“ des Arbeiter-  
 feindes Kollitsch ausdrücklich!

Kollitsch schrieb: „Es stimmt, daß  
 ich in bezug auf VL-Vermittlungen  
 (Achtung Mehrzahl) in Bezug auf  
 Mitglieder, die bereits aus unserer Or-

ganisation wegen gewerkschaftsfeind-  
 lichen Verhaltens ausgeschlossen  
 waren oder gegen die noch ein Aus-  
 schlußverfahren lief, Auskünfte (!)  
 des Verfassungsschutzes stützte, ich  
 tat dies, weil von Sympathisanten (!)  
 dieser Kollegen immer wieder die Be-  
 hauptung aufgestellt wurde, daß kein  
 der betroffenen Kollegen weder  
 einer linksradikalen Organisation an-  
 gehört oder eine solche Organisation  
 unterstützt (!) würde und dafür  
 auch keinerlei Beweise vorliegen.

Ich erklärte, daß die Berichte vom  
 Verfassungsschutz zur Überprüfung  
 der eigenen Beweise (!) eingeholt wer-  
 den, um eine größtmögliche Sicher-  
 heit (!) bei der Beurteilung zu ha-  
 ben.“ (Zitiert nach Brief von Kollitsch  
 an den Hauptvorstand vom 4.1.74)

Ist die enge Zusammenarbeit zwi-  
 schen sozialdemokratischer Gewerk-  
 schaftsführung und dem – auf Basis  
 des alten faschistischen Gestapo-Ka-  
 ders (!!) aufgebauten – Verfassungsschutz  
 auch kein neuer Tatbestand,  
 so erweist doch das „freimüßige“ Be-  
 kenntnis zu dieser Tatsache durch  
 einen Gewerkschaftsführer ist doch  
 nicht diese Zusammenarbeit von bei-  
 den Seiten eher gutgehöltes Geheim-  
 nis, mit dem man nicht hausieren  
 geht. Aber wahrscheinlich ist inzwi-  
 schen auch der Verfassungsschutz in  
 den Augen der SPD-Gewerkschafts-  
 führer zur „demokratischen Institu-  
 tion“ geworden?!

Es ist aus der Geschichte bekannt,  
 daß die SPD-Führer und besonders  
 deren Kumpane aus der Gewerk-  
 schaftsführung mit allem und jedem  
 gemeinsame Sache machen, wenn es  
 gegen die Kommunisten oder andere  
 linke Arbeiter geht. (In diesem Zu-  
 sammenhang werden wir in nächster  
 Zeit Dokumente veröffentlichen, aus  
 denen die enge Zusammenarbeit der  
 sozialdemokratischen Gewerkschafts-  
 führer (des ehemaligen ADGB) mit  
 den Nazi-Faschisten hervorgeht, zu

einer Zeit, als Gewerkschafts-Mitglieder  
 der Kommunisten wie Sozialdemokra-  
 ten – zu Tausenden in den Folger-  
 kammern der GESTAPO und den  
 KZ's der SA unangenehm lebten.)

Kollitsch gibt auch zu, daß er mit  
 diesen „Auskünften“ vom „Verfah-  
 rungsschutz“ oppositionelle Kollegen  
 ein Fachwort und offen sprachlich Aus-  
 seiner Feder klingt das so (um selbsten  
 Brief)

„Für und nach dieser Frage  
 (nach K's Zusammenarbeiten mit dem  
 „Verfassungsschutz“ – die Red.)  
 hatte sich der Kollege HB durch  
 unqualifizierte (?) Zwischenrufe be-  
 merkbar gemacht, worauf ich ihn  
 fragte, ob ich ihm einmal vorlesen  
 sollte, was über ihn beim Verfassungsschutz  
 aktenkundig sei. Aus diesem  
 Augenblick war der Kollege B. dann  
 still.“ (Man beachte den ungläubich-  
 chen Zynismus!!!)

Beispielung der Kollegen, Zu-  
 sammenarbeit mit dem Verfassungsschutz,  
 Gewerkschaftsausschlüsse,  
 Funktionsentzug usw. seien notwen-  
 dig, so Kollitsch, um „die Gewerk-  
 schaft (nicht) widerstandslos für  
 radikale und utopische Zwecke von  
 einzelnen Chaoten mißbrauchen zu  
 lassen.“ – Der Zweck heiligt die  
 Mittel! Alle Mittel sind erlaubt, wenn  
 sie dem Ziel dienen, die Kommunis-  
 ten und andere linke Arbeiter  
 aus dem Gewerkschaften zu fernern!  
 Das allein ist die Logik der Gewerk-  
 schaftsführer, und zwar nicht nur  
 irgendwelcher superrechter Sekre-  
 täre, sondern vielmehr die Logik der DGB-  
 Führung überhaupt.

## Gefährliche Illusionen

Die Gruppe „KPD“, die schon  
 mit einigen Jahren bei Schering eine  
 „Betriebszeitung“ herausbringt, ver-  
 breitet in ihrer „Roten Fahne“  
 („Zentralorgan“ der Gruppe) Illu-

nen. Offenbar erwartete sie, daß  
 der IG-Chemie-Hauptvorstand Herrn  
 Kollitsch von seinem Posten ablösen  
 würde – es wurde also ein unmittel-  
 barer Erfolg vom Ausschluß-An-  
 trag der 18 Schering-Vertrauensleute  
 erwartet.

Sie warnt bereits vor Kollitsch's  
 „Nachfolger“, wenn der Hauptvor-  
 stand E. Kollitsch „aus taktischen  
 Gründen“ „aus der Schußlinie“ zie-  
 hen würde, selbstverständlich „um ihn  
 an einem anderen Posten einzuset-  
 zen“. Der „Nachfolger“ würde zwar  
 „die arbeiterfeindliche Politik der  
 Bonzen fortsetzen“. Aber „Der  
 nächste Kollitsch könnte sich nicht  
 so leicht über die Beschlüsse der Kol-  
 legen hinwegsetzen.“ (alle Zitate aus  
 RF Nr. 3/5 Jg)

Diese „Warnung“ (vor dem „näch-  
 sten Kollitsch“) wollten die Genossen  
 als ganz besonders „realistisch“ ver-  
 stehen wissen. Sie leiteten ihre  
 Spekulationen über einen „nächsten  
 Kollitsch“ ausdrücklich noch mit der  
 „Warnung“ ein: „Machen wir uns  
 keine Illusionen.“

Zweifelloso machten sich die Ge-  
 nossen von der „KPD“ Illusionen  
 Was ist dafür die Grundlage?

Die Genossen haben eine gründ-  
 lich falsche Einschätzung vom Kraft-  
 verhältnis der Klassen in West-  
 deutschland, sowie vom Stand der  
 der Klassenkämpfe. Nach Meinung  
 der Genossen, befinden sich Arbeiter-  
 bewegung und Kommunisten in der  
 Offensive, während sich die Kapitalis-  
 ten und mit ihnen die Gewerk-  
 schaftsführer, in Rückzugsgefechten  
 befinden usw.

Tatsächlich aber befinden sich die  
 westdeutschen Kapitalisten (samt ih-  
 ren Agenturen) in einer allseitigen  
 Offensive (ideologisch, politisch und  
 ökonomisch), drängen die Arbeiter-  
 bewegung (und an den Uni's und  
 Schulen die demokratische Schüler-  
 und Studentenbewegung) und mit

ihnen die Kommunisten zurück, be-  
 treiben die Faschierung aller ge-  
 sellschaftlichen Bereiche usw.

Die Arbeiterklasse dagegen be-  
 findet sich auf dem Rückmarsch  
 und nicht in der Offensive. Der ver-  
 mehrten Streiks, inkl. der spontan  
 entstandenen, die Verschärfung der  
 innengewerkschaftlichen Ausean-  
 derungen, die Zunahme des Aus-  
 schluß-Terror, aber auch der ver-  
 mehrten Widerstand dagegen, und Aus-  
 druck und Produkt dieser Kapitäl-  
 Offensive. Die Kollegen kämpfen und  
 kämpfen gegen zunehmende Ver-  
 schlechterung ihrer wirtschaftlichen  
 Lage, gegen den weiteren Abbau  
 ihrer gewerkschaftlichen Rechte usw.  
 Alle Kämpfe in den letzten Jahren  
 galten dem Erhalt des Bestehenden  
 und nicht einer Verbesserung oder  
 Erreichung neuer Ziele. Die Kom-  
 munisten – und die Arbeiterlinke  
 insgesamt – müssen ihren defensiv-  
 en Kampf so führen, daß Positionen  
 etc. aufgebaut werden, die geeignet  
 sind, um von ihnen aus zu einem  
 späteren Zeitpunkt zur Offensive ge-  
 gen den Kapitalismus in der BRD  
 überleiten zu können.

Die innengewerkschaftliche Aus-  
 einandersetzung bei Schering und be-  
 sonders ihre Ergebnisse beweisen im  
 Klein-Maßstab die Richtigkeit un-  
 serrer Einschätzung. Solche Leute wie  
 Kollitsch werden nicht „aus der  
 Schußlinie“ gezogen, sondern im Ge-  
 gentell, ausdrücklich ernannt, wei-  
 ter so zu verfahren wie bisher und  
 möglichst noch einen Zahn zuzule-  
 gen. Das ist der allgemeine Trend.  
 Zu erwarten ist eher der Gewerk-  
 schaftsausschluß der 18 Schering-  
 Vertrauensleute, oder zumindest  
 ihres „harten Kerns“.

Gewerkschafts-Kommission der  
 Chemie-Bereiches,  
 KB/Gruppe Hamburg

## REICHOLD, HAMBURG:

## Gewerkschafts-Ausschluß besiegelt

Der Hauptvorstand hat mit  
 Schreiben vom 17.1.74 den  
 Gewerkschaftsausschluß von 13 lin-  
 ken Kollegen des Hamburger Chemie-  
 Betriebes Reichhold „verfügt“. Wie  
 nicht anders zu erwarten, kam er da-  
 mit dem Antrag der Hamburger Ver-  
 waltungsteile vom 20.11.73 vollstän-  
 dig nach. „Verfügt“ wurde dieser Aus-  
 schluß im wahren Sinne des Wor-  
 tes, d.h. der Hauptvorstand hat nicht  
 den Schatten einer Begründung, er  
 der irgendwie stichhaltigen Argumen-  
 tation gebracht. Außer nackten Be-  
 hauptungen (also Unterstellungen!!!)  
 absolut nicht.

Damit wird den Kollegen praktisch  
 auch die Möglichkeit einer echten  
 Verteidigung vor dem Beschwerde-  
 ausschluß genommen (was offenbar  
 beabsichtigt ist), ein Recht, das ihnen  
 zumindest formal zusteht. Gegen eine  
 Behauptung, dieser und jener Kol-  
 lege gehöre zu den „gerungen Un-  
 ternehmern der gewerkschaftsfeindlichen Pu-  
 blikation „Der Chemiearbeiter“, läßt  
 sich einfach nicht argumentieren  
 nichts ins Feld führen, als die schlichte  
 Gegenbehauptung. Dies ist aber  
 schon geschähen und zwar gegen-  
 über den Hamburger Gewerkschafts-  
 führern, denen auch per durchge-  
 schickter „linkswinkliger Verfügung“ ge-  
 rechtlich verboten ist, derartige Be-  
 hauptungen weiter zu verbreiten. Der  
 Hauptvorstand hat dies jetzt dennoch  
 getan.

Es muß davon ausgegangen wer-  
 den, daß die Gewerkschaftsführer  
 sich ihre „Beweise“ (Behauptungen!)  
 entweder aus dem Zylinder gezaubert  
 haben, oder aber beim „Ver-  
 fassungsschutz“ „bewogen“ haben, wo-  
 bei dieser dann wohl in den be-  
 stimmten Zylinder gegriffen hat. Wei-  
 ter wird klar, daß der ganze „demo-  
 kratische Instanzenzug“ (Verwal-  
 tungsteile Hauptvorstand, Beschwer-  
 de Ausschuß) reinster Humbug ist,  
 „demokratischer“ Humbug zweifel-  
 los, also Humbug, um „demokratische  
 vorzutäuschen, wo in Wirklichkeit  
 absolute Willkür und Vorstandswil-  
 kürlich herrscht. Die IG-Chemie-Führer  
 haben ihre Willkür nur schlecht ver-  
 bergen können. Wie wenig tatsäch-  
 lich „abgewogen“, „sorgfältig ge-  
 prüft“ usw. wurde, mag das Indu-  
 reigen, daß der CHEMIE ARBEITER  
 – eine Branchenzeitung des KB  
 in der File der Ausschlußverfügung

einer anderen Organisation zugehö-  
 ret wurde.

## Ausschluß – was nun?

Diese Frage wird sich in nächster  
 Zeit für eine ganze Reihe von Kommu-  
 nisten, linken Gewerkschaften usw.  
 stellen. Eine Gegen-Gewerkschaft  
 läßt sich auf dem gegebenen Stand  
 des Klassenkampfes nicht aufmachen.  
 Das dürfte für jeden klar sein, der  
 seine (im Sinne beider) hat.  
 Andererseits wird der Ausschluß-  
 Terror der Gewerkschaftsführer zu  
 nehmen, wird dieser Terror zuneh-  
 mend auch Kollegen treffen, die po-  
 litisch nicht organisiert sind und für  
 die diese Perspektive sich noch nicht  
 unmittelbar ergibt.

Der Gewerkschafts-Ausschluß zielt  
 aus der Sicht der Gewerkschafts-  
 führer – nicht auf bloßen Ausschluß  
 aus den DGB-Gewerkschaften, in dem  
 Sinn, daß die sozialdemokratischen  
 Führer ihren Laden „außer“ halten  
 wollen, sondern er zielt auf „Aus-  
 schaltung“ vom Klassenkampf über-  
 haupt. Dies gilt besonders für politisch  
 noch nicht organisierte Kolle-  
 gen, die durch Ausschluß jede Ver-  
 bindung, jeden organisierten Zusam-  
 menhang zu anderen klassenbewus-  
 ten Kollegen verlieren sollen. Sie sol-  
 len sich – nach Willen der Gewerk-  
 schaftsführer – resignierend in ihr  
 „Schicksal“ fügen, sollen sich dem  
 Kapitalisten ergeben, da man ihnen  
 den gewerkschaftlichen Schutz  
 (Rechtsschutz etc.) und die gewerk-  
 schaftliche Solidarität entzogen, ge-  
 stehen hat. Diejenigen, die sich am  
 meisten für die Interessen ihrer Kol-  
 legen im Zeug gelegt haben, die in  
 der Front beim Kampf gegen  
 den „Unternehmer“ gestanden haben,  
 sollen verheult werden – wenn es  
 nach den Führern der DGB-Gewerk-  
 schaften geht.

Dem kann und muß entgegenge-  
 treten werden. Konsequenz darf der or-  
 ganisierte Zusammenhang unter den  
 Kollegen ausgehen werden. Im Ge-  
 gentell, er muß noch ausgebaut wer-  
 den. Eine Beteiligung am betriebli-  
 chen und sogar auch am gewerk-  
 schaftlichen Kampf kann aufrecht  
 erhalten, ja sogar intensiviert wer-  
 den. Als erster Schritt könnten  
 Gruppen ausgeschlossen und aus

geleiteter Gewerkschaftsmitgliedern  
 auf betrieblicher Ebene, mit regelmä-  
 ßiger politischer Diskussion, aktiver  
 Betriebsarbeit, eigenem Kampfund  
 usw. auf. aufgebaut werden. In diese  
 Gruppen können solche ehemaligen  
 Gewerkschaftsmitglieder einbezogen  
 werden, die schon vorher vor den Ge-  
 werkschaftsführern „gefächelt“ und  
 Ziel dieser Gruppen war, u.a. auch  
 für ihre Wiederaufnahme – ohne  
 Opportunismus und Versöhnler-  
 tum – in die Gewerkschaften zu  
 kämpfen. Sie sollten Zusammen-  
 berit mit Gewerkschaftsmitgliedern  
 halten und ausbauen.

Ausschlußantrag gegen  
Kodolitsch abgelehnt

Das von 18 Reichhold-Gewerk-  
 schaftlern angestrebte (und wohlge-  
 gründete!) Ausschlußverfahren gegen  
 IG-Chemie-Sekretär Ph. von Kodolitsch  
 ist von seinen Kumpanen in der  
 Verwaltungsteile „zurückgewiesen“  
 worden, und zwar mit derselben Be-  
 gründung, wie der Ausschlußantrag  
 gegen 13 Linke durchkam – nämlich  
 mit gar keiner.

Kühn wird im entsprechenden  
 Schreiben der Hamburger Verwal-  
 tungsteile etwa behauptet, daß 12  
 von 18 Antragstellern bei Antrag Stel-  
 lung „sich nicht mehr Mitglied der  
 Gewerkschaft“ waren (was nachweis-  
 lich unrichtig ist!) Zwei weitere An-  
 tragsteller hätten „unserlich“ (wer  
 bestimmt das?) unterschrieben usw.  
 Im übrigen hätte Kodolitsch „eine  
 Aufgaben pflichtgemäß erfüllt“ (was  
 niemand bestreiten kann), sowie  
 „jederzeit in Übereinstimmung mit  
 den Beschlüssen des Verwaltungsteile-  
 lenvorstandes“ gehandelt (was eben-  
 falls niemand bezweifeln und mit  
 Sachverhalt nicht das geringste sagt).  
 Zudem sei das ganze „Ausschluß-  
 verfahren“ als Teil eines gewerk-  
 schaftswidrlichen Aktes anzusehen.  
 Absolut bekaakt.

Betriebsrats Wahlkampf –  
ein erster Erfolg

Wie schon im letzten AK angedeu-  
 tet, kandidierten 12 linke Kollegen  
 auf einer Liste, während die Sozial-  
 demokraten (Volkmann & Co.) zu-

sammen mit den Rechtsradikalen  
 (Teichner & Co.) auf gemeinsamer  
 Liste kandidierten. Die IG-Chemie-  
 Führung hat ausdrücklich auf das  
 Aufstellen einer offiziellen Gewerk-  
 schafts-Liste verzichtet, was sie na-  
 türlich nicht hindert, Reklame für die  
 Rechte zu machen. Dieser Verzicht  
 muß als indirektes Eingeständnis da-  
 für gewertet werden, daß sie nach ei-  
 gener Einschätzung nach den Gewerk-  
 schaftsausschlüssen zu schwach für  
 eine eigene Kandidatur ist. Sie  
 fand zu wenig Bewerber für eine  
 Kandidatur. Ein deutlicher Beleg für  
 die Spaltens der Gewerkschafts-Or-  
 ganisation bei Reichhold und die  
 Schwächung gewerkschaftlicher Posi-  
 tionen. Übrigens kandidierten auch  
 die sog. „Unabhängigen“ mit auf der  
 rechten Liste. Diese Vögel saßen in  
 den letzten Betriebsrats-Wahlkampf  
 in direktem Auftrag der Geschäftslei-  
 tung. Eine gute Mischung.

Obgleich in ihrer Arbeit erheblich  
 erschwert, haben die Linken in rela-  
 tiv kurzer Zeit die für die Ein-  
 richtung einer Wahlliste notwendige Un-  
 terschriften-Zahl nicht nur erreicht,  
 sondern etwa das Doppelte zusam-  
 mengebracht. Sie kandidieren als

## Liste 1

Die Rechten haben Anstrengun-  
 gen gemacht, ihre Liste eifrig zu  
 schmücken. Nicht der SPD-Führer  
 Volkmann steht an der Spitze, son-  
 dern der erheblich weniger „verschla-  
 sen“ SPD-Mann Hollop, der im Be-  
 trieb allgemein das Image einer  
 „ehrlichen Kollegen“ hat. Nicht  
 schlecht ausgeheißt. Aber es  
 kommt noch besser.

Das 2. Zugpferd der gemeinsa-  
 men Liste, der Rechtsradikale Teich-  
 ner, erscheint erst auf Platz Nr. 12.  
 Da nur 11 Betriebsrats zu wählen  
 sind, erscheint sein Platz absolut aus-  
 schüttslos zu sein. Der Schein trägt je-  
 doch. Gemäß Verabredung werden  
 nach vollzogener Wahl eine Reihe  
 von Papp-Kameraden auf vorderen  
 Plätzen ganz „freiwillig“ zurücktreten  
 und Herrn Teichner den zugesagten  
 Weg frei machen.

Dieser Trick scheint für die Rech-  
 ten notwendig, um besonders unter  
 den Produktionsarbeitern auf Stim-  
 menfang zu gehen, die einen Teich-  
 ner unter gar keinen Umständen  
 wählen würden.

Betriebszelle Reichhold  
 KB-Gruppe/Hamburg

**Anzeige**

Die Arbeiterklasse hat ein  
 Recht auf menschenwür-  
 dige Wohnverhältnisse in  
 der BRD und Mietwucher  
 und Betonblock-Erröbte der  
 „freien und sozialen Markt-  
 wirtschaft“. Wir drucken  
 in dieser Broschüre Artikel  
 aus verschiedenen Num-  
 mern des ARBEITER-  
 KAMPF ab, die sowohl  
 die Situation der Wohn-  
 verhältnisse analysieren  
 als auch auf die Kämpfe  
 die in diesem Bereich statt-  
 gefunden haben, eingehen.

zu bestellen bei:

J. Renis  
 2 Hamburg 13  
 Rotebahn 35

erhältlich im:

Arbeiterbuch  
 2 Hamburg 13  
 Grindelhof 45

**Wohnungsprobleme  
in der BRD**

4. erweiterte Auflage

64 Seiten Kleinformat 1,50



DIE KLOCKNER BELEGESCHAFT  
HAT NACH 45 AUFGEBAUT  
1000 ARBEITER + ANGESTELLTEN  
WIRD JETZT DER ARBEITSPLATZ GEKAMPT



So wie hier die Arbeiter und Angestellten von Klockner-Draht im Dünsdorf vor der Hauptverwaltung des Konzerns in Duesburg gegen das „Wegrationalisieren“ von 1100 Arbeitsplätzen (in den Zweigwerken Dünsdorf und Göppingen) protestierten (Anfang Januar 1974), haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten tausende

von Arbeitern verschiedener Branchen durch Protestmärsche und Streiks zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Verwirklichung der Rationalisierungspläne „ihres“ Kapitalisten kämpfen wollen.

Speziell auf die Kämpfe in der westdeutschen Metallindustrie gegen Massenentlassungen und „Kurzarbeit“ wollen wir im nächsten AK eingehen.

## Solidarität notwendig

Trotz vorläufiger Besiegung des Gewerkschaftsausschlusses gegen 13 linke Reichhold-Kollegen ist auch weiterhin kämpferische Solidarität mit ihnen nötig.

Dies bezieht sich sowohl auf moralische Unterstützung (Solidaritätserklärungen) als auch auf finanzielle Hilfe (so sind noch eine ganze Reihe von Prozessen durchzuführen und der betriebliche Kampf der Reichhold-Linken geht weiter und kostet Geld für Flugblätter, Dokumentationen usw.).

Wir möchten hier wie auch in den letzten beiden Ausgaben des ARBEITERKAMPFS wiederum einige Solidaritätsadressen veröffentlichen.

Reichhold-Albert-Chemie AG Hamburg  
Adresse: (Der Redaktion bekannt)

Solidaritätsadresse 22.12.1973  
An die vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kolleginnen und Kollegen der Reichhold-Albert-Chemie AG Hamburg.

Hiermit versichern wir euch unserer Solidarität im Kampf gegen die drohenden Gewerkschaftsausschlüsse, gegen die Gewerkschaftsführung und gegen die rechten SPD-Betriebsräte. Wir unterstützen euren Kampf gegen den Abbruch demokratischer Rechte im Betrieb und Gewerkschaft, gegen den Lohnabbau und für einen starken VLK. Wir werden mit unseren Kollegen, den betrieblichen Mitarbeitern und in unserer Gewerkschaft, der OTV, über euren Kampf diskutieren und euch nach unseren Möglichkeiten unterstützen.

NAK (eine Gruppe von betrieblichen Angestellten, Vikaren, Pastoren und Theologiestudenten).  
P.S. Wir haben ca. 50, DM auf euer Konto überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Wir haben auf unserer letzten Sitzung über die Vorgänge in unserer Gewerkschaft diskutiert. Wir sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß Drohungen und Rausschmiss nicht zu den Mitteln gewerkschaftlicher Auseinandersetzung gehören.

Dieser Entwicklung müssen wir Einhalt gebieten!  
Diesem Grunde schicken wir Euch, um zu einer breiten Diskussion aller Kollegen beizutragen, unsere Resolution. Diese solidariert sich mit den 13 Kollegen von Reichhold-Chemie, die zuerst als Vertrauensleute abgewählt wurden und denen jetzt ein gewerkschaftliches Ausschlußverfahren droht. Weiter mit den vier Kollegen von HDW, die sich pauschal von „Links“ und von der HDW Jugendgruppe distanzieren müssen. Andernfalls wird auch hier mit dem Ausschluß gedroht.

Wir fordern Euch auf, auch das Buch diese Entwicklung zu diskutieren und Euch mit diesen Kollegen zu solidarisieren!

Mit solidarischen Grüßen

(Es folgen Stempel und Unterschrift der Jugendvertretung)

Solidaritätspenden erbitten wir auf folgendes Konto:  
Hamburger Sparkasse  
„Unterstützungskonto Reichhold“  
1290/130040 a/o M. Jenschke  
und H. J. Rock

Dieser Brief geht an:  
JV, Vertrauensleute (VK)  
und Betriebsrat (BR) von HDW  
JV, VK, BR von Reichhold  
SV von Berufsschulen  
Die größeren HH Metallbetriebe  
Die Ortsverwaltung der IG Metall  
und die IG Chemie  
den Kreis- und Ortsjugendausschuss

## Nadelstiche – gegen wen?

„WARNSTREIKS“ IN HAMBURGER METALLBETRIEBEN

Mit einer Nadelstichtaktik wollen die Hamburger Gewerkschaftsführer die Metallarbeiter Hamburgs am Tarifkampf teilhaben lassen. Überziehen der Mittagspausen oder Frühstückspausen, Proteste am Verhandlungsort „Curiohaus“ – allerdings erst nach Feierabend und eventuell sogar einmal einen kurzen Warnstreik. Ziel dieser Taktik die Arbeiter und Angestellten sollen als Tarifkämpfer ihre Rolle spielen, die Unternehmer dürfen nicht so stark geschädigt werden. Besonders die DKP/SDAJ machen sich zum Fürsprecher dieser Taktik und „wiegen ordentlich auf“. Noch einen Tag vor den 2 Metallverhandlungen in Hamburg riefen sie zur „Großkundgebung“ vor dem Curiohaus auf, um der „Verhandlungskommission den Rücken zu stärken“. Zeitpunkt 17.00 Uhr Beginn der Mobilisierung: nicht einmal 24 Stunden vorher, sozusagen im „engsten Familienkreis“. Auf Kritik an dieser Taktik auf einer Jugendmitgliederversammlung der IG-Metall antwortete DKP-Vorstandsmann „Möge“ großmütig und kraftmeisend: „Ihr habt ja alle Schiß vor einem Streik!“ Besagte DKP/SDAJler waren dann allerdings vor dem Curiohaus nahezu unter sich 30 Leute waren versammelt.

Tariffverhandlung der Gewerkschaftsführer und  
Metall-Komitee  
KB-Gruppe Hamburg

### Conz - Demag

Am Montagmorgen, den 28.1.74, wurden alle Vertrauensleute (VL) der IG-Metall in unserem Betrieb gegen 8.00 Uhr zusammengetrommelt, um das neueste Mitteilungsblatt der Verwaltungsmesse (über den letzten Stand der Tarifverhandlungen) abzuholen und an die Kollegen zu verteilen.

Bei dieser Gelegenheit erfuhren sie auch, daß von 9.00 - 9.30 Uhr eine „Arbeitsniederlegung“ stattfinden würde – als Protest gegen das unveränderte 8,5% „Angebot“ von Gesamtmetall. Die Kollegen sollten sich in der großen Maschinenhalle treffen.

Die VL schwirrten also ab und informierten erstmalig die gewerkschaftlich organisierten Kollegen.

Von 8.45 - 9.00 Uhr ist erstmalig frühzeitig die Kollegen lassen einige Maschinen weiterlaufen. Gegen 9.00 Uhr wird der Hauptschalter ausgestellt – keine Maschine läuft mehr.

konnte, kann deshalb als gescheitert gelten, weil die Geschäftsleitung bereits um 8.45 Uhr (also noch vor Beginn) den BR ermahnte, die geplanten Aktionen zu verhindern.

Es ist gewiß nicht dem Geschick der Initiatoren dieses „Warnstreiks“ zu danken, daß noch relativ viele Kollegen in der Kantine mobilisiert werden konnten – sondern wohl eher dem hohen Organisationsgrad bei den Arbeitern und dem raschen Eingreifen der Vertrauensleute.

### Konsequenzen...

Natürlich haben Aktivitäten dieser Art auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen keinen Einfluß! Andererseits besteht Gefahr, daß sich die „radikalen“ Kollegen vorschnell herauslocken lassen, z.B. beim Versuch einer Ausweitung des Streiks.

Aber die Möglichkeit besteht und muß in jedem Fall genutzt werden – anhand der konkreten Erfahrungen, die die Arbeiter in solchen Bewegungen machen, das Vorgehen der Kapitalisten deutlich zu machen und anzuprangern. So wurden noch am selben Tag die Abteilungsleiter von der Geschäftsleitung angewiesen, alle Kollegen, die sich an der Aktion beteiligten, zu befragen.

und weiterzumelden. Bei den Angestellten nahm diese Schreckfabel teilweise die Form von Vorwürfen an.

Weiter und das ist ein entscheidender Punkt! An der Vorbereitung und dem konkreten Ablauf dieses „Warnstreiks“ wird man die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer überhaupt und die „Nadelstichtaktik“ im besonderen diskutieren und kritisieren müssen – und in dieser „Manöverkritik“ entwickeln müssen, wie eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften tatsächlich ausssehen hat.

Betriebliche Conz-Demag  
KB/Gruppe Hamburg

### HDW Hamburg

Wohin die Taktik der „Nadelstiche“ (bzw. „Schwerpunktstreiks“) die von den Gewerkschaftsführern als „wirksame Waffe“ angepriesen wird, in Wahrheit führt, wird sehr gut deutlich am Beispiel der HDW.

Hier gelang den Sozialdemokraten die Überraschung der Arbeiter so perfekt, daß von den knapp 7.000 Beschäftigten der Werft maximal 150 (!) anfänglich nur 200 Kollegen mobilisiert werden konnten. Ganze Gewerkschaften und Abteilungen erfuhren erst später aus der Presse, daß sich „auf der HDW was getan hat“.

Am Montagmorgen, den 28.1.74, sammelten sich zunächst die Kollegen der Schweißerei nach der Frühstückspause (um 9.15 Uhr) – wozu sich noch die Tischler gesellten. Dann erst wurden die Kollegen der Bordinnenge-Neubau, Bordinnenge-Reparatur und Maschinen-Reparatur informiert. Angeschlossen haben sich aber nur Kollegen von BM-Neubau.

Nach ca. 20 Minuten marschierten dann rund 350 Kollegen los.

Der Zug führte durch die Kupferschmelze und dann in die Maschinenfabrik – angeschlossene haben sich jedoch nur Kollegen der Kupferschmelze. Die vereinzelten Rufe der Demonstranten „Stellt die Maschinen aus!“ oder einfach „Buh!“, konnten nur wenige Kollegen zum Mitmachen bewegen.

Keiner der Initiatoren und Organisatoren dieser Aktion hat es fertig gebracht, auch nur mal mit einigen wenigen Worten zu sagen, „was Sache ist!“ – und das, obwohl darunter Leute waren, deren Redegewandtheit in Sachen Antikommunismus einfach unermesslich ist!

Als offensichtlich wurde, daß diese Aktion isoliert bleiben würde, marschierte man zurück zur Kantine, wo die Sache dann sang und klanglos abgebrochen wurde.

Arbeiter Zelle Wolfen  
KB/Gruppe Hamburg

Wollte man der Analyse der DKP/SDAJ folgen, so bleibt der Schluß, daß an diesem Abend das mehr als 50.000 organisierten Metall-Hamburgs „Schiff hatten“.

Eine andere Möglichkeit ist allerdings, daß bei Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion niemand so recht zu erwärmen war.

In anderen norddeutschen Städten wie Kiel (Warnstreiks bei MaK und Hagenuk), Lübeck und Flensburg (Warnstreik bei FSG) ergibt sich ein ähnliches Bild.

### Siemens

Am Freitag, den 25. Januar fand am Siemens-Werk Hamburg-Rothensburg eine geplante kurze Warnstreik statt. (von 15.00 Uhr - 15.30 Uhr). Rund 155 der 240 in der Werkstatt anwesenden Arbeiter beteiligten sich daran.

Die Initiative dazu ging ein Tag vorher von einigen rechten Sozialdemokraten aus. Die Siemens-Arbeiter sollten der Verhandlungskommission der IG-Metall durch einen „Warnstreik“ ihre „Loyalität“ bekunden. Der „Konflikt“ sollte aber „begrenzt“ bleiben. Wegen wurde der Streik eine 3/4 Stunde vor Feierabend gelegt – bis zum Samstag, da diese Zeit (Freitag nachmittags) sowieso nur halbe Kraft gearbeitet wird. Gefördert wurde die Bereitschaft der Kollegen zu diesem Warnstreik durch die Veröffentlichung des provokatorischen Briefes vom Unternehmensverband Gesamtmetall an den IG-Metall Vorstand.

Eine Stunde vor Beginn der geplanten Aktion fand eine Versammlung statt. Man wollte die Streikstimmung „abwägen“. Als sich bei Befragung herausstellte, daß wohl nur 80 Kollegen zum Streik bereit seien, und davon aber nur 60 fest, gerieten die anwesenden Kollegen ins Zögern. Einige fortschrittliche Kollegen aber forderten die Durchführung des geplanten Warnstreiks und konnten sich schließlich auch durchsetzen.

Um 15.00 Uhr versammelten sich nicht 60 sondern 155 Kollegen auf dem Hof und marschierten über den Betriebshof zur Kantine. Dort wurde der Brief vom Gesamtmetall verlesen und mit großer Empörung aufgenommen. Neben Informationen über den Stand der Verhandlungen (da gab's nicht viel zu informieren) wurde dann noch eine Resolution verabschiedet: volle 18% (die Hamburger R.M. Forderung), Kaufkraft erhöhen etc.

Fazit: es war eine Aktion ganz nach dem Gleichmaß der Gewerkschaftsführer. Ein begrenzter, ordentlich Konflikt.

Es ist klar, welche Aktivitäten letztlich nur Begleitmusik zu

Dann sammelten sich die Kollegen in kleinen Gruppen von 3 - 6 Mann an vielen Stellen der großen Maschinenhalle. Nur zögernd kamen Arbeiter aus anderen Abteilungen – viele blieben unentschieden am Hauptgang stehen.

Eine Abteilungen haben zwar die Arbeit niedergelegt, blieben aber am Arbeitsplatz (z.B. Stanzerei). Die Beteiligung der Angestellten ist unheimlich.

Als einzige Abteilung der „Gewerkschaften“ arbeitete die Wickeln weiter. Nicht informiert worden waren die Angestellten im Verwaltungsgebäude, weil dort kein Vertrauensmann ist.

Bestens informiert jedoch schien dagegen die Geschäftsleitung zu sein. Ihr Vertreter, Herr Schneider, war als einer der ersten am „Ort des Geschehens“ und forderte die Kollegen einzeln auf, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen. „Meine Herren, die Pause ist vorbei! Gehen Sie an Ihre Arbeitsplätze! Die Zeit wird nicht bezahlt!“ Die Kollegen drohen sich um und bleiben stehen. Im Hauptgang wird es langsam voller. Jetzt kommt auch Stimmung auf Überall wird diskutiert.

Das Informationsblatt der IGM wird von einigen Vertrauensleuten hochgehalten: „Provokation, die 8,5%“, rufen sie in Richtung Schneider.

Der versucht zu beschwichtigen: „Das ist doch die erste Runde. Es ist noch nichts beschlossen!“ Es wird doch weiterverhandelt! Das ist doch kein Grund, einfach die Arbeit niederzulegen!“

Eine Zeit lang diskutieren die Kollegen noch über den bisherigen Verlauf der Tarifrunde, über das zu erwartende Ergebnis und auch über die möglichen Folgen dieses spontanen Arbeitsniederlegung.

Um 9.20 Uhr erscheint der BR Vorsitzende, von der Geschäftsleitung gerufen und beauftragt, die Kollegen wieder an die Arbeitsplätze zu schicken. Das macht er jedoch nicht, er spricht „nur“ mit einzelnen Kollegen.

Die Versammlung löst sich langsam auf. Allen voran marschiert die Abteilung des VK-Leiters ab.

Viele Kollegen gehen enttäuscht an ihre Arbeitsplätze zurück.

### Organisation

Ebenso wie in einigen anderen Hamburger Metallbetrieben geht der „Warnstreik“ auch in unserem Betrieb auf die faktischen Richtlinien der letzten „Kleinen Funktionskonferenzen“ (daran nehmen nur die VK Leitungen und Betriebsratsvorsitzenden teil) zurück. „Eingeweiht“ waren also bestenfalls ein halbes Dutzend Kollegen. Selbst die Vertrauensleute, die die Aktion zu organisieren sollten, wurden nicht weniger „überlistet“, als die Kollegen, die den „Streik“ in wütend-tragen sollten. Daß man den Kapitalisten nicht überraschen



GEW - HAMBURG

# Gewerkschaftsführung auf Spalterkurs

Über mangelnde politische Aktivität der Führer der Lehrergewerkschaft GEW kann man sich in den letzten 12 Monaten nicht beklagen:

● Im April 73 versucht die GEW-

Führung die in Hamburg noch bestehende Hauptversammlung aller Mitglieder wegen „linker Unterwanderung“ im Namen einer Delegiertenversammlung abzuschaffen (AK 29);

● auf der GEW-Demonstration am 3. Juli gegen die Schulreform verbietet der Vorstand die von den Mitgliedern auf einer HV beschlossene Parole („Für das Recht auf Schulstreik!“);

● am 20.9., einen Tag nach der Suspensionierung zweier der SSG-gehörenden Junglehrer (siehe AK 33) durch die Schulbehörde, stellt der geschäftsführende Ausschuss der GEW-Vorstandes den Antrag auf Gewerkschaftsausschluss dieser beiden Lehrer wegen „Verfassungswidrigkeit“; am 2.10. werden die beiden ausgeschlossen;

● am 3.11. kündigt Gewerkschaftsvorsitzender Wunder in der HLZ (Hamburger Lehrerzeitung) an, daß die Gewerkschaft sich in Zukunft von Mitgliedern trennen muß, die nicht die „tragenden Prinzipien des Grundgesetzes anerkennen“;

● auf einer HV am 12.11. verhindert der Vorstand durch geschicktes Anwenden der Geschäfts- und Tagesordnung eine Diskussion über den Gewerkschaftsausschluß der beiden Junglehrer;

● als die Vertrauensleute-Versammlung der GEW am 27.11. den Gewerkschaftsausschluß mit 216 zu 207 Stimmen ablehnt, setzt der Vorstand kurzerhand eine von den Mitgliedern beschlossene HV zum Thema „Berufsverbote“ und eine dazu angekündigte öffentliche Veranstaltung am 12.12. ab;

● im Informationsdienst für Vertrauensleute (16/73) kündigt der Vorstand die Übernahme der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse an, am letzten Schultag schreibt das stets bestens informierte (von wem wohl?) Springer-Blatt „Welt“: „Jetzt will der GEW-Vorstand die Radikalen aus der Gewerkschaft verbannen“;

● am 7.1.74 fordert Vorsitzender Wunder von Aje (Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher in der GEW) in einem Brief unmissverständlich eine Distanzierung von der SSG;

● nach Vorberatung am 8.1. im geschäftsführenden Ausschuss beschließt der Gesamtvorstand am 15.1. die Unvereinbarkeit von GEW-Mit-

gliedschaft und Aktivität in kommunistischen Gruppen als einen „Beitrag zur „Auswanderung“ mit „linksfaschistischen und antidemokratischen Strömungen“ („Welt“, 10.1.);

● für die nächste HV am 18.2. kündigt der Vorstand an, mit „allen Mitteln“ eine Diskussion dieses Beschlusses zu verhindern.

## „Reformpolitik“ nach Art des Hauses...

In geradezu groteskem Gegensatz zu diesem Elfer bei Maßnahmen gegen linke Gewerkschaftsmitglieder steht die „Zurückhaltung“ der GEW-Führer auf dem Gebiet der „bildungspolitischen Reform“, angeblich Hauptaufgabe der GEW. Nicht nur, daß sich die Mithras im Bildungswesen, vor allem an den Schulen, permanent verschlimmert haben, darüber hinaus gibt es massive Maßnahmen der „Gegenreform“. Im Frühjahr 1973 wurde in Hamburg das neue Schulverfassungsgesetz verabschiedet (siehe AK 32), mit dem vor allem versucht wird, die Aktivitäten der Elternräte unter unmittelbare Kontrolle der Behörde zu stellen. Obwohl die GEW „nicht mit einer Regelung des neuen Gesetzes einverstanden“ ist, begrüßt der Vorstand das neue SVG. Während die Gewerkschaftsführer für das verabschiedete SVG ganze 30 Zeilen voller Allgemeinplätze über haben (HLZ 6/73), lassen sie sich sieben Seiten lang in derselben Nummer über die Gewerkschaftslinken aus.

Im August 73 veröffentlichte die Schulbehörde neue Stundentafeln und Lehrpläne für Grund-, Haupt-, Real- und die ersten sechs Klassen der Oberschulen. Die Stundentafeln verringern die Stunden in wichtigen Fächern vor allem an der Hauptschule, die Lehrpläne zielen offensichtlich auf noch stärkere Auslese durch steigende Leistungsbezüge, beides zusammen dient unmittelbar der Verhärtung und Verschärfung der bestehenden Klassenbildung.

Gegenüber diesem umfassenden und schwerwiegenden Schritt der „Gegenreform“ – den die GEW-Führer natürlich „grundsätzlich begrüßen“ – haben sie einzuräumen, daß „der Senator (Ape) bedauerlicherweise keinen Weg gezeigt (hat), wie sie (die Lehrpläne und Stundentafeln) in die Praxis umgesetzt werden können.“ (HLZ 14/73)

Seit September steht das 2. Besoldungsvereinbarkeits- und Neuregelungsgesetz und damit verbunden die Einführung der Stufenlehrerausbildung an. Auch mit diesem Stellungnahmen dazu beabsichtigt der GEW-Vorstand ausschließlich die Ablenkung der Mitglieder vom politischen Kern der Sache. In den Vordergrund gestellt werden Forderungen nach (durchaus notwendiger) wissenschaftlicher Ausbildung der Lehrer in mindestens 8 Semestern und die Beibehaltung der bisherigen Besoldungseinstufung der Völk- und Real-schullehrer.

Kein Wort gegen die beabsichtigte Spaltung der Lehrer in solche mit einfachem und solche mit erweitertem Lehramt; kein Wort gegen den Versuch, die Ausbildung zum „erweiterten“ Lehrer von der Genehmigung der Behörde abhängig machen zu lassen, und gegen die damit verbundene politische Anlenkung.

Solche Flüß gewerkschaftlicher „Reformpolitik“ lassen sich noch zu Dutzenden anführen. Allen gemeinsam ist:

● die Maßnahmen des Staates werden „kritisch“ begrüßt (als „Schritt in die richtige Richtung“) oder verschwiegen;

● eine Diskussion unter den Mitgliedern über diese Maßnahmen wird nicht nur nicht angeregt, sondern verhindert, dadurch, daß der Vorstand nur sehr oberflächlich, sehr spät oder gar nicht informiert und gleichzeitig seine Meinung dazu als die GEW-Meinung darstellt.

Angesichts der Realität ist es blanke Zynismus, wenn Vorstandsmitglied Depenau schreibt (HLZ 11/12 73): „Als Einheitsgewerkschaft muß die GEW darauf bedacht sein, in allen Stellungnahmen zu für die gesamte Mitgliedschaft repräsentativen Beschlüssen zu kommen. Das kann nicht heißen, daß Beschlüsse per Meinungsfrage zustande kommen, wohl aber, daß ihnen in dieser Gewerkschaftsorganisation eine breite Diskussion vorgeht und sich daraus dann Beschlüsse ergeben, die von der Mitgliedschaft getragen werden können.“

„Einheitsgewerkschaft“ bedeutet nach den Vorstellungen der GEW-Führung in Wirklichkeit: Einheits der Mitglieder mit der Meinung des Vorstands. Diese Art von „Einheit“ sehen die Gewerkschaftsführer allerdings gefährdet: Der Antrag auf Abschaffung der HV wurde von den Mitgliedern abgelehnt, gegen den Vorstandswillen die Demonstration am 3. Juli beschlossen, der Gewerk-

schaftsausschluß der beiden SSG-Lehrer von der Vertrauensleuteversammlung nicht gebilligt, die Absetzung der HV am 12.12. von den Mitgliedern scharf kritisiert. Mehr noch, in keinem wesentlichen Punkt hat der Vorstand im letzten Jahr die satzungsmäßige Zustimmung der Mitglieder zu seiner Politik erhalten.

## ... Jagd auf Sozialisten und Demokraten

Es ist daher nur „logisch“, wenn der GEW-Vorstand gegen alle Mitglieder, die ihm die „Einheit“ verweigern, zu Felde zieht. Dabei kommen natürlich nicht nur linke Lehrer ins Schußfeld, sondern auch und nach auch die, die Sprüche von „innergewerkschaftlicher Demokratie“ für bare Münze nehmen und auf ihren demokratischen Rechten bestehen.

Im April 73 kennzeichneten Vorsitzender Dietz Wunder die Vorstandsgegner als „Fundamentalisten“, deren Politik „auf eine Konfrontation ... zum Staat und in ihn tragenden (!) Parteien hinausläuft.“ (HLZ 6/73)

Der „fundamentale“ Artikel Wunder hatte offenbar nicht die gewünschte Wirkung, die Opposition einzuschüchtern und Kritik in genehme Bahnen zu lenken. Der Gewerkschaftsausschluß der beiden SSG-Lehrer sprach daher eine deutlichere Sprache. Argumentiert wurde damit, die beiden Lehrer hätten „zur Beseitigung der rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik“ aufgerufen (HLZ 15/73). Auch mit dieser Maßnahme gelang es dem Vorstand nicht, eine „staatstragende“ Mehrheit zu gewinnen, zweifellos nicht etwa, weil die Lehrer in Massen danach trachten, diesen Staat zu beseitigen. Eine solche Interpretation der Vorstandsniederlage geht völlig vorbei an den soliden sozialdemokratischen Vorstellungen vieler Lehrer.

Die Gründe der Vorstandsniederlage lassen sich aus den Resolutionen ableiten, die innerhalb der GEW gegen den Ausschluß verabschiedet wurden:

● viele Lehrerkollegen haben erkannt, daß die Vorstandspolitik auf die Liquidierung der demokratischen Diskussion in der Gewerkschaft abzielt;

● noch mehr Lehrer lehnen es ab, sich ihre Meinung über Sozialisten und Kommunisten einfach vom Vorstand vorschreiben zu lassen und bestehen auf einem eigenen Urteil.

Die Mitgliederrechte durch den Vorstand blieb nicht aus. Den Vor-

standsleuten wurde nach der Abstimmung in der HLZ 20 vorgeworfen, sie verteilten nicht die Meinung ihrer Dienststelle, sie setzten sich über „Grundlagen der DGB-Politik hinweg“, sie hätten „gewerkschaftsfremde Gesichtspunkte den eigentlichen Gewerkschaftsinteressen vorgezogen“ usw.

Nach dem für Juni 74 geplanten Unvereinbarkeitsbeschuß für die gesamte GEW wird der Vorstand dann die „Jagde“ Möglichkeit haben, solche „uneinsichtigen“ Mitglieder ohne Verfahren aus der Gewerkschaft auszuschalten. Von diesem Beschuß darf sich die GEW-Führung einigen Einschüchterungseffekt versprechen: Denn selbstverständlich bedeutet in diesem Fall jeder Gewerkschaftsausschluß unmittelbar den Verlust des Arbeitsplatzes.

## Ziele der Gewerkschaftsführer

Selbstverständlich ist das Ziel aller Maßnahmen der letzten zwölf Monate nicht nur die Ausschaltung der linken Opposition. Auch hier sind ganz deutlich langfristige Interessen erkennbar. Zum ersten geht es darum, die GEW als Partner des Staates bei der Durchführung einer reaktionären Bildungspolitik zu erhalten. So wie die GEW bisher ein Berufsvorbereitungsgesetz, das Schulverfassungsgesetz, die Stufenlehrerausbildung usw. usw. grundsätzlich, wenn auch „kritisch“ begrüßt hat, soll sie auch zukünftig möglichst viele politische und materielle Angriffe des Staates mittragen und durchsetzen helfen.

Zum zweiten soll die GEW ihren Charakter auch im Selbstverständnis ihrer Mitglieder verändern: An die Stelle der „Interessenvertretung in der Bildungspolitik“ soll ein Kampfverband für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ treten.

Um diese Ziele zu erreichen, wird die GEW-Führung auch nicht vor Massenausschüssen und Spaltung der Gewerkschaft zurückschrecken. Beispiele dafür gibt es bereits im Landesverband Bremen und Ortsverband Marburg.

Wer gegenüber dieser Politik zurückweicht, freiwillig auf demokratische Rechte in der Gewerkschaft verzichtet, der nutzt unmittelbar diesen Zielen. Genau dieses kampflose „Flagge einholen“ ist die beabsichtigte Wirkung aller Vorstandsmaßnahmen der letzten Zeit.

Blindkommission des KB-Gruppe Hamburg

## Hamburger Senat dankt den USA für „Stadt-sanierung“



Der Hamburger Senat hat sich in den USA für die Bombenbedankt, durch die Hamburg im 2. Weltkrieg in Schutt und Asche gelegt wurde. Das geht aus einem Artikel der „Chicago Tribune“ vom 19. November letzten Jahres hervor, der zu einem bevorstehenden Besuch des SPD-Wirtschaftssenators Kern in den USA veröffentlicht wurde. In diesem Artikel heißt es u.a.:

Am Ende des 2. Weltkriegs waren 80 Prozent des großen Hafens zerstört. Ähnlich wie im Ruhrgebiet, erwies sich die großflächige Zerstörung alter Anlagen aber als wohlwollend für die Wirtschaft und gab Deutschland einen Vorsprung vor seinen Konkurrenten.

„Durch die Bombardierungen zerstörten die Alliierten veraltete Anlagen völlig kostenlos“, sagte ein offizieller Vertreter der Stadt. „Das ist der Grund, warum Hamburg heute so moderne Hafenanlagen hat.“ Der Beamte erinnerte daran, daß man vor einigen Jahren, als der neue Afrika-Terminal gebaut wurde, 600.000 Dollar für den Abriss von drei alten Schuppen ausgeben mußte. Nach dem Krieg wurden demgegenüber nur Bulldozer benötigt, um den Boden einzuheben.

Wer diesem „Beamten“ ist, der solcherart Erklärungen in den USA abgegeben hat, wird nicht genannt. Da der Artikel aber der Vorbereitung des Besuchs von Wirtschaftssenator Kern

gewidmet war, kann man annehmen, daß es sich dabei um Erklärungen ohne nicht unbedeutenden Figur des städtischen Regierungsapparats handelt.

Den Imperialisten und ihren Politikern – auch denen von der SPD – ist die massenhafte Ermordung von Menschen und die Zerstörung des von den Arbeitern geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums noch nie peinlich gewesen, wenn dies der Aufrechterhaltung oder Expansion ihrer Herrschaft diente: Der Profit der Reichen geht über Krieg und Leichen. Was die SPD betrifft, hat sie sich mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 unwiderruflich zum imperialistischen Massenmord bekannt – und diese blutige Fahne seitdem ergeben hochgehalten.

Wenn die bürgerliche Presse sich heute wieder über bewaffnete Terroraktionen palästinensischer Freiheitskämpfer und der „Linksradi- kalen“ überhaupt heiser schreit, dann sollte die Arbeiterklasse sich wieder an den wirklichen Massenmord seiner Feinde erinnern – und daran, wie dieser nachträglich (und voraus- blickend!) von den bürgerlichen Politikern als „nützlich“ gerechtfertigt wird.

Die englischen und amerikanischen Flächenbombardierungen auf deutsche Städte (darunter auch Hamburg), worüber der Hamburger „Be- amte“ in der „Chicago Tribune“ zi-

tiert wird, haben nicht „nur“ Gebäude und (alte) wirtschaftliche Anlagen in Schutt und Asche gelegt, sondern viele Tausend – Zehntausende und Hunderttausende – Menschen umgebracht. In Hamburg hieß das: 30.000 Tote, 40.000 Verletzte, 900.000 Obdachlose und Vermisste, Zerstörung von 24 Krankenhäusern und 280 Schulen. Gerade die Flächenbombardements wirkten sich besonders verheerend aus, weil sie riesige Flächenbrände – zur Folge hatten.

Nicht die bloße Zerstörung der militärischen Kraft des Nazi-Regimes war hier das Ziel der Westalliierten, sondern die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu stand übrigens die Kriegsführung seitens der damaligen sowjetischen Führung, die nicht mit Massenbombardierungen gegen die deutsche Volk operierte, sondern die sich tatsächlich auf die Beseitigung des faschistischen Nazi-Staates „beschränkte“.

Die Kriege der Imperialisten untereinander (wie der 2. Weltkrieg) unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von ihrer Kriegsführung gegen die Länder der „Dritten Welt“ und die dortigen Befreiungsbewegungen. In Vietnam hat die US-Imperialismus die „Strategie der verbrannten Erde“, den systematischen Völkermord, al-

lerdings mit Hilfe einer inzwischen viel weiter entwickelten Technologie noch um einiges brutaler praktiziert.

Dienigen, die den erreichten Stand des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in unserem Land, die „Modernisierung“ der Hamburger Hafenanlagen usw. mit den Flächenbombardierungen im 2. Weltkrieg begründen (und sich dafür bei den USA bedanken), gehören zweifellos zu den widerwärtigsten Bannerträgern der imperialistischen Herrschaft. Sie werden mit den gleichen (und mit anderen) Argumenten auch einen zukünftigen Krieg vorbereiten und der Arbeiterklasse dann auch noch zynisch für ihre Vaterlandsliebe und ihren Opfermut einen „höheren Lebensstandard“ versprechen.

Die deutsche (und insbesondere die westdeutsche) Arbeiterklasse hat durch den 2. Weltkrieg nichts gewonnen, sondern hat ihn mit ihrem eigenen Blut bezahlen müssen. Das wird ihr wieder so gehen, wenn sie dem kriegstreibenden Imperialismus im eigenen Land nicht vorher gründlich das Handwerk legt. Die Arbeiterklasse wird dazu auch einen Krieg führen müssen: einen Krieg gegen die Kapitalisten und ihren Staat. Das ist der einzige Krieg, der vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gerecht ist und sich für sie durch die Erringung ihrer eigenen Herrschaft bezahlt machen wird.



## Stade: Faschisten gehen mit "linker" Tarnung auf Schülerfang

Der "Republikanische Schülerbund" (RSB) in der nordniedersächsischen Kleinstadt Stade verteilte kürzlich ein vierteljähriges Blatt vor den Schulen, sein "Demokratischer Anzeiger" Nr. 2/74.

Drei der Seiten sind der „Ökrisis“ und der Situation im Nahen Osten gewidmet, mit Überschriften wie: „Ökrisis – die wahren Hintergründe“, „Die Wahrheit über die zionistische Mafia“, „Israels Rolle in der imperialistischen Globalstrategie“ und „Die Regierung (die SPD/FDP-Regierung) ist arbeiterfeindlich!“. Eine „fortschrittliche Sache“, könnte man meinen, wenn man dann auch noch die Parole auf Seite 2 liest: „Kampf den Unterdrückern – Freiheit den Völkern – Nieder mit den Imperialisten aller Länder!“. Und auch im Text finden sich solche Stellen: es heißt dort, daß „die Reaktionen aller Spätkolonien den Arabern die Schuld“ geben. Und weiter über die Reaktionen:

„Sie fesseln von einer moralischen Verpflichtung gegenüber Israel, wie z.B. Herr Springer, der so schon emotional dazeln kann, wenn es um seine zionistischen Burenfreunde geht. – Diese Typen wollen verschleiern, daß der Staat Israel nur unter verbrecherischer Vertreibung der eingewanderten arabischen Bevölkerung zustande kam. Wollen vertuschen, daß die Israelis den arabischen Flüchtlingen die Rückkehr zu Haus und Hof verweigern – obwohl die Volkswirtschaften der angrenzenden arabischen Staaten nicht in der Lage waren, die Vertriebenen zu integrieren.“

Die Pro-Zionisten versuchen jenen Staat mit einem verbotenen Heiligenschein, dessen Existenz nichts „Unheiliges“ ist als imperialistische Aggression. Sie bejubeln die Idee des Zionismus, die in ihrer Praxis lupenreiner FASCHISMUS ist – der schmutzige Aufzug einer Ungeheueren Gewalt.

Abgesehen von der irreführenden

und falschen „Definition“, daß der Faschismus nur eine „Gewaltlehre“ sei (der Faschismus ist die offene, terroristische Herrschaftsform der Bourgeoisie), handelt es sich hier doch um eine „richtige Auffassung“, und man könnte das ganze für „sozialistisches Gedankengut“ halten, oder?

Das „oder“ ist nur alzu berechtigt. Wenn man sich „die andere Seite“ dieser Zeitung anschaut, dann fängt es nämlich an, aus der ganz rechten Ecke zu stinken. Da ist zum einen „als Gegensatz zu der pro-zionistischen Hetzkampagne der Meinungsfabrik“ ein „Interview mit einem Ölscheich“ (!), und zwar mit Sheikh M. Bin Mubarak al Khalifa, dem Außenminister des Inselstaates Bahrain im arabischen Golf. Den „Gegensatz zur pro-zionistischen Hetzkampagne“ ausgerechnet durch den Mund eines „Ölscheich“ formulieren zu lassen, deutet schon auf ganz andere als fortschrittliche Absichten hin.

Noch dazu handelt es sich ausgerechnet um den Außenminister von Bahrain, d.h. den Vertreter eines völlig vom US-Imperialismus abhängigen Regimes: Die USA unterhalten auf der Insel Bahrain u.a. einen Marinestützpunkt gegen die Befreiungsbewegungen am Arabischen Golf.

Entsprechend ist auch, was dieser Imperialistknecht in dem Interview zu sagen hat: Er beklagt sich darüber, daß „der Westen“ den Scheichthümern nicht genug hilft, und lügt dann:

„Die einzigen, die uns helfen, sind die Russen, leider! Die sind auch die einzigen, die an diesem Krieg gewinnen. Nicht die Araber, nicht die Israelis, nicht Amerika und nicht Europa!“

Die Sache ist klar: Das ganze geht in Richtung „Russenschreck“. Eine ausgemachte faschistische Demagogie, die freilich zwecks besserer „Tiefenwirkung“ in eine „Anklage“ gegen „Amerika und Holland“ eingearbeitet wird, „weil sie Israels Aggression

aktiv unterstützen“. Letztlich kommt dabei nur ein verschärfter Hinweis auf die Gefahr „der Russen“ heraus, weil „der Westen“ offenbar so blind ist, daß er nicht sieht, daß „die Russen“ die „einzigen (sind), die an diesem Krieg gewinnen“.

Die letzte Seite dieses Blattes zeigt dann unverhüllt, wen der RSB und sein „Demokratischer Anzeiger“ sich zum Hauptgegner ausgesucht haben: die Kommunisten. Unter der Maske von Vertretern eines sogenannten „revolutionär-antimperialistischen Befreiungssozialismus“ liefern sie mit faschistischer Demagogie gegen Kommunisten, die sie als „Vertreter des Scheinsozialismus, der radikalen und unhumanitären Form des Kapitalismus“, als „Totengräber des wahren Sozialismus“ und ähnliches mehr titulieren.

„Sie reden mit Marx- und Engelszungen, aber nicht in der Sprache des Volkes, weil sie nicht das Volksinteresse vertreten. Sie reden von der Macht des Kapitals, aber ihr Geld fließt aus Villen und komfortablen Datschen. Sie reden von Sozialismus und meinen damit nur ihr eigenes Funktionsdröppchen. ... Ihr Leitbild ist ein Utopia, ein unwahrscheinlich alter Knacker aus dem Biedermeier namens Karl Marx – auch so ein Typ, der sich sein ganzes Leben lang mit alten Büchern abgeschleppt und hinter dem Schreibtisch gehockt hat...“ usw.

Und schließlich der Aufruf zur aktiven Kommunistenjagd:

„Jetzt gilt es Schluss zu machen! Jetzt müssen die Neuen auch vorn! ...Kämpft gegen die Totengräber des wahren Sozialismus! Schlacht sie, solange sie Euch nicht die Hände binden!“

Was ist dieser RSB und wer steckt dahinter?

Ende März letzten Jahres wurde er gegründet. Kurze Zeit später trat er zum ersten Mal mit einer Veran-

staltung an die Stader Schüler-Öffentlichkeit: Gemeinsam mit den „Jungen Nationaldemokraten“, der Jugendorganisation der NPD. Referent auf dieser Veranstaltung war B. C. Wintz, Herausgeber der faschistischen Zeitschrift „Mut“. Namhafte Faschisten wie Jürgen Rieger aus Hamburg („Aktion Oder-Neiße“, CSU-Freundeskreis, Verfasser der rassistischen Broschüre „Rasse – ein Problem auch für uns“) und Heiko Oetker (JN-Vorsitzender vom Schleswig-Holstein) kümmern sich um die ideologische Aufpöpelung der RSBler (im AK Nr. 30 vom Juli 73 wurde bereits einmal darüber berichtet). Bisher hat der RSB (er ist zumindest teilweise direkt mit den JN in Stade personell identisch) meistens Material aus dem „Mut“-Verlag vor den Schulen verteilt; kürzlich noch eine Zeitung mit dem unverhüllten Namen „Antikommunist“.

Die Sache ist keineswegs deswegen leicht zu nehmen, weil es sich beim RSB „nur“ um eine kleine lokale Schülergruppe in einer Kleinstadt handelt, von der viele vielleicht nichts weiter als den Namen kennen. Einmal zeigt sich, daß hier mehr hintersteht, nämlich eine national organisierte faschistische Organisation, die JN. Zum andern, und das halten wir dabei für das wichtigste, wird hier ein Muster faschistischen Rattenfängertums entwickelt, mit dem unserer Einschätzung in Zukunft häufiger auch in anderen Orten zu rechnen sein wird (und es gibt ja auch heute schon derartiges nicht nur in Stade): faschistische „Basissarbeit“ unter dem Tarnmantel irgendeines besonderen Sozialismus („Befreiungssozialismus“ beim RSB, „Europäischer Sozialismus“ bei der „Aktion Neue Rechte“ (ANR)), – und früher hieß es „Nationalsozialismus“ unter Hitler.

Der Grund, daß die Faschisten zu derartigen Tarnnamen greifen, ist folgender: Erstens knüpfen sie damit demagogisch an antikapitalistische Strömungen an, im Falle des RSB unter den Schülern, die noch weit-

gehend in einer dumpfen und politisch unklaren Ablehnung einiger offensichtlich „Ungerechtigkeiten“ des Kapitalismus ihren Ausdruck finden. Die Faschisten finden auf diese Weise Gehör, ohne daß viele deren wahre Absichten durchschauen, finden schließlich auch Gefolgsleute, aus denen sie dann nach eingehender ideologischer Bearbeitung mit rassistischen, antikommunistischen und militaristischen Wahnideen schließlich ihre gegen die Arbeiterklasse gerichteten Stößtruppen zusammenformieren. Zweitens benutzen sie diese Tarnung, um Verwirrung zu stiften und allerlei Provokationen vorzubereiten und durchzuführen, die dann zum Vorwand für eine Verfolgungsjagd der Linken direkt durch den Staat dienen. Hierfür hat uns besonders die politische Entwicklung in Italien in den letzten Jahren eine Fülle von Beispielen geliefert (siehe dazu z.B. unsere Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien“ in unserer Zeitschriftenreihe UNSER WEG). Aber auch in unserm Land hat es solche Beispiele schon gegeben: Etwa die sogenannte „Europäische Befreiungsfront“, eine faschistische Organisation, die Waffenlager angelegt hatte (hat?) und seinerzeit von der Bourgeoisie in Verbindung mit der RAF (sog. Bader-Meinhold-Gruppe) gebracht wurde.

Die Aufgabe, die hier an uns gestellt ist, hat zwei Seiten: Zum einen müssen wir durch unsere Agitation und Propaganda nach besten Kräften dafür sorgen, daß möglichst wenig Menschen, die mit der bestehenden kapitalistischen Ordnung unzufrieden sind, sich durch die pseudo-sozialistischen Phrasen solcher faschistischer Gruppen täuschen lassen und ihnen nicht auf den Leim gehen. Zum anderen ist es unsere Pflicht, den Provokationen der Faschisten (wie immer sie sich heute noch vermannen mögen) in der Praxis unbeirrt entgegenzutreten. Ein Beispiel dafür ist die im ARBEITERKAMPF Nr. 37 (Dezember 1973) beschriebene Verhinderung einer Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ in der Schleswig-Holsteinischen Kleinstadt Reinbek durch eine antifaschistische Aktionseinheit.

## Redaktionelle Erklärung

Unter der Überschrift „Ein Clown schmilzt ab“ berichteten wir in AK 30 (Juli 73) von einem provokatorischen anti-chinesischen Flugblatt, das unter dem Namen von Günter Ackermann, Duisburg (früher Köln) verschickt worden war.

G.A. war 1967 Mitbegründer einer sogenannten „Freien Sozialistischen Partei“, die sich später noch den Beinamen „ML“ gab, und deren objektive Funktion es war, den Marxismus-Leninismus und die Kommunistische Partei lichterlich zu machen. Faden Reformismus verband sie mit inhaltlosem Krakel.

Einige Stichworte aus dem „Grundrissprogramm“ der „FSP“ („ML“): „Die Freie Sozialistische Partei steht auf dem Boden der Verfassung aus dem Jahre 1949“, „Aufsichtsratsvergütungen sind nach Abzug einer Unkostenpauschale einem von der Gewerkschaft oder der FSP (!) zu errichtenden Kampffonds zur Verfügung zu stellen“, „Der sträflichen Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung muß durch großzügige Investitionen Einhalt geboten werden“, „MARX und ENGELS haben wiederholt festgestellt, daß in hochindustrialisierten Staaten die Arbeiterklasse auf friedlichem Weg die politische Macht erobern kann. Das ist auch unsere Auffassung...“ usw.

1968 war G.A. Gründungsmitglied der „KPD/ML“, das die Erbe der sich selbst auflösenden „FSP“ („ML“) entriet. In der „KPD/ML“ hatte G.A. verschiedene Führungspositionen inne; Ende 1971 wurde er ausgeschlossen.

In der westeuropäischen „ML“-Bewegung gibt es zahlreiche Beispiele, wo besonders „irrevolutionsäre“ Schreihäse sich als Provokateure, Kar-

rieristen oder/und clevere Geschäftsklässe entpuppten: J. Grippa, Chef der 1963 gegründeten belgischen „ML“-Partei, begann im Herbst 1967, Sturm gegen die Kulturrevolution und Mao Tse-tung zu laufen und gründete eine neue Partei. Die erste englische „ML“-Partei MLOB (an deren Gründungskongreß im September 67 G.A. übrigens als „Gastdelegierter“ teilnahm) ging Anfang 68 auf anti-chinesischen Kurs. Die Schweizer „ML“-Partei FPS griff 1968 nicht nur Mao Tse-tung an, sondern leistete sich auch antisemitische Provokationen („Lin Biao steht im Solde der Juden und Mao, der ein wahres Genie war, ist heute nur ein einfaches Opfer“).

In diesem Zusammenhang also ordneten wir zunächst auch das unter dem Namen von G.A. im letzten Jahr verbreitete anti-chinesische Flugblatt ein. G.A. hat jedoch inzwischen erklärt, nicht der Verfasser dieses Flugblattes zu sein. Wir halten die für uns zunächst selbstverständliche Behauptung, daß G.A. der Verfasser des Flugblattes sei, daher nicht mehr aufrecht. Ein ähnliches Pamphlet soll inzwischen unter dem Namen des KBW aufgetaucht sein, und dies macht ein direktes Einwirken des „Verfassungsschutzes“ oder ähnlicher Stellen wahrscheinlich, die möglicherweise auch dem durch seine bewagte Vergangenheit gekennzeichneten G.A. „einen bösen Streich gespielt“ haben, indem sie unter seinem Namen ein gefälschtes Flugblatt verschickten.

Unabhängig davon ist in dem Artikel „Ein Clown schmilzt ab“ auch politische Kritik geübt worden.

Ein Kritikpunkt war, daß der Artikel zu sehr auf „Agenten-story“ abgestellt war, statt die objektive Funktion klarzumachen, die eine sol-

che Politik hat, wie sie die Ackermann, Aust & Co. zum Schaden der Arbeiterklasse trieben oder noch treiben. Diese Kritik halten wir für berechtigt.

Eine andere Kritik lautete, man müsse „sich mit der KPD/ML politisch auseinandersetzen“ und „nicht auf dieser Ebene“. Diese Meinung halten wir für falsch. Denn die Führer der „KPD/ML“ machen nicht nur irgend eine falsche Politik, sondern funktionieren objektiv als agents provocateurs der Bourgeoisie, indem sie den Marxismus-Leninismus und den Namen der Kommunistischen Partei in den Dreck ziehen. Selbst dort, wo sie grundsätzlich richtige Positionen vertreten (z. B. im Kampf gegen den Sowjetrevisionismus oder in der Propaganda der RGO), tun sie das in so wahnwitziger Form, daß sie die richtige Politik diskreditieren und damit den Revisionisten, Reformisten etc. Munition für ihren Generalangriff gegen links zutragen.

Außerdem ist es angesichts der ständigen marktschreierischen Selbstpreisungen der „KPD/ML“-Führer, daß die „KPD/ML“, von den Besten (!) der deutschen Arbeiterklasse“ gegründet worden sei, immer wieder notwendig aufzuzeigen, aus welchem Sumpf die „KPD/ML“ tatsächlich hervorgegangen ist.

Dies heißt nicht, daß wir uns mit der „KPD/ML“ nicht auch „politisch auseinandersetzen“ müssen, solange es ihr noch gelingt, auch nur einen ehrlichen Schüler, Lehrling oder gar Arbeiter irrt zu führen. Zugleich muß aber in aller Schärfe die objektive Funktion der „KPD/ML“ aufgezeigt werden. Und es ist auch keineswegs unwichtig (wie manche Genossen vielleicht meinen) zu erkennen, in welcher starkem Maß die westeuropäische „ML“-Bewegung in ihren Anfängen ein Tummelplatz für Karrieristen, Vereinsmeier, Glücksritter und agents provocateurs gewesen ist und welcher Schaden dadurch verursacht wurde.

## Zwei Urteile – zweierlei „Recht“

Die Justiz in der BRD ist Klassenjustiz. Nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit von dem Gesetz gibt. Die Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen der Bourgeoisie bestimmen das „Recht“. Für die Ungleichheit vor dem Gesetz hier zwei Beispiele:

1. Fall: Ein 48-jähriger Kraftfahrer war im Hamburger Stadtteil Billstedt von einer Polizeistreife angehalten worden – nach einem Verkehrsunfall, an dem nicht er, sondern zwei andere Kraftfahrzeuge beteiligt waren. Der Mann machte daraufhin seinem Ärger Luft, indem er auf die Polizisten und auf den „Bullen- und Knüppelstaat“ schimpfte.

Der Kraftfahrer bekam eine Strafanzeige „wegen Verunglimpfung unserer Regierung und wegen Beleidigung der Polizisten“. Beim Prozeß, der im Januar stattfand, beantragte der Staatsanwalt 600 DM Geldstrafe. Das war jedoch dem Richter, Harm Beyer, längst nicht genug. „Im Namen des Volkes“ verurteilte er den Auto-

tern, wie sich dann herausstellte. Als die Polizisten den Mann unhöflich behandelten, kam es zu einem Wortgefecht zwischen den Polizisten und drei Bekannten des Mannes. Obwohl eingestanden worden, daß von den dreien keiner irgendwie handgreiflich wurde, begannen die Polizisten plötzlich wie wild mit dem Gummi-Knüppel auf sie einzuprügeln.

Das Urteil gegen die Prügel-Polizisten sah dann so aus: 500 DM Geldstrafe für den einen, 1.000 DM für den anderen – die sie wahrscheinlich nicht einmal selbst zu zahlen brauchen, da sich in so einem Fall immer ein reicher Gönner finden dürfte, dem die Pflege politischen Brauchtums ein par Mark wert ist.

Daß die Polizisten in diesem Fall überhaupt verurteilt wurden – während in ähnlichen Fällen meist Freispruch der Schläger in Uniform erfolgt – ist möglicherweise dem Umstand zuzuschreiben, daß der angehaltene Autofahrer ein Student ist



fahrer zu sechs Monaten Freiheitsstrafe – mit Bewährung – und zur Zahlung einer „Buße“ von 1.000 DM. Beyer sagte dazu u.a.: „Durch Leute wie Sie lassen wir unsere Polizei nicht in den Dreck ziehen. Wir lassen es uns nicht gefallen, daß unser Staat mit seinen freiheitlichen Grundwerten beschmutzt wird. Er soll bestehen bleiben. Deswegen ist die Strafe bewußt hart.“

2. Fall: Im Hamburger Stadtteil Eppendorf wird ein Autofahrer von Polizisten angehalten, um „ins Köhchen zu pusten“ (er war völlig nich-

und auch die Verprügelten Akademiker sind.

Der Vergleich beider Urteile zeigt erneut, während auf der einen Seite immer härter bestraft wird, was einen Polizisten nur schwach anzusehen wagt, werden andererseits Polizisten, die im Dienst „engleiseln“, bewußt milde „bestraft“.

Der bürgerliche Staat, der sich eine willige Tross-Truppe heranziehen möchte, muß dazu seinen Leuten das Gefühl geben, daß er in jedem Fall hinter ihnen steht und ihre Handlungen deckt.



## Wer im Glashaus sitzt...

DKP drängt auf Verbot der „KPD“

Die bürgerliche Justiz hat durch einen am 10. Januar veröffentlichten Beschluss des Bundesgerichtshofes anerkannt, daß die „KPD“ (Rote Fahne) eine Partei im Sinn des bürgerlichen Rechts ist. Die „KPD“ steht damit formal im Schutz des bürgerlichen Parteienrechts, kann nicht ohne weiteres angegriffen werden (wie etwa im Mai 73 der Polizei-Überfall auf die Büros der „KPD“), und kann nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden.

Übrigens wurde der „KPD/ML“ („Roter Morgen“) bereits im November 1969 vom Verwaltungsgericht Köln bestätigt, „daß es sich bei der Antragstellerin um eine durch Art. 21 GG privilegierte Partei handelt. Sie ist auch nicht als verbotene Ersatzorganisation der ehemaligen KPD anzusehen...“

Scharf angegriffen wurde das Urteil des Bundesgerichtshofes von der CDU/CSU und von der DKP, die damit wieder einmal ihren politischen Standort dokumentierte.

In der „UZ“ der DKP vom 12. Januar heißt es: „Staatsorgane leisten Provokationen Hilfe“. „Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes macht das Zusammenspiel der politischen Gruppen von Provokateuren und Staatsorganen deutlich. Die DKP brandmarkt den Schritt.“

Schon nach der Polizei-Aktion gegen die „KPD“ im Mai 73 hatte die „UZ“ geschrieben: „CDU-Führung stellt sich schützend vor Choten.“ („UZ“ vom 18. Mai). Und der Bundesvorstand des MSB (Studentenorganisation der DKP) gab die schweigsame Erklärung ab, von der Polizei-Aktion gegen die „KPD“ seien „Kommunisten und andere demokratische Kräfte nicht unmittelbar betroffen.“

Es ist deutlich: Die DKP-Führer geht es nicht schnell genug mit dem Verbot der „KPD“!

Die DKP selbst ist natürlich schon längst als „Partei“ im Sinn des bürgerlichen Rechts von der Bourgeoisie anerkannt, und sie gleicht mit ihrem

demagogischen Geistes gegen die „KPD“ denjenigen, der im Glashaus sitzt und mit Steinen wirft.

Aber mehr noch: der Gründung der DKP 1968 ging ein heftiges Drängen der Bourgeoisie zu diesem Schritt voraus: „Ich bin sehr dafür, daß es bei uns in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei gibt“, sagte Willy Brandt, damals noch Außenminister der Großen Koalition (Bld, 11. November 67). Diese Auffassung wurde in einer regierungsmäßigen Mitteilung, unterzeichnet vom damaligen Bundeskanzler Kiesinger, von Brandt und Innenminister Lübke (CDU), am 27.11.67 bestätigt. May Reimann und andere Führer der seit 1956 verbotenen KPD wandten sich zunächst gegen eine Neugründung („nicht diskutabel“, sagte der KPD-Vorsitzende Max Reimann laut „Frankfurter Rundschau“ vom 25.10.67 zu solchen Angeboten), gaben dann aber doch nach.

Im Herbst 1968 gaben sie nach einer geheimen Unterredung mit dem damaligen Justizminister Heineemann die Gründung der DKP bekannt: das Gespräch mit Heineemann hatte die Funktion, festzulegen, in welchem Rahmen die Bourgeoisie die Tätigkeit einer „kommunistischen“ Partei dulden würde.

Noch niemals ist eine „kommunistische“ Partei in einer derartigen Absprache mit dem bürgerlichen Staat gegründet worden wie die DKP. Diese Tatsache können die DKP-Führer auch mit ihrem demagogischen Geschrei über das angebliche „Zusammenspiel“ der „KPD“ mit den Staatsorganen nicht verdecken.

Die DKP-Führer unterstützen die antikomunistische Verbotsstrategie der Bourgeoisie, um die eigenen Reihen antikomunistisch auszurichten und den günstigen Boden für Provokationen (wie z.B. die von der DKP auf mehreren Veranstaltungen inszenierten Prügeleien) zu schaffen, und um sich selbst um den Preis des offenen Verrats von den Verbotsdrohungen „freizukaufen“.

Offizieller Verzicht von DKP auf Verbotsdrohungen „freizukaufen“.

## Wieder Angriff auf die Pressefreiheit

ES SOLL VERBOTEN WERDEN, DIE WAHRHEIT ÜBER DIESEN STAAT ZU SAGEN

Im Februar und März soll vor dem Dortmunder Landgericht ein Prozeß gegen die Genossen Norbert Oswald und Michael Schulte, die ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der „KPD/ML“ - „Rote Fahne“ (inzwischen aufgelöst), stattfinden. Die Anklage lautet auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und auf Verächtlichmachung der BRD.

In der Anklageschrift sind auf 20 Seiten Zitate aus der „Roten Fahne“ zusammengestellt, deren entscheidender Inhalt ist, daß die BRD ein Staat der Kapitalisten ist, wie etwa: „Diese Bonner Demokratie ist eine Demokratie für Kapitalisten und ihre politischen Parteien, sie ist eine Diktatur gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen“, „daß nur die Gewalt eines Millionenheeres von bewaffneten Staatsdienern die Ordnung der Krupp und Thyssen, die Ordnung der Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Massen, die Ordnung der Ausbeutung von Millionen und des Schwarzmarktes von wenigen, die Ordnung von Krisen und Kriegen aufrecht erhält“, „Das Volk ist nicht der Herrscher, sondern das Kapital“, „Solange dieser Ausbeutestaat existiert, wird er mit allen Mitteln versuchen, seinen Untergang mit Mord und Terror zu verzögern. Dazu braucht er die staatlich bezahlten Killer“.

Diese Aussagen über das Wesen des bürgerlichen Staates sollen als „Verächtlichmachung der BRD“ kriminalisiert werden.

Und mehr noch: Auf der Anklage der „Verächtlichmachung“ baut sich zugleich der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“ auf. In der Anklageschrift heißt es dazu: „Bei der Gruppe

KPD/ML-KF handelt es sich um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB. Ein wesentlicher Zweck der Vereinigung besteht darin, durch entsprechende publizistische Tätigkeit die BRD bzw. ihre verfassungsmäßige Ordnung in verfassungswidrlicher Absicht zu beschimpfen und böswillig verächtlich zu machen, also Straftaten im Sinne des § 90 a StGB zu begehen.“

Es ist offensichtlich, daß dies nicht nur auf die Pressefreiheit zielt, sondern auch auf die Organisationsfreiheit. Kommunisten bekämpfen selbstverständlich den bürgerlichen Staat, also sollen sie für „kriminell“ erklärt werden. Die Bourgeoisie hat offenbar eingesehen, daß die Kommunisten sich nicht auf politische Abenteuer und Provokationen im „Bader-Meinhof“ einlassen (was für die Bourgeoisie am bequemsten wäre). So soll jetzt kommunistische Politik prinzipiell für „kriminell“ erklärt werden, weil sie sich gegen den bürgerlichen Staat richtet, und auf dieser Basis soll der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“ konstruiert werden.

Nicht ungeschickt hat sich die Bourgeoisie für dieses Exemplar gerade den politischen Leichnam der „KPD/ML“ - „Rote Fahne“ ausgesucht, um so die demokratische Mobilisierung gegen diesen Prozeß von vornherein möglichst gering zu halten.

Die „Rote Hilfe“ Bochum hat zum Prozeß gegen die Genossen Oswald und Schulte eine ausführliche Broschüre herausgegeben. Darin wird gezeigt, welche Zitate die Anklageschrift im Einzelnen kriminalisieren will, was das Ziel des Prozesses ist (Verbot marxistischer Aufklärung in den Tages-

kämpfen, „Revolutionstimmung“ soll verhindert werden, keine Meinungsfreiheit für Kommunisten, Aufhebung der Organisationsfreiheit, Zerstörung der Solidarität). Die Broschüre geht auch auf die historische Herkunft der §§ 129 („kriminelle Vereinigung“) und 90 a („Verächtlichmachung des Staates“) näher ein.

Die „Rote Hilfe“ Bochum fordert „alle fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen und Einzelpersonen auf, sich in einem Aktionsbündnis gegen die Kommunistenprozesse in Dortmund zusammenzuschließen. Dies Bündnis soll sich folgende Aufgaben stellen:

— massenhafte Aufklärung über die Prozesse und die ihnen zugrunde liegende politische Unterdrückung vor allem der Arbeiterklasse

— Kampf für Einstellung der Verfahren oder Freispruch der Genossen und ihre tatkräftige Unterstützung im Prozeß

— materielle Hilfe für die Angeklagten

— gemeinsame Diskussion über das Wesen der politischen Unterdrückung und ihre Ursachen in unserem Land und für den Aufbau einer starken Solidaritätsfront gegen alle Formen der politischen Unterdrückung.“

Die erwähnte Broschüre ist erhältlich bei „Rote Hilfe“ Bochum, über Politische Buchhandlung, 463 Bochum, Overbergstr. 5 (Preis der Broschüre: DM 1,50).

Die „Rote Hilfe“ Bochum hat für die angeklagten Genossen folgendes Spendenkonto eingerichtet: Stadtsparkasse Bochum, 800 621, Roggall, Stichwort: Oswald/Schulte.

anerkannt, und sie gleicht mit ihrem

Hamburg-Bergedorf:

## DKP und politische Auseinandersetzung

Im Artikel „DKP-Schläger“ (siehe AK 35/5. 24) enthalten wir einige Methoden Hamburger DKP-Führer, auf ihren Veranstaltungen politische Auseinandersetzungen mit Positionen des KB zu verhindern.

Die Schikaren einiger DKP'ler auf einer „Chile-Veranstaltung“ der DKP in Hamburg-Bergedorf, nahm auch der dortige OJA (Ortsjugend-Ausschuß) der IGM zum Anlaß einer scharfen Kritik gegen die DKP. Der OJA war Mitveranstalter dieser Veranstaltung gewesen und verschiedene seiner Mitglieder konnten sich auf der Veranstaltung selbst vom Geschehen überzeugen.

In einem „offenen Brief“ „an die Genossen der DKP“ kritisierte der OJA „mit Empörung“ das Verhalten der DKP. „Die DKP kann wohl nur noch mit Fäusten Meinungsverhältnisse mit anderen sozialistischen Gruppen austragen.“ Der OJA wies dann auf die Notwendigkeit der offenen Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung hin, die der DKP aber offenbar unerwünscht ist etc. Mit folgender Bemerkung schließt der „offene Brief“:

„Wir stellen zum Schluß noch fest, daß wir unter diesen Umständen in Zukunft keine gemeinsamen Veranstaltungen mehr mit der DKP durchführen werden.“

Eine Kritik von dieser Richtung mußte für die Bergedorfer DKP-Oberen besonders heftig und unangenehm sein. War es doch in Bergedorf schon seit langem Praxis, „gemeinsam mit der Gewerkschaftsleitung“ aufzutreten. Zu gern hatten sich die DKP-Führer bisher mit dem OJA „geschmückt“.

Interessant ist nun, wie die DKP auf diese Kritik reagiert hat. Nach außen hin wurde der „offene Brief“ einfach ignoriert. Nach innen hin — besonders gegenüber solchen DKP/SDAJ-Mitgliedern, die der Veranstaltung nicht selbst als Augenzeugen beigewohnt hatten — wurde eine manövierte „Tatsachen“-Darstellung der Vorgänge erstellt und die Mit-

glieder darauf vereinheitlicht. Danach hätten „KB-Leute provoziert“ und schließlich sogar den „Genossen Banchemo tödlich angegriffen“ (Banchemo ist ZK-Mitglied der chilenischen revisionistischen KP). Tatsächlich wurden von unserer Seite seinerzeit einige Fragen an Banchemo gestellt, die dieser aber nicht mehr beantwortete, weil inzwischen das DKP-Schläger-Kommando jede weitere Diskussion unmöglich machte.

Die Darstellung der Vorgänge durch die DKP-Führer war dann wiederum Grundlage für einen organisations-internen Beschluß der Bergedorfer DKP, wonach alle ihnen bekannten KB-Genossen generelles Verbot haben, noch irgendwelche DKP-Veranstaltungen zu besuchen. Dieses Verbot für KB-Genossen soll mit Hilfe von Polizei, oder gegebenenfalls mit „körperlichen Einsätzen“ (Schlägereien) durchgesetzt werden. Die Mitglieder des Bergedorfer OJA sind offenbar inzwischen in die organisationsinterne antikomunistische Hetze der DKP (Choten etc.) einbezogen worden, wie man verschiedene Äußerungen entnehmen kann.

So pöbelte Alfred Dreckmann (Bergedorfer DKP-Führer, Landesvorstand, Bürgerschaftskandidat), anlässlich einer „OJA-Veranstaltung“ seiner Partei unsere Genossen an, als diese sich nach einer Reaktion auf die OJA-Kritik erkundigten: „Der DKP ist der OJA schuldig!“

Wenigleich für einen Kommunisten so auch ekelerregend ist, zu sehen, wie tief sich diese angeblich „marxistische Partei“ im Sud des Antikommunismus und der Arbeiterfeindschaft wühlt, mit welcher blöden Methoden gegen die grundlegenden Prinzipien der Arbeiterbewegung (z.B. Prinzip der Ehrlichkeit, Fähigkeit zur Selbstkritik, offene politische Auseinandersetzung etc.) vorgegangen wird, so hat diese Entwicklung doch auch ihre guten Seiten: Isolierung des für die Arbeiterbewegung schädlichen Revisionismus.

Berichtgruppe Bergedorf  
KB/Gruppe Hamburg

Plön/Preetz

## Jusos verlassen SPD

Ende Dezember 1973 trat eine zehnköpfige Gruppe von Jungsozialisten aus der SPD, Kreis Plön (Ostholstein), aus, nachdem sie erkennen mußten, daß sozialistische Politik innerhalb und mit dieser Partei nicht möglich ist. Die Genossen, die sich nunmehr als eigenständige kommunistische Gruppe konstituierten und arbeiten wollten, haben zu ihrem Austritt einen Artikel verfaßt, den sie mehreren kommunistischen Zeitungen zusandten. Wir drucken ihn nachstehend im Wortlaut ab.

Ende Dezember 1973 erklärten sechs Jungsozialisten des Kreises Plön ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Austritt wurde folgendermaßen begründet:

Unter Ausnutzung ihres gewissen Kredits, auf den sich die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei in der Vergangenheit stützen konnte, wurden von der SPD-geführten Regierung seit ihrem Amtsantritt Zug um Zug Maßnahmen getroffen, die zu einem weiteren, ganz tiefen Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte des Volkes und zu einer weiteren Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen geführt haben. Dazu gehören:

- Säuberung des öffentlichen Dienstes von Sozialisten und Kommunisten,
- Illegalisierungsvorkehrungen und Maßnahmen gegen sozialistische und kommunistische Organisationen,
- Programmhetze gegen Ausländer
- Entschärfung rassistischer Emotionen, insbesondere gegenüber den arabischen Völkern,
- Verschärfung der Notstandsgesetzgebung, womit die überdimensionale Verstärkung der Polizei und die Aufhebung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee „legalisiert“ wurden (innere Sicherheit),

- Durchsetzung der Verschlechterung des Lohnniveaus auf der Basis der Lohnleitlinien,
- eine verschärfte Auspöndierung der Werktätigen durch die Ökonomen, gefördert durch die Bundesregierung.

Alles Maßnahmen, die hier nur repräsentativ stehen für einen Kurs, der eindeutig auf erhöhte Ausbeutung und Unterdrückung, auf noch mehr Brutalisierung und Demagogie hinausläuft.

Sind Teile der Werktätigen nicht länger bereit, die Appelle der SPD am „stabilitätskonformes Verhalten“ zu glauben und den Lohnraub weiterhin zu dulden, setzt die SPD den Machtapparat des Staates ein (Streiks bei Ford usw.), um die Interessen des Kapitals zu wahren. Die oben genannten Beispiele zeigen, daß sich bei einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzung die herrschende Klasse zur Wehr setzt und zur Verteidigung des Kapitalismus mit militärischer Gewalt gegen die Bevölkerung vorgehen wird. Die SPD hat in ihrer Geschichte bereits mehrfach gezeigt, auf wessen Seite sie steht und worauf auch ihre gegenwärtige Politik hinausläuft: auf eine noch uneingeschränkte Herrschaft des Kapitals.

Spätestens mit den Vorfällen um das „Lützenburger Papier“, in dem wir den Bundesratskandidaten des Kreises Plön und die Politik der Bundesregierung kritisiert haben, ist deutlich geworden, daß die SPD eine innerparteiliche Kritik, die die Grundlagen des Selbstverständnisses dieser Partei angreift, nicht zuläßt. An der Reaktion auf die Veröffentlichung dieses Papiers sowie der Vorgehensweise des Landesvorstandes (s.u. Verurteilungen in der Presse, Ausschlußbemerkungen gegen zwölf Jungsozialisten) ist einmal mehr klar geworden, daß die sozialdemokratische SPD ihren Anspruch als „linker Lan-

verband, kritische Positionen zu ermöglichen und zu fördern nicht einlösen kann, sondern in entscheidenden Situationen die gleiche reaktionäre Politik wie die Gesamt-SPD vertritt.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß wir unseren anfänglichen Anspruch, sozialistische Politik innerhalb der SPD zu verwirklichen, nicht einlösen konnten.

Wir sind der Meinung, daß man sich über den Charakter der SPD keine Illusionen machen darf; sozialistische und kommunistische Politik ist nur außerhalb der SPD möglich! Ein weiteres Verbleiben fortschrittlicher Kräfte in dieser Partei schafft nur Illusionen und täuscht die Massen über die wirkliche Funktion der SPD als Handlanger des Kapitals.

Eine Alternative kann für uns auch nicht die DKP sein. Sie erzeugt bei den Werktätigen falsche Vorstellungen über den bürgerlichen Staat und über einen friedlichen Übergang zum Sozialismus auf der Grundlage einer vagen in wesentlichen Punkten unmarxistischen Theorie der antimperialistischen Demokratie. Besonders die politische Praxis der DKP innerhalb der Betriebe und der Gewerkschaften zeigt, daß die DKP in angeblicher Verwirklichung ihrer Forderungen nach einem breiten Bündnis mit Sozialdemokraten allzu oft auf die offizielle DGB-Linie einschwenkt.

Eine Partei, die eine Alternative zu den bestehenden politischen Parteien sein könnte, gibt es in der Bundesrepublik heute noch nicht. Diese Partei, die eine eigenständige Klassenpolitik der Arbeiterklasse führt, muß geschaffen werden. Wir werden hier in Preetz ebenso wie zahlreiche andere Gruppen in der BRD am Aufbau dieser Organisation arbeiten.

Eine Gruppe ehemaliger Jungsozialisten



# Sind kurze Haare fortschrittlich?

"KPD/ML" PREDIGT BÜRGERLICHEN IDEALISMUS

Diese Musik- und Tanzformen sind Dangelegt auf Enttarnung. Sie suchen nicht nur, den Riss zwischen jung und alt zu vergrößern, sondern wollen Hemmungslosigkeit verbreiten. Sie bezwecken damit wachsenden Alkoholismus, sexuelle Exzesse, Rauschgiftsucht, Gemütertum, Hippysmus, wachsende Brutalität und die Bildung von Rockerbanden."

Diese eindrucksvolle Schilderung kommt nicht aus einem bayrischen Bierzelt, sondern aus dem "Roten Morgen" der "KPD/ML" vom 21. Juli 73.

Anlaß des Artikels war ein angeblich in Albanien erlassenes Gesetz, das laut dem "Roten Morgen" „modische Einflüsse, wie lange Haare, lange Ketten und Vollbärte bei Männern, Miniröcke, Minibikinis und aufwendige Kleidung bei Frauen und überbetonte Mode wie ausgelegene Hosen, extravagante Frisuren, Aufputzungen und ähnliches" verbietet.

Ob es in Albanien wirklich ein solches Gesetz gibt, ist zweifelhaft. Der "Rote Morgen" selbst veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 1. September 73 den Brief eines Genossen, der in Albanien gewesen ist, und woraus hervorgeht, daß in Albanien in dieser Frage nicht mit Gesetzen, sondern mit Überzeugungsarbeit vorgegangen wird. Dies wäre in einem sozialistischen Land wohl auch das Richtige.

Der Artikel des "Roten Morgen" löste bei den jungen Genossen und Genossinnen der "KPD/ML" offenbar zu große Verwirrung aus, daß der "Rote Morgen" vom 12. Januar 74, noch einmal auf das Thema Bezug nimmt – allerdings nur die alten Gedanken wiederholt, ohne neue Aspekte vorzubringen.

Die Haltung des "Roten Morgen" in dieser Frage geht vom bürgerlichen Idealismus aus und stellt den gesellschaftlichen Zusammenhang auf den Kopf. Denn nur ein bürgerlicher Ide-

alismus kann ernsthaft glauben, daß Erscheinungen wie Alkoholismus, Bildung von Rockerbanden etc. dadurch verursacht werden, daß junge Leute eine bestimmte Musik hören, bestimmte Tänze tanzen, das Haar lang tragen etc. So aber schreibt der "Rote Morgen": "Diese Musik- und Tanzformen... bezwecken wachsenden Alkoholismus, sexuelle Exzesse..." etc.

Vielmehr haben Alkoholismus, Kriminalität, Rauschgiftsucht usw. materielle Ursachen, die in bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen begründet sind. Wenn also z.B. in der Sowjetunion offiziell über zunehmenden Alkoholismus, Bildung von jugendlichen Banden etc. geklagt wird, dann ist die Ursache nicht, daß die Jugendlichen von "westlichen Musik- und Tanzformen" "enthemmt" worden sind, sondern die Ursache liegt in der Rückentwicklung der ehemals sozialistischen Sowjetgesellschaft in Richtung Kapitalismus.

Der "Rote Morgen" verwechselte hier völlig Ursache und Wirkung. Krankheit und Symptom; indem er die Aufmerksamkeit auf Äußerlichkeiten orientiert, lenkt er vom Wesen der Sache ab.

Dies gewinnt besonders Bedeutung durch die Erklärung des "Roten Morgen", daß wir auch in unseren Reihen den Kulturkampf führen müssen, denn auch unsere Partei verurteilt die Bourgeoisie mit den bewährten Mitteln zu unterminieren." (21.7.73) Für den "Roten Morgen" sind "lange Haare" nicht nur eine Äußerlichkeit, sondern ein untrügliches Signal, daß jemand "der bürgerlichen Ideologie erliegt" (12.1.74). Dies müßte dann z.B. auch für Marx und Engels gelten, die Haar und Bart recht lang trugen.

Der "Rote Morgen" setzt einen Begriff des "Normalen" voraus, und was nicht "normal" ist, ist ungesund und ist Ausdruck bürgerlicher Ideologie.

Es ist „normal“, daß Männer die Haare kurz tragen und Frauen etwas länger. Aber warum eigentlich?

Mit seinem idealistischen Begriff des „Normalen“ nähert sich der „Rote Morgen“ dem faschistischen Begriff des „gesunden Volksempfindens“ gefühllos an. So wettert der „Rote Morgen“ z.B. gegen „Sachen, die normalen (!) Menschen unbegreiflich und gleichgültig sind“, wie etwa „Beckett, Ionesco, Picasso, Warhol und ähnliches“ (21.7.73). Das ist keine marxistisch-leninistische Kritik an der bürgerlichen Kultur, sondern ist Demagogie.

Damit lockt der „Rote Morgen“ zwangsläufig faschistoid beeinflusste Elemente an. So druckte der „Rote Morgen“ den Leserbrief einer alten Frau ab, die bei der „KPD/ML“ offenbar verwandte Seelen vermutete. Die Alte schreibt z.B., daß ich zwei Enkel habe, die beide kommunistisch(!) Jusos sind, und die man mit ihren weiblichen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann“. An anderer Stelle rühmt sie das „natürliche Schamgefühl, das wir Älteren ja zum Glück noch haben“. (RM, 1.9.73) Auch das „natürliche Schamgefühl“ gehört zweifellos in den Bereich der bürgerlichen Ideologie, als ob es sich sozusagen um etwas „Gottgegebenes“, von einem bestimmten Gesellschaftssystem Unabhängiges handeln würde.

Der „Rote Morgen“ stört sich indes keineswegs an solchen Sympathie-Kundgebungen von rechts, sondern wertet vernünftig den Brief als Beweis, daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht. Von welchen Massen ist hier die Rede? (Vgl. Abruch des Briefs und der Antwort des RM im Kasten)

Da die bürgerliche Gesellschaft ständig bürgerliches Denken selbst in den Köpfen ihrer Gegner hervorruft, muß der Kampf gegen die bürgerliche

Ideologie auch in den kommunistischen Organisationen geführt werden. Der „Rote Morgen“ macht dies aber mit einem lächerlichen Streit über die Länge von Haaren und Röcken zu einem reaktionären Schildebürgerstreich.

Vom Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie wird so abgelenkt auf eine Überbetonung von Äußerlichkeiten, was den Parolen der bürgerlich-reaktionären und bürgerlich-faschistischen Jugendbewegung im Grunde nicht fern steht.

Anzeige

Zur besseren Information:

## DER KATALOG

KOSTENLOS

Der Chemiarbeiter Der Metallarbeiter  
Der Drucker der Internationale  
BÜCHER der Arbeiterkampf  
Hafenarbeiter

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Bestellung bitte an:

Verlag ARBEITERKAMPF  
J. Reents  
2 Hamburg 13  
Ratsbahn 35

Vor kurzem bekam ich zufällig Ihre Zeitung "Roter Morgen" in die Hände und hatte auch Gelegenheit, mit den Verkäufern, die offensichtlich der KPD/ML angehören, zu sprechen. Und ich war gleich angenehm von der sauberen äußeren Erscheinung dieser jungen Leute überrascht: die Jungen hatten durchweg gewaschene, kurze Haare und vernünftige, nicht so wie heute erschreckend übliche verrückte Kleidung und auch das Mädchen machte einen frischen, natürlichen Eindruck, wie man ihn heute gar nicht mehr trifft. Auch während der Unterhaltung konnte ich mit den jungen Leuten wie mit normalen Menschen reden, wie sie heute selten ist.

Bitte verstehen Sie mich recht, aber es ist für eine alte Frau wie mich richtig erfrischend zu sehen, daß es noch nette junge Menschen gibt, die noch dazu wie ich im Gespräch hören durfte, von ihrer Organisation dazu eingeladen und erogen werden. Mein Respekt! Auch wenn ich nicht allem zustimmen konnte, was die jungen Leute sagen, so kann ich doch sagen, daß eine politische Organisation, die noch so viel Verantwortung für die Jugend trägt, mein Vertrauen hat.

Und auch als ich dann zu Hause Ihre Zeitung las, wie Sie gegen die häßlichen langen Haare bei jungen Menschen und auch gegen die aufwendigen Miniröcke der jungen Frauen, die jedem natürlichen Schamgefühl, das wir Älteren ja noch zum Glück haben, Hohn spricht, Stellung bezogen haben, war ich angenehm überrascht; auch daß sie Altklassen so folgen, wie wenn es niemand nicht zugelassen wird von verantwortungsvollen Staatsführern, hat mich gefreut. In so einem sauberen Staat möchte ich gerne leben!

Sie müssen dazu noch wissen, daß ich zwei Enkel habe, die beide kommunistische Jusos sind, und die man mit ihren weiblichen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann. Als ich sie fragte, was denn die älteren Parteimitglieder dazu sagen, sagten sie in ihrer schnoddrigen Art: "Da kümmern die sich nicht drum!"

Nicht zuletzt deshalb war ich von ihrer vorbildlichen Parteijugend überrascht und nicht zuletzt deshalb werde ich mir jetzt über den "Roten Morgen" laufen und mit China, wo die Jugend je auch zur Ordentlichkeit erzogen wird, beschäftigen.

Halten Sie Ihre Jugend weiter zur äußeren und moralischen Sauberkeit an, und ich werde Sie bei der nächsten Wahl wählen.

Herzliche Grüße, E.G.

### Kommentar der RM-Redaktion:

Liebe, neugewonnene Leserin aus München, wir haben uns über Ihren Brief sehr gefreut. Er beweist uns, daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht, wenn sie den schädlichen Einflüssen der Bourgeoisie auf die Jugend, aber auch auf die ältere Generation, eine Absage erteilt und den Kampf gegen den bewußt gesteuerten moralischen und kulturellen Zerfall aufnimmt.

Wir sind uns unserer Verantwortung dabei bewußt. Denn keine anderen Staaten als die sozialistischen Staaten China und Albanien, keine anderen Parteien als die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien sind in der Lage, der Jugend und den älteren Menschen die moralischen und kulturellen Werte bewußt zu machen, die es sich zu leben und zu kämpfen lohnt. Kommunistische Moral und kommunistische Kultur sind untrennbarer Bestandteil des revolutionären Befreiungskampfes gegen das Kapital und seinen Staat. Aus dem Proletariat und den unter seiner Führung kämpfenden Klassen und Schichten des Volkes gegen diesen gemeinsamen Feind allein können darum heute auch die Menschen erwachsen, die als wirkliche Helden der Massen bereit sind, ihr Leben für die Sache des Proletariats hinzugeben. Die Erziehung zu kommunistischer Moral und Kultur ist ein unabdingbarer Schritt auf diesem Weg.

„Roter Morgen“, 1.9.73, S.7

### Inhalt

#### Tariffrühen

Zur Tariffrühen bei Post, Bahn und „Öffentlichem Dienst“ 15  
„Wartstreiks“ in Hamburgs Metallbetrieben: „Normalität“ gegen wen? 24

#### Gewerkschaften

Reichhold, Hamburg: Gewerkschafts-Ausschluß besiegt 23  
Machtkampf in der Kölner IG-Metall 20  
IGM: „Rechtsvertreter“ hauen entlassene Mannesmann-Arbeiter vor Gericht in die Pfanne 20  
Hanomag-Henschel, Hamburg: 1. Anlauf = Bruchlandung! IGM-Ortsverwaltung will Vertrauensmann die Funktion entziehen 21  
Blohm & Voß, Hamburg: So soll die innergewerkschaftliche Demokratie abgebaut werden 15  
GEW-Hamburg: Gewerkschaftsführung auf Spaltkurs 25  
IG-Metall, Hamburg: Befeldigt und gefeuert – wieder politische „fristlose Kündigungen“ bei HSW/Hamburger Stahlwerke (IG-Metall-Führer setzen „fristlose Kündigungen“ des VLK-Vorstandes bei der Geschäftsleitung durch!) 1  
HDW, Hamburg: Jugendvertreter bekommen „ein ordentliches Verfahren“ (Zu den Ausschlußanträgen von HDW-Jugendvertretern aus der IG-Metall) 16

IG-Chemie: Gewerkschaftsführer bestätigen offiziell Zusammenarbeit mit dem „Verfassungsschutz“

#### Arbeiterjugend

Berufsschulkampf: Die Entwicklung der Lehr- lingsarbeit in der Gewerbeschule (G 1) in Hamburg, 1. Teil 17

#### SPD

Hamburger Senat (SPD) dankt USA für Stadt- senierung 26

#### Kapitalisten-Propaganda

Krieg gegen die „Dritte Welt“ – Zur Öl-Kampagne der Bourgeoisie 1  
Antisemitismus: „Bild“ wärmt eine alte Lüge wieder auf 22  
Unverschämte faschistische Provokation: Springer-Presse veröffentlicht gefälschtes „Dokument“ 1

#### International

England: Verelendung der Arbeiterklasse und Faschisierung der Gesellschaft 1  
Schweden: „Schwedischer Sozialismus“ – Deckmantel für Spionage und Provokation Fortschrittliche Journalisten verur- 9 teilt

#### Italien:

Vom Blutbad des Sinaas zum Staat des Blutbades – faschistische Putsch-5 vorbereitungen in Italien  
Letzte Meldung: Polizeitruppen proben Besetzung von Rom – Armed im 8 Alarmzustand  
Gefängnisrevolten in Italien 8  
Der Prozeß von Pescara  
Klassenjustiz gegen Pressefreiheit 9  
Frankreich: Spalterische Abkommen nach 9 Monaten Kampf der LIP-Arbeiter 11  
Mittlerer Osten:  
Der Schah und Feind – die „Gendarmen“ des mittleren Ostens 3  
Ferner Osten:  
„Nieder mit dem japanischen Imperialismus!“ – Zur Südostasien-Tournee des Japan-Premiers Tanaka 10  
Freiheit für Bautista van Shouvan! 11

#### Westdeutsche Linke

Wer im Glashaus sitzt... DPK drängt auf das Verbot der „KPD“ 27  
Hamburg-Bergedorf: DPK und politische Auseinandersetzung 27  
Pflon/Preetz: Jusos verlassen SPD  
Sind kurze Haare fortschrittlich? „KPD/ML“ predigt bürgerlichen Idealismus 26  
Redaktionelle Erklärung zu Günther Ackermann (ehemals „FSP/ML“, „KPD/ML“ etc.) 26

#### Klassenjustiz im Kapitalismus

Wieder Angriff auf Pressefreiheit – Es soll verboten werden, die Wahrheit zu sagen (politische Prozesse gegen Mitglieder der ehemaligen „KPD/ML“/R.F.) 27  
Zwei Urteile – zweierlei Recht 26

#### Faschisten in Westdeutschland

Stade: Faschisten geben mit „Baker“ Turnung auf Schillerfang 26

#### Klerik im Kapitalismus

Kirche und Bourgeoisie: die arbeiterfeindliche Zweieinigkeit 14

#### Militarismus in Westdeutschland

Militarismus auf dem Vormarsch  
MAD – Militaristen, Agenten, Denunzianten Handelschiffe an Kriegsmaschinen beteiligt 12  
Folterforschung an der Hamburger Universitätsklinik! Ahnungslose Wehrpflichtige als Versuchskaninchen mißbraucht 13

#### Jugend- und Schulpolitik

Schulkampf oder „Aktion kleine Klasse“ 19

#### Redaktionelle Anmerkungen

Nachtrag zum letzten Teil der Artikelserie „Zur Außenpolitik der VR-China“ 2